Dienstag, 23. April 1985 - D * * *

Axel Springer Verlag AG. Postf. 10 08 64. 4300 Essen 1. Tel. 0 20 54 / 10 11
Wichtige Telefon-Nummern der WELT: Zentralredaktion Bonn (02 28) 304-1 / Anzeigenannahme Kettwig (0 20 54) 10 15 24 / Vertriebsabteilung Hamburg (040) 347-1 – Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Nr. 94 - 17.W.- Preis 1,20 DM - 1 H 7109 A

Belgien 36,00 bfr, Dänemark 8,00 dkr, Frankreich 6,50 F, Griechenland 100 Dr, Großbritannien 65 p, Italien 1300 L, Jugoslawien 220,00 Din, Luxemburg 28,00 lfr, Niederlande 2,00 hfl, Norwegen 7,50 nkr, Österreich 12 oS, Portugal 100 Esc, Schweden 6,50 skr, Schweiz 1,80 sfr, Spanien 125 Pts, Kanarische Inseln 150 Pts.

TAGESSCHAU

POLITIK

Renten: Die Bundesregierung hält das von Arbeitsminister Blüm vorgelegte Modell einer Hinterbliebenenrente mit Freibetrag für verfassungsgemäß, geht aus einer zwischen den beteiligten Ressorts erarbeiteten Stellungnahme hervor. (S. 10)

Terrorismus: Auf die Düsseldorfer Filiale von Siemens wurde gestern morgen ein *Sprengstoffanschlag* verübt. Es entstand Sachschaden in Höhe von etwa 10 000 Mark. Hinweise auf die Täter *lagen zunächst nicht vor.*

Rüstung: Europa sollte sich auf jeden Fall am amerikanischen SDI-Programm beteiligen und dabei eigene Vorschläge zur Bekämpfung von Mittelstreckenraketen entwickeln, erklärt CSU-Chef Strauß.

Westeuropäische Union: Bundesaußenminister Genscher forderte die WEU-Mitglieder zum Auftakt *der Ministerratstagung in Bonn* auf, durch mehr Zusammenarbeit in Technologie und Rüstung und durch Abstimmung ihrer sicherheitspolitischen Vorstellungen Europa im internationalen Kräftefeld aufzuwerten. (S. 10)

Österreich: Der Plan der sozialistischen Regierung, das Bundes*heer mit Überschall-Jagdflugzeu*gen auszurüsten, hat eine schwere Kontroverse ausgelöst. Einflußreiche konservative Politiker legen sich quer. (S. 2 und 5)

Brasilien: Nach dem Tod des gewählten Präsidenten Neves hat der neue Amtsinhaber José Sarney an seine Landsleute appelliert, beim *Aufbau* der Demokratie zu helfen. Er werde die von Neves konzipierte Politik fortsetzen, sagte Sarney, der bislang als Mann der Militärs galt. (S. 3)

Nahost: Die israelische Marine hat *vor der Küste des Landes* ein Schiff mit 28 PLO-Terroristen versenkt, die Anschläge geplant hatten. 20 kamen ums Leben. (S. 10)

Zurückgewiesen: Als bedeutungslos lehnte Washington ein Angebot Nicaraguas ab, mit den „Contras" einen Waffenstillstand abzuschließen, falls die US-Unterstützung eingestellt werde. Heute wird im US-Kongreß über weitere Finanzhilfe abgestimmt. (S. 10)

Südliches Afrika: Namibia soll innerhalb von drei Monaten eine neue Übergangsregierung erhalten. *Sie wird mit allen Vollmach*ten ausgestattet, die bislang dem südafrikanischen Generaladministrator vorbehalten waren.

Spitzentreffen: Die Chefs der Bonner Koalitionsparteien, Kohl, Strauß und Bangemann, treffen sich am Freitag in Bonn zu ihrem im März verschobenen Spitzen*treffen. Strauß hat gestern Bange*manns Vorstoß für eine einheitliche Grundrente scharf verurteilt und ihm „sozialistische" Vorstellungen vorgeworfen.

ZITAT DES TAGES



„Wer die Wehrdienstverweigerung als vereinbar mit dem Willen Christi bezeichnet, der braucht die Schuldfrage nicht mehr zu stellen. Die Rechtfertigung des Sünders hebt sich damit auf"

Der evangelische Militärbischof Sigo Lehming auf einer Konferenz evangelischer Militärpfarrer (S. 4) FOTO: DPA

WIRTSCHAFT

Buchhandel: Enttäuschend verlief im vergangenen Jahr das Geschäft für die deutschen Buchhändler. Der Umsatz stieg lediglich um 2,6 Prozent (nach fünf Prozent im Vorjahr) auf 8,84 Milliarden DM. (S. 11)

Kaufhof AG: Die Dividende für 1984 wird um eine auf 6,50 DM gekürzt. Der Überschuß betrug 52,5 Millionen DM (1983: 49,5). Bei der Ausschüttungshöhe sei der Stärkung der Rücklagen der Vorzug gegeben worden.

Kapitalquelle: Für die Einführung von *französischen* Tochtergesellschaften deutscher Unternehmen am Zweitmarkt der Pariser Börse plädiert die deutsch-französische Handelskammer. Auf diese Weise ließe sich Eigenkapital kostengünstig beschaffen, ohne daß die darauf zu zahlenden Dividenden Wechselkursrisiken unterlägen. (S. 12)

Börse: Trotz schleppenden Geschäfts war die Tendenz an den Aktienmärkten generell freundlich. Der Rentenmarkt war behauptet. WELT-Aktienindex 179,9 (178,8). BHF-Rentenindex 101,838 (101,854). Performance Index 101,217 (101,204). Dollarmittelkurs 2,9815 (2,9795) Mark. Goldpreis 327,75 (327,00) Dollar.

KULTUR

Aids als Bühnenstoff: Das Schreckgespenst Aids, das erst vor vier Jahren ins öffentliche Bewußtsein rückte, hat auch die amerikanischen Dramatiker inspiriert. Innerhalb eines Jahres sind in New York fünf Stücke zu diesem Thema herausgekommen. Eins davon, „As Is", wurde der Renner der Saison. (S. 19)

Museum: Es ist das Kunstgespräch von London: das neu eröffnete *Museum* des Sammlers Charles Saatchi. Innerhalb von 15 Jahren hat er eine der größten zeitgenössischen Kunstsammlungen der Welt aufgebaut, die auf einigen Gebieten selbst die berühmte Londoner Tate Gallery provinziell erscheinen läßt. (S. 19)

SPORT

Fußball: Der jugoslawische Trainer Ristic wird in der nächsten Spielzeit nicht, wie vertraglich fixiert, den Bundesligaklub Kaiserslautern betreuen. (S. 8)

Golf: Bernhard Langer gewann das internationale Turnier von Hilton Head Island *(South Carolina).* Die Siegprämie für Langer betrug 72 000 Dollar. (S. 8)

AUS ALLER WELT

Gernreich: Der US-Modeschöpfer Rudi Gernreich, der 1964 mit dem „Oben-ohne-Badeanzug" für Damen Furore machte, starb im Alter von 62 Jahren. (S. 20)

Gibraltar: Nach Aufhebung der Grenzsperren durch Spanien ist der Weg frei für den Massentourismus auf Gibraltar. Die Hauptattraktion des Felsens: die zahlreichen Relikte der kriegerischen Vergangenheit. (S. 20)

Wetter: Heiter und durchweg niederschlagsfrei. 12 bis 20 Grad.

Außerdem lesen Sie in dieser Ausgabe:

Argentiniens junge Demokratie vor schwerer Belastungsprobe

Unruhe nach Anklage gegen frühere Präsidenten / Alfonsin: Putschgerüchte

G. BADING, **Buenos Aires**

Knapp eineinhalb Jahre nach dem Amtsantritt der 1983 gewählten Regierung Präsident Raúl Alfonsins hat gestern mit dem Prozeß gegen drei ehemalige Militär-Präsidenten die bisher größte Belastungsprobe für die junge Demokratie in Argentinien begonnen. Nicht in allen politischen Lagern hält man den Prozeß für glücklich, in dem sich die früheren Präsidenten *General Jorge Videla*, General *Roberto* Viola und General Leopoldo Galtieri vor einem zivilen Bundesgericht für Menschenrechtsverletzungen, Entführungen, Folterungen und Morde verantworten müssen, die, so die Anklage, von *Streitkräften und Polizei in deren* Kampf gegen Guerrilla, Terror und Subversion verübt worden sind. Im argentinischen Offizierskorps macht sich Unruhe breit, da man einen „politischen Schauprozeß" befürchtet. Die Frage, ob die Militärs wohl untätig *zusehen würden*, wenn den ehemaligen Präsidenten der Prozeß gemacht wird, beschäftigte die politische Diskussion in Argentinien seit Wochen. Präsident Raúl Alfonsin berichtete am Vorabend des geplanten Prozeßbeginns denn auch in einer Fernsehansprache, „Feinde der Demokratie" hätten versucht, hohe Offiziere für einen Putsch gegen seine Regierung zu gewinnen. Ein Staatsstreich könne jedoch ausgeschlossen werden. „Die Lage ist unter Kontrolle der verfassungsmäßigen Regierung".

Alfonsin verteidigte seinen drei Tage nach Amtsantritt am 10. Dezember 1983 verkündeten Beschluß, die Mitglieder der drei Militärjuntas vor Gericht zu stellen, die seit dem Sturz der

SEITE 2:
Das letzte Kapitel?

Präsidentin Isabel Peron am 24. März 1976 einander abgelöst hatten. In dem Prozeß will Staatsanwalt Julio Strassera 700 konkrete Fälle von Entführungen, Folterungen oder Morden aufführen, die zwar von untergeordneten Soldaten oder Polizisten begangen wurden, für die jedoch in letzter Konsequenz die jeweils amtierende Militärjunta verantwortlich gemacht wird.

Geschickt verband Alfonsin in seiner mit zehn Minuten überraschend kurzen Fernsehrede die aus der Wirtschaftsrezession resultierenden Nöte der Bevölkerung mit der Sorge um den Bestand der Demokratie. Der Präsident räumte *ein, daß dem Land* harte Monate bevorstünden. „Wir wissen, daß es uns schlecht geht und daß wir noch weit von der Lösung vieler Probleme entfernt sind", sagte Alfonsin und rief dann die Bevölkerung auf, am kommenden Freitag zu *einer Massendemonstration zur Ver*teidigung von Freiheit und Demokratie vor dem Regierungspalast aufzumarschieren.

Die Talfahrt der argentinischen Wirtschaft ist im Moment offenbar kaum zu bremsen, was für den Bestand der demokratischen Regierung Alfonsin ein weiterer Unsicherheitsfaktor ist. Die Jahresinflation liegt bei rund 850 (850) Prozent. Ein Vergleich der Endphase der Regierung der letzten gewählten Präsidentin, Maria Estela („Isabel") Perón drängt sich auf: Im März 1976 vor dem Militärputsch lag die aufs Jahr berechnete Inflation bei mehr als 900 Prozent. *Als Alfonsin im Dezember 1983 die* Regierungsgewalt übernommen hat-

● **Fortsetzung Seite 10**

Reagan-Besuch in Plötzensee empfohlen

Der amerikanische Druck auf den Präsidenten zielt jetzt gegen Bundeskanzler Kohl

FRITZ WIRTH, **Washington**

In den Vereinigten Staaten hat sich der Druck auf Bundeskanzler Kohl verstärkt, Präsident Reagan aus der *schwierigen Situation zu befreien*, in die er durch seinen geplanten Besuch des Soldatenfriedhofs in Bitburg geraten ist, und diesen Besuch vom Programm zu streichen. Prominentester Fürsprecher dieses Plans ist der einflußreiche republikanische Führer des Senats Robert Dole, ein Kriegsveteran, der mit schweren Verletzungen aus dem Zweiten Weltkrieg zurückkehrte.

Dole, der als ein hoffnungsvoller Präsidentschaftskandidat für die nächsten amerikanischen Wahlen gilt, erklärte: „Vielleicht könnte der deutsche Kanzler nun hilfreich sein und eine Alternative aufzeigen." Dole nannte das Beharren Reagans auf dem Bitburg-Besuch „unglücklich".

Elie Wiesel, der Vorsitzende der amerikanischen „Holocaust Commission", der Reagan im Weißen Haus vergeblich beschworen hatte, diesem Friedhof *fernzubleiben*, sagte im Fernsehen: „Wenn der Präsident zu diesem Friedhof geht, würde es bedeuten, daß er stillschweigend und ungewollt am Ende das Signal zum Beginn einer Rehabilitierung der SS gibt. „Die SS ist immer noch als Ausgestoßener der Geschichte zu sehen. Man kann sie nicht als einfache Soldaten betrachten. Soldaten kämpften, die SS *mordete.*"

Wiesel schlug als Alternative einen Besuch Reagans in Plötzensee vor. Dieses Gefängnis erinnere an deutsche Helden. An die Adresse der Bundesregierung gewandt, erklärte Wiesel schließlich: „Der Schlüssel liegt nun in der Hand von Kanzler Kohl."

Staatsminister Mertes erklärte im US-Fernsehen, daß er großes Verständnis für die Gefühle der Juden

LEITARTIKEL SEITE 2:
Des Einzelnen Freiheit
Von Ernst Cramer

habe und mit keinem Wort die Verbrechen der SS übergehen wolle. Man sollte jedoch jene deutschen Soldaten ehren, die in gutem Glauben kämpften.

Auf einer Veranstaltung in Philadelphia klagte Wiesel darüber, daß er seinen *Kampf für die Erinnerung an* den Holocaust zu verlieren drohe. „Wenn unsere Lektionen in den letzten 40 Jahren verstanden worden wären, dann hätten die Ereignisse der letzten Wochen nicht geschehen dürfen." Er schäme sich, sagte Wiesel, der jetzt von Reagan im Weißen Haus für seine Arbeit geehrt worden war, für die Aktionen des Präsidenten und *seiner Administration.*

Einer besonders harten Sprache bediente sich Benjamin Meed, der Präsident der „American Gathering". Meed: „Wenn man von einem Feind mißverstanden wird, so nimmt man das als selbstverständlich hin. Es ist jedoch sehr schwer, von einem Freund mißverstanden zu werden." Meed fügte hinzu: „Wie viele Deutsche schlafen heute noch auf *Matrat*zen, die noch mit Haaren von Juden gefüllt sind? Wie viele Deutsche schmücken ihre Häuser mit Kunstwerken, die aus jüdischen Häusern konfisziert wurden?"

DW. **New York**

Die jüdischen Kritiker in den USA an der Absicht Reagans, Bitburg zu besuchen, sind jetzt ihrerseits von Glaubensbrüdern scharf kritisiert worden. Drei Rabbiner veröffentlichten namens der konservativen Orga*nisation „Juden für moralische Über*zeugungen" in New York eine Erklärung, in der es heißt, man bedauere den „beispiellosen und miteinander abgestimmten persönlichen Angriff" anderer Gruppen auf Reagan zutiefst.

Widerstand gegen Mitterrands Pläne

Warnung vor Wahlrecht für Ausländer / Mehrere Städte würden von Gastarbeitern „regiert"

A. GRAF KAGENECK, **Paris**

Die Sozialistische Partei Frankreichs will die Öffentlichkeit – gegen massiven politischen Widerstand – auf ein Vorhaben vorbereiten, mit dem Präsident François Mitterrand am Wochenende beträchtliches Aufsehen in Frankreich erregt hatte. Auf dem Jahreskongreß der „Liga für die Menschenrechte" erinnerte der Staatschef nämlich an einen Punkt seines Wahlprogramms aus dem Jahr 1981, der die Beteiligung ausländischer Gastarbeiter an örtlichen Wahlen vorsieht.

Mitterrand sagte: „Frankreich muß der unermüdliche Vorkämpfer der Menschenrechte in der Welt bleiben. *Die Beteiligung der Einwanderer an* der örtlichen Verwaltung scheint mir in diesem Zusammenhang eine grundlegende und gerechte Forderung zu sein".

Einschränkend fügte der Präsident allerdings hinzu: „Diese Beteiligung wird unausweichlich Eingang in un*sere Gesetze finden.* Aber wir müssen erst die Mehrheit unserer öffentlichen Meinung dafür gewinnen, um nicht auf eine totale Ablehnung zu stoßen."

Ähnlich lautet auch die *Sprachregelung,* die den Propagandisten der Sozialistischen Partei jetzt zu ihrem Aufklärungsfeldzug mitgegeben wird. Es soll zunächst an den Punkt 80 der „110 Vorschläge" des Kandidaten Mitterrand von 1981 erinnert werden, in dem „die Herstellung gleicher Rechte der eingewanderten Arbeiter mit den französischen Arbeitern" sowie „das Recht auf Teilnahme an Gemeindewahlen nach einem Leben von fünf Jahren in Frankreich" zu*gesichert werden.*

Dann soll geprüft werden, welche Auswirkungen ein solches Votum auf das Leben in den einzelnen französischen Kommunen haben wird. Hier gibt es Unbehagen, Zweifel und auch totale Ablehnung.

Nach den Berechnungen des In*nenministeriums würden etwa* drei Millionen neue Wahlberechtigte an die Urnen gehen können. Besonders *im Raum Paris* mit seinen fast zwei Millionen Gastarbeitern würden mehrere Städte von Ausländern „regiert".

Entsprechend war die Reaktion auf *Mitterrands Vorstoß. Selbst Innenmi*nister Joxe räumte ein, daß „die Geister wohl noch nicht genügend vorbereitet seien auf einen solchen Wandel". Sein bürgerlicher Vorgänger Poniatowski meinte: Integration ja, Wahlrecht nein". Der Präsident der Giscard-Partei UDF, Lecanuet: „Verblüffung und Ablehnung".

Jean Marie Le Pen, der Führer der *Nationalen Front, sieht die Gefahr,* „daß das Schicksal des französischen Volkes vom Ausland entschieden werde". Mehrere Oppositionssprecher wiesen auf die Unvereinbarkeit von Verfassung und Ausländerwahlrecht hin.

Pershing-Unglück: Technischer Fehler

rmc. **Bonn**

Ein technischer Fehler hat den Unfall mit einer Pershing 2-Rakete verursacht, bei der am 11. Januar in Heilbronn *drei US-Soldaten zu Tode ge*kommen waren. Eine elektrostatische Aufladung im elektrischen System der ersten Raketenstufe führte zu einer Selbstzündung des Antriebes, wobei der Fest-Treibstoff ungewollt abbrannte.

Dies ist die Kernaussage des Unfallberichts einer amerikanischen *Expertenkommission*, der seit dem Wochenende Bundesverteidigungsminister Wörner vorliegt. Über den Inhalt will der Minister am morgigen Mittwoch das Bundeskabinett und den Verteidigungsausschuß des Bundestages detailliert unterrichten und am Donnerstag auf einer Pressekonferenz in Heilbronn gemeinsam mit US-Heeresminister James Ambrose die Öffentlichkeit.

Kohl will offensiven NRW-Wahlkampf

DW. **Bonn**

Mit dem Hinweis auf ein Zitat Konrad Adenauers – „In dem Wort Wahlkampf steckt Kampf drin" – gab Bundeskanzler Kohl gestern vor dem neugewählten CDU-Bundesvorstand, der zu seiner ersten Sitzung nach dem *Essener Parteitag zusammentrat*, zu erkennen, daß die Union die Schlußphase im nordrhein-westfälischen *Landtagswahlkampf offensiver* bestreiten muß.

Die CDU-Spitze warf der SPD vor, zu einem „Friedens- und Sicherheitsrisiko für Deutschland und Europa" geworden zu sein. Das Gremium wandte sich gegen eine von der SPD während des Reagan-Besuchs am 5. Mai in Neustadt an der Weinstraße geplante Kundgebung, die eine „Verhöhnung aller deutschen Demokraten" sei und lediglich den Interessen der Sowjetunion diene.

Gipfeltreffen im Herbst?

rtr, **Moskau**

Der sowjetische Parteichef Michail Gorbatschow wird möglicherweise im Herbst mit US-Präsident Ronald Reagan *zusammentreffen.* „Prawda"-Chefredakteur Viktor Afanasjew erklärte in Moskau, Gorbatschow werde zu dieser Zeit an der nächsten Vollversammlung der Vereinten Nationen in New York teilnehmen. Weiter sagte Afanasjew, die UdSSR habe grundsätzlich einem Gipfeltreffen zugestimmt, „aber es ist schwer zu sagen, wann dies stattfinden wird. Nach meiner persönlichen Auffassung wird das Treffen möglicherweise während der UNO-Vollversammlung stattfinden." Ein Treffen Gorbatschows mit Reagan müsse gut vorbereitet sein. Einige Abkommen sollten unterzeichnet werden, es könnten Kompromisse geschlossen werden. Es sei Unsinn, sagte Afanasjew, darüber zu reden, sich nur zu treffen.

DER KOMMENTAR

Spiel um die Macht

AUGUST GRAF KAGENECK

François Mitterrand sieht sich als Vorkämpfer der Menschenrechte. Das zeigte er bei seinem Amtsantritt 1981, als er gegen den „Imperialismus als Unterdrücker der Dritten Welt" zu Felde zog, das zeigte er ein Jahr später in Cancun, als er dem amerikanischen Präsidenten dasselbe ins Gesicht sagte, und das gibt er jetzt wieder mit seiner Forderung vor, Millionen von Gastarbeitern in Frankreich partiell Wahlrecht zu gewähren. Das ist Mitterrand'sches Sendungsbewußtsein in Reinkultur. In Mitterrand hat *immer der* Missionar über den Tribun die Oberhand behalten.

Das Bedürfnis, Politik und Gewissen in Einklang zu bringen, geht aber beim französischen Präsidenten durchaus Hand in Hand mit der Lust am Spiel um die Macht. Mitterrand wußte vorher, daß er mit seinem Vorschlag (der übrigens schon in seinem Wahlprogramm steht) auf eine Mauer der Ablehnung bei Opposition und Öffentlichkeit stoßen würde. Letztere ist ihm vermutlich gleichgültig. Denn es eilt ja nicht mit einer Verwirklichung des waghalsigen Vorhabens.

Aber in den schon sattsam aufgewühlten Teich der Opposition wirft er wollüstig einen neuen Pflasterstein. Wie soll man einen solchen Vorschlag rundherum ablehnen, *ohne in bedenkliche Nähe des* „Rassisten" Le Pen zu kommen? In der Tat hat nur der Chef der „Nationalen Front" im Einklang mit seinen Überzeugungen ein Wahlrecht für Ausländer als ersten Schritt zur ausländischen Kontrolle über Frankreich bezeichnet. Chirac und Lecanuet denken vermutlich dasselbe, können es aber nicht sagen, ohne ihre Beteuerung, nicht mit dem *rechten Le Pen taktieren* zu wollen, unglaubwürdig zu machen.

Und wie soll man jetzt noch mit einem Mann „politisch unter einem Dach wohnen" können, der solches von den Franzosen verlangt? Die Verwirrung, die die Frage einer künftigen Koalition mit Mitterrand nach einem eventuellen Wahlsieg 1986 bereits unter den Bürgerlichen angerichtet hat, wird nun noch größer werden. Daß Mitterrand heute derart genüßlich-*grausam auf den Nerven der* Opposition herumtreten kann, zeigt, wie weit er wieder vom Rand des Abgrunds entfernt ist, an dem er noch vor zehn Monaten stand.

„DDR"-Vertreter Moldt wechselt nach New York

W. K. **Bonn**

Auf dem Posten des Ständigen Vertreters der „DDR" in Bonn kündigt sich ein Wechsel an. Nach sieben Jahren am Rhein wird Ewaldt Moldt den für die „DDR" wichtigen Botschafterposten bei den Vereinten Nationen besetzen. Nachfolger Moldts in *Bonn soll nach inoffiziellen Angaben* möglicherweise nach den Sommerferien der Abteilungsleiter im „DDR"-Außenministerium, Karl Seidel, werden.

Der 55jährige designierte Nachfolger an der Spitze der Ständigen „DDR"-Vertretung leitet im Außenministerium in Ost-Berlin seit 1971 die Abteilung, die sich mit der Bun*desrepublik Deutschland befaßt; zu*vor stand er der Politischen Abteilung der „DDR"-Botschaft in Moskau vor.

Der ehemalige pommersche Eisenbahner Moldt kommt aus der Kaderschule der „DDR"-Diplomatie und gehörte seit 1970 zu der Riege der stellvertretenden Außenminister, in die sein New Yorker Vorgänger Harry Ott *erst* mit der Bestallung zum Botschafter aufgenommen worden war. Moldt hatte vor seiner Berufung nach Bonn 1978 die „DDR" bei internationalen Konferenzen im Abrüstungsausschuß der Vereinten Nationen, in der Europäischen Wirt*schaftskommission* und bei der Unesco vertreten.

Für die kommunistische Politik hat der UNO-Posten hohe Bedeutung. Hier nimmt die „DDR" eine Art Patenschaft über revolutionäre Regime und „Befreiungsbewegungen" der Dritten Welt – in Tuchfühlung mit Moskau – wahr.

Eagleburger sieht Probleme durch Technologieschub

dos, **Hannover**

Die immer schneller fortschreitende Entwicklung der Computer- und Informationstechniken birgt nach Ansicht des früheren Leiters der Europa-Abteilung im US-Außenministerium, Lawrence Eagleburger, erhebliche Probleme für das Verhältnis der *USA zur Sowjetunion, aber auch für* das zu anderen Ländern. Auf einer Veranstaltung der „Atlantik-Brücke" während der Hannover-Messe sagte Eagleburger, die technologische Revolution werde die *wirtschaftlichen*, politischen und gesellschaftlichen Strukturen in den USA nachhaltiger als in anderen Ländern verändern.



Anders als in seinem Land sei der Informationsfluß, zum Beispiel in der UdSSR nicht frei. Dies indes sei eine der wichtigsten Bedingungen für die Entwicklung der Technologien. Er. Eagleburger, könne *sich* vorstellen, *daß im nächsten Jahrhundert* das Qualitätsniveau zwischen den USA und der UdSSR weiter auseinanderdrifte. Denkbar wäre es, daß dadurch entstehende innenpolitische Schwierigkeiten von den Sowjets gewisser*maßen* zur Ablenkung auf die au*ßenpolitische* Bühne gehoben würden. Wachsende Probleme seien auch im Verhältnis zu den mittelamerikannischen Nachbarlänndern zu befürchten. Vieles werde davon abhängen, ob die Verständigungs- und Kommunikationsbemühungen Er*folg* haben.

Seite 12: Firmenberichte

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Die Kenner warnen

Von Jürgen Liminski

Die Abstimmung im israelischen Kabinett zeigt ein Dilemma: Drei ehemalige Verteidigungsminister votierten gegen den Plan des amtierenden Kollegen, bis Ende Mai die besetzten Gebiete im nördlichen Nachbarland zu räumen. Es sind Leute vom Fach. Es ging ihnen weniger um Koalitionspolitik als um die Sicherheit der Bürger und Staatsgrenzen. Die Mehrheit des Kabinetts aber sieht beim Thema Libanon nur noch einen Ausweg: zurück.

Die ehemaligen Verteidigungsminister glauben ebensowenig wie die meisten israelischen Politiker, daß Syrien seine Versprechen hält und, wie so oft verkündet, nach dem Abzug Israels ebenfalls seine Truppen aus Libanon zurückholt. Sie glauben auch nicht, daß Bündnisse mit lokalen Milizen in Südlibanon zuverlässig sind. Die Erfahrung mit den Drusen und Schiiten in den letzten zwei Jahren war ihnen eine Lehre. Israel muß sich zur Verteidigung seiner Interessen zu allererst auf seine eigene Stärke verlassen.

Es ist jetzt damit zu rechnen, daß die PLO-Fraktion Arafats versucht, im Süden Libanons stärker Fuß zu fassen und neue Stützpunkte zu gewinnen. Vor die Rückkehr nach Beirut hat der syrische Präsident Assad selbst einen Riegel geschoben, indem er die Schiiten und Drusen dafür gewann, die Arafat ergebenen PLO-Kämpfer und die sunnitische Murabitun-Miliz aus Beirut zu vertreiben.

Arafat wird sich also auf den Süden konzentrieren, wenn er im arabischen Lager nicht als ewiger Wanderer und Feldherr zerstreuter Truppen abgewertet werden will. Der jüngste fehlgeschlagene Versuch, Terrorkommandos aus den Weiten des Mittelmeers an der Küste Israels zu landen, zeigt im Grunde die Hilf- und Bedeutungslosigkeit des Altterroristen. Auch Zypern ist kein Ersatz für Libanon.

Israel kann sich gewiß auch ohne regionale Verbündete noch lange der Terroristen erwehren. Nur: Das ist ebenso wenig eine Friedensperspektive, wie eine Appeasement-Politik gegenüber grundsätzlich feindlich gesinnten Nachbarn es wäre. Israel wird vorerst weiter mit seinem Dilemma leben müssen. Aus ihm gibt es keinen Rückzug.

Das letzte Kapitel?

Von Günter Friedländer

Der Prozeß gegen neun argentinische Generäle und Admiräle, darunter drei Landespräsidenten, stellt die Argentinier während der nächsten sechs Monate vor eine Zerreißprobe. Die Anklage lautet auf Massenmord, Folterungen und Entführungen, denen 8960 „verschwundene Personen" im „schmutzigen Krieg" (1976–1982) zum Opfer fielen; davon sollen 711 Fälle vorgebracht werden.

Die sechs Richter des Appellationsgerichtes, das bereits mit dem Nürnberger Gericht verglichen wird, sind die ersten Lateinamerikas, die einen solchen Prozeß führen und mit einem Mehrheitsbeschluß einige Angeklagte für den Rest ihres Lebens ins Gefängnis schicken könnten. Sie sehen sich inmitten der Leidenschaften, die der Prozeß aufwühlt.

Ein Stück argentinischer Geschichte wird vor ihnen aufgerollt, wenn die Verteidiger schon in dieser Woche Mitglieder der 1976 vom Heer gestürzten peronistischen Regierung als Zeugen rufen, um die Umstände zu schildern, die zum Staatsstreich führten. Die Anklage wiederum will an die zweitausend Zeugen auftreten lassen und auch die Ereignisse des unglückseligen Falklandkrieges zur Sprache bringen.

„Wir müssen diese Vergangenheit als unsere eigene anerkennen", sagt ein Mitglied der Regierung. Das ist leichter gesagt als getan. Zeugen aus dem Ausland, die in Menschenrechtsorganisationen aktiv sind und nolens volens dem Prozeß eine politische Note geben, werden den Nationalstolz vieler Argentinier verletzen. Manche halten es für denkbar, daß Offiziere des Heeres versuchen könnten, den Prozeß mit Gewalt abzubrechen.

Die Regierung will einerseits die Gemüter beschwichtigen, wenn sie sagt, nicht das Heer, sondern neun Individuen säßen auf der Anklagebank. Andererseits rief Präsident Alfonsin das ganze Volk zu einer Kundgebung für die Demokratie am kommenden Freitag auf. Wird der Gerechtigkeit damit gedient, daß ihr Anliegen abermals auf die Straße getragen wird? Leider besteht die Gefahr, daß der Prozeß, anstatt zum letzten Kapitel des „schmutzigen Krieges" zu werden, zum ersten einer neuen Welle der Gewalttätigkeit wird.

Anbiedern bürgerlich

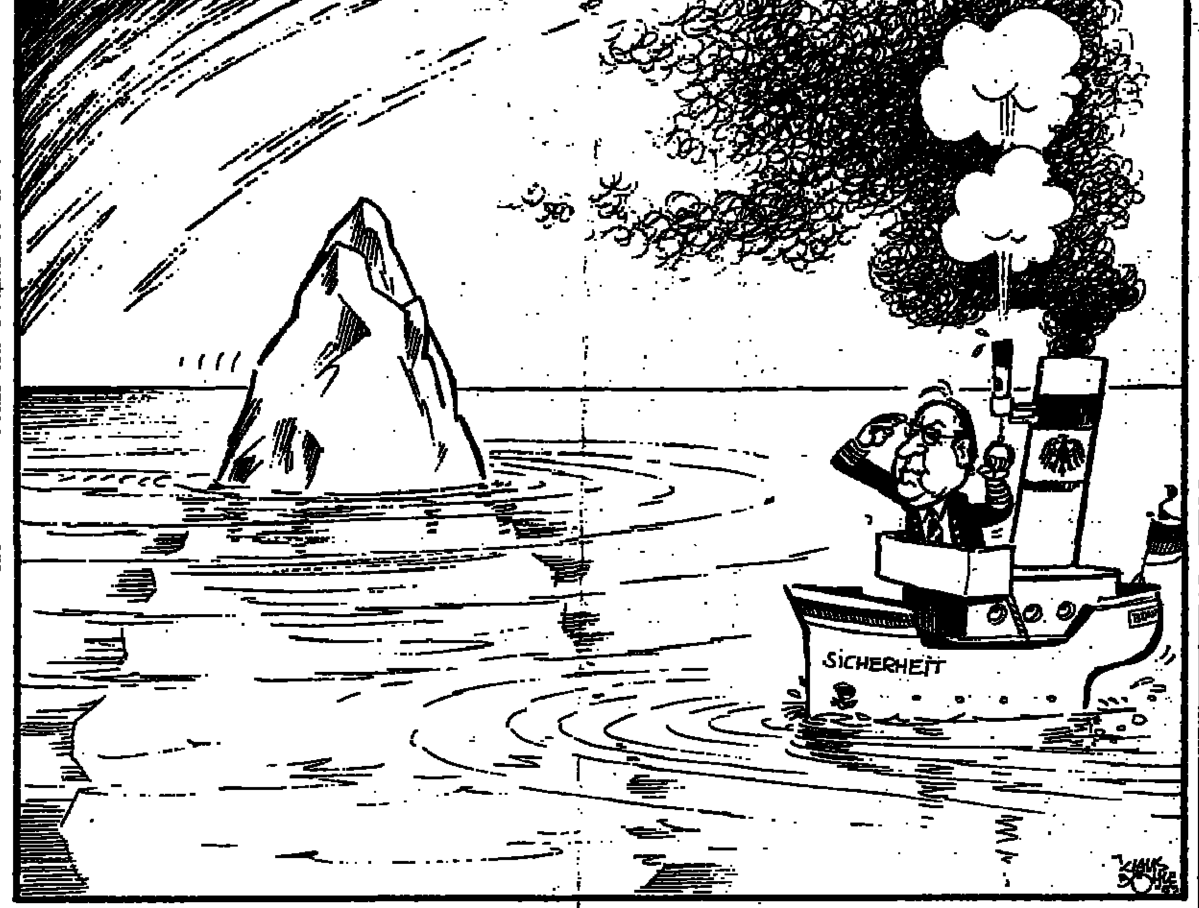
Von Carl Gustaf Ströhm

Ob das neutrale Österreich sich im Ernstfall gegen einen Angreifer zu verteidigen vermag, geht natürlich in erster Linie die Österreicher selbst etwas an. Indirekt sind davon allerdings auch die Nachbarn betroffen; für sie ist es schon lebenswichtig, ob die geographisch langgestreckte Alpenrepublik ein militärisches Vakuum darstellt oder nicht.

Deshalb liegt der Beschluß der Regierung Sinowatz, endlich die längst fällige Anschaffung von 24 Überschall-Jagdflugzeugen vorzunehmen, auch im Interesse der Nachbarstaaten. Selbst wenn man mit zwei Dutzend Maschinen kaum Luftschlachten schlagen kann – zumindest gegen Aufklärungsflugzeuge könnte die Souveränität gewahrt werden. Daß es sich bei den nicht mehr ganz taufrischen schwedischen Flugzeugen vom Typ „Draken" um das absolute Minimum des Notwendigen handelt, sei nur am Rand vermerkt.

Seltsam ist allerdings, daß in Österreich ein sozialistischer Regierungschef und SPÖ-Vorsitzender es zwar zustande gebracht hat, die pazifistischen und traditionell antimilitärischen Widerstände in seiner eigenen Partei zu überwinden, daß aber nun Österreichs Christliche Demokraten in Gestalt mächtiger Landes-Regierungschefs mit ausgesprochen populistischen Argumenten gegen die Stationierung der Überschallflugzeuge in ihren Landesgebieten Front machen. Dabei kristallisiert sich sogar ein Zusammengehen der ÖVP mit weit linksstehenden, alternativen und grünen Gruppen heraus.

Der Regierungschef der Steiermark steuert sogar eine Volksabstimmung über die Jagdflugzeuge und damit über Fragen der militärischen Landesverteidigung an. Die lärmgeplagten Flugplatzanrainer sind demnach wichtiger als die Verteidigungsfähigkeit des Staates insgesamt. Ginge man diesen Weg konsequent weiter, stünde man bald an dem Punkt, wo sich nicht nur der Staat, sondern auch Länder, Gemeinden und alle menschlichen Gemeinschaften auflösen. Daß manchen alternativen Gruppen genau dies vorschwebt, ist bekannt. Daß aber konservativ-bürgerliche und christliche Politiker diese Einsicht dem taktischen Opportunismus opfern, ist erstaunlich.



Achtung – Gipfel in Sicht! KLAUS BÖHLE

Des Einzelnen Freiheit

Von Ernst Cramer

Werner Nachmann, der Vorsitzende des Zentralrats der Juden in Deutschland, hat am Sonntag in Bergen-Belsen eine Rede gehalten, die Eingang finden sollte in die Schulbücher dieses Landes. Über sich selbst hinauswachsend, machte der gewählte Repräsentant der rund 30 000 heute in der Bundesrepublik Deutschland lebenden Juden das Thema „Der Einzelne und seine Freiheit" zum Leitmotiv seiner Gedenkansprache.

Er erinnerte daran, daß viele Deutsche schon in der Zeit der Weimarer Republik nur allzu leicht bereit waren, die Freiheitsrechte der Einzelnen gering zu achten, besonders dann, wenn es sich um die Freiheit anderer handelte.

Nachmann griff in seiner Ansprache einen Gedanken wieder auf, den der ehemalige Kronjurist der SPD, Adolf Arndt, im Mai 1966 bei der Gründung der „Deutsch-Israelischen Gesellschaft" etwas anders formuliert hatte: „Nicht 1945 ging der deutsche Staat in Trümmer, als seine unberechtigten Machthaber entwaffnet wurden. Der wirkliche, weil geistige Zusammenbruch Deutschlands ereignete sich 1933, als das Fundament der Solidarität im Mitmenschlichen zerbrochen wurde."

Der Bundeskanzler als Hauptredner der Gedenkstunde von Bergen-Belsen griff viele von Nachmanns Gedanken auf. Er sprach von der „nie verjährenden Scham" nicht nur über die grauenvollen Untaten der nationalsozialistischen Zeit, sondern auch über die Gleichgültigkeit, mit der hingenommen wurde, daß Bücher verbrannt und jüdische Geschäfte zerstört wurden.

Die ganze Veranstaltung zwischen den von Heidekraut überwachsenen Massengräbern war ein wohltuender Kontrast zur Hektik, mit der in den vergangenen Tagen und Wochen über den Deutschland-Besuch des amerikanischen Präsidenten geredet wurde. Ronald Reagan hat selbst zu dieser Beruhigung beigetrgen, indem er in Bergen-Belsen eine persönliche Botschaft der Anteilnahmen und der Verpflichtung verlesen ließ.

Wer diesen Präsidenten kennt, weiß, daß es dieser Geste gar nicht bedurft hätte. Der weiß, mit welcher Abscheu Reagan die Scheußlichkeiten des NS-Regimes verurteilt, weiß auch, wie tief verankert in ihm die Verpflichtung ist, gerade wegen der Ereignisse von 1933 bis 1945 dem jüdischen Staat die Treue zu halten.

Umso lächerlicher sind die aus Moskau zu hörenden Töne. Sie gipfeln in der Behauptung, Ronald Reagan wolle durch seinen Besuch der Kriegsgräber von Bitburg, in denen auch SS-Soldaten ruhen, den Nazis seine Reverenz erweisen. Das sind Töne, die leider auch von Gruppierungen im Westen gelegentlich leichtsinnig nachgeplappert werden.

Allerdings sollte man auch Verständnis aufbringen für den Horror, den viele Überlebende der Konzentrationslager, beileibe nicht nur Juden, noch heute empfinden, wenn von der SS die Rede ist. Gewiß darf die Waffen-SS nicht der allgemeinen SS und schon gar nicht den Sondereinheiten gleichgestellt werden, die ausdrücklich für die Vernichtung von Menschen geschaffen wurden. Auch ist bewiesen, daß in den letzten Kriegsmonaten junge Männer ohne eigenes Zutun in die Waffen-SS gekommen sind.

Andererseits aber waren auch immer wieder Waffen-SS-Einheiten an nationalsozialistischen Greueltaten beteiligt. So ist etwa das Massaker von Malmedy, die Ermordung von mehr als fünfzig amerikanischen Kriegsgefangenen



Wo geschwiegen wurde, wo geschwiegen wird: Nachmann (mit v. Weizsäcker) FOTO: DPA

durch Angehörige der SS-Panzerdivision „Leibstandarte", allen ehemaligen US-Soldaten im Gedächtnis geblieben. Wer kann sich da über die Proteste amerikanischer Veteranenverbände wundern, kann doch nicht ausgeschlossen werden, daß einer dieser Untäter in Bitburg zur letzten Ruhe gebettet wurde – ?

Die Proteste aber, die aus dem europäischen Osten kommen, sollte man nur niedriger hängen. Von dort soll der Welt suggeriert werden, die Deutschen in der Bundesrepublik seien allesamt Nazis und Ronald Reagan sei ein geistiger Nachfahre Adolf Hitlers.

So gipfelten etwa die Gedenkfeiern im früheren Frauen-KZ Ravensbrück am letzten Samstag in der Feststellung, der Welt drohe heute eine noch größere Katastrophe, als es Holocaust und Zweiter Weltkrieg waren, nämlich atomare Vernichtung, und deren Chefplaner seien die Amerikaner. Auch bei den Berichten über Bergen-Belsen im „DDR"-Fernsehen waren ähnliche Gedanken zu vernehmen.

Was in diesen Tagen bei uns im Westen nur selten erwähnt, was offiziellen sowjetischen Besuchern nie vorgehalten wird, ist die Mitschuld des Kreml am Ausbruch des Zweiten Weltkriegs. Zwei Mörderregime reichten sich damals im August 1939 die Hand. Das Unheil über Europa konnte losbrechen. Auch wenn die Russen später unsägliches Leid in diesem Krieg erleiden mußten, die Mitschuld ihrer Führer darf man gerade heute nicht unter den Teppich fegen.

In Bergen-Belsen meinte der Bundeskanzler, man müsse „allen Bestrebungen entgegentreten, die die Freiheit und Würde des Menschen zu untergraben suchen". Blickt man ostwärts über die Mauer von Berlin oder die Grenze, die Deutschland, ja, Europa teilt, weiß man, daß in dieser Hinsicht noch viel zu tun bleibt. Denn auch die Russen, die Polen, die Tschechen, um nur einige zu nennen, aber ebenso die Deutschen in der „DDR" haben ein Recht auf die persönliche Freiheit, von der Werner Nachmann beschwörend sprach.

IM GESPRÄCH Laszlo Rajk jun.

Ein Dissident kandidiert

Von Carl Gustaf Ströhm

Erstaunliches ereignete sich Ende vergangener Woche auf einer Wählerversammlung eines Budapester Stadtbezirks: Gemäß der neuen ungarischen Wahlordnung, die vorsieht, daß sich entgegen der bisherigen kommunistischen Praxis mehrere Kandidaten für einen Parlamentssitz bewerben können, nominierten die Anwesenden mit mehr als fünfzig Prozent der Stimmen einen Mann, der auf der Liste der „Patriotischen Volksfront" nicht genannt worden war – einen Mann, dessen Namen weit über Ungarn hinaus bekannt ist: Laszlo Rajk jun.

Der heute 37jährige Budapester Architekt ist der einzige Sohn des ungarischen Altkommunisten, Politbüro-Mitglieds sowie Innen- und Außenministers der Volksrepublik Laszlo Rajk sen., der 1949 in einem makabren Schauprozeß als „Verräter", „imperialistischer Spion" und „titoistischer Agent" zum Tode verurteilt und hingerichtet worden war. Im Zuge der Entstalinisierung 1956 wurde Rajk sen. offiziell rehabilitiert. Seine Witwe, Julia Rajk, Mutter des jetzigen Kandidaten, trat damals in Budapest auf einer Versammlung auf, wobei sie den anwesenden Parteifunktionären die Anklage ins Gesicht schleuderte: „Genossen, mir fehlen die Worte, um zu erklären, wie ich mich heute fühle, da ich nach grausamen Jahren der Haft, ohne ein Wort, ein Stück Brot oder ein Lebenszeichen von draußen, nach einer Zeit der Verzweiflung und Hoffnungslosigkeit mich euch gegenübergestellt sehe. Als ich in das Gefängnis kam, gab ich meinem fünf Monate alten Jungen noch die Milch. Fünf Jahre hörte ich dann nichts von meinem Baby." Und dann: „Ihr habt nicht nur meinen Mann umgebracht, sondern alle Anständigkeit in unserem Land. Ihr habt Ungarns politisches, wirtschaftliches und moralisches Leben zerstört. Wo aber waren die Parteimitglieder, als dies geschah? Wie konnten sie diese Degeneration zulassen?"

Der kleine Junge von damals, der seinen Vater nie bewußt gesehen hat und die ersten fünf Jahre seines Lebens ohne seine Mutter in einem Kinderheim verbringen mußte, ist zu einem Kritiker dieses Regimes geworden. Bis vor kurzem unterhielt er in



Als Säugling im Gefängnis: Rajk jun. FOTO: SVEN SIMON

seiner Wohnung im Budapester Stadtzentrum eine Samisdat-Buchhandlung: Hier bekam man inoffizielle Literatur von Solschenizyn bis zum UNO-Bericht über die Niederschlagung des ungarischen Aufstandes 1956.

Ob Rajk jun. mit seiner Kandidatur für das Parlament durchkommt, ist fraglich. Das kommunistische System kann dem Träger dieses Namens – nach seinem Vater sind inzwischen in Ungarn Straßen und Fabriken benannt – offiziell nicht viel antun. Irgendwie läßt Parteichef Janos Kadar den Sohn seines einstigen Kampfgenossen gewähren, was ihn allerdings nicht vor gelegentlichen Polizeirazzien schützt. Rajk jun. war sogar mehrfach ganz legal auf Besuch im Westen. Ihn aber im Parlament zu haben – das ist schon eine andere Sache.

Daß aber ein Regimekritiker wie Rajk in Budapest überhaupt offiziell für eine öffentliche Funktion vorgeschlagen werden kann, ist eine bemerkenswerte Neuigkeit. Der junge Rajk ist nicht der einzige: Bisher sollen 40 „inoffizielle" Kandidaten auf Wählerversammlungen nominiert worden sein, unter ihnen auch der aus Siebenbürgen stammende Gaspar Miklos Tamas – ein weiterer Dissident. Es ist, als kandidierte ein Sohn Bucharins oder des Marschalls Tuchatschewskij für den Obersten Sowjet in Moskau.

DIE MEINUNG DER ANDEREN

Frankfurter Allgemeine

Sie äußert sich zur Verteidigung des Westens:

Die Verteidigung des Westens hat einige Stellen, die der des hürnenen Siegfried gleichen – nur spricht man nicht gern darüber. Die auffälligste ist die Verteidigung gegen chemische Waffen. Die Sowjets sind damit voll ausgerüstet, ihre Truppen sind jahrelang in diesen Kampfbedingungen trainiert. Im Westen ist man dagegen weitgehend ungeschützt: Eine Luftwaffenbasis wäre mit chemischen Waffen in wenigen Minuten lahmzulegen. Deshalb heißt die westliche Antwort: Auch gegen eine Überwältigung mit chemischen Waffen durch Truppen des Warschauer Pakts wird der Ersteinsatz von taktischen Atomwaffen angedroht. Man spricht nicht viel über diese Art der Abschreckung vor dem Einsatz chemischer Waffen. Aber auch der französische Verteidigungsminister, dessen Truppen nicht in die NATO eingebunden sind, hat dieser Tage gleichgezogen.

Ruhr-Nachrichten

Zu Bergen-Belsen kommentiert das Dortmunder Blatt:

Für die Überlebenden bedeutete die Teilnahme an der Gedenkfeier gewiß eine ungeheure Überwindung. Vier Jahrzehnte nach ihrer Befreiung waren sie an den Ort gekommen, an dem sie schier unvorstellbare Leiden ertragen mußten, und berichteten über damals Erlittenes. Sie machten und machen deutlich, daß sie vergeben wollen, aber nicht vergessen können. Mit dieser ganz persönlichen Haltung sind sie all denen voraus, die angesichts des 8. Mai, des Tages der Kapitulation und Befreiung, von deutscher Kollektivschuld reden oder dem amerikanischen Präsidenten Reagan vorwerfen, sich mit dem Besuch auf dem deutschen Soldatenfriedhof in Bitburg vor dem Dritten Reich zu verbeugen, gleichzeitig aber das Andenken an Millionen Opfer des NS-Regimes verhöhnen.

THE TIMES

Zur Entwicklung in der Sowjetunion bemerkt die Londoner Zeitung:

Die Wirtschaft der Sowjetunion entspricht der eines Landes der Dritten Welt, aber sie verfügt über Waffen wie ein Industriestaat. Ihr Dilemma besteht darin, daß sie wirtschaftlich nicht dazu in der Lage ist, die militärische Maschinerie in den nächsten 20 Jahren auch nur annähernd auf Gleichstand mit den USA zu halten ... Der Niedergang des sowjetischen Lebensstandards und der Leistung auf wirtschaftlichem Gebiet ist allgegenwärtig – er ist nicht nur in der Landwirtschaft spürbar, sondern auch in allen Bereichen der Industrie, im Gesundheitswesen, im Hinblick auf die Lebenserwartung, im Wohnungsbau, im Fernmeldewesen. Es wirkt wie reine Ironie, daß man ein Land, das seinem Volk so wenig bietet, als Militärmacht so ernst nehmen muß.

Die SPD und des Lebens Wirklichkeit

Nordrhein-Westfalen zeigt die Angst vor der Technologie / Gastkommentar von Ulrich Lohmar

Die Zukunft hatte es den Sozialdemokraten immer schon angetan – je weiter weg, desto stärker leuchtend. Nur mit der Wirklichkeit des Lebens tut die SPD sich nach wie vor schwer, und das ist nicht nur für sie selbst eine bittere Pille.

Lang ist es her, seit Willy Brandt uns mit dem Slogan „Wir schaffen das moderne Deutschland" für sich und seine Politik einnehmen wollte. Davon ist heute, etwa an Rhein und Ruhr, keine Rede mehr. Statt dessen hat sich die Sozialdemokratie für die nächsten Jahre ausgedacht, die Ökonomie mit der Ökologie, also die Natur mit der Zivilisation zu versöhnen.

Das kann gewiß mehr sein als eine schöne Überschrift, wenn man sie in praktische Politik umsetzt. Und die anderen Parteien werden über kurz oder lang ohne Zweifel bemerken, daß diese Wegbestimmung so falsch nicht ist.

Doch sobald es sich darum handelt, die neue Parole in Beziehung zur Realität zu setzen, kommen die Sozialdemokraten ins Schwimmen. Wieso können sie eigentlich annehmen, daß die gegenwärtig Arbeitslosen mit ihren beruflichen Eignungsprofilen in den geforderten gigantischen umweltpolitischen Projekten einsetzbar sind? Wie wollen sie bei ihrem neuen Kreuzzug für die Antwort auf die Quadratur des Kreises vermeiden, das Land Nordrhein-Westfalen noch tiefer zu verschulden, als es heute schon ist, und damit die nächste Generation mit den Fehlleistungen der jetzt Regierenden zu belasten?

Vor allem aber: Wie paßt das Bekenntnis zur moderen Technologie im Umweltbereich zu der doppelbödigen Technologiepolitik, die die SPD seit Jahren schon im volkreichsten Bundesland dieser Republik betreibt?

Dort beschließen große Städte mit absoluter Mehrheit der SPD, die Hände überhaupt von den Informationstechnologien zu lassen. Da veranstaltet die Landesregierung einen Technologiekongreß in Düsseldorf, auf dem man die wirklichen Sachkenner selbst aus dem eigenen Lande vergeblich suchte. Da wird halbherzig in Technologiezentren ein bißchen Geld investiert, während man sich gleichzeitig dem überwiegenden Nein der mächtigen Gewerkschaft ÖTV zu den neuen Technologien beugen zu müssen glaubt. Kurzum: Nach außen ein bißchen Modernes, nach innen sehr viel neuer Rückschritt unter dem alten Gütezeichnen „sozial".

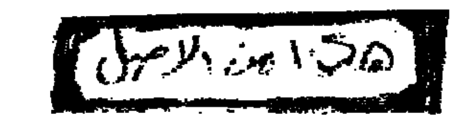
Die SPD weicht der überragenden Frage der Technologiepolitik der Zukunft einfach aus: Wie will sie denn in den nächsten beiden Jahrzehnten die Renten finanzieren, wo die Zahl der alten Mitbürger von Jahr zu Jahr wachsen und die Zahl der Berufstätigen immer mehr schrumpfen wird? Die Arbeitszeitverkürzung ist ja, wenn überhaupt, allenfalls für die beiden nächsten Jahre noch eine sinnvolle Antwort auf unsere Probleme, danach aber mit Sicherheit nicht mehr.

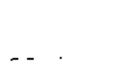
Wenn wir von 1987 an unseren Lebensstandard auch nur einigermaßen aufrechterhalten wollen, für alle drei Generationen, dann müssen wir entweder mehr arbeiten als heute, oder aber wir müssen die Produktivität unserer Wirtschaft durch deren technische Leistungsfähigkeit erhöhen. Rationalisierung als Weg zu größerer Produktivität ist deshalb das Kennwort der beiden Jahrzehnte, die vor uns liegen.

Es kann nicht sein, daß die Sozialdemokraten diese Zwangsläufigkeit nicht bemerken. Wenn sie trotzdem dazu schweigen, dann müssen sie sich fragen lassen, warum sie das tun. Hoffen sie auf ein Wunder? Wollen sie wieder mehr Gastarbeiter ins Land holen? Wollen sie den Lebensstandard absinken lassen?

Der Wahlkampf-Troubadour der SPD in Düsseldorf meinte dieser Tage, es gäbe drei Gründe, seine Partei zu wählen: Johannes Rau, Johannes Rau und noch einmal Johannes Rau. Es könnte aber sein, daß viele Wähler an Rhein und Ruhr gerne drei wirkliche Argumente für ihre Wahlentscheidung erfahren würden, denn den Personenkult wollten wir eigentlich in der Bundesrepublik Deutschland nicht wieder einführen. Vielleicht schaut die SPD also doch noch einmal in ihr Wahlhandbuch: Will sie überhaupt noch ein modernes Deutschland? Oder – was für eines will sie?

Professor Dr. Ulrich Lohmar war von 1957 bis 1976 Bundestagsabgeordneter der SPD. Heute ist er als freier Wissenschaftler tätig.





Die Friedenstaube trägt die Propaganda ins ganze Land

Am 9. Mai 1945 um 0.01 Uhr wurde die Kapitulation aller deutschen Streitkräfte wirksam. Moskau nutzt den 40. Jahrestag zu einem propagandistischen Trommelfeuer, das den Westen, die osteuropäischen Vasallen und die eigene Bevölkerung treffen soll.

Von R.-M. BORNGÄSSER

Der korrekt gekleidete Herr sagte im besten Sächsisch: „Wir wollen *gemeinsam* die Niederwerfung der faschistischen Bestie begehen." Sofort brach stürmischer Beifall unter den geladenen hohen Militärs und Veteranen aus, als die Dolmetscherin diese Worte übersetzte. Premiere des dreistündigen Films „Pob Jeda" (Der Sieg), der am Wochenende in Moskau am Kalininprospekt – wie übrigens zu gleicher Zeit in weiteren 1300 sowjetischen Kinos – seine Premiere erlebte. Dieses Spektakel ist eine Gemeinschaftsarbeit zwischen der Sowjetunion und der „DDR".

Dieser Film zählt mit zu den Höhepunkten im propagandistischen Trommelwirbel, denen die Bevölkerung der Sowjetunion seit Monaten anläßlich des bevorstehenden „40. Jahrestages des Sieges über den Faschismus" ausgesetzt ist. Je näher das Datum, Donnerstag, der 9. Mai, heranrückt, desto lauter überbieten sich die offiziellen Agitprop-Tenöre mit ihren schwülstigen Propaganda-Gesängen. Schon vor einem Jahr hatte das Zentralkomitee der Partei den Startschuß zu den Vorbereitungen gegeben. Schriftsteller und Komponisten, *Rundfunk, Film, Fernsehen,* Plakat- und Buchverlage wurden auf ihre Aufgaben eingestimmt.

Dieser jetzt angelaufene Film nach einem Roman von Alexander Tschakowski ist ein abstruses Machwerk: ein Spielfilm vermischt mit Dokumentarszenen. Eindeutiges *Ziel* ist es, dem Publikum zu beweisen, daß bereits auf der Potsdamer Konferenz die Westmächte mit der Verfälschung der Geschichte und mit einer Politik der Stärke begonnen hätten.

Stalin spielt eine der Hauptrollen. Er tritt als gewiefter Taktiker in stets schneeweißer Uniformjacke auf, der mit *Witz* und *Härte* seinen politischen Gegnern begegnet und der als Hauptziel *nur* das Wohlergehen Polens im Sinne hat, während Truman und Churchill als Polit-Kasperl dargestellt werden, der eine ein Machtbesessener, der andere ein Fiesling.

Da die sowjetische Parteiführung aufgrund dieses historischen Datums nicht umhinkommt, *sich mit der Figur* Stalins auseinanderzusetzen, wird er nur in der Rolle als Oberbefehlshaber der sowjetischen Streitkräfte gewürdigt. Über seine anderen politischen Fehler wird die Decke des Schweigens gebreitet.

Im Film heißt das so: „Er war eine widersprüchliche und komplizierte *Persönlichkeit.* Bei Diskussionen war er prinzipienfest und weise, gelegentlich aber auch ungerecht, mißtrauisch und brutal. Eines kann aber nicht angezweifelt werden: In schweren Augenblicken unserer Geschichte hat er es verstanden, alles Kleinliche *zu verdrängen,* was seiner als Mensch und Führer eines großen Landes unwürdig war. Dann wurde er zu einem unnachgiebigen Kämpfer für eine gerechte Sache."

Die Deutschen kommen in diesem filmischen „Epos" im Gegensatz zu den Amerikanern und Engländern eher glimpflich davon: nämlich als brave Nachkriegskommunisten des Ulbricht-Staates. Der *Film mündet* in eine gewaltige Propaganda-Apotheose: Rasch wechselnde Fotos zeigen eine Atomexplosion, verwundete Kinder, weinende Frauen, Friedensdemonstrationen *in* Westeuropa, Raketen und dann eine weiße Friedenstaube auf der Weltkugel und eine stillende Mutter und ein lachendes Mädchengesicht. Dazu ertönt die Musik *„To be or not to be that is the question."*

Daß man das *Datum* des Sieges vor allem dazu benutzt, um die Geschichte zu verfälschen, kann man Tag für Tag im Rundfunk hören oder im Fernsehen beobachten. Aber man kann es auch nachlesen. So beklagt sich in der deutschsprachigen Zeitung „Freundschaft" *Alexej Antossjak,* Doktor der Geschichtswissenschaften, u. a. darüber, „daß die meisten bürgerlichen Geschichtswissenschaftler den Standpunkt vertreten, die britischen und amerikanischen Truppen, die im Juni 1944 in Frankreich gelandet wären, hätten den Völkern Europas Befreiung gebracht. Doch die Tatsache strafte alle Verleumder Lügen. Die Befreiung der Völker Europas wäre ohne die Zerschlagung der militärischen Hauptkräfte des faschistischen Deutschlands unmöglich gewesen. Und diese Aufgabe wurde von der Sowjetarmee bewältigt." Und an anderer Stelle schreibt Antossjak: In den Erklärungen der Sowjetunion, die im Zusammenhang mit dem Einmarsch sowjetischer Truppen in Rumänien, Polen *und anderen Ländern abgegeben* wurden, hätte es geheißen, die Sowjetarmee komme als Befreier in diese Länder und habe nicht die Absicht, fremdes Territorium zu erobern oder sich in innere Angelegenheiten dieser Staaten einzumischen. Von den *bürgerlichen Geschichtsfälschern* würden Ammenmärchen in Umlauf gesetzt, die auf die Behauptung hinauslaufen,die Sowjetunion habe die Revolution in europäische Länder exportiert. Allgemein bekannt sei doch, so der Verfasser, daß die *Kommunisten* entschiedene Gegner eines Exports der Revolution seien.

Die Propagandawelle schwappt *über den sowjetischen Alltag.* Ob über Fischkonserven, Synthetik-Unterwäsche oder sanitären Anlagen, in fast allen Schaufenstern schwebt eine weiße Friedenstaube, die an den Sieg erinnert, oder an den Scheiben klebt ein fünfzackiger roter Stern mit einem *bewaffneten Soldaten, darunter* die Daten 1945–1985.

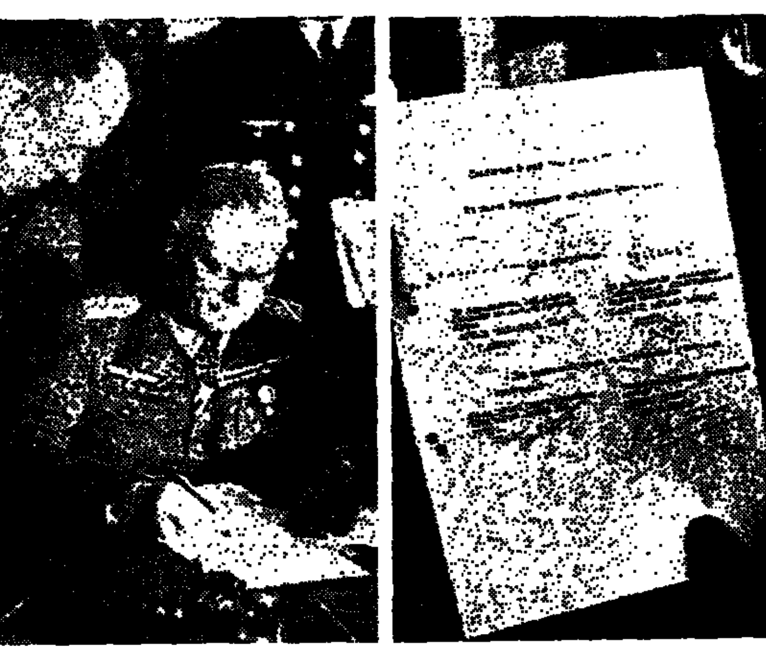
Schaltet man das Radio ein, so hört man täglich mehrmals den tränenreichen Bericht eines Veteranen, der seine Kriegserlebnisse schildert. Aus den „Heldenstädten" Moskau, Leningrad, Wolgograd, Minsk, Kiew, Odessa, Sewastopol, Noworossisk, Kertsch, Tula und der Festung Brest werden *täglich* Sendungen über die siegreichen Endkämpfe ausgestrahlt.

Patriotisches liest man auch in dem für Schüler empfohlenen literaturmusikalischen Programm: „Und vom Schwarzen Meer bis zum hohen Norden verfolgte man die Hakenkreuzler-Horden", heißt es da reimelang. Der Siegesgesang mündet in den *Vers: „Heute wird die ganze* Erde vom nuklearen Krieg bedroht, deshalb ist vereintes Handeln, höchstes, dringendes Gebot."

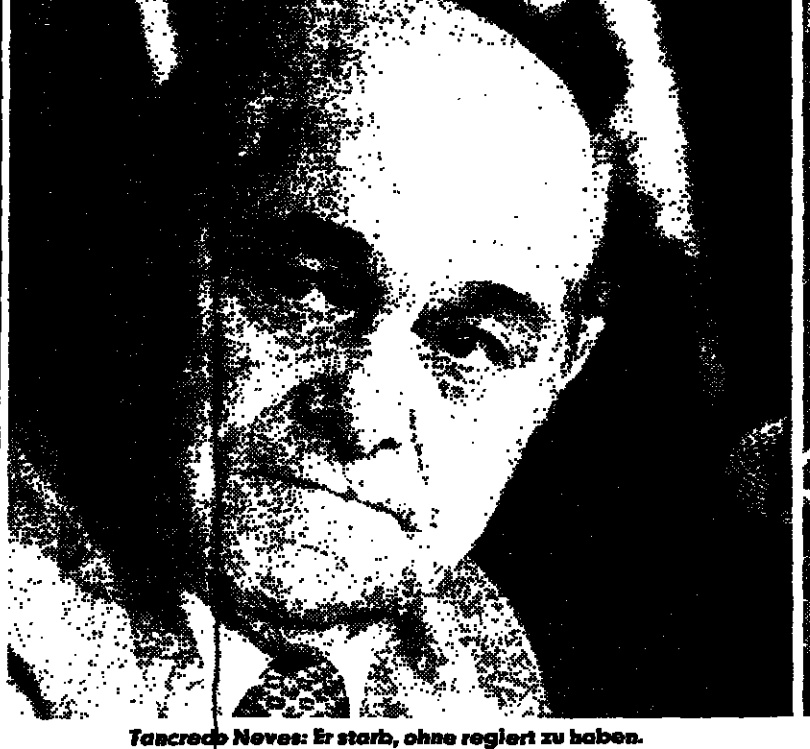
Im Fernsehen wird der 15teilige Film „Strategie des Sieges" ausgestrahlt. In der großen Kunstausstellung *in der „Manege", einen Steinwurf* weit vom Roten *Platz* entfernt, zeigen 2300 Objekte *martialische* Kriegsszenen. Da fehlt nichts: weder das ergreifende Bild des kleinen Jungen, der von einer Bombe getötet wurde und nun mit blutigem Kopf im *Gras* liegt, *während sein Hund* bellt, noch die ordensverzierte Büste von Stalin und die Fotos von der Fahnenhissung auf dem Berliner Reichstag. Überraschend in dieser Ausstellung sind die Bilder der jüngsten Kämpfe in Afghanistan: Mudschahedins *strecken ihre Waffen vor sowjetischen* Soldaten.

In den Buchläden findet man die Kriegsereignisse schriftstellerisch glorifiziert und auch auf Schallplatten kann man die „Siegestöne" vernehmen.

Den Veteranen und Kriegsversehrten wurde erstmals in den 40 Jahren *nach dem Krieg ein Kriegsorden* verliehen. Kriegsveteranen aus dem ganzen Land sind zur Feier nach Moskau geladen worden. Unter ihnen auch diejenigen noch überlebenden Teilnehmer, die bereits vor 40 Jahren an der Siegesparade teilnahmen. Die Soldaten sollen mit ihren alten Uniformen am 9. Mai über den Roten Platz *marschieren, wo sich vor dem* Lenin-Mausoleum, wo einst Stalin allein stand, die neue Führung um Michail Gorbatschow scharen wird.

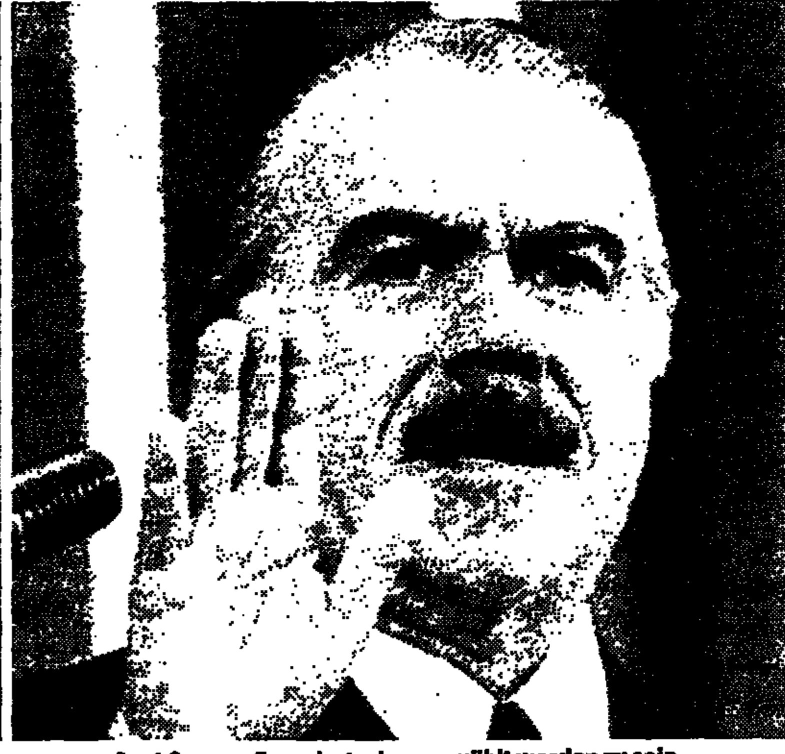


8. Mai 1945: Generalfeldmarschall *Keitel* unterzeichnet im sowjetischen Hauptquartier in Berlin-Karlshorst die Kapitulation. FOTOS: DPA





Tancredo Neves: Er starb, ohne regiert zu haben. FOTO: STUDIO X



José Sarney: Er regiert, ohne gewählt worden zu sein. FOTO: AFP

Mit Neves stirbt auch viel Hoffnung

Brasilien trauert. Mit dem Tod von Tancredo Neves verliert das Land nicht nur seinen Präsidenten, sondern auch viel Hoffnung auf *Freiheit,* Demokratisierung des Landes *und wirtschaftlichen* Aufschwung.

Von WERNER THOMAS

Es herrschte Karnevalsstimmung. Die Leute tanzten und sangen an diesem 15. Februar auf den Straßen. Konfetti rieselte von *den Geschäftshäusern der Großstädte.* Feuerwerkskörper explodierten. Man feierte das Ergebnis des Wahlkollegiums. Tancredo Neves hatte gewonnen, der populärste Politiker des Landes.

Heute herrscht Trauer. Bestürzung und Schock erfassen die Nation. Millionen Menschen weinen. Tancredo *Neves ist nach einem dramatischen* Krankenlager von mehr als fünf *Wochen gestorben.* Er war nicht in der Lage gewesen, das Präsidentenamt anzutreten.

Brasilien mußte noch nie ein so brutales emotionales Wechselbad hinnehmen. „Wie sich die Stimmung ändern kann", wunderte sich die Zeitung „O Globo".

Die Tränen fließen für einen bemerkenswerten Mann. Tancredo Neves (75) konnte auf eine 50jährige politische *Karriere zurückblicken,* die das Amt des Premierministers und das des Gouverneurs seines Heimatstaates Minas Gerais umfaßte. Als typischer „Mineiro" pflegte er immer den Kompromiß und die Konzilianz. Der kleine Anwalt mit dem freundlichen Gesicht stand stets in der politischen Mitte. Er hätte ein liberaler Christdemokrat oder ein konservativer Sozialdemokrat sein können. Er hatte keine Feinde. Als die Militärs 1964 die Macht übernahmen, brauchte Tancredo – die Brasilianer nannten ihn stets beim Vornamen – *nicht ins* Ausland zu fliehen. Zu seinem Freundeskreis zählten auch Offiziere.

Kein anderer Mann wäre besser geeignet gewesen, die größte Nation Lateinamerikas (130 Millionen Einwohner) nach der langen Militärherrschaft von fast 21 Jahren wieder in die Demokratie zu führen. Er wurde als Retter gefeiert. Wie ein Messias verkündete Neves die „neue Republik", eine Ära des Fortschritts, der Gerechtigkeit, der Toleranz und der *Freiheit. Als Mitte Januar die* Entscheidung des Wahlkollegiums gefallen war, erschienen die Zeitungen mit der Schlagzeile: „Es lebe die neue Republik".

Tancredo Neves, ein Mitglied der „Partei der Demokratischen Bewegung Brasiliens" (PMDB), der einflußreichsten Oppositionsbewegung während der fünf Militärregierungen, gewann die indirekte Wahl aufgrund seines Integrationstalentes. Er wirkte auch auf solche Personen vertrauenerweckend, die nicht seinen politischen Standort teilten. Eine breite Koalition, zu der viele Vertreter der – konservativen – Sozialdemokratischen Partei (PDS), der bisherigen *Regierungspartei, zählten, garantierte* seinen überwältigenden Triumph (380:180 Stimmen) über den PDS-Rivalen Paulo Maluf.

Die neue Regierung reflektierte die verschiedenen Strömungen dieses Bündnisses, die Richtlinien ebenfalls. Tancredo Neves wollte wohl eine Austerity-Politik durchführen, um die beiden schwierigsten Probleme des Landes zu lösen, die galoppierende Inflation (230 Prozent) und die enormen Auslandsschulden (100 Milliarden Dollar). Er versprach jedoch auch den ärmsten Bevölkerungsschichten seine Hilfe. Fast 50 Prozent der Brasilianer sind arbeitslos oder unterbeschäftigt. Den hohen Erwartungsdruck bremste der Realpolitiker oft mit den Worten: „Ich verspreche keine Wunder."

Ein Leidensweg, der die Nation aufwühlte

Die letzten fünfeinhalb Wochen wird dieses Volk nicht so schnell vergessen. *In der Nacht zum 15. März,* wenige Stunden vor der geplanten Amtsübernahme, mußte Tancredo Neves ins Krankenhaus gebracht werden. Die Ärzte nahmen die erste von insgesamt sieben Operationen vor. Es begann ein Leidensweg, der die gesamte *Nation aufwühlte.* Selten zuvor hat ein prominenter Politiker so zäh und unter so großer Anteilnahme seines Volkes gegen den Tod gekämpft.

Vor dem Hospital „Das Clinicas" in São Paulo warteten Tag und Nacht Hunderte von Menschen, die für die Genesung des Patienten beteten. „Sei stark, Tancredo", riefen sie, oder „Werde gesund, Tancredo." Bei Fußballspielen wurde für Neves gebetet. Die Kioske verkauften Neves-Poster: „Tancredo Neves – Präsident von Brasilien". Bis zum Schluß hofften die Brasilianer auf eine wundersame Heilung.

Es ist viel darüber diskutiert worden, ob der alte Herr hätte gerettet werden können. Die Presse *unterstellte* den medizinischen Teams Fehldiagnosen und eine falsche Behandlung. Einige Ärzte schlossen sich dieser Kritik an. Wie sich herausstellte, quälte sich Tancredo Neves bereits seit Anfang des Jahres mit *dem Darmleiden,* das schließlich die Operationen notwendig machte. Er wollte durchhalten, um den Präsidenteneid sprechen zu können.

Statt dessen mußte sich Vizepräsident José Sarney vor den Gästen aus mehr als 100 Ländern vereidigen lassen. Er sollte lediglich vorübergehend amtieren. Er wäre gern wieder in das zweite Glied getreten, weil diese Regierung und diese Koalitionen *ganz auf Tancredo Neves* zugeschnitten waren, weil Sarney die Unterstützung vieler Politiker fehlt und weil er keine große Popularität genießt.

Sarney (54), einer der bekanntesten Schriftsteller und Dichter des Landes, machte während der Militärherrschaft politische Karriere. Er diente als Gouverneur, Senator und Präsident der *regierenden PDS. Er war* PDS-Chef, als er letztes Jahr die Präsidentschaftsambitionen des Oppositionskandidaten Tancredo Neves unterstützte – und als Dank das Angebot erhielt, Vizepräsident zu werden.

Der Mann aus Maranhao, einem der ärmsten Bundesstaaten, im Nordosten gelegen, hat im Gegensatz zu Neves auch *Feinde. Die ehemaligen* Parteifreunde der PDS unterstellen ihm Opportunismus und mangelnde Loyalität. Die linken Vertreter der PMDB halten ihn nach wie vor für einen rechten Politiker. Leonel Brizola, der sozialistische Gouverneur von *Rio de Janeiro, konspiriert schon* deshalb gegen Sarney, weil er selbst Präsident werden will.

Schon vor Tancredos Tod kursier*ten Gerüchte, daß José Sarney* nicht die volle Amtszeit (sechs Jahre) durchhalten möchte und für Direktwahlen innerhalb von zwei Jahren ist, weil er selbst nicht bei bester Gesundheit ist. Gelegentlich leidet er unter Herzbeschwerden. Sarney hüllte sich darüber in Schweigen.

Politische Beobachter registrierten jedoch, daß er immer mehr die Macht an sich riß, je hoffnungsloser die Nachrichten aus dem Krankenhaus in São Paulo wurden. Bereits Ende März ahnte er, was auf ihn zukommt. „Ich muß mich langsam daran gewöhnen, den *Füllhalter einzusetzen."* Tausende von Ernennungen warten auf die Unterschrift des neuen Präsidenten. Neves konnte lediglich die Schlüsselfiguren der demokratischen Regierung ernennen.

Der Optimismus ist verflogen

Vorbei ist die optimistische, fast schon überschwengliche Stimmung, die bis zum 15. März dominierte. Statt dessen breiten sich bei den Brasilianern Unsicherheit und Ungewißheit aus. Nervös blicken sie in die Zukunft und stellen bange Fragen: Kann Sarney die schwierigen Probleme lösen? Folgen jetzt doch noch die Diadochenkämpfe der Politiker? Werden die Militärs stillhalten? Niemand wagt eine Antwort, auch nicht so renommierte Kolumnisten wie Carlos *Castello Branco,* der für das „Jornal do Brasil" schreibt.

Eine Hoffnung tröstet über die Trauer: Castello Branco glaubt wie *viele Brasilianer,* daß der *Name* Tancredo Neves', seine Popularität, seine Persönlichkeit und sein politisches Vermächtnis die weiteren Entwicklungen beeinflussen werden. „Tan*credo Neves wird* die Symbolfigur der neuen Republik bleiben."

In einer gefühlsbetonten Fernsehansprache an die Bevölkerung versprach Sarney, die „heiligen Menschenrechte zu schützen und unerschütterlich gegen die Korruption zu kämpfen. Unser Programm ist Tancredo Neves' Programm", sagte er. Dann ordnete er eine achttägige Staatstrauer für den Verstorbenen an. *Aus dem Präsidialamt verlautete,* der Leichnam solle in die Hauptstadt Brasilia überführt und dort zwei Tage lang aufgebahrt werden. (SAD)

Wie Schumacher über die Waffen-SS urteilte

DW. Bonn

Gegen *„Kollektiv-Verdammungen"* der Angehörigen der Waffen-SS, wie sie im Zusammenhang mit der geplanten Bitburg-Visite Präsident Reagans erkennbar werden, *trat Kurt Schumacher, der erste* Vorsitzende der Nachkriegs-SPD, bereits 1951 auf. In seinem Buch „Kurt Schumacher – Ein Leben für Deutschland", 1952 erschienen (Herkul GmbH, Verlagsanstalt Frankfurt am Main), weist Fried Wesemann auf einen Brief hin, den Schumacher *im Herbst 1951* an den Schweizer Professor Hersch schrieb. Hersch, ein jüdischer Sozialist, hatte sich wegen eines Gesprächs gesorgt, das der damalige SPD-Vorsitzende mit früheren Angehörigen der Waffen-SS führte. Wesemann, späterer Informationsdirektor des *SPD-Vorstands in* Bonn, zitiert aus dem Schreiben:

„Die Grundlage dieser Unterhaltung war das menschliche und das staatsbürgerliche Moment. Aus dem Zweiten Weltkrieg sind mehr als 900 000 Angehörige der früheren Waffen-SS zurückgekehrt. Diese Waffen-SS ist weder mit der allgemeinen SS noch mit den speziellen Organisationen der Menschenver*nichtung gleichzusetzen, sie war für* Kriegszwecke geschaffen. Sicher sind viele der jungen Menschen Träger einer spezifisch hitlerischen Ideologie gewesen, ohne aber die Verbrechen der zwölfjährigen Diktatur als solche zum Bestandteil ihrer politischen Zielsetzung zu machen. Hunderttausende aber *sind* ohne ihr Zutun für die SS als Wehrmachtsteil eingezogen oder dahin abkommandiert worden.

Die Mehrzahl dieser 900 000 Menschen ist in eine ausgesprochene *Pariarolle geraten. Sie sind kollek*tiv haftbar für die Verbrechen des Sicherheitsdienstes (SD) und der Menschenvernichtungsaktionen gemacht worden, obwohl sie als Waffen-SS kaum nähere Berührung damit hatten als manche andere Wehrmachtteile. Zu jedem totalitären System hat es gehört, mit allen Methoden der Verstrickung ein Ergebnis der Mitschuld aller zu erzeugen. Im Falle der Waffen-SS hat man im Bewußtsein der Welt eine totale Kom*plizität herbeizuführen sich ziem*lich erfolgreich bemüht. Uns scheint es eine menschliche und staatsbürgerliche Notwendigkeit zu sein, diesen Ring zu sprengen und der großen Masse der früheren Angehörigen der Waffen-SS den Weg zu Lebensaussicht und Staatsbürgertum freizumachen. Diese früheren Angehörigen der Waffen-SS haben die ersten Jahre der Hilflosig*keit und der Existenzlosigkeit, die* sich besonders für ihre Familien drückend bemerkbar machten, ohne viel Gejammer überstanden. Allmählich zieht aber ein Gefühl der Empörung bei ihnen herauf, das weniger den gegenwärtigen Leiden als der Angst vor der Ausweglosigkeit ihrer Situation entspringt.

Ein kompakter Komplex von 900 000 Menschen ohne soziale und menschliche Aussicht ist zusammen mit ihren Angehörigen schon zahlenmäßig keine gute Sache für eine junge, von größten Spannungen der Klassen und Ideen zerpflüg*te Demokratie. Ihnen, die keine kri*minelle Schuld auf sich geladen haben, sollte man die Möglichkeit geben, sich erfolgreich mit der für sie neuen Welt auseinanderzusetzen."

SPD, Amerika und das Reizwort „Vasallentum"

Auseinandersetzung zum Verhältnis Bonn–Washington

GEORG BAUER, Wewelsfleth

Was war es? War es eine historisch nüchterne Aufarbeitung des Verhältnisses *zwischen den USA und der* Bundesrepublik Deutschland? War es ein Beispiel für die gewachsene Fähigkeit zu kritischer, doch emotionsfreier Argumentation in einem Staat, der – trotz seiner tiefen Wurzeln in Geschichte und vor allem Philosophie – im Vergleich zu den demokra*tischen Strukturen westlicher* Nachbarn noch jung an Jahren ist? Oder war das fünfte Wewelsflether Gespräch, zu dem der Schriftsteller Günter Grass und der Vorsitzende der SPD-Landestagsfraktion Schleswig-Holsteins, Björn Engholm, hinter den Deich nahe der Elbmündung eingeladen hatten, eine Veranstaltung, die vor allem eins offenbarte: eine Arroganz und Unzufriedenheit eines Teiles der Deutschen mit den politischen Verhältnissen, geboren aus der Suche nach der eigenen Identität. Also „Antiamerikanismus" als Mantel eines „deutschen Bewußtseins" linker Provenienz?

Shepard Stone, Leiter des Aspen-Instituts in Berlin und Beobachter der deutschen Entwicklung schon vor dem Zusammenbruch der Weimarer Republik, stellte trocken fest: „Die Deutschen müssen wissen, daß die Amerikaner sie nicht als Vasallen *betrachten." Wenn die Deutschen* die westliche Allianz mit all ihren Schwächen nicht mehr wollen, müßten sie sich fragen, „was sie wollen".

Vorausgegangen war unter anderem, gedacht als Warnung an die Adresse der Bundesregierung, die Bemerkung des SPD-Oppositions*führers im Bundestag, Hans-Jochen* Vogel, die Bundesrepublik sei Partner der USA. Sie müsse aber aufpas*sen, daß sie nicht zum Vasallen* werde. Mit Blick auf den politischen Aufbau der beiden Staaten fuhr er fort, in wichtigen Punkten bestünde Übereinstimmung zwischen Amerikanern und Sozialdemokraten, doch greife die Administration in Washington zu Verhaltensweisen, die nicht unsere *„Billigung finden können". Um* entschiedener und mäßigend auf die Politik der USA einwirken zu können, müsse Europa die Kraft gegeben werden, mit einer Stimme zu reden.

Die Unterschiede zwischen der Regierung und der Opposition in der Beurteilung über die Notwendigkeit der Allianz hatte eingangs der Diskussion Engholm an zwei Namen festgemacht: Auf der einen Seite stehe Bundeskanzler Kohl, der das Bündnis als Kernstück deutscher Staatsräson betrachte, auf der anderen Seite der saarländische Ministerpräsident Lafontaine, der im Zweifelsfalle für eine Aufkündigung der Mitgliedschaft in der NATO sei.

Und zum Reizwort „Vasallentum" stellte er, auch unter Hinweis auf die Beziehungen zwischen Ost-Berlin und Moskau, die Fragen: „Funktioniert die Bundesrepublik wie ein Sa*tellit? Gibt es nicht zwei Großmächte,* denen die beiden deutschen Staaten unterworfen sind?"

Scharf, wie es mancher Schriftsteller möglicherweise aus seiner Auffas*sung von Selbstverständnis heraus* tun muß, formulierte Grass seine Vorbehalte gegenüber den politischen Verhältnissen in den USA und der Bundesrepublik. Washington offenbare in seiner Mittelamerika-Politik einen „brutalen Imperialismus" und ein „mörderisches Machtgebaren".

Die Entwicklung in der Bundesrepublik und der „DDR" unter Hinweis auf ihre führenden Politiker Adenauer und Ulbricht vergleichend, stellte Grass apodiktisch fest: Der Neuanfang ist in beiden deutschen *Staaten gescheitert. Beide haben nur* ein paar neue Akzente gesetzt. Außerdem forderten die USA kein Vasallentum, sondern bei den Deutschen sei eine latente Bereitschaft hierzu vorhanden.

Die Frage nach dem demokratischen Bewußtsein eines Literaten Günter Grass, der im übrigen von einer Haß-Liebe der Intellektuellen zu den USA sprach, mußte er sich



Björn Engholm (SPD)
FOTO: L.KUCHARZ

wenig später anhören, als er sich zu der Bemerkung hinreißen ließ: *„Wenn wir heute überlegen, daß ein* Mann wie Kohl gewählt wurde, dann ist das Grund genug, an unserem Verstand zu zweifeln." Die Antwort auf Grass und den Schriftsteller Jurek Becker, der meinte, das deutsche Volk habe auf der Höhe seines Verstandes gewählt, es habe keinen an*deren, formulierte Walther Leisler* Kiep: „Ihre Äußerungen zeugen von einer elitären Arroganz und lassen nicht auf die demokratischen Verhältnisse schließen."

Kiep, der den Vergleich Adenauers mit Ulbricht zurückwies, führte ferner aus, Beweise für einen Neuanfang in der Bundesrepublik seien unter anderem das Funktionieren der demokratischen Ordnung und die Respektierung der Menschenrechte.

Bedenken gegenüber der Politik der USA räumte auch der Christdemokrat ein. So müsse Washington verdeutlicht werden, daß die Dritte-Welt-Problematik, wenn auch Moskau in die Krisenherde Öl gieße, nicht durch den Ost-West-Konflikt zu erklären sei. Außerdem müsse das Bild der USA von der Sowjetunion erweitert werden.

Die politischen Einschätzungen in den Vereinigten Staaten hatte auch Engholm angesprochen, als er äußerte, die Amerikaner seien in ihrem politischen Bewußtsein so weit von Europa weg, daß sie „gar nicht wissen, *was hier passiert". Außerdem* mangele es ihnen aufgrund ihrer höheren Mobilität an politischer Kultur.

Honecker in Rom: „DDR"-Kirche rechnet nicht mit Erleichterungen

Prestigegewinn durch Audienz im Vatikan / Papst wird Menschenrechte ansprechen

F. M./hrk. Rom/Berlin

Höhepunkt des Staatsbesuchs von Erich Honecker in Italien, der heute beginnt, ist morgen die Privataudienz, die Johannes Paul II. dem SED-Generalsekretär gewährt. Zuvor wird der Papst mehrere ehemalige politische Häftlinge aus der „DDR", *deren Kinder immer noch dort festge*halten werden, empfangen. Während der Papst gegenüber Honecker die Achtung der Menschenrechte auch in der „DDR" anmahnen wird, dürfte *sein Gast auf die Friedens-* und Abrüstungsproblematik zu sprechen kommen. Der Papst-Empfang bedeutet für *Honecker zweifellos* einen beträchtlichen Prestigegewinn, auch innerhalb der „DDR".

Johannes Paul II. ließ sich auf die Zusammenkunft unter anderem vom Vorsitzenden der „Berliner Bischofskonferenz", Joachim Kardinal Meisner (Ost-Berlin), vorbereiten, der für *das gesamte mitteldeutsche* Episkopat spricht. Meisner hielt sich Ende März in Rom auf. Im Vatikan rechnet man nicht damit, daß die Honecker-Visite den kirchenrechtlichen Status quo in der „DDR" berührt.

Fragen des Friedens

Wie von informierter Seite verlautet, halten Meisner und seine Amts*brüder eine Änderung der 1973 in der* „DDR" getroffenen Kirchenregelung nicht für erforderlich. Danach werden die auf *„DDR"*-Gebiet liegenden Teile der Bistümer Osnabrück, Paderborn und Fulda von „permanent eingesetzten" apostolischen Administratoren aus der „DDR" mit dem Rang von Titularbischöfen verwaltet. Die alten Diözesangrenzen, die teilweise weit in die „DDR" hineinragen, *blieben damit de jure bestehen.* Für ihre Änderung, die geeignet wäre, die Spaltung der deutschen Nation auf diesem Gebiet zu vertiefen, sieht der Vatikan keine Notwendigkeit.

So erwartet der Heilige Stuhl, daß Honecker morgen vornehmlich Fragen der Friedenssicherung aus seiner Sicht darlegt und dabei die sowjeti*sche Position vertritt. Der Papst* dürfte – wie schon bei seinem zweistündigen Gespräch mit Andrej Gromyko Ende Februar – vor allem Probleme der Menschenrechte und der Reli*gionsfreiheit beim Namen nennen.* Es ist anzunehmen, daß er dabei neben individuellen Beschwerden, die ihm vorliegen, auch Klagen aufgreift, die das „DDR"-Episkopat immer wieder gegenüber der Ostberliner Staatsführung vorbringt.

Sie betreffen drei Gebiete: Erziehung und *Elternrecht,* Kirchenneubauten und die Anerkennung von katholischen Gläubigen in der sozialistischen Gesellschaft. Nach den in Rom vorliegenden Informationen üben die kommunistischen Behörden nach wie vor starken Druck auf katholische Eltern aus, ihre Kinder zur atheistischen *Jugendweihe anzumelden.* Außerdem werde der Religionsunterricht erschwert und der Neubau von Gotteshäusern behindert.

Schließlich sei von kirchlicher Seite erst kürzlich wieder gegenüber der Regierung Beschwerde über die Diskriminierung von Christen durch *Staatsorgane geführt worden. Wer* sich offen zu seinem Glauben bekenne und ihn praktiziere, werde beim Studium und bei der Berufswahl benachteiligt. Das von einem Regierungsvertreter (offenbar Staatssekretär *Klaus Gysi,* einem Honecker-Vertrauten) in einem Gespräch benutzte Argument, die Kirche weihe ja auch kein ZK-Mitglied zum Bischof, wird von der Kirche als „rein demago*gisch, das wirkliche Problem* vernebelnd" zurückgewiesen.

Das mitteldeutsche Episkopat sieht die Audienz am Mittwoch nicht als ein Ereignis an, das zu hoffnungsvollen Spekulationen Anlaß böte. Offenbar haben die „DDR"-Oberhirten auch Einfluß darauf genommen, die Begegnung protokollarisch nicht noch höher anzusiedeln: Ost-Berlin hätte nämlich einen förmlichen Staatsbesuch beim Vatikan natürlich *noch lieber gesehen.*

Manche katholische Würdenträger *fürchten wegen der zu erwartenden* propagandistischen Handhabung der Papstaudienz durch die staatlichen Medien in Ost-Berlin eher negative Auswirkungen auf ihre 1,2 Millionen Gläubigen. Denn *was* von *evangeli*scher Seite drüben einmal mit der Formel „Die Bischöfe mit dem Cocktailglas auf Staatsempfängen, die Gemeinde im Alltagsstreit mit Funktionären" beschrieben wurde, soll sich nicht etwa als Eindruck beim katholischen Kirchenvolk niederschlagen.

Positive Wirkung

In Kreisen des Bistums Berlin – es umfaßt die ganze Stadt und Teile der Mark Brandenburg – wird interessanterweise jetzt darauf hingewiesen, daß es Anhaltspunke für eine gewisse *„Entmachtung" von Kardinal-Staats*sekretär Agostino Casaroli auf bestimmten Feldern gebe. Nach einer Operation ist zweifelhaft, ob er Honecker im Vatikan sieht. Ostpolitische Entscheidungen des Vatikans – so in der Frage der deutschen Bistumsgrenzen – habe sich der Papst *selbst vorbehalten. Casaroli – vor ei*nigen Jahren auch in Ost-Berlin zu Gast – gilt als Vatikan-Politiker, der den dringenden Ostberliner Änderungswünschen eher geneigt als abwehrend gegenübersteht.

Praktische Verbesserungen für die katholischen Christen in der „DDR" sehen die Oberhirten jedenfalls nicht als unmittelbare Folge der Begegnung an. Sie rechnen jedoch mit der insgesamt wohltuenden Wirkung einer Anerkennung der moralischen und *geistlichen Autorität des* Nachfolgers Petri auch über die „DDR"-Katholiken, die in diesem Sinne katholische Weltbürger seien.

Albrecht Haushofer – ein Realist mit romantischer Färbung

DW. Bonn

„Ich mußte früher meine Pflicht erkennen, ich mußte schärfer Unheil Unheil nennen – Mein Urteil hab' ich viel zu lang gelenkt ..." Diese Zeilen aus einem der „Moabiter Sonette" von Albrecht Haushofer beschreiben exemplarisch den Konflikt einer ganzen Generation deutscher Intellektueller zwischen ihrer Bindung und Verpflichtung gegenüber Deutschland und den nationalistischen Entartungen in der Zeit des Nationalsozialismus. Schuld – das war für Männer wie Haushofer die tragische Verstrikkung ihres Idealismus in die politischen Ereignisse.

Heute vor genau 40 Jahren, in der Nacht vom 22. zum 23. April, wurde der damals 42jährige Professor für *politische Geographie und Geopolitik* an der Berliner Universität, Albrecht Haushofer, mit einer Gruppe von politischen Häftlingen aus dem Gefängnis Berlin-Moabit abgeführt, um angeblich im Hauptquartier der Geheimen Staatspolizei in die Freiheit entlassen zu werden. Auf dem Marsch *durch das Trümmergelände* wurden die Häftlinge von einem Liquidierungskommando der SS durch Genickschuß ermordet. Mit Albrecht Haushofer starb wenige Tage vor der Kapitulation ein Mann, der als Politiker, Wissenschaftler und Schriftsteller zu den herausragenden Köpfen seiner Generation zählt.

In seinen berühmt gewordenen „Moabiter Sonetten", die er bei sich trug als er starb, hat er die Bilanz eines Denkens gezogen, das geprägt war von dem Dualismus liberaler Weltoffenheit und bewahrender Heimatverbundenheit. Treffend hat sein Schulfreund, *der Historiker Hermann* Heimpel, die Atmosphäre seines Elternhauses und damit die geistigen Wurzeln des Haushoferschen Denkens als „realistisch durchsetzte Romantik" beschrieben.

Sein Vater, der bayerische General und Geopolitiker Karl Haushofer, hat mit seiner Lehre von den Einflüssen geographischer Situationen auf die Entwicklungen der Politik den Weg seines Sohnes wissenschaftlich wesentlich vorgezeichnet. Sowohl als Dozent an der *auslandswissenschaft*lichen Fakultät der Berliner Universität als auch im ersten Band des leider unvollendet gebliebenen Handbuchs „Allgemeine politische Geographie und Geopolitik" versuchte Haushofer dem romantischen Überschwang des väterlichen Werkes eine nüchterne Kausalität entgegenzusetzen.

Der Schriftsteller Albrecht Haushofer beschäftigte sich in mehreren *Dramen (unter anderem den Römer*dramen und „Chinesische Legende") in historischer Verkleidung mit der Machtausübung und dem Machtmißbrauch und der Frage der persönlichen Opferbereitschaft.

Haushofers Hauptinteresse aber galt der Politik. Von Rudolf Hess, einem Freund des Vaters, geschützt – Haushofer war „Viertel-Jude" –, übte er zeitweilig eine Beratertätigkeit für Außenminister Ribbentrop aus. Sein Einfluß auf die deutsche Außenpoli*tik aber war naturgemäß gering, weil* Haushofers Warnungen von militärischen Drohgebärden und dem gewaltsamen Vorgehen Hitlers einem Ausgleich mit der angelsächsischen Koalition entgegenstanden. Er schloß sich nun stärker der Widerstandsbewegung an, die zu den Ereignissen *des 20. Juli 1944 führte, ohne* jedoch in Umsturzpläne direkt einbezogen zu sein. Dennoch führte das mißlungene Attentat zu seiner Verhaftung.

Dieser Artikel basiert auf einem Auf*satz von Karl Döring, einem Schüler* von Albrecht Haushofer

Ein Pfarrer und der Anspruch der Nation

idea, Darmstadt

Für einen „Verzicht auf jede Drohung" in der internationalen Politik und das Fallenlassen von Ansprüchen, die „im Namen des Volkes oder der Nation" erhoben werden, hat der Vorsitzende des Verbandes der evangelischen Pfarrvereine in Deutschland, Dekan Werner Dettmar (Kassel), plädiert. In einer im Deutschen Pfar*rerblatt veröffentlichten „Überlegung* zum 8. Mai" bezeichnete er dies als Konsequenz aus dem Nationalismus, dem auch die Kirche gefolgt sei. Dies hätten im Dritten Reich die Juden „besonders ausbaden müssen". Daher sei heute eine Absage an den Haß unter den Nationen nötig – „auch *dem Russen gegenüber".* Dettmar zitierte hier Martin Luther: „Nicht fälschlich belügen, verraten, afterreden oder bösen Leumund machen, sondern ihn entschuldigen, Gutes von ihm *reden und alles zum Besten* kehren". Ein solches „christliches politisches Tun" könne „auch Leid bedeuten". An der evangelischen Kirche kritisiert Dettmar eine „konservative und dann auch *sehr egoistische* Grundhaltung": „Ein jeder schaut auf seinen Weg, ist selig und reich für sich alleine." Im politischen Bereich argumentiere man bis heute mit der Nation, um am eigenen Besitz festzuhalten: „Um die Teilung des eigenen Wohlstandes zu verhindern, reden wir heute von den Türken, die raus sollen, feilscht unsere Regierung um unsere Zahlungsbilanz in der EG doch auch darum, daß Sizilianer und Portugiesen nur nicht zuviel für ihre *Entwicklung abbekommen."*

„Nordelbien ein Symptom"

Militärbischof fordert klares Kirchenwort zum Wehrdienst

GEORG BAUER, Kiel

Der evangelische Militärbischof Sigo Lehming hat sich *offenbar dazu* durchgerungen, offensiver gegen die Strömungen in evangelischen Kreisen vorzugehen, die den Dienst in der Bundeswehr als „unchristlich" ablehnen. Zum Auftakt der Gesamtkonfe*renz der evangelischen Militärpfarrer* in Damp bei Eckernförde sagte Lehming, es sei „der Zeitpunkt gekommen, wo wir unsere Loyalität verletzen und an die Öffentlichkeit gehen" müssen. „Wenn aus dem Raum der Kirche bei Gemeindeveranstaltungen, bei Predigten und bei anderen Veranstaltungen, an denen kirchliche Amtsträger teilnehmen, Entscheidungen eines Christen zum Dienst mit der Waffe als grundsätzlich nicht vereinbar mit dem Evangelium bezeichnet werden, dann ist das eine verbale Exkommunikation."

In letzter Konsequenz sei die Frage der Irrtumsfähigkeit und der Schuld angesprochen, meinte Lehming. Wer die Wehrdienstverweigerung als vereinbar mit dem Willen Christi bezeichnet, der braucht die Schuldfrage nicht mehr zu stellen. Die Rechtfertigung des Sünders hebe sich damit auf.

Unter Hinweis auf die Heidelberger Thesen aus dem Jahre 1959 und die Friedensthese aus dem Jahre 1981 erinnerte Lehming die Verantwortlichen an ihre Aufgabe, die absoluten Gegner des Wehrdienstes darauf hinzuweisen, daß sie weder kirchlich legitimiert noch das Evangelium auf ihrer Seite hätten. Man fordere keine Sanktionen, aber ein klares und verantwortliches Wort des Rates sei erforderlich, um Soldaten und ihren Fa*milien zu verdeutlichen,* daß die Kirche auch zur Gewissensentscheidung, den Dienst mit der Waffe, stehe.

Eine Stellungnahme sei um so notwendiger, als der überwiegende Teil der evangelischen Christen dem Wort eines Bischofs ein besonders Gewicht beimesse. Lehming warnte in diesem Zusammenhang vor einer wachsenden *Verunsicherung der Christen* in Uniform. Tagtäglich kämen Soldaten in der gesamten Bundesrepublik Deutschland zu ihren Militärpfarrern und fragten, was das für eine Kirche sei, wo sie *auf Flugblättern aus kirch*lichen Kreisen als „potentielle Mörder" bezeichnet würden. Viele Christen würden in dieser Entwicklung nicht mehr ihre Kirche erkennen.

Zur allgemeinen Entwicklung der evangelischen Kirche sagte Lehming, die Entwicklung in der *Nordelbi*schen Kirche, die in jüngster Vergangenheit verstärkt durch den Aufruf zahlreicher Pastoren zur Verweigerung des Wehrdienstes auf sich aufmerksam gemacht hatte, sei *kein Ein*zelfall, sondern Symptom für die gesamte Evangelische Kirche in Deutschland.

Erfreut äußerte sich der Militärbischof über die zunehmende Besetzung der Militärpfarrstellen. Es zeichne sich ab, daß alle 160 Stellen, die rund 225 000 Soldaten betreuen, in ein bis anderthalb Jahren besetzt seien.

NDR: Setzen Mitarbeiter ein Signal?

D.G. Hamburg

Bei den morgen beginnenden Personalratswahlen beim Norddeutschen Rundfunk (NDR) besteht erstmals die Chance, daß Kandidaten der Deutschen Angestellten-Gewerkschaft (DAG) im Gesamtpersonalrat *die Mehrheit der* 15 Mandate erringen. Dies könnte ein politisches Signal auch für andere Sender sein, die wie der NDR bisher von der *stark* links orientierten Rundfunk-Fernseh-*Film-Union* (RFFU) beherrscht werden. Sowohl im Gesamtpersonalrat der Drei-Länder-Anstalt als auch in den Personalräten der Landesfunkhäuser Hamburg und Hannover gab die RFFU seit Jahren den Ton an. In der Vergangenheit war es immer wieder zu harten Auseinandersetzungen *zwischen* der *Arbeitnehmerver*tretung und der Leitung des zweitgrößten Senders der Bundesrepublik gekommen.

Für einen deutlichen Stimmungsumschwung beim NDR sorgte unter anderem die Tatsache, daß der bisherige Vorsitzende des Gesamtpersonalrats, der *RFFU-Mann* Hartmut Brinckmann, nicht mehr kandidiert. Außerdem stieß der scharfe Linkskurs der Gewerkschaft bei vielen NDR-Angehörigen auf immer stärkere Vorbehalte. Hinzu kam die vor wenige Wochen gegründete Bundesberufsgruppe *Kunst* und *Medien* der *Deutschen Angestellten-Gewerk*schaft, durch die für die RFFU ein ernstzunehmender Konkurrent entstanden ist.

Bangemann löst Unmut in Südwest-FDP aus

xhk. Stuttgart

Der seit Januar amtierende Landesvorsitzende der baden-württembergischen FDP, Walter Döring, hat die *Informationspolitik* der Bonner Parteispitze bemängelt. Der Chef der Südwest-FDP sagte gestern vor der Presse in Stuttgart, die Partei vor Ort erwarte künftig eine „schnellere" Unterrichtung durch Bonn. Er habe während seiner Besuche in 21 der 42 Kreisverbände der FDP in diesem *Bundesland einen „gewissen Unmut"* und eine „breite Diskussion" über die zum Teil „überraschenden" Äußerungen des Bundesvorsitzenden Martin Bangemann oder des Generalsekretärs Helmut Haussmann zu wichtigen Fragen vorgefunden. Um dieses Informationsdefizit abzubauen, wird *der baden-württembergische Landes*vorstand am nächsten Wochenende in einer Klausurtagung bei Meersburg (am Bodensee) ein klärendes Gespräch mit Bangemann und Haussmann führen. Bei dieser Zusammenkunft soll auch eine bessere Abstimmung in politischen Fragen zwischen Bundes- und Landesverband erzielt werden.

Ende Juni will Brandes sein Mandat abgeben

dpa, Hannover

Der niedersächsische Landtagspräsident Bruno Brandes (CDU) will sein Landtagsmandat „mit Wirkung für Ende Juni" niederlegen und damit auch ein Jahr vor dem Ablauf der Wahlperiode sein Amt als Präsident aufgeben. Der 75 Jahre alte CDU-Politiker, der schon *zwei Herzinfarkte* erlitten hatte, begründete diesen Schritt in Hannover mit dem Hinweis *auf seinen Gesundheitszustand.* Dem Landtagspräsidenten war in jüngster Vergangenheit vorgeworfen worden, seltene, vom Aussterben bedrohte Tiere in seinem Privatgehege zu halten. Außerdem soll er Abgeordneten- und Anwaltstätigkeit nicht klar voneinander getrennt haben.

Evangelischer Pastor an päpstliche Fakultät

epd, Rom

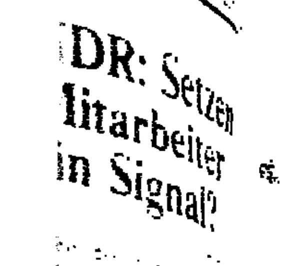
Der aus Lübeck stammende Pastor Christoph Meyer ist von der päpstlichen theologischen Fakultät „Marianum" zum Honorarprofessor der Sektion Hymnologie erklärt worden. Der Pastor der Christus-Kirchengemeinde in Rom und frühere leitende Geistliche der evangelisch-lutherischen Kirche in Italien soll den katholischen Professoren und Studenten eine lutherische hymnologische Deutung der in der evangelischen Kirche gebräuchlichen Marienlieder geben.

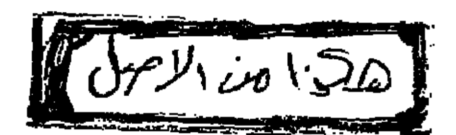
„Russische Kriegsgefangene"

DW. Bonn

In der Reportage aus Bergen-Belsen vom Montag muß es richtig heißen: 30 000 bis 50 000 „russische" Kriegsgefangene kamen dort ums Leben, und nicht, wie irrtümlich geschrieben, „deutsche" Kriegsgefangene.

DIE WELT (USPS 603-590) is published daily except sundays and holidays. The subscription price for the USA is US-Dollar 365,00 per annum. Distributed by German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632. Second class postage is paid at Englewood, NJ 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: send address changes to: DIE WELT, GERMAN LANGUAGE PUBLICATIONS, INC., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632.





Verkehrte Fronten in Österreich

Schwarzgrünes Zweckbündnis fordert „Umweltverträglichkeit" der Luftverteidigung

CARL GUSTAF STRÖHM, Wien

In der österreichischen Verteidigungspolitik haben sich die Fronten auf seltsame Weise verkehrt. Der sozialistische Bundeskanzler Fred Sinowatz möchte für das Bundesheer der neutralen Alpenrepublik nun endlich 24 Überschall-Jagdflugzeuge anschaffen. Es ist dem Kanzler und SPÖ-Vorsitzenden inzwischen auch gelungen, den pazifistischen linken Flügel seiner eigenen Partei am Portepee zu fassen und eine widerwillige Zustimmung zu erzielen. Jetzt aber legen sich einflußreiche Politiker der Österreichischen Volkspartei (ÖVP) quer, allen voran der „schwarze" Landeshauptmann (Regierungschef) der Steiermark, Josef Krainer.

Krainer hat sich in seinem Bundesland faktisch mit den grünen Pazifisten verbündet. Gemeinsam mit ihnen läuft er Sturm gegen die Stationierung der Überschall-Jagdflugzeuge in der Steiermark. Die 24 Flugzeuge vom schwedischen Typ „Draken" sollten aus strategisch und technischen Gründen auf den steirischen Flugplätzen Zeltweg und Graz-Thalerhof stationiert werden. Der steirische Regierungschef machte sich dabei die Argumente der Umweltschützer weitgehend zu eigen: Die „Lärmbelästigung" der Flugplatz-Anrainer durch die Maschinen sei unzumutbar. Bevor überhaupt Überschallflugzeuge angeschafft werden dürften, müsse die „Umweltverträglichkeit" der Maschinen überprüft werden.

Nachdem Krainer erklärt hatte, die Steiermark weigere sich, die Flugzeuge bei sich aufzunehmen, folgten ihm zwei andere, gleichfalls christlich-demokratische und „konservative" ÖVP-Landeshauptmänner auf dem Fuße: der oberösterreichische Regierungschef Ratzenböck kündigte Widerstand gegen die Stationierung der „Draken"-Maschinen auf dem Flugplatz Linz-Hörsching an. Der Landeshauptmann von Niederösterreich, Siegfried Ludwig – gleichfalls ÖVP – erklärte, es komme überhaupt nicht in Frage, daß die aus der Steiermark gewissermaßen „ausquartierten" Überschallmaschinen nun auf den niederösterreichischen Militärflughafen Langenlebarn stationiert würden. Der steirische Regierungschef Krainer kündigte überdies ein „Volksbegehren" an, daß letztlich zu einer Volksabstimmung über die Abfangjäger führen soll. Die Bundesparteileitung der ÖVP ist somit in eine peinliche Lage geraten. Jahrelang haben die wehrpolitischen Sprecher der Opposition kritisiert, daß Österreich militärisch einem „Haus ohne Dach" gleiche. Die veralteten Saab-Jagdflugzeuge der österreichischen Luftstreitkräfte erreichen eine Höchstgeschwindigkeit von knapp 900 Kilometer. Schneller und besonders hochfliegende ausländische Flugzeuge könnten von ihnen im Luftraum über Österreich weder gestellt, noch identifiziert und erst recht nicht bekämpft werden.

Selbst wenn es der Regierung Sinowatz gelingen sollte, die 24 schwedischen Überschallmaschinen anzuschaffen und ihnen auch einen „Heimathafen" zu garantieren, bleibt Österreichs „Aufrüstung" in der Luft im Vergleich zu anderen neutralen Staaten Europas überaus bescheiden. Die territorial kleinere Schweiz hat 294 Abfangjäger, Schweden sogar 354 – und das wirtschaftlich um vieles schwächere Finnland immerhin 65.

In Wiener militärischen Kreisen herrscht Verbitterung über die Haltung der „Landesfürsten", die, wie es heißt, nach dem Prinzip verfahren wollten: „Lieber Heiliger Florian, verschon mein Haus, zünd's andere an." Nicht nur Österreich, sondern die meisten europäischen Demokratien entwickelten sich in Richtung auf eine Art „Dorfsouveränität". Das Gefühl für die Notwendigkeit der Verteidigung gesamtstaatlicher Interessen löse sich zugunsten partikularer Taktik auf, meinte ein hoher österreichischer Offizier resignierend.

Ein Sprecher jener alternativen Gruppen, die in der Steiermark am lautesten gegen die Stationierung der Abfangjäger protestieren und dabei zumindest äußerlich mit den „Konservativen" zusammengehen, hat die Katze bereits aus dem Sack gelassen: Man wolle nicht nur verhindern, daß die „Draken" in die Steiermark kämen, sondern man wolle überhaupt vereiteln, daß Österreich solche Maschinen erhalte. Die Alpenrepublik soll nach dem Willen dieser offenbar gut organisierten Gruppen, die es meisterhaft verstehen, Teile der Bevölkerung zu emotionalisieren, weiterhin ein Haus ohne Dach bleiben.

Seite 2: Anbiedern bürgerlich

Mit pragmatischen Schritten steuert Chadli auf „echte Blockfreiheit" zu

Von ACHIM REMDE

Der viertägige Staatsbesuch des algerischen Präsidenten Chadli Benjedid in den Vereinigten Staaten war von einer erstaunlich freundschaftlichen Atmosphäre geprägt. Die Tatsache des Besuches des ersten eines algerischen Staatsoberhauptes in den USA, war an sich schon aufsehenerregend. Das sozialistische Einheitsparteisystem Algeriens ist kraft seiner ideologischen Ausrichtung traditionell eindeutig antiwestlich orientiert und sieht es als eine Art geistiger Pflichtübung an, die USA als Führungsmacht der „kapitalistischen Welt" für alle Übel dieser Welt verantwortlich zu machen. Wie weit es Chadli, dem eine pragmatische Einstellung nachgesagt wird, in seiner sechsjährigen Amtszeit gelungen ist, die verkrusteten Formen des Systems aufzuweichen, bleibt schwer zu beurteilen. Es steht aber fest, daß unter seinem Vorgänger ein solcher Besuch undenkbar gewesen wäre. Insofern muß tatsächlich ein Wandel stattgefunden haben.

Die Verbesserung der algerisch-amerikanischen Beziehungen nahm ihren Anfang in der Teheraner Geiselaffäre, in der die Algerier erfolgreich als Vermittler fungierten, und erreichte mit dem Besuch von Vizepräsident Bush in Algier im September 1983 einen ersten Höhepunkt. Bush hatte dabei Gelegenheit, in einer beachteten Rede darzulegen, daß die USA „echte Blockfreiheit" nicht nur respektierten, sondern sogar als Basis für freundschaftliche und vertrauensvolle Beziehungen ansähen.

Algerien, das seit jeher eine führende Rolle in der Blockfreienbewegung spielt, gehörte bislang zu den Staaten, für die Blockfreiheit mit Orientierung zum Ostblock identisch ist. Als aber im Oktober 1984 General Burns mit einer Delegation hoher amerikanischer Militärs nach Algerien reiste, wurde deutlich, daß die Chadli-Regierung sich im Rüstungsbereich aus der Bindung an die Sowjetunion lösen wollte. 90 Prozent der algerischen Armeeausrüstung ist sowjetischen Ursprungs. Die Zahl der sowjetischen Militärberater jedoch ist inzwischen von 3000 auf 800 gesunken.

Dieses Bestreben einer West-Öffnung war auch beim Besuch Chadlis in Washington zu spüren. Ihre grundsätzlich positive Einstellung hatte die Reagan-Administration wenige Tage vorher dokumentiert, indem sie beschloß, Algerien in den Kreis der befreundeten Nationen aufzunehmen, denen bei der Finanzierung der Waffenkäufe Vorzugskredite eingeräumt werden. Nach algerischen Angaben handelt es sich dabei um Verteidigungswaffen. Die USA wollen konkrete Wünsche, wie sie bisher noch

ALGERIEN

nicht geäußert wurden, in jedem einzelnen Fall einer gesonderten Prüfung unterziehen. Auch Frankreich und Großbritannien sind an Waffenverkäufen nach Algerien interessiert.

Besondere politische Brisanz erhält der Besuch Chadlis vor dem Hintergrund des gespannten algerisch-marokkanischen Verhältnisses. Gegenüber Algerien hatte Marokko in der Vergangenheit eine Art Monopol auf privilegierte Beziehungen zu den USA. Nachdem sich Marokko im August 1984 als Antwort auf einen Freundschaftsvertrag zwischen Algerien, Tunesien und Mauretanien mit Libyen verbündet hatte, löste dies in Washington Skepsis aus. Obschon die engen marokkanisch-amerikanischen Beziehungen fortbestehen, und die USA Verständnis dafür aufbringen, daß König Hassan auf diese Weise dem algerischen Hegemonialstreben begegnet, bleibt bei der Verbindung mit dem notorischen Unruhestifter Khadhafi ein ungutes Gefühl.

Umgekehrt wetteifern Marokko und Algerien nicht nur um die Gunst Frankreichs, das im westlichen Nordafrika seine direkte Einflußzone sieht, sondern auch um die der USA. Sowohl Frankreich wie auch Amerika haben es – ebenso wie die Bundesrepublik Deutschland – bisher vermieden, im Westsaharakonflikt Partei zu ergreifen und sowohl Algerien als auch Marokko, die sich in diesem Konflikt feindlich gegenüberstehen, versuchen, sich der guten Dienste Frankreichs und der USA zur Unterstützung ihrer Positionen zu versichern. Für die USA mag auch von Wichtigkeit sein, daß Algerien sich in letzter Zeit als regionaler Rivale und Widersacher Libyens profiliert hat.

Die Wirtschaftsbeziehungen mit den USA sind für Algerien von großem Interesse. Die Vereinigten Staaten haben 1984 für über 3 Milliarden Dollar Rohöl und Erdgaskondensat aus Algerien importiert. Algerien, das teilweise Rohöl gegen amerikanischen Weizen tauscht, hat dagegen von den USA Waren im Wert von nur 500 Millionen Dollar bezogen. Amerikanische Firmen hoffen, insbesondere durch Mitwirkung bei der Rehabilitierung der darniederliegenden algerischen Landwirtschaft, dieses Ungleichgewicht abzubauen.

Die innenpolitische Bedeutung des Besuchs für Algerien ist auch nicht zu unterschätzen. Die 20 Millionen Algerier, die seit ihrer Unabhängigkeit vergeblich auf eine Verbesserung ihrer Lebensverhältnisse warten, haben inzwischen – und sei es nur als zeitweilige Zuschauer der Fernsehserie „Dallas" – erfahren, daß der „American Way of Life" durchaus angenehme Seiten hat.

Die Chadli-Regierung hat dem Rechnung zu tragen versucht, indem sie zaghaft eine sogenannte wirtschaftliche Liberalisierungskampagne einleitete. In der Praxis hat dies jedoch lediglich dazu geführt, daß im Schatten der staatlichen Planwirtschaft Geschäftsleuten privatwirtschaftliche Nischen eingeräumt wurden und der kleine Kreis der Privilegierten des algerischen Sozialismus um eine „Affäristen-Klasse" anwuchs. Die frustrierte Jugend reagiert mit einer Flucht in den radikalen Islam. Chadli, der sich auf diese Weise von verschiedenen Seiten wachsendem Druck ausgesetzt sieht, kann bei der Lösung dieses Problems ein engerer Kontakt mit einem Land hilfreich sein, das bis jetzt von sozialistischen Experimenten verschont geblieben ist und noch immer zu Recht als Hochburg einer freien Marktwirtschaft und einer freiheitlichen Gesellschaftsordnung gilt.

Kreml trieb in Indien China-Spionage

AFP, Neu-Delhi

Bei ihren im Januar in Indien aufgedeckten Spionage-Aktivitäten zeigte sich die Sowjetunion besonders an Geheimdokumenten über China, die Lage in dem indischen Unionsstaat Pandschab und den amerikanischen Aktivitäten in Indien interessiert. Unter Berufung auf die 2100 Seiten starke Anklageschrift des Gerichtshofes von Neu-Delhi gegen die 19 angeklagten Inder meldete die indische Nachrichtenagentur PTI, Zulieferer seien zwei mit der UdSSR geschäftlich in Verbindung stehende Industrielle gewesen. Vor Gericht kommen außer Geschäftsleuten auch 14 Regierungsbeamte. Elf Diplomaten seien in den Spionageskandal verwickelt – fünf Sowjets sowie je zwei Diplomaten aus Frankreich, Polen und der „DDR".

Der Geschäftsmann Ashok Kumar Jaidka gestand im Verhör, bei einem Aufenthalt in Moskau habe Potronow, ein früherer Mitarbeiter der sowjetischen Botschaft in Neu-Delhi, ihn mit der Beschaffung indischer Geheimdienstberichte über China beauftragt und ihm zu verstehen gegeben, daß dies den Geschäftsbeziehungen förderlich sein würde. Laut Anklageschrift habe Jaidka sich von einem Mitangeklagten zum Preis von 20 000 Rupien (1666 Dollar) mehrere Geheimdokumente beschafft und diese dem Mitglied einer sowjetischen Handelsdelegation, Semelinikow, Ende letzten Jahres übermittelt. Bei einer neuerlichen Moskau-Reise habe er seinen Auftraggeber direkt beliefert, der ihm dann als weiteren Mittelsmann einen gewissen Kelebnikow von der sowjetischen Botschaft in Neu-Delhi bezeichnet habe.

Ein weiterer indischer Geschäftsmann namens Aggarwal wird beschuldigt, ebenfalls zur Förderung seiner Geschäftsbeziehungen zur Sowjetunion einem gewissen Krylow und später dessen Kollegen Rundew von der sowjetischen Handelsvertretung in Neu-Delhi regelmäßig jeden Monat Berichte über Indiens Nachbarländer zugespielt zu haben. In der Anklageschrift hieß es über die Angeklagten: „Für Geld, Frauen und Alkohol haben sie aus vielen Ministerien und aus dem Büro der indischen Ministerpräsidentin Indira Gandhi Informationen geliefert, die die Sicherheit des Landes gefährden."

Neue Fronde gegen Frau Thatcher

All-Parteien-Gruppe bläst zum Kampf gegen Arbeitslosigkeit / Störfaktor für Regierung

REINER GATERMANN, London

Das in diesen Tagen in London gebildete Arbeitsmarktinstitut (Employment Institute) sieht sich selbst einerseits als ein Forschungsorgan, das wissenschaftliche und politische Wege zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit finden will und andererseits als Gegenpol zur strikt monetaristischen Finanz- und Wirtschaftspolitik der Regierung Thatcher. Deshalb sieht die britische Regierungschefin das Institut auch als einen politischen Gegner, zumal die Frage der Arbeitslosigkeit immer stärker in den Vordergrund der öffentlichen Debatte tritt und voraussichtlich zum Hauptthema des nächsten Wahlkampfes wird. Die Aussicht aber, daß das neue Organ in sich dermaßen zerstritten wird, daß es nicht mit einer Stimme gegen das Kabinett antreten kann, ist ebenfalls vorhanden, da sich in ihm neben Persönlichkeiten aus Industrie und Gewerkschaften auch namhafte Vertreter sämtlicher Parteien vom linken Labourflügel bis zu linken Torys zusammengetan haben. Ihre Auffassungen dürften nur schwerlich auf einen gemeinsamen Nenner zu bringen sein.

Dem Employment Institute haben sich drei frühere Premierminister angeschlossen, James Callaghan und Lord Wilson of Rievaulx (der frühere Harold Wilson), beide Labour, und der Konservative Edward Heath, als stellvertretende Vorsitzende sollen der frühere konservative Minister Sir Ian Gilmour, ein ausgesprochener Thatcher-Gegner, die Vorsitzende der Sozialdemokratischen Partei Shirley Williams und das Mitglied des Labour-Schattenkabinetts Michael Meachor fungieren und als Präsident des Instituts Sir Richard O'Brien, früher Vorsitzender der Arbeitskraftkommission und von Frau Thatcher abgesetzt. Darüber hinaus haben Denis Healy, früher Labour-Schatzkanzler, und Roy Hattersley, Schatzkanzler im jetzigen Labour-Schattenkabinett, ihre Mitarbeit zugesagt, während der ehemalige Thatcher-Außen- und Verteidigungsminister Francis Pym zunächst als aktives Mitglied angekündigt, lediglich zur „moralischen Unterstützung" bereit ist. Die Organisatoren des Institutes behaupten, „die große Mehrheit der Wirtschaftler" hinter sich zu haben.

Auch wenn von dieser Organisation zunächst keine akute Gefahr für das Thatcher-Kabinett droht, so schafft sie doch Unruhe und kann zu einem unangenehmen Störfaktor werden, vorausgesetzt, sie tritt einigermaßen geschlossen auf. Das Kabinett hat Schwierigkeiten, für seine Arbeitsmarktpolitik Verständnis zu finden, die Unzufriedenheit reicht bis in die gemäßigten Kreise der konservativen Fraktion. Der Mitteilung der Premierministerin, daß seit März 1983 die Zahl der Beschäftigten um 683 000 gestiegen sei und Großbritannien heute das einzige europäische Land sei, in dem das Arbeitsplatzpotential wachse, steht die Tatsache gegenüber, daß trotz Hochkonjunktur weit mehr als drei Millionen Menschen ohne Arbeitsplatz sind und die Grundtendenz eher steigend als fallend ist. Zudem behauptet die Opposition, von den 683 000 Neubeschäftigten entfielen 386 000 auf teilzeitarbeitende Frauen, nur 145 000 seien familienversorgende Männer.

In ersten Stellungnahmen zur Institutsbildung und vor allem zu seiner Zusammensetzung, so lautete aus Regierungskreisen: „Wir werden es ernst nehmen, wenn es die ersten Unternehmen gebildet und Leute eingestellt hat." Und der Unterstaatssekretär im Sozialministerium, Ray Whitney, erklärte, die Kampagne bestehe aus einer „gemischten Sammlung ehemaliger Angehöriger des Establishments". Dem Institut machte er den Vorwurf, mit seinen Vorstellungen noch in den 60er Jahren zu leben, wo eine Politik betrieben wurde, die die heutige Krise mitverursacht habe. Dem hielt Prof. Peter Layard von der London School of Economics und Vorsitzender des Arbeitsausschusses des Institutes entgegen: „Es wäre interessant von Ray Whitney zu hören, welches nach seiner Auffassung die bessere Zeit für normale Menschen war: die 60er Jahre oder 1985."

Spanien denkt neu über die Abtreibung nach

Verfassungsgericht: „Alle haben das Recht auf Leben"

ROLF GÖRTZ, Madrid

„Die Tötung eines ungeborenen Lebens ist Mord", rief einst Papst Paul Johannes II. bei seinem Besuch in Madrid aus. Und eine Million Spanier, die ihm auf offener Straße zuhörten, jubelten Beifall. Das war vor zwei Jahren. Spanien war schon damals kein „katholischer Staat" mehr, aber rund neunzig Prozent der Bevölkerung nennen sich weiterhin Katholiken. Und nach wie vor besuchen in Spanien mehr Gläubige die Kirchen als sonst in Westeuropa.

Dennoch bekannten sich die zwölf Richter des spanischen Verfassungsgerichtes – der eine mehr, der andere weniger – zur Straffreiheit bei Abtreibung in ganz bestimmten Fällen. Aber: Das Abtreibungsgesetz, das die sozialistische Mehrheit vor anderthalb Jahren im Parlament verabschiedete und gegen das die konservative Opposition Verfassungsklage einreichte, lehnt das Gericht als verfassungswidrig ab. Das Gesetz verstößt nämlich gegen die in der Verfassung verankerten Grundrechte, die im Artikel 15 sagen: „Alle haben das Recht auf Leben, auf körperliche und moralische Unversehrtheit." Und dieses „alle" gilt nach dem Urteil der Verfassungsrichter auch für das noch ungeborene Leben – „nasciturus", das mit dem Augenblick der Empfängnis beginnt. Allerdings so wie dieses Recht nach dem salomonischen Urteil der Verfassungsrichter von Madrid auch bei lebenden Personen eingeschränkt werden kann, so gilt diese Begrenzung auch für die Ungeborenen.

Diese Einschränkung, das heißt praktisch die Zulassung der Abtreibung durch spanische Richter, wäre vor zehn Jahren noch unmöglich gewesen. Die Richter berufen sich in ihrem Urteil auf die Akte von Helsinki, die Charta von San José von Costa Rica und die Internationale Erklärung des Rechtes der Kinder vom November 1959, die das Lebensrecht auch vor der Geburt ausdrücklich anerkennen.

Die spanischen Verfassungsrichter lassen die Abtreibung straffrei in drei Fällen: 1. Bei der Gefährdung des Lebens und der Gesundheit der Mutter, 2. nach einer Vergewaltigung – wenn der Abort innerhalb der ersten zwölf Wochen vorgenommen wird – und 3. wenn das Ungeborene schwere körperliche oder psychische Schäden erkennen läßt.

Genau diese drei Punkte führt auch das von der sozialistischen Regierungspartei verabschiedete Gesetz auf. Dennoch lehnten die Verfassungsrichter das Gesetz als verfassungswidrig ab. Die Richter beanstandeten die Ungenauigkeit bei der Fixierung des Begriffes „Schwere" im Falle gesundheitlicher Schädigung der Mutter zum Beispiel. Tatsächlich hätte sich über den Umweg auf „mentale Gesundheitsschäden" die „soziale Indikation" einschleichen können, die praktisch die Abtreibung bedingungslos freigeben kann.

Die Regierung wird das Gesetz also neu fassen müssen. „Wenn ihr schon das deutsche Abtreibungsgesetz kopiert, dann aber auch ganz", hielt im Parlament ein Oppositionspolitiker den Sozialisten vor und deutet damit den Weg in die Zukunft an.

Die, wenn auch begrenzte Zulassung der Abtreibung, feiern manche Spanier als einen Fortschritt. Wer diesen „Fortschritt" jedoch definieren will, stößt auf Widerspruch. Die christliche Grundmoral der Spanier ist neu verankert. Es war der Papst, der den Spaniern – nicht den Theologen, sondern den Gläubigen auf der Straße – die biologische Basis der kirchlichen Morallehre vor Augen führte: Die Verteidigung des Lebens. (SAD)

Auch in Wien Diskussion über ‚Auschwitz-Lüge'

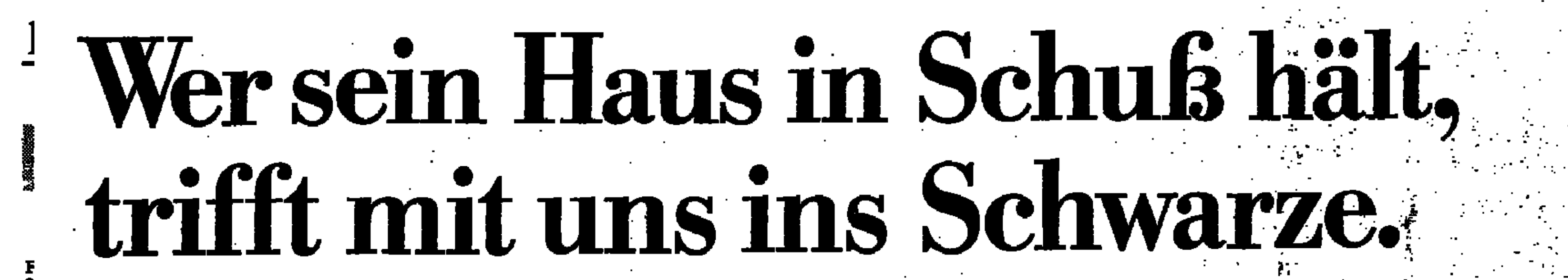
AP, Wien

Die Diskussion über eine strafrechtliche Erfassung der sogenannten „Auschwitz-Lüge" hat auf Österreich übergegriffen. Innenminister Karl Blecha regte an, daß auch die Verharmlosung und Leugnung von Verbrechen der NS-Herrschaft in Österreich unter Strafe gestellt werden sollte. Zudem sollte die Verherrlichung der NS-Verbrechen wie Hetze gegen Religionsgemeinschaften und Rassen bestraft werden. Der Innenminister schätzte den „harten Kern" der Neonazis in Österreich auf höchstens 200 Personen. Das Sympathisantenumfeld sei jedoch nur sehr schwer auszumachen. Eine der Zielgruppen seien die Grünen.

Polnische Messe für Deutsche

DW. Warschau/Bonn

Ein persönliches Signal für die Aussöhnung zwischen Deutschen und Polen setzte der ehemalige Sekretär des von Papst Johannes Paul II. heiliggesprochenen polnischen Paters Maximilian Kolbe, Pater Stanislaus. Er zelebrierte, wie er jetzt mitteilte, seine Ostermesse 1985 für die Ackermann-Gemeinde, zu der sich vor allem sudetendeutsche Katholiken zusammengeschlossen haben. Pater Stanislaus dankte ausdrücklich für die Hilfe, die polnischen Gläubigen aus der Bundesrepublik Deutschland zuteil geworden ist. In einem Schreiben an Richard Hackenberg von der Ackermann-Gemeinde in Frankfurt erklärte der ehemalige Mitarbeiter Pater Kolbes weiter, die Tätigkeit dieser Organisation diene der Verständigung mit den östlichen Nachbarn Deutschlands und dem Frieden. Maximilian Kolbe hatte sein Leben im Konzentrationslager Auschwitz für einen Familienvater unter den Mithäftlingen geopfert.



Ein altes Haus zu erhalten, kann zwei Hände schnell überfordern.

Wir bieten Ihnen eine dritte an! Die HYPO-Hand ist dazu da, Ihnen den Rücken freizuhalten, wenn viel vor Ihnen liegt. Weil wir Renovieren so finanzieren, daß Sie dabei auf sicheren Beinen stehen.

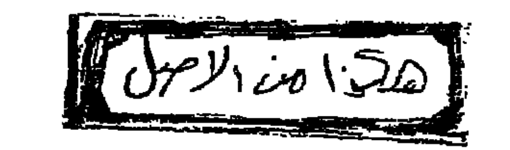
Und wenn es sein muß, von heute auf morgen. Denn vom richtigen Bankpartner dürfen Sie zu Recht erwarten, daß er Ihnen unter die Arme greift, bevor Sie in die Knie gehen.

Wir lassen uns etwas für Sie einfallen.



Die HYPO. Eine Bank – ein Wort.

Dr. Brigitte Thamm
HYPO-BANK



Der Mensch ist, was er ißt. Mit diesem Leitspruch möchte die Deutsche Gesellschaft für Ernährung gerade ältere Menschen von falschen Gewohnheiten wegführen. Der notwendige Energiebedarf des Körpers nimmt mit dem Alter ab, weil sich der Grundumsatz verringert. Das Rezept der Wissenschaftler lautet: Bei reduzierter Kalorienzufuhr alle lebensnotwendigen Nährstoffe in ausreichender Menge anzubieten, um so eine möglichst hohe „Nährstoffdichte" zu erreichen.

Eine richtige Ernährung bleibt noch immer die beste Medizin

Von LOTTE LUDWIG

Die Ernährung kann wie ein Medikament wirken, und die Menschen vor Zivilisationskrankheiten schützen, die sich in den letzten 30 Jahren in unserer Wohlstandsgesellschaft ausgebreitet haben. Diese Meinung vertraten Wissenschaftler auf einem Symposion der Deutschen Gesellschaft für Ernährung (DGE) zum Thema „Ernährung und Alter".

Allen vermeintlichen Gifteinwirkungen der Umwelt zum Trotz werden die Bundesbürger immer älter. Männer haben, nach Aussage von Prof. Hans Hoffmeister (Bundesgesundheitsamt Berlin), eine Lebenserwartung von 70, Frauen sogar von 77 Jahren. Der von Geburten- und Sterberaten gesteuerte Altersaufbau der deutschen Bevölkerung hat sich in den letzten 100 Jahren sehr stark verändert.

Die Alterspyramide verschiebt sich immer mehr zu den älteren Jahrgängen hin. Zur Zeit sind 15 Prozent der Männer und 24 Prozent der Frauen älter als 60 Jahre. Tendenz: zunehmend. Mit der verschobenen Alterspyramide ändert sich auch das Erkrankungs- und Sterbealter der Bürger.

An erster Stelle, mit 50 Prozent aller Todesfälle, rangieren immer noch die Herz-Kreislaufkrankheiten. Rückläufig sind sie bei den jüngeren Jahrgängen, aber nicht im höheren Alter, wie z. B. in den USA. Die zweite Stelle nehmen die Krebstoten ein. Aufgrund weltweiter epidemiologischer Studien beruhen 30 Prozent dieser Todesfälle auf dem zu hohen Zigarettenkonsum, 35 Prozent sind auf falsche Ernährungsgewohnheiten zurückzuführen, vor allem die Carzinome des Darmes. In allen diesen Fällen könnte die Sterberate durch Umstellung falscher Lebensgewohnheiten deutlich vermindert werden.

Die Ernährungsgewohnheiten älterer Menschen weichen häufig von denen junger Erwachsener ab. Um einen Überblick über das Ernährungsverhalten von Senioren zu gewinnen, hat das Herzinfarktzentrum Heidelberg in Zusammenarbeit mit Bürgern in Michelstadt und Berlin 400 Freiwillige der Altersgruppe der 65- bis 74jährigen über ihre Ernährungsgewohnheiten befragt. Die Ergebnisse sind mit einer Kontrollgruppe 18- bis 24jähriger Junioren verglichen worden.

Dabei ergab sich folgendes Bild: Senioren essen mehr Eier, Frischobst, Gemüse, Obstkonserven, Kartoffeln, Butter und andere Speisefette als Jugendliche. Diese wiederum verzehren mehr Milch, Milchprodukte, Zucker und Süßigkeiten. Männliche Jugendliche trinken fast dreimal so viel Milch wie die Senioren, weibliche Jugendliche essen viel mehr Joghurt und sechsmal so viel Schokolade wie die entsprechenden Senioren.

Im Alkoholkonsum sind die Senioren bescheidener als ihre jüngeren Kollegen, die Männer trinken täglich 36 g, die Frauen 15 g Alkohol. Damit wird jedoch der Flüssigkeitsbedarf älterer Menschen keineswegs gedeckt. Das natürliche Flüssigkeitsbedürfnis, das Durstgefühl läßt mit dem Alter nach, so daß nicht der Wunsch besteht, mehr zu trinken. Es ist schwierig, die Senioren zu veranlassen, täglich 1½–2 Liter Tee, Kaffee, Milch oder Mineralwasser zu trinken, die benötigt werden, um Nierenfunktionsstörungen zu vermeiden.

Trotz eines reichlichen Lebensmittelangebotes sind Senioren zum Teil mit Vitaminen, Mineralstoffen und Spurenelementen unterversorgt. Zur Zeit besteht noch eine Diskrepanz zwischen dem tatsächlichen Ernährungszustand, dem „Ist" an Energie und lebensnotwendigen Nährstoffen, und dem wünschenswerten „Soll". Dazu gehört auch der jetzige zu hohe Fettanteil von 37 Prozent, wovon die tierischen Fette den größten Teil einnehmen.

Wissenschaftler schlagen vor, die Fettkalorien auf 30 Prozent zu beschränken und statt tierischer, pflanzliche Fette in größerer Menge auszuwählen. Bei Ersatz eines Teiles tierischer Eiweißträger durch Pflanzeneiweiß und komplexe Kohlenhydrate wie z. B. Haferflocken wird gleichzeitig der notwendige Anteil an Ballaststoffen erhöht und eine wirksame Vorbeugung vor Darmerkrankungen betrieben.

Bevölkerungsentwicklung in der Bundesrepublik

57,6 · 56,8 · 55,7 · 54,6 · 51,9 · 47,9 · 43,6 · 38,8

über 60 Jahre alt

von 19 bis 60 Jahre alt

unter 19 Jahre alt

1977 · 80 · 85 · 90 · 2000 · 2010 · 2020 · 2030

Weltweite Statistiken zeigen, daß wir in einer Welt leben, in der ein fortgeschrittenes Alter zu einer alltäglichen Sache geworden ist. Zur Jahrhundertwende waren weniger als 5 Prozent der Bevölkerung Europas über 65 Jahre alt. Bis zum Beginn der 70er Jahre hatte sich der proportionale Anteil älterer Menschen verdreifacht und der Anteil der über 80jährigen beinahe verfünffacht. Doch die Grafik (Quelle: Statistisches Bundesamt) täuscht nicht darüber hinweg, daß die deutsche Bevölkerung nach einer Vorausschätzung von fast 52 Millionen Bürgern im Jahre 2000 auf ca. 39 Millionen Einwohner, dreißig Jahre später, abnimmt.

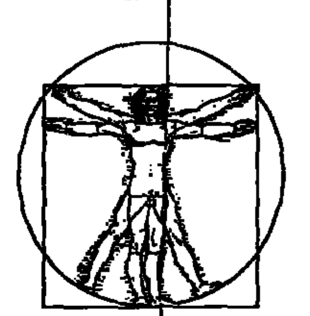
NOTIZEN

In der Luft wird es eng

Hamburg (dpa) – In der Bundesrepublik gab es Ende vergangenen Jahres 14 364 zivile Luftfahrzeuge aller Art. Darunter befinden sich nicht weniger als 6396 Segelflugzeuge. Das geht aus einer jetzt vom Verband der Allgemeinen Luftfahrt in Deutschland (AOPA) veröffentlichten Übersicht hervor. Die Zahl der motorisierten Luftfahrzeuge stieg von 7931 Ende 1983 auf 7968 Ende vorigen Jahres. Dazu gehören unter anderem zwei Luftschiffe, 401 zivile Helikopter, 1116 Motorsegler, 5541 einmotorige Sport- und Reiseflugzeuge bis zur Größe von zwei Tonnen und nicht weniger als 170 Flugzeuge über 20 Tonnen Gewicht einschließlich der Verkehrsflugzeuge der verschiedensten Typen.

Krebs-Kongreß in Bonn

Bonn (AP) – Am 26. April beginnt in Bonn eine internationale Tagung von Krebsforschern. Wie die Präsidentin der Deutschen Krebshilfe, Mildred Scheel, bekannt gab, folgen führende Wissenschaftler aus neun Ländern einer Einladung der Stiftung Krebsforschung, um neueste Forschungsergebnisse auf dem Gebiet der Krebsimmunologie zu erörtern. Gerade auf diesem Forschungsfeld sind in den letzten Jahren ermutigende Fortschritte erzielt worden. Auf dem Treffen werden vor allem neue immunologische Verfahren bei Leukämie und beim Lymphdrüsenkrebs diskutiert. Ferner wird über den Forschungsstand bei Prostata-, Blasen- und Nierenkrebs berichtet.



Beschleuniger beschlossen

Bonn (DW.) – Die Gesellschaft für Schwerionenforschung (GSI) in Darmstadt erhält ein neues Großgerät für die naturwissenschaftliche Grundlagenforschung, wie Forschungsminister Riesenhuber jetzt mitgeteilt hat. Der Bau des Schwerionen-Synchrotrons SIS und des sich anschließenden Speicherringes ESR wird der Bundesrepublik eine internationale Spitzenstellung auf diesem wichtigen Gebiet der physikalischen Grundlagenforschung sichern. Das Projekt hat einen Gesamtumfang von 275 Millionen Mark. Die GSI beschäftigt sich mit dem Studium von Kernreaktionen und -strukturen, mit Fragen von der Atomphysik bis hin zu biologischen Untersuchungen. Dafür steht in Darmstadt bereits ein leistungsfähiger Beschleuniger zur Verfügung.

Wie man Triebwerke per Funk überwacht

Von LUDWIG KÜRTEN

Moderne Strahltriebwerke in Flugzeugen werden aus Sicherheits- und Kostengründen intensiv überwacht. Auch während des Fluges müssen zahlreiche Meßwerte aufgezeichnet und möglichst schnell in der Bodenstation ausgewertet werden. Der Funkverkehr zwischen Flugzeug und Boden wird dabei von Computern gesteuert. Für den Flugfunk über große Entfernungen wird Kurzwelle verwendet, da nur sie die notwendige Reichweite besitzt. Allerdings können Nachrichten auf Kurzwelle bis zur Unkenntlichkeit verstümmelt sein.

Ein Ingenieurbüro in Hannover hat nun ein sogenanntes „Aircraft Data Transfer System" entwickelt, das auch dann noch für die richtige Übertragung der Daten sorgt, wenn die Funkmeldung gestört ist.

Der Flugingenieur an Bord schreibt die Nachrichten über Tastatur in den Computer ein. Dieser fragt dabei bis zu 30 Daten ab, die für die Überwachung wichtig sind, etwa Flughöhe, Geschwindigkeit, Außentemperatur, Turbinendrehzahl, Abgastemperatur und Treibstoffverbrauch. Das Programm kann selbsttätig Eingabefehler aufspüren und führt schon an Bord eine erste Analyse der Daten durch.

Anschließend stellt der Rechner die Informationen so zusammen, daß beim Empfang am Boden auch bruchstückhaft empfangene Signale wieder vervollständigt werden können. Dann werden die Nachrichten per Modem (Modulator-Demodulator) in Funkwellen umgewandelt und mehrmals hintereinander abgesendet.

In der Bodenstation steht der Schwester-Computer. Dieser setzt die Meldung, selbst wenn sie gestört ist, wieder zusammen und vergleicht die nacheinander eintreffenden Informationen über den technischen Zustand des Flugzeugs. Diese Kenntnisse erhöhen die Sicherheit und ermöglichen eine Verlängerung der Betriebszeiten.

Der ordnungsgemäße Empfang der Daten wird anschließend von der Bodenstation quittiert und an Bord zurückgemeldet. Im Flugzeug können eintreffende und abgehende Nachrichten auf dem Bildschirm mitgelesen oder auf einem Drucker geschrieben werden. So ist der gesamte Datenverkehr dokumentierbar. Schon innerhalb von drei Minuten liegt heute eine Analyse des Triebwerkszustandes vor.



Computergestützte Datenfernübertragung im Cockpit eines Airbus A 300
FOTO: EPSON

Wo Aale und Stinte sich wohlfühlen

Fangversuch zeigt: Die Unterelbe bleibt eines der fischreichsten Gewässer Europas

Von HARALD STEINERT

Die Unterelbe scheint in höchster Gefahr, folgt man den Protestaktion-Behauptungen von Fischern und Umweltschützern. Man gewinnt auf den ersten Blick den Eindruck, dieser zweifellos mit Abwässern und chemischen Schadstoffen belastete Strom unterhalb Hamburgs sei tot.

Dieser Eindruck jedoch trügt: In Wirklichkeit gibt es heute in der Unterelbe mehr Fisch als im vorigen Jahrhundert, als die Elbe mit Sicherheit weit sauberer als heute war. „Den Fischen scheinen die hohen Schadstoffwerte weniger schlecht zu bekommen als vielfach angenommen, denn die Unterelbe ist nach wie vor eines der fischreichsten Gewässer Europas ...", stellt der Kieler Fischereibiologe Dr. Heino Möller in dem in Kiel erscheinenden „Fischerblatt" fest.

Den Beweis lieferte ein Fangversuch, der von den Kieler Meereskundlern zwischen Hamburg und Glückstadt mit einem Elbkutter nach der gleichen Methode wie ein Versuch im Jahre 1894 durchgeführt.

Dabei zeigte sich, daß heute 20 Arten von Fischen in der Unterelbe leben, 1894 waren es nur 18 Arten. Allerdings sind Lachs und der Stör, zwei von diesen 18 Arten, ausgestorben. Doch nicht nur die Artenzahl stieg an: Die Fangmengen (berechnet auf die Stunde Netzschleppzeit) sind für einige Arten weitaus höher als im vorigen Jahrhundert: Der Versuchskutter fing 1982 neunmal soviel Stinte, achtmal soviel Aale und ebensoviele Flundern wie in dem Vergleichsjahr 1894.

Daß sich die Elbfische in einem besserem Ernährungszustand befinden als im Jahr 1894, beweisen Längenmessungen an den Stinten: Die größten Stinte wuchsen 1894 auf 16 cm Länge heran, 1982 dagegen wurden sie mit 25 cm Länge vermessen.

Die hohen Bestände an Stinten und Finten (einem heringsähnlichen Wanderfisch, der wie der Stint im Frühjahr in der Elbe erscheint, um in Nebengewässern und Nebenflüssen der Unterelbe zu laichen) und die erkennbar großen Nachwuchserfolge demonstrieren: Für diese Fische ist die Elbe nach wie vor nicht tot. Solange sie nicht von ihren Laichgewässern entlang des Unterelbelaufes durch neue Flußregulierungsmaßnahmen abgesperrt werden, lassen sie sich durch Quecksilber und Chlorkohlenwasserstoffe nicht vertreiben.

Sogar der Stör könnte noch überleben, der zum Laichen nicht (wie der Lachs) saubere schnellfließende Gewässer mit Kiesgrund wie z.B. Gebirgsflüsse benötigt. Noch Ende der 50er Jahre wurden in der Elbe Jungstöre als Beweis dafür beobachtet, daß es einem Paar dieser Fischriesen gelungen war, an allen Netzen in der Deutschen Bucht und der Elbe vorbei sich zu den altgewohnten Laichplätzen zu schleichen.

Auch das immer neue Fischsterben in der Unterelbe durch Sauerstoffmangel gefährdet den Bestand nicht: Ein Teil der Jungfische und die erwachsenen Fische weichen in Nebenflüsse aus oder ziehen vor dem zum Meer strömenden sauerstofflosen Wasser flußabwärts, wo dann die Fischer vor den „Todeszonen" Rekordfänge unter den fliehenden Tieren erzielen.

Die Elbe ist also trotz Unkenrufen und Umweltgiften lebendiger als je. Nur die Optik macht es: Man sieht kaum mehr Elbfische auf den Märkten, weil sich der Fang nicht mehr lohnt. Die Preise für Flundern liegen meist nahe dem Preis für Fischmehlware, Stinte sind schwierig zu verkaufen, denn diese nahen Verwandten des Lachses müssen in mühsamer Handarbeit für die Küche zubereitet werden. Aale sind zwar sehr gefragt, doch ist ein großer Teil der Elbeaale so stark schadstoffbelastet, daß sie nicht in den Verkauf gebracht werden.

Die mangelhafte Rentabilität tötet die Elbfischerei, nicht der Mangel an Objekten: Die Zeiten, in denen in Hamburg auf dem Fischmarkt eine eigene Halle für Störauktionen stand, halb so groß wie die gesamte Halle für die übrigen Fänge, sind endgültig vorbei.

Briefe an DIE WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Verständigung in Freiheit

„Leserbrief: Stimme zur Versöhnung"; WELT vom 16. April

Ohne Zweifel hat Jan Jozef Lipski durch seine mutigen Worte zur Wahrheit der Vertreibung von Deutschen vor vierzig Jahren einen großartigen Beitrag zur deutsch-polnischen Verständigung geleistet. Die wirkliche Tragweite seiner Worte wird wohl aber erst die Zukunft zeigen, wenn freie Deutsche und freie Polen im friedfertigen Geist der Charta der Heimatvertriebenen, wie sie bereits 1950 verabschiedet worden ist, aufeinander zugehen können.

Bis dahin sollten die Deutschen im freien Teil unseres Vaterlandes ihre Legitimation und ihre Möglichkeiten zu einer umfassenden deutsch-polnischen Verständigung nicht überschätzen. Denn einem Teil des deutschen Volkes werden ebenso wie den Polen nach wie vor durch die Macht der Sowjetunion Freiheit und Selbstbestimmung vorenthalten.

Zu den entscheidenden Fragen, die heute noch nicht umfassend und endgültig zwischen Deutschen und Polen geklärt werden können, gehört auch die Zukunft Ostdeutschlands jenseits von Oder und Neiße. Wenn Herr Lipski in diesem Zusammenhang von einem Bürger aus der Bundesrepublik verlangt, an der rechtlichen und politischen Situation Ostdeutschlands vorbeizureden, nur um der sowjetischen Propaganda keine Anhaltspunkte zu liefern, die verlogenen Revanchismuskampagnen fortzusetzen, kann ich ihm jedoch nicht zustimmen.

Seinem Ratschlag folgend, würden wir uns in der Freiheit dem Druck der sowjetischen Propaganda beugen. Ein derartiges Nachgeben könnte die Kreml-Propagandisten nur dazu ermuntern, weitere Lüge und Hetze als erfolgreiche Instrumente sowjetischer Innen- und Außenpolitik einzusetzen. Nur wenn wir konsequent die Souveränität unseres Denkens wahren und die ganze Wahrheit Ostdeutschlands und Ostmitteleuropas, einschließlich Polens, der baltischen Staaten, der Ukraine und Weißrußlands, beim Namen nennen, kann auf Dauer die Macht des Wortes und damit Glaubwürdigkeit und Stabilität unserer freiheitlichen Demokratien vor dem sowjetischen Imperialismus bestehen.

A. Theisen,
Bornheim 3

*

Sehr geehrte Damen und Herren,

Polen sollte das zurückbekommen, was es vor dem Überfall durch Hitler und Stalin besessen, aber nicht nach deutschem Boden grapschen, auf den es historisch und völkerrechtlich keinen Anspruch hat, aber bereits vor dem Zweiten Weltkrieg begehrliche Blicke warf.

In bezug auf territoriale polnische Gebietsansprüche ist hier nicht Deutschland, sondern die UdSSR der richtige Ansprechpartner, die Polen 1939 ebenfalls überfiel und 1945 „befreite" und mit Sanktionierung durch die Westmächte behalten konnte, obwohl dieselben für ein ungeteiltes Polen in den Krieg gezogen waren!

Dies sollte Ausgangspunkt echter Versöhnung und Völkerverständigung sein. Wie auch das Recht der Deutschen in Ost- und Westpreußen, Danzig, Pommern und Schlesien auf ihre Muttersprache und der Verzicht des polnischen Staates auf jegliche Drangsalierung, Diskriminierung und Zwangspolonisierung Ostdeutscher in den vergangenen 40 Jahren.

Welchem Staat in einem freien Europa wäre mit einem national gebrochenem und gedemütigtem Deutschland gedient? Ein krankes Herz in einem gesunden Körper?

Mit verbindlichen Grüßen
H. D. Kastien,
Hagen

Sehr geehrte Redaktion,

auch die – moralisch ohnehin zweifelhafte – „Kompensationstheorie" übersieht die Tatsache, daß aus den Gebieten östlich der Curzon-Linie, die Polen im Jahr 1945 der Sowjetunion überlassen mußte, ca. 1,5 Millionen Polen stammen. Andererseits sind aus Polen über eine halbe Million Ukrainer und Weißruthenen nach Osten und ebenso viele Deutsche nach Westen vertrieben worden. Auch mit diesen Zahlen läßt sich die Vertreibung von fast 10 Millionen Deutschen aus den Oder-Neiße-Gebieten nicht rechtfertigen!

Zur menschenrechtlichen Seite sei auf das Urteil des amerikanischen Militärgerichtes IV im Fall 11 vom 11. April 1949 verwiesen: „Das Innenministerium (des Deutschen Reiches) war stark an dem sogenannten Germanisierungsprogramm beteiligt ... Daß dieser Plan mit seinem Massendeportationen, Vertreibungen und Zwangsansiedlungen ein klarer Bruch des Völkerrechts und ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit war, steht außer jedem Zweifel ... Daß die Mehrzahl der Betroffenen im Generalgouvernement (Polen) in Widerspruch zum Völkerrecht wiederangesiedelt worden ist und daß die Begleitumstände ihrer Ansiedlung der Vertreibung polnischer Staatsangehöriger ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit darstellen, ist uns unzweifelhaft ..."

Mit freundlichen Grüßen
R. Schnürch,
Düsseldorf 13

Wort des Tages

„Lesen heißt borgen, daraus finden, abtragen."

Georg Christoph Lichtenberg; dt. Physiker und Schriftsteller (1742-1799)

Unverständlich

„Über die Gräber hinweg – wie der Westen den Krieg überwand"; WELT vom 12. April

Sehr geehrte Herren,

erfreulich und verdienstvoll ist Johannes Steinhoffs Aufforderung, den Streit um die Schuld des Soldaten, um Befehl und Gehorsam vor und im Krieg zu beenden. Verständlich ist auch seine Bemerkung, daß das Ende des Krieges uns alle von tödlichen Zwängen befreite.

Aber sollten wir deshalb das Ende als „Befreiung", nicht als Zusammenbruch empfunden haben? Ich glaube nicht, daß Steinhoff das sagen wollte. Das meint keiner, der sich noch in den letzten Kriegstagen in den Düsenjäger setzte, um die „Befreier" abzuschießen. Jedenfalls, was mich betrifft und die meisten anderen Flieger, verantworte ich zu sagen: Wir empfanden nichts von Befreiung, mehr aber von Katastrophe und Niedergeschlagenheit.

Wer mit der Bomberei auf Zivilisten angefangen hat, darüber besteht nicht mehr der geringste Zweifel: Churchill (Norman Longmate „The bombers", London 1983, p. 381). Schon im Mai 1940 hatte er „in seinem Eifer, in irgendeiner Form offensiv zu werden" (p. 381), das unterschiedlose Bombardieren der Städte beginnen lassen, was in den Wehrmachtsberichten nachzulesen ist.

Die deutsche Luftwaffe – ich war damals im Unterschied zu Steinhoff Bomber – hatte strikten Befehl, sich zurückzuhalten, monatelang, bis sie erstmals im Sommer 1940 englischen Boden überflog, um hier rein militärische Ziele, im August insbesondere Flugplätze, zu bombardieren. Währenddessen setzte das Bomberkommando seine Angriffe auf unsere Städte fort, darunter zwei weitere auf Berlin, obwohl von deutscher Seite ausdrücklich Gegenschläge angekündigt worden waren.

Dieser Verlauf wird von namhaften britischen Militärschriftstellern bestätigt. Churchill hat die deutschen Warnungen in den Wind geschlagen. Aufrechnungsmentalität? Nein, es ist Wahrheitsliebe. Hierin treffen sich viele Gegner von einst. Keiner soll dem anderen Schuldgefühle zuschieben, die er nicht verdient, den Wahrheitsliebenden auch nicht mit der „schäbigen Aufrechnungsmentalität" bewerfen. Der kleinste gemeinsame Nenner wäre: zu schweigen. Leider hat Steinhoff gesprochen, und zwar falsch. Wozu?

Mit freundlichen Grüßen
H. Herrmann,
Düsseldorf 1

Ansprechpartner

„Die bemerkenswerte Erziehung des Heimkindes Dirk"; WELT vom 14. April

Sehr geehrte Damen und Herren,

der geschilderte Fall des Dirk R. ist bedauerlicherweise keine Ausnahme. Durch Eindrücke, die ich bei vielen Besuchen in Heimen gemacht habe, weiß ich, wie die Verhältnisse in der Heimkindererziehung aussehen.

Bei jedem dieser Besuche wurden mir die Vorzüge der speziell ausgebildeten Erzieher herausgestrichen, und ich bin auch selber überzeugt, daß sie gute sozialtherapeutische und pädagogische Kenntnisse habe.

Doch auch diese Personen haben in der Regel eine 40-Stunden-Woche und einen Acht-Stunden-Tag. Das bringt es mit sich, daß sich immer mehrere Erzieher um ein Kind kümmern. Dirk R. ist hier ein gutes Beispiel. Er wurde von einem Erzieher zum anderen gereicht, mit ihm wurden Therapie-Experimente angestellt, er war ein „Fall".

Was meines Erachtens in der ganzen Heimkindererziehung zu kurz kommt, ist der Aufbau einer festen Bezugsperson, die ständigen Kontakt zum Kind hat. Was hier nötig ist, ist ein Ansprechpartner, den die Kinder kennen und der ihnen Zuwendung und Geborgenheit gibt. Eine Person muß also für die Kinder da sein, die in vielen Beziehungen den Nonnen in kirchlichen Heimen gleicht: immer zu erreichen, unkompliziert und ohne die Gefahr, daß ein Kind sofort zum „Fall" wird und dadurch abgeschreckt wird. Ich hoffe für Dirk, daß er bald einen solchen Freund findet.

Agnes Hürland, MdB,
Parlamentarische Geschäftsführerin der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

Personalien

GEBURTSTAG

Der emeritierte Professor für Osteuropäische Geschichte und Allgemeine Wirtschaftsgeschichte an der Justus-Liebig-Universität in Gießen, Dr. **Herbert Ludat**, feierte seinen 75. Geburtstag. Der in Insterburg geborene und in Berlin aufgewachsene Wissenschaftler kam über Münster und Mainz nach Gießen, wo er von 1956 bis 1972 Direktor des Instituts für kontinentale Agrar- und Wirtschaftsforschung war. In seinen wissenschaftlichen Veröffentlichungen beschäftigte sich Professor Ludat vor allem mit der Entstehung des polnisches Reiches, der frühen Geschichte des Städtewesens in Osteuropa sowie mit der Entwicklung der modernen polnischen Geschichtswissenschaft.

AUSZEICHNUNGEN

Der Marburger Romanist Professor Dr. **Bodo Guthmüller** ist in Würdigung seiner großen Verdienste um die Erforschung der romanistischen Geisteswelt mit dem Offizierskreuz des französischen Ordens „Palmes académiques" ausgezeichnet worden. Der französische Generalkonsul in Frankfurt am Main, **Jaques Simon** sagte bei der Überreichung der hohen Auszeichnung, daß sich Professor Guthmüller über den französischen Dichter **Alfred de Musset** habilitiert habe. Seine elsässischen Vorfahren und seine Kindheit in Lothringen hätten ihn in seiner wissenschaftlichen Arbeit entscheidend geprägt.

*

Die höchste Chor-Auszeichnung in Hessen, die 1959 zum 100. Todestag von Louis Spohr gestiftete Plakette, ist auf dem Bundessängertag in Willingen fünfmal verliehen worden. Der Mitteldeutsche Sängerbund (MSB) vergab die Auszeichnung an Persönlichkeiten, die sich um das Chorwesen besonders verdient gemacht haben. Dies waren der hessische Justizminister Dr. **Herbert Günther**, der Vorsitzende des Gesangsvereins 1871 Altenbaunau, **Kurt Kistner** aus Baunatal im Kreis Kassel, der Vorsitzende des Bundes-Musikausschusses im Hessischen Sängerbund, **Theodor Lebeda** aus Limburg an der Lahn, der Kreischorleiter **Wolfgang Lüderitz** aus Köln und der Kreischorleiter des Waldeck'schen Sängerbundes, **Heribert Middecke** aus Korbach.

AUSWÄRTIGES AMT

Dr. **Horst Becker**, seit 1980 Leiter des Referats Abrüstung und Rüstungskontrolle im Auswärtigen Amt, wird deutscher Botschafter in Neuseeland. Der Kölner, Jahrgang 1924, Dr. jur., war 1954 in den Auswärtigen Dienst eingetreten. Er war an den Auslandsvertretungen in London, der NATO-Vertretung Paris, in Johannesburg und Den Haag tätig. Von 1974 bis 1977 leitete er die Botschaft in Mogadischu. Danach wurde er zum Generalsekretariat der Nordatlantikpakt-Organisation in Brüssel beurlaubt.

WAHL

Professor Dr. **Ernst G. Jung**, Direktor der Hautklinik der Fakultät für Klinische Medizin Mannheim der Universität Heidelberg, wurde zum ersten Vorsitzenden der Deutschen Gesellschaft für Lichtforschung e.V. gewählt.

Der ehemalige französische Botschafter in Moskau und Bonn, **Olivier Wormser**, ist im Alter von 72 Jahren in Paris gestorben. Der studierte Politologe und Jurist hatte sein Land von 1966 bis 1968 in der UdSSR und von 1974 bis 1977 in der Bundesrepublik Deutschland vertreten. In der Zwischenzeit war er Gouverneur der Zentralbank Frankreichs. Nach seiner Rückkehr aus Bonn wurde er in die französische Akademie für Geistes- und politische Wissenschaften gewählt.

IM BLICKPUNKT / Leichtathletik, Motorsport, Eishockey und der Fußball

Herle lief Rekord ohne Vorbereitung

KLAUS BLUME, Bonn

Die Zeit ist reif für Experimente: Keine Weltmeisterschaften, keine Olympischen Spiele – ein Jahr ohne besonderen Druck steht den Leichtathleten bevor. Christoph Herle, der 29jährige Langstreckenläufer aus München, nutzte die Gelegenheit beim großen internationalen Marathonlauf am Sonntag in London. Vierter wurde er nach 2:09:25 Stunden, was auf den klassischen 42,195 Kilometern absolute Weltspitze bedeutet.

„Dabei hat er sich gar nicht allzu intensiv darauf vorbereitet", erzählt Bundestrainer Lothar Hirsch. Als nach der Querfeldein-Weltmeisterschaft vor vier Wochen feststand, daß Herle in London laufen würde, erhöhte er sein wöchentliches Laufpensum von durchschnittlich 120 lediglich auf rund 150 Kilometer. Zum Vergleich: Marathon-Spezialisten legen in der Woche mindestens 200 Kilometer zurück.

Doch dem gelernten 10-Kilometer-Läufer Herle reichte das an Vorbereitung, um schneller als jeder deutsche Marathon-Läufer zu sein. Überrascht hat das Herle nicht, „denn eine Zeit um 2:10 Stunden war drin", sagt Hirsch. Was eher überrascht, ist die derzeitige Bandbreite Christoph Herles, der sich gewissermaßen auf leisen Sohlen in die Weltelite der Langstreckler hineingelaufen hat. Herle ist der zweitschnellste 3000-m-Läufer der Welt auf engen Hallenpisten und gleichzeitig – seit Sonntag – einer der besten Marathonläufer aller Zeiten.

Wo soll das hinführen? „Zu ordentlichen Ergebnissen über 5000 m und 10 000 m", sagt Lothar Hirsch. Denn dem Londoner Ausflug auf die Marathonstrecke werden in diesem Jahr keine weiteren folgen. Und bei den Europameisterschaften 1986 in Stuttgart beabsichtigt Herle auch nicht, auf dieser Strecke anzutreten. „Christoph ist in erster Linie Bahnläufer", sagt Hirsch, „und nach dem, was in den letzten Jahren äußerst sorgfältig aufgebaut wurde, kann man nun Größeres planen."

Im Sommer will Herle das, was er im Winter und Frühjahr andeutete, voll ausspielen. „Über 5000 Meter sollte er um 13:15 Minuten, über 10 000 m um 27:30 Minuten herum laufen können", prognostiziert Hirsch. Zur Erklärung: Schneller liefen im vorigen Jahr über 10 000 m lediglich die beiden Portugiesen Mamede und Lopes.

Plötzlich brach der Karneval los

K. Bl. Bonn

So soll es in den frühen siebziger Jahren gewesen sein, als der Brasilianer Emerson Fittipaldi zweimal Weltmeister in der Formel 1 war: Da brach jedesmal in Sao Paulo urplötzlich der Karneval aus. Auf den Straßen wurde getanzt, getrunken, gesungen, gejubelt. Als Fittipaldis Landsmann Ayrton Senna am Sonntag in Estoril den Grand Prix von Portugal gewann, glaubte sich der Brasilien-Korrespondent des portugiesischen Rundfunks in diese Zeit zurückversetzt – bis zur Nachricht vom Tode des brasilianischen Staatspräsidenten Tancredo Neves.

„Ayrtons Popularität ist daheim in Brasilien schon jetzt größer als die Nelson Piquets, und der war immerhin zweimal Weltmeister", erzählt der brasilianische Motorsport-Manager Domingos Piedade. Und Emerson Fittipaldi schwärmt: „Sein Talent ist größer als meines es war."

Im vorigen Jahr stritten sich die Rennställe *Toleman* und *Lotus* bereits um diese „absolute Ausnahmeerscheinung" (Piedade). Senna hatte gleich zwei Verträge unterschrieben, und Toleman suspendierte ihn daraufhin erst einmal. In dieser Saison siegt Senna nun doch auf Lotus – wie einst auch Fittipaldi.

Dabei hatte eine Lähmung der rechten Gesichtshälfte dem jungen Mann aus Sao Paulo vom letzten Oktober bis Ende März zugesetzt. Warum, wurde nie vollständig ergründet. Beeinträchtigt und besorgt hat dies Senna, wenngleich er stets sagte: „Das ist nicht wichtig. Schließlich bin ich Rennfahrer und kein Filmschauspieler. Außerdem bin ich noch immer viel hübscher als der Österreicher Niki Lauda."

Stichwort Lauda: Für Sennas Landsmann Piquet ist er das große Vorbild – der Lebensrhythmus eines erfolgreichen Grand-Prix-Fahrers habe ausschließlich aus Testfahrten und Konditionstraining zu bestehen. Piedade erzählt: „Ayrton meint dazu: So bekloppt wie die beiden kann doch kein normaler Mensch leben." Senna setzt lieber auf sein Talent und auf seine Erfahrung. Denn trotz seiner 25 Jahre fährt er schon seit 18 Jahren Rennen. Mit sieben Jahren saß Senna bereits am Steuerrad eines Go-Carts und bevor er Anfang der achtziger Jahre in England in der Formel 3 und der Formel Ford Triumphe feierte, war er zweimal Vize-Weltmeister mit dem Go-Cart.

Amerikaner bislang die Sensation

dpa, Prag

Noch ist es ein Scherz. Nach dem 3:1-Sieg über die CSSR formte einer der glücklich erschöpften Studenten aus dem amerikanischen Eishockey-Team die Hände wie einen Telefonhörer am Ohr und sagt unter wiehernden Gelächter seiner Mannschaftskameraden: „Yes, oh hello, Mr. President". Roland Reagan hat viel zu tun. Aber wenn sich die US-Boys bei der Weltmeisterschaft in Prag in den gleichen Rausch spielen wie beim sensationellen Olympiasieg von Lake Placid 1980, muß der Präsident der Vereinigten Staaten einen Termin freimachen für „cake and coke" im Weißen Haus, wie damals Jimmy Carter.

Nach den überraschenden Erfolgen über Schweden (4:3), Kanada (4:3) und die CSSR benötigt die Mannschaft nur noch zwei Punkte für die Endrunden-Teilnahme. Ein Team schwimmt auf der Erfolgswelle, dessen Spieler sich in Prag erst einmal kennenlernen und zusammenraufen mußten – zur Hälfte Studenten, zur Hälfte Profis zweiter Wahl aus der nordamerikanischen Hockey-Liga, vom Trainer Dave Petterson nach dem Zufallsprinzip ausgewählt.

Der einzige Olympiasieger von 1980 im Team, Mark Johnson, gibt eine Erklärung für die Stimmung in seinem Team: „Ich spüre große Gefühle, wenn ich an die Goldmedaille denke. Das war ein großer Sieg für mich, die Mannschaft und für ganz Amerika." Mark Johnson ist so in Fahrt, daß er sagt: „Es ist meine vaterländische Pflicht, hier für Amerika alles zu tun, damit wir nach oben kommen."

Diese Begeisterung wird der deutschen Nationalmannschaft heute abend in ihrem Spiel gegen die USA (20.30 Uhr) mit Sicherheit schwer zu schaffen machen. Bundestrainer Xaver Unsinn, Bewunderer der „ungeheuren Athletik" der Amerikaner, sieht zwar einen Hoffnungsschimmer, wenn er sagt, das US-Team sei nicht turniererprobt und werde abbauen. Gegen die Amerikaner aber hilft nur bedingungsloser Einsatz, jede Sekunde Tempo. Und das nach der 2:10-Niederlage gegen die UdSSR, nach der Xaver Unsinn gesagt hatte, das erste Drittel (0:7) sei seine schlimmste Zeit in 25 Jahren Eishockey gewesen. Doch die Spieler machen sich gegenseitig Mut mit der Versicherung, nach den Niederlagen gegen die Stärksten gehe die Weltmeisterschaft jetzt erst richtig los.

Ristic will Vertrag nicht erfüllen

sid/DW., Kaiserslautern

Der jugoslawische Fußball-Trainer Aleksandar Ristic wird in der kommenden Spielzeit nicht, wie bereits vertraglich fixiert, den Bundesliga-Klub 1. FC Kaiserslautern betreuen. „Wegen unterschiedlicher Bewertung der gegebenen Perspektiven kamen der 1. FC Kaiserslautern und Aleksandar Ristic überein, das vorgesehene Dienstverhältnis ab der Saison 1985/86 nicht einzugehen", heißt es in einer Erklärung des Klubs.

Den bis zum 30. Juni 1987 laufenden Zwei-Jahres-Vertrag hatte Ristic, der zu Beginn der letzten Woche bei Eintracht Braunschweig entlassen wurde, mit dem inzwischen entmachteten FCK-Präsidenten Udo Sopp abgeschlossen.

Ristic hatte sich gestern mit Sopps voraussichtlichem Nachfolger, dem früheren Klub-Chef Jürgen Friedrich, in Kaiserslautern zu einem zweiten Gespräch über die zukünftige Zusammenarbeit getroffen. Dabei hatte Ristic sein Konzept für den sportlichen Rahmen seiner Arbeit dargelegt und Verstärkungen durch Spieler-Käufe gefordert. Friedrich hatte dem Trainer aber antworten müssen, aufgrund der angespannten Lage des Klubs seien diese Vorstellungen nicht zu verwirklichen.

Friedrich berichtete, Ristic sei nach dieser Erläuterung offensichtlich enttäuscht gewesen und habe darum gebeten, unter diesen Umständen von einer Zusammenarbeit abzusehen. Ristic war bei seinem Konzept offensichtlich vom Einkauf fertiger Spieler wie Dieter Müller von Girondins Bordeaux ausgegangen. Friedrich: „Deshalb erschien es mir wichtig, ihm frei und ehrlich meine zwar nicht schwarze, aber nüchterne Prognose zu unterbreiten. Es hat mir leid getan, mich in dieser Weise mit ihm unterhalten zu müssen." Das Jahresgehalt von 300 000 Mark für Ristic soll bei der Entscheidung keine Rolle gespielt haben. Friedrich: „Der Vertrag war schließlich abgeschlossen."

Der neue Präsident von Kaiserslautern hofft, schon in den nächsten Tagen einen Nachfolger für den zum Saisonende ausscheidenden Manfred Krafft präsentieren zu können. Für Ristic bleiben zwei Möglichkeiten: *Entweder geht er wieder als Assistent* von Ernst Happel zum Hamburger SV, oder er übernimmt dieses Amt in Dortmund, wo Branko Zebec als Cheftrainer im Gespräch ist.

NACHRICHTEN

Briegel im Aufgebot

Frankfurt (dpa) – Hans-Peter Briegel (Verona) und Klaus Allofs (Köln) gehören nach ihren auskurierten Verletzungen wieder zum 18köpfigen Aufgebot für das WM-Qualifikationsspiel am 30. April (17.30 Uhr) in Prag gegen die CSSR. Das Aufgebot von Teamchef Franz Beckenbauer: Schumacher, Stein, Berthold, Brehme, Briegel, Förster, Frontzeck, Herget, Jacobs, Magath, Matthäus, Rahn, Rolff, Thon, Allofs, Rummenigge, Völler.

Neuer CSSR-Trainer

Prag (dpa) – Der Eishockey-Bundesligaklub ESV Kaufbeuren verpflichtete als neuen Trainer den Tschechoslowaken Richard Pergl von Sparta Prag als Nachfolger von Florian Strida, der in die CSSR zurückkehrt. Außerdem wurde Miroslav Veith von Tesla Pardubic unter Vertrag genommen.

Schweden im Viertelfinale

Santiago de Chile (dpa) – Mit einem 4:1 über Chile erreichte Titelverteidiger Schweden in Santiago de Chile das Viertelfinale des Davis-Pokals. Schweden trifft jetzt auf Indien.

Volleyball: Ungarn zu gut

Aschaffenburg (sid) – Die deutsche Volleyball-Nationalmannschaft verlor ein Testspiel in Aschaffenburg gegen Ungarn mit 1:3 (9:15, 15:9, 8:15, 10:15). Das Nationalteam bereitet sich auf die Europameisterschafts-Qualifikation im Mai in Österreich vor.

Schach als Schulfach

Peking (dpa) – Als erste Schule in China hat eine Grundschule in Peking Schach-Unterricht in den Stundenplan aufgenommen. Zwei Stunden pro Woche üben die Schüler unter Anleitung erfahrener Spieler.

Trennung von Ohlhauser

Hamburg (dpa) – Der Fußball-Bundesligaklub Hamburger SV wird den zum Saisonende auslaufenden Vertrag mit dem Assistenztrainer Rainer Ohlhauser nicht verlängern. Cheftrainer Ernst Happel, der sich heute einer Kieferoperation unterziehen muß, wünscht sich nach Angaben von Manager Günter Netzer einen Assistenten, der laut, ehrgeizig und jung sein soll.

ZAHLEN

EISHOCKEY

Weltmeisterschaft in Prag: CSSR – USA 1:3. – Tabelle: 1. UdSSR 8:0 Punkte, 2. Kanada 6:2, 3. CSSR 6:2, 4. USA 6:2, 5. Schweden 4:4, 6. Finnland 2:6, 7. Deutschland 0:8, 8. „DDR" 0:8.

REITEN

Weltcup der Springreiter in Berlin, *Endstand: 1. Homfeld (USA) Abdullah* 3 Fehlerpunkte, 2. Skelton (England) St. James 4, 3. Durand (Frankreich) Jappeloup 8,50.

GOLF

„Sea Pines Classic" in Hilton Head Island/South Carolina (400 000 Dollar): 1. Langer (Deutschland) 273 Schläge (68+66+69+70), 2. Wadkins 273 (65+68+72+68), beide im Stechen, 3. Sut*ton 274 (72+67+68+67) und Norris 274* (70+71+66+67).

GEWINNZAHLEN

Auswahlwette „6 aus 45": 2, 7, 28, 31, 33, 40, Zusatzspiel: 45. – **Rennquintett:** Rennen A: 8, 2, 9. – Rennen B: 30, 24, 26. (Ohne Gewähr).

STAND ● PUNKT

Der Boß

Das Wort ist in der deutschen Springreiterei Paul Schockemöhle. Was er sagt, wird gemacht. Als Schockemöhle beim Weltcup in Berlin trainierte, wollte Bundestrainer Hermann Schridde zum Interview. Als er gehen wollte, befahl Schockemöhle: „Du bleibst jetzt da." Schridde blieb und verwies darauf, daß er der Chef der Truppe sei. Schockemöhles Antwort: „Wir haben keinen Chef, wir sind alle *Individualisten*."

Keine Frage, der Europameister ist der heimliche Boß. Schon deshalb, weil er seit Jahren deutsche Erfolge im Springsattel garantiert. Läuft es bei ihm nicht, läuft überhaupt nichts. Daran ändert auch seine schwache Vorstellung in der Berliner *Deutschlandhalle* nichts, die ihm nicht so schnell noch einmal passieren wird. Daran ändert auch eine gute Vorstellung des jungen Stefan Schewe als bester Deutscher (9.) nichts. Schockemöhle bleibt das Maß aller Dinge. D.L.

GOLF / Der Siegeszug von Bernhard Langer hält an – In einer Woche verdiente er rund 600 000 Mark

„Mein Masters-Erfolg war wirklich kein Dusel"

F. WIRTH, **Hilton Head Island**

„Dieser junge Mann", sagte ein amerikanischer Kommentator, „ist der sensationellste Golfimport, der in den letzten Jahren nach Amerika kam." Er meinte Bernhard Langer. Und er meinte einen Sieger, der die Amerikaner zu verblüffen beginnt. Denn nur acht Tage nach seinem sensationellen Sieg bei den „Masters" in Augusta, gewann Langer am Sonntag ein weiteres großes Golfturnier, die „Heritage Classics" in Hilton Head Island in Südkarolina.

Der Anhausener Golf-Profi kassierte für seinen Sieg in Hilton Head Island 72 000 Dollar. Zusammen mit seiner Siegprämie von 125 000 Dollar bei den Masters hat er damit innerhalb einer Woche umgerechnet rund 600 000 Mark gewonnen. Seit seinem Amerikastart vor knapp drei Monaten hat er insgesamt 256 000 Dollar verdient und liegt damit an dritter Stelle der amerikanischen Rangliste.

Es war ein Sieg, der an die Nerven ging, denn die Entscheidung fiel am 73. Loch. Nach dem Ende der regulären vier Runden lagen Langer und der Amerikaner Bobby Wadkins mit je 273 Schlägen für die 72 Löcher gleichauf. Es kam zu einem Entscheidungsspiel, beginnend am 16. Loch. Dieses Duell dauerte genau elf Minuten. Es siegte schließlich die Routine über die Nerven.

Die Routine war bei Langer. Er hatte nach seinem Erfolg der letzten Woche nicht viel zu verlieren. Bobby Wadkins dagegen hatte alles zu gewinnen. Er ist 33 Jahre alt und wartet nach zwölf Jahren harter, frustrierender Arbeit im amerikanischen Golfgeschäft immer noch auf seinen ersten Sieg. Noch nie war er für ihn so zum Greifen nahe wie an diesem Nachmittag. Es fehlte ihm am Ende ein einziger Schlag zum Sieg und dieser einzige Schlag war runde 90 000 Mark wert. So groß *ist die Differenz* zwischen dem Preisgeld für den ersten und den zweiten in diesem Turnier.

Langer hatte drei Tage lang ein fast fehlerloses Turnier gespielt und ging mit einem Vorsprung von einem Schlag am Sonntag in die letzte Runde. Die aber wurde zu einer beschwerlichen Berg- und Talfahrt mit vier „Birdies" und drei „Bogeys". Das tiefste Tal schien am elften und zwölften Loch erreicht zu sein. Langer lag bis dahin mit Wadkins gleichauf in Führung. Vor dem elften Grün jedoch blieb sein Annäherungsschlag in einer Baumkrone hängen und fiel senkrecht zu Boden. Er spielte das Loch einen Schlag über Par. Die Führung war dahin.

Am zwölften Loch verirrte sich Langer wieder zwischen den Bäumen. Er befreite sich aus dieser Klemme mit einem artistischen Schlag, der acht Meter vom Loch entfernt am Rande des Grüns landete. Und dann gelang ihm der sensationellste „Birdie" des gesamten Turniers. Der Ball rollte fast in Zeitlupe auf das Loch zu, verharrte kurz am Lochrand, als wolle er noch kurz vorher die Füße abputzen, und verschwand dann im Loch.

Statt der befürchteten fünf Schläge brauchte Langer für dieses Loch also nur drei. Dieser Schlag gab ihm so viel Auftrieb, daß ihm am 13. Loch wieder ein „Birdie" gelang, der ihm die Alleinführung brachte. Langer konnte sie bis zum 15. Loch halten, wo er sich wieder mit dem Ball in den Bäumen verlor und mit sechs Schlägen einen mühsamen „Bogey" produzierte.

Langer lag jetzt wieder gleichauf mit Wadkins. Beide beendeten die restlichen Löcher in Par, wobei Langer die Chance hatte, das Turnier am 18. Loch mit einem fast sensationellen Putt aus 25 Metern zu beenden. Der Ball rollte jedoch über das Loch hinweg, sodaß ein Entscheidungsduell mit Wadkins nötig wurde, der an diesem 16. Loch im Bunker landete, einen „Bogey" produzierte und sich geschlagen geben mußte.

Selbstverständlich zeigte sich Bernhard Langer zufrieden: „Ich glaube, daß ich erst einmal in meinem Leben zwei Turniere in Folge gewonnen habe. Daß es gerade in Amerika wieder klappte, ist eine Riesensache. Im Moment läuft es wirklich großartig, ich spiele auch so gut, daß das eine oder andere Turnier noch drin ist. Mein Masters-Sieg war kein Dusel." Lob gab es auch vom Verlierer. Wadkins: „Ich ziehe meinen Hut vor Bernhard. Sein Sieg ist außergewöhnlich, denn er stand nach dem Masters-Erfolg unter unglaublichem nervlichen Druck."

Bergmans TV-Fassung von Molières „Dom Juan"

Der zweite kreative Akt

Die Transplantation eines Stückes von der Theaterbühne auf den Fernsehschirm ist aus dreierlei Gründen problematisch. Erstens bietet die Verkleinerung der Sehfläche auf einen Viertelquadratmeter kaum die Chance der großen Geste. Zweitens fordert der Verlust der Dreidimensionalität größere Imaginationsanstrengung, und drittens ist die Kamera gezwungen, das Ganze zugunsten des gerade aktuellen Details zu vernachlässigen. Wenn wir Glück haben, macht der Regisseur der Theaterinszenierung die Umwandlung in Television persönlich. Wenn wir noch mehr Glück haben, ist der Regisseur beider Versionen von Haus aus ein Filmregisseur.

Dom Juan – ZDF, 22.05 Uhr

Dieses mehrfache Glück haben wir mit Ingmar Bergman. Er hatte Molières „Dom Juan" schon vor zwei Jahren für die Salzburger Festspiele eingerichtet und diese Inszenierung im Münchner Staatsschauspiel herausgebracht. In einer Studiofassung für die Fernsehkameras adaptierte er das Stück für das Fernsehen, wobei er nicht von sich selber abkupferte, sondern – wie sein Hauptdarsteller Michael Degen sagt –, „in einem zweiten kreativen Akt" eine neue Version erstellte; eine Version, in der nicht der Darsteller über die Rampe zum Publikum hinüberkommt, sondern wo das Auge des Betrachters als Kamera auf die Bühne zu den Figuren des Stücks kommt.

Geblieben ist in der Fernsehfassung natürlich das Grundkonzept des Regisseurs, nämlich die Figur des Dom Juan als impotente Jammergestalt, die in Skrupellosigkeit und armseliger Scheinverführung sich in die eigene Tasche lügt, ein Dom Juan, dem die schalen Reste seines erotischen Altenteils ausreichen, um sich Lust zu verschaffen. Bergman greift das Molière-Stück dort auf, wo es am schwächsten ist, am psychologischen Unterbau nämlich, das er mit den legitimen Mitteln des Theaters abstützt. Man muß nämlich wissen, daß Molière den Dom Juan mit allzu heißer Nadel genäht hat, Bergman durfte wohl das Unterfutter ergänzen.

Michael Degen folgte ihm in einem erfreulichen Zusammenklang von Gescheitheit und Emotion. Sein Juan geriet damit mehr und mehr zu einem Sonderstück für den Fernsehschirm, mit alledem, was diesen auszeichnet; vor allem in der wandlungsfähigen Landschaft des Gesichts. Sein Diener und „alter ego" Sganarelle wird von Hilmar Thate mit der Unschuld des allzeit Getreuen der Hauptrolle glaubwürdig beigesellt.

Bergmans Fernsehstück bleibt trotz der Instrumentarien der Television ein Stück Theater, und man weiß nicht recht, ob man das als Schwäche der Adaption oder eher als väterlichen Segen des Theaters für den minderen Bruder Fernsehschirm auffassen soll. VALENTIN POLCUCH

KRITIK

Das Leben ist eine Operette

Komisch ist nach Bergson jede Verkettung von Handlungen und Ereignissen, die uns die Illusion des Lebens und das deutliche Gefühl eines Arrangements zugleich verschafft. In seiner Komödie **Spiel im Schloß** (ZDF) gibt Franz Molnár dazu eine praktische Probe aufs Exempel.

In *diesem Schloß besuchen zwei* Theaterautoren und ein junger Komponist, gemeinsam mit einer neuen Operette beschäftigt, unverhofft die Sängerin Annie; sie ist die Braut des Komponisten und selbstverständlich für die Hauptrolle vorgesehen. Der Besuch sollte eine Überraschung sein, und er wird es in jeder Beziehung. Denn leider finden die drei einen ältlichen Hofschauspieler in Annies Schlafzimmer, vielmehr, sie erleben das pathetisch-erotische Stelldichein gewissermaßen als köstliche, wenngleich erschütternde „Mauerschau". Für den entsetzten Bräutigam bricht eine Welt zusammen. *In seiner Verzweiflung will er* die Primadonna töten und die Partitur zerreißen. Das muß natürlich verhindert werden, denn es würde die Premiere ernstlich gefährden. Also besinnt sich Molnár – in der Person seines Autors Korth – eines uralten dramaturgischen Tricks des Theaters im Theater. Hamlet hat damit ein Verbrechen aufgedeckt, Molnár vertuscht damit eine Affäre und löst ein Ärgernis in Wohlgefallen auf. Der nächtliche Liebesdialog, als frivoler *französischer Einakter aufgeputzt*, überzeugt den Komponisten von der Unschuld seiner Annie; und nicht nur die Operettenpremiere ist gerettet.

Otto Schenks Inszenierung dieses doppelten Spiels gibt dem komödiantischen Anteil deutlich den Vorzug. So chargierte Helmut Lohner seinen Hofschauspieler mit trockenem verbiesterten Humor bis hart an die Karikatur. Dagegen blieb Schenk als Lakai bemerkenswert zurückhaltend. Martin Benrath, ein sympathisch verlogener Intrigant, verstand seine Gestalt mit intelligent dosierter Komik ins Ironische zu ziehen. Nur die rei*zende Ursela Monn war alles andere* als eine Primadonna. Sie gab dem Spiel einen eigenen, aber nicht Molnárs Charme. EO PLUNIEN

Wie Tierfilme entstehen

Mauerseglern auf der Spur

Dem Mauersegler ist heute abend das „Tierporträt" gewidmet, einem Vogel, der hierzulande weit verbreitet, dessen Lebensweise aber kaum bekannt ist. Der Zuschauer hat meistens auch keine Vorstellung davon, welchen Aufwand es bedeutet, Tiere in freier Wildbahn zu filmen.

Die Mauersegler sind sehr wärmeliebende Tiere. Im Mai, wenn sie aus ihren Überwinterungsquartieren im südlichen Afrika zurückkehren, ist ihnen das Klima oft noch zu kalt, und sie finden auch nicht ausreichend Nahrung. Die Vögel können aber vorübergehend ihren Stoffwechsel auf „Sparflamme" schalten: vor allem nachts reduzieren sie ihre Körpertemperatur von 40 auf 20 C und verbrauchen so nur wenig Energie.

Bis zum August, wenn sie ihre Jungen aufgezogen haben, bleiben die Tiere in unseren Breiten. Viel Zeit hatte der Tierfilmer Gerd Wustig daher nicht, einen geeigneten Ort für die Dreharbeiten zu finden. Mauersegler brüten bevorzugt unter den Dächern von Häusern oder an anderen schwer zugänglichen Stellen.

Tierporträt – ZDF, 21.01 Uhr

Wustig hatte das Glück, in einem Kirchturm in Norddeutschland eine Kolonie zu entdecken, die in einem der Turmgeschosse auf dem Boden nistete. Dies wagen die Tiere nur, wenn sie dort sicher sind vor ihren Feinden, z. B. Mardern oder Ratten.

Zunächst mußte Wustig die Tiere an das grelle Licht gewöhnen, das für Filmaufnahmen benötigt wird. Dies gelang, indem die Scheinwerfer einige Tage lang für eine immer längere Zeit eingeschaltet blieben, bis es den Tieren nichts mehr ausmachte, daß die Lampen ununterbrochen brannten. Von den Menschen und der Arbeit mit der Kamera ließen sich die brütenden Paare aber nicht stören.

Von dem Turm aus konnten die Filmer auch die Lieblingsbeschäftigung der Mauersegler filmen: das Fliegen. Diese Tiere gelten als die am besten an den Flug angepaßten Vögel. Wustig filmte die Tiere im Anflug auf den Turm und zeigt, wie sie sich in luftiger Höhe spielerisch jagen. Zum Teil dreht er dabei in Zeitlupe, um die erstaunlichen Flugmanöver deutlicher zeigen zu können. Sie fangen ihre Insektennahrung im Flug und sie trinken, indem sie knapp über der Oberfläche eines Gewässers entlang fliegen und dann den Schnabel ins Wasser tauchen. Auch das Nistmaterial sammeln sie, ohne zu landen. Selbst die Begattung findet in der Luft statt.

Drei Monate lang beobachteten die Filmer die Aufzucht der Jungen, *dann hatten sie etwa 2000 Meter Film* belichtet – zehnmal mehr, als schließlich für den Film benötigt wurde. LUDWIG KÜRTEN

ARD / ZDF

ARD/ZDF-VORMITTAGSPROGRAMM

9.25 Sesamstraße
10.00 heute
10.05 Schöne Ferien
11.05 Kontraste
11.50 Umschau
12.10 Die Seidenstraße
12.55 Presseschau
13.00 heute

ARD

16.00 Tagesschau
16.10 Frauengeschichten
Marie-Agnes Reintgen – *Komödiantin ohne Netz und doppelten Boden*
Film von Anna Dünnebier
16.55 Spaß am Dienstag
Mit Arno und dem Hasen Cäsar
17.50 Tagesschau
Dazw. Regionalprogramme
20.00 Tagesschau
20.15 Alles oder Nichts
Spiel und Show *mit* Max Schautzer
Heute: Wien – Stadt und Geschichte
21.00 Report
Gefährliche Spirale – Vernachlässigen Ärzte die Aufklärung? / Tatort Nordrhein-Westfalen – Bestandsaufnahme einer Immobilien-Affäre / Das Millionending mit *Kassetten – Ein Videopirat packt* aus / Nationalpark Wattenmeer – Interessenkonflikte
Moderator: Günther von Lojewski
21.45 Eishockey-WM
USA – Deutschland
Reporter: Fritz von Thurn und Taxis
23.00 Tagesthemen
23.30 Kulturwelt
René Magritte
0.00 Tagesschau

ZDF

16.00 heute
16.04 Computer Corner
Für Computer-Freaks und solche, die es werden wollen
Moderator: Biggi Lechtermann
16.20 Schüler-Express
17.00 heute / Aus den Ländern
17.15 Tele-Illustrierte
17.45 Eine Klasse für sich
Anschl. heute-Schlagzeilen
18.20 Mein Name ist Hase
19.00 heute
19.30 Ein andere Frau
Mit Bruno Dallansky, Eva-Ingeborg Scholz u. a.
Buch und Regie: Marco Serafini
21.01 Die Mauersegler
beobachtet von Gerd Wustig
21.15 WISO
Von Göttingen nach Göppingen – Wie mobil sind Arbeitslose? / Tödliche Fracht auf deutschen Straßen – *Genügend Schutz durch Vorschriften?* / Tip: Schwarzarbeit – nicht immer billig, doch stets riskant
Moderation: Friedhelm Ost
22.05 Dom Juan
Komödie von Molière
Mit Michael Degen, Hilmar Thate, Birgit Doll u. a.
Regie: Ingmar Bergman
23.55 heute

SAT 1

13.30 Solid Gold
14.00 Die Waltons
Die Trennung
15.00 Indian River
Jimmy Twenty
15.30 Musicbox
16.30 Niklaas, der Junge aus Flandern
Niklaas faßt einen Entschluß
17.00 Die Leute von der Shiloh Ranch
Tödlicher als 1000 Schüsse
18.00 Hoppla Lucy
Der Backwettbewerb
oder Regionalprogramme
18.30 APF blick:
Nachrichten und Quiz
18.45 Die Trapp-Familie
Deutscher Spielfilm (1956)
Mit Ruth Leuwerik, Hans Holt, Josef Meinrad
Regie: Wolfgang Liebeneiner
20.30 Kulturmagazin
Der neue deutsche Film – gestern, heute, morgen
21.30 APF blick:
Aktuell, Rundblick, Sport und Wetter
22.15 Fuzzy, halt die Ohren steif
Ital.-span. Spielfilm (1973)
Mit Roberto Camardiel, Anthony Steffen u. a.
Regie: Tullo de Micheli
23.40 APF blick:
Letzte Nachrichten

3SAT

18.00 Bilder aus der Schweiz
19.00 heute
19.30 Warum habt ihr Hitler nicht verhindert
Fünzig Jahre nach der nationalsozialistischen Machtergreifung sprachen Guido Knopp und Bernd Wiegmann mit prominenten Zeitgenossen, Vertretern der Machtelite der Weimarer Republik aus Politik, Gewerkschaften, Reichswehr und Industrie.
20.15 Hallo – Hotel Sacher . . . Portier!
21.15 Zeit im Bild 2
21.45 Club 2
Anschl. 3SAT-Nachrichten

III.

WEST
18.30 Sesamstraße
19.00 Aktuelle Stunde
20.00 Tagesschau
20.15 Auslandsreporter
Wolf von Lojewski aus Irland
Die Eigensinnigen auf Tory
20.45 Rückblende
Völkermord in Armenien
21.00 Formel Eins
21.45 Schauplatz Eickelborn
Bürger und Psychiatrie
22.15 Deutschlandbilder
Der Reichsgraf
23.00 Auslandsmagazin
Anschl. Letzte Nachrichten

NORD
18.00 Sesamstraße
18.30 SFB-Computer-Club
19.00 Rund ums Zwiebelmuster
Altes Porzellan aus China
19.15 Startschuß
20.00 Tagesschau
20.15 Autor-Scooter
Live mit Zukunftsforscher Robert Jungk
21.15 Der Verdammte der Inseln
Italienischer Fernsehfilm
22.10 Ich und Du
Ist Trennung eine Lösung
23.10 Wunderbar glänzt das weite Wasser . . .
0.55 Nachrichten

HESSEN
18.00 Sesamstraße
18.30 Autos, die Geschichte machten
18.45 Fahr doch selbst mal hin
19.05 Formel Eins
20.00 Frühstück im Grünen
Französischer Spielfilm (1959)
21.30 Drei aktuell
21.45 Kultur – aktuell in Hessen
22.30 Vor vierzig Jahren
Die Schlacht um Berlin

SÜDWEST
19.25 Nachrichten
19.30 Die Sprechstunde
Nur für Baden-Württemberg:
20.15 Kinokalender
20.45 Bericht aus Stuttgart
Nur für Rheinland-Pfalz:
20.15 Fragezeichen
Nur für das Saarland:
20.15 Magazin Saar 3
Gemeinschaftsprogramm:
21.15 Der Staranwalt von Manhattan
Amerikanischer Spielfilm (1933)
22.35 Avec plaisir
23.05 Nachrichten

BAYERN
18.45 Rundschau
19.00 Flash Gordon
Der Kampf mit dem Feuerdrachen
19.20 Klauen wir gleich die ganze Bank
Amerikanischer Spielfilm (1973)
20.40 Z. E. N.
20.45 Die Sprechstunde
21.30 Rundschau
21.45 Werkbesuch – bei der Wiederaufarbeitung
22.30 Im Gespräch
23.15 Rundschau

Argentinien vor schwerer Belastungsprobe

● Fortsetzung von Seite 1

te, lag der Kurs des US-Dollars auf dem sogenannten Parallel-Markt (im Klartext: Schwarzmarkt) bei etwa 25 Pesos. Zur Zeit muß man für den Kauf eines US-Dollars gut 520 Pesos aufbringen. Dies ist nicht nur für Export- und Importhandel von Bedeutung, sondern auch für den Durchschnittsargentinier, da sich der Dollar als eine zweite Landeswährung fest etabliert hat. Größere Geschäfte oder Immobilienkäufe werden beispielsweise in den Zeitungen fast ausnahmslos auf Dollar-Basis inseriert.

Kritik an dem Prozeß kommt sowohl von militärischer als auch von ziviler Seite. Der frühere, von Alfonsín berufene und im Juli 1984 zurückgetretene Generalstabschef Jorge Arguindegui bezeichnet das Verfahren als „auf den Kopf gestellten Nürnberger Prozeß". Damals seien die Verlierer wegen Kriegsverbrechen abgeurteilt worden. Heute würden die Sieger im „schmutzigen Krieg" gegen die Guerrilla – die tatsächlich keine Bedeutung mehr in Argentinien hat – vor Gericht gestellt. Man müsse aber fragen, ob sich jemand schuldig mache, der durch seine Handlungen schlimmeres Übel verhindere, wie es das Militär im Kampf gegen die Subversion getan habe. Zu den zivilen Kritikern gehört neben anderen der geachtete Wirtschaftsexperte Alvaro Alsogaray und indirekt auch der frühere „radikale" (UCR) Präsident Arturo Frondizi. In einem Interview machte Alsogaray darauf aufmerksam, daß so mancher der angeblichen „Verschwundenen" noch lebe. In Buenos Aires ist zu hören, daß sich eine Reihe solcher angeblicher „desaparecidos" (Verschwundenen) im brasilianischen Sao Paulo und auch in Paris aufhielten. Der ehemalige Präsident Frondizi (1958 bis 1962) warnte davor, die Streitkräfte zu isolieren.

Der konservative spanische Politiker Iribarne hat bei einem Besuch in Buenos Aires auf das Beispiel seines Landes verwiesen: Nach Francos Tod „waren sich alle führenden Politiker einig, daß in die Zukunft geblickt werden muß und nicht zurück in die Vergangenheit."

Bonn hat keine Bedenken gegen „Anrechnung" bei Hinterbliebenenrente

Blüms Entwurf wird im Ausschuß für Arbeit und Sozialordnung zur Diskussion gestellt

PETER JENTSCH, Bonn

Die Bundesregierung hält das von Bundesarbeitsminister Norbert Blüm vorgelegte Modell einer Hinterbliebenenrente mit Freibetrag für verfassungsgemäß. Das kommt in ihrer zwischen den beteiligten Ressorts erarbeiteten Stellungnahme zu verschiedenen verfassungsrechtlichen Einwänden zum Ausdruck, die der WELT vorliegt. Die Stellungnahme wird morgen im Hearing des Ausschusses für Arbeit und Sozialordnung erörtert.

Nach Blüms Gesetzentwurf soll der überlebende Ehegatte neben seiner eigenen ungeschmälerten Rente eine Hinterbliebenenrente in Höhe von 60 Prozent der Rente des Verstorbenen erhalten. Auf diese Hinterbliebenenrente soll eigenes Erwerbs- oder Erwerbsersatzeinkommen über einen Freibetrag von 900 Mark zu 40 Prozent angerechnet werden.

Eingriff in Kernbereiche?

Gegen diese Berücksichtigung von Einkommen wurden verfassungsrechtliche Bedenken erhoben. Etwa mit dem Argument, die Einkommensberücksichtigung greife in den Kernbereich des Rentenrechts ein, weil Versicherte ihren Anspruch auf Hinterbliebenenrente umso mehr schmälerten, je mehr sie durch eigene Beiträge zur Finanzierung der Hinterbliebenenrente beigetragen hätten. Zudem sei die Einkommensberücksichtigung systemfremd.

Nach Auffassung der Bundesregierung beachtet diese Argumentation nicht die Unterschiede zwischen Versicherten- und Hinterbliebenenrenten. „Versichertenrenten," so heißt es in der 15seitigen Stellungnahme, „ersetzen den Lohn, Hinterbliebenenrenten den Unterhalt." Für die Versichertenrenten seien also die entrichteten Beiträge entscheidend (einkommensabhängig), „für die „Unterhaltsersatzleistung Hinterbliebenenrente nicht nur die vom Verstorbenen entrichteten Beiträge", sondern zusätzlich komme es darauf an, „ob und in welcher Höhe der hinterbliebene Ehegatte von dem verstorbenen unterhalten wurde".

Das Modell der Hinterbliebenenrente mit Freibetrag erfasse die hier entscheidende Unterhaltssituation normativ durch die Berücksichtigung von auf den konkreten Fall abgestellten Einkommen einmal in jeweils den individuellen Verhältnissen entsprechender Höhe. Zum anderen werde durch pauschale Abschläge oder durch den einheitlich hohen Freibetrag eine Typisierung vorgenommen.

Durch die Einkommensberücksichtigung kann es dazu kommen, daß eine Hinterbliebenenrente unter Umständen vollständig ruht. Die Stellungnahme weist darauf hin, daß aber „der Anspruch nicht entzogen wird" und „die Rentenzahlung wieder einsetzt, wenn das zu berücksichtigende Einkommen – etwa das Arbeitsentgelt – sich mindert oder gar fortfällt".

Gegen diese Konsequenz des Ruhens der Rente spricht nach Auffassung der Regierung auch nicht das Gebot des Vertrauensschutzes. Immerhin habe das Bundesverfassungsgericht bereits vor zehn Jahren die Neuordnung angekündigt; die folgende öffentliche Diskussion habe das Vertrauen auf den Fortbestand der geltenden günstigen Regelung für Witwen ausgeschlossen.

„Vertrauensschutz"

Weiter heißt es: „Dem Vertrauensschutz tragen ferner die Übergangsregelungen hinreichend Rechnung. Sie bewirken, daß in allen Fällen, in denen der Tod des Versicherten vor dem 1. Januar 1996 eintritt, im ersten Jahr die Hinterbliebenenrente ungekürzt gezahlt wird und die neue Regelung dann stufenweise angewandt und erst vom fünften Jahr nach dem Tod des Versicherten an voll wirksam wird. Das bedeutet zugleich, daß das Gesetz erst vom 1. Januar 2000 an uneingeschränkt gilt."

Gegen Blüms Gesetzentwurf wurde weiter eingewandt, die Hinterbliebenenrente mit Freibetrag benachteilige die Bezieher niedriger Hinterbliebenenrenten. Die Bundesregierung nennt dieses Argument „falsch". Begründung: Männer, die ihren Frauen nur niedrige Witwenrenten hinterlassen, hätten auch zu Lebzeiten zum Unterhalt der Familie verhältnismäßig wenig beigetragen, so daß diese Frauen bereits zu Lebzeiten des Mannes zusätzlich selbst Geld verdienen mußten. Die Stellungnahme nennt Beispiele, nach denen diese Frauen als Witwen – wenn man ihre Hinterbliebenenrente mit den Einkünften beider Ehegatten vor dem Tod des Mannes vergleicht – „erheblich besser abgesichert sind als Frauen mit einer höheren Witwenrente":

Bewegungsspielraum

– Bei einer Rente des Mannes von 400 Mark und einem Erwerbseinkommen der Frau von 1000 Mark (netto) lebte das Ehepaar von 1400 Mark. Nach dem Tode des Mannes erhält die Witwe nach neuem Recht 1200 Mark, also 85,7 Prozent der früheren Gesamteinkünfte.

– Lag die Rente des Mannes bei 2000 Mark und das Einkommen der Frau wieder bei 1000 Mark, so lebten die Eheleute von 3000 Mark. Die Witwe erhält nach dem Tod des Mannes 2100 Mark, also nur 72 Prozent der früheren Gesamteinkünfte.

Verfassungsrechtliche Einwände (Gleichheitssatz, Artikel 3 Grundgesetz) wurden auch erhoben gegen die Auswahl der zu berücksichtigenden Einkommen. Die Regierung beruft sich darauf, daß der Gesetzgeber hier nicht „willkürlich", sondern nur „sachlich" entscheiden dürfe.

So kenne die Rentenversicherung grundsätzlich keine Berücksichtigung aus Kapitaleinkünften, Miet- oder Pachtzinsen. Auch die betriebliche Altersversorgung dürfe nicht berücksichtigt werden, da der Gesetzgeber sonst die Absicht des „im Alter zusätzlichen finanziellen Bewegungsspielraumes vereiteln" würde. Die Berücksichtigung von Leistungen der berufsständischen Versorgungseinrichtungen und der Beamtenpensionen entspreche hingegen dem Gleichheitsgrundsatz des Grundgesetzes. Denn diese Leistungen ersetzten wegfallendes Erwerbseinkommen.

Glemp und „Solidarität" – ein Sinneswandel?

Kardinal nennt Gewerkschaft „Phänomen der Erneuerung"

DW. Rom/Bonn

Äußerungen des Primas der katholischen Kirche Polens, Kardinal Glemp, auf einer Pressekonferenz im norditalienischen Crema deuten darauf hin, daß der Primas angesichts der innenpolitischen Entwicklung in seinem Heimatland zu einer wieder positiven Bewertung der „Solidarität" zurückfindet. Glemp sprach der heute verbotenen Gewerkschaft seine Hochachtung aus und nannte sie ein „Phänomen der Erneuerung". Sie trage zur „Wiedergeburt des polnischen Volkes" bei.

Diese Beurteilung der „Solidarität" steht in einem Gegensatz zu der Bewertung der unabhängigen Gewerkschaftsbewegung, wie sie beispielsweise während der Brasilien-Reise des Primas im Februar 1984 zum Ausdruck kam. Damals hatte ein Interview Glemps mit der Zeitung „O Estado de São Paolo" Aufsehen erregt, in dem der Kardinal von einer Unterwanderung der „Solidarność" durch trotzkistische Elemente sprach und Arbeiterführer Walesa als einen schlechten Politiker bezeichnete, der sich habe manipulieren lassen. Die „Solidarität", so der Primas in dem Interview weiter, sei tot, und die Beziehungen zwischen Staat und Kirche gestalteten sich positiv. Glemps Worte wurden durch westliche Radiosender verbreitet, sie lösten in Polen Bestürzung aus. Später suchte sich Glemp mit der Erklärung zu korrigieren, das Interview sei von ihm nicht autorisiert worden.

Auf seiner Brasilien-Reise hatte der Kardinal außerdem gesagt, die Unterstützung der Kirche für die unabhängige Gewerkschaft habe nur gegolten, solange die Tätigkeit der „Solidarität" mit der kirchlichen Sozialdoktrin übereinstimmte. Jetzt, da die „Solidarität" offiziell nicht mehr bestehe, sei die Kirche gegen deren Wirken aus dem Untergrund.

Wenn der Kardinal jetzt sagt, die „Solidarität"-Bewegung trage zur „Wiedergeburt des polnischen Volkes" bei, so kann dies als öffentliche Distanzierung von der vom Warschauer Regime geförderten Organisation für „eine polnische Wiedergeburt" (PRON) ausgelegt werden. Mit dieser Gruppierung bemüht sich die KP-Führung, allerdings ohne nennenswerten Erfolg, reformerische Ideen auf ihre Propagandamühlen zu lenken.

Der auffällige Sinneswandel des polnischen Primas könnte zum einen auf das faktische Ende der Dialogpolitik in Polen zurückzuführen sein, aber auch auf die Gespräche Glemps mit Papst Johannes Paul II. zurückgehen, der den bisherigen kirchenpolitischen Kurs des Primas mit Skepsis verfolgte. Der Papst machte nie ein Hehl aus seiner Bewertung der Arbeit von „Solidarność". Er ermutigte stets Walesa und auch den 1984 ermordeten Pater Popieluszko, der die Ideale der unabhängigen Gewerkschaftsbewegung auch in seinen Predigten zum Ausdruck kommen ließ.

Walesa will bei den Maifeiern in Danzig eine Demonstration der „Solidarität" anführen. Er verband die Bekanntgabe seiner Absicht aber mit der Vermutung, daß ihn die Behörden zwingen könnten, der Veranstaltung fernzubleiben. Am 1. Mai 1984 war es Walesa trotz starken Polizeiaufgebots gelungen, innerhalb des offiziellen Marschzugs an der Spitze einer kleinen Gruppe von Anhängern zu demonstrieren. Vor der Ehrentribüne erhoben die Walesa-Anhänger die Hände zum Siegeszeichen. Die „Solidarität"-Marschierer wurden erst später von der Polizei abgedrängt.

Walesas geistlicher Ratgeber, Prälat Jankowski, berichtete, daß er am Freitag vergangener Woche von einem Polizeibeamten in Zivil mit dem Tod bedroht worden sei. Der Name Jankowski steht auf der Liste von Priestern, die vom Regime als „Extremisten" eingestuft und verfolgt werden.

Die amtliche Nachrichtenagentur PAP warf der Kirche vor, das Osterfest 1985 für „politische Zwecke" mißbraucht zu haben. Die österlichen Traditionen seien dazu genutzt worden, die These zu verbreiten, daß Polen nach seiner Befreiung von der NS-Herrschaft im Jahre 1945 unter das Joch der sowjetischen Besatzung gefallen sei.

USA halten den Sandinisten Propaganda vor

dpa/AFP, Washington

Das Weiße Haus hat das Angebot des nicaraguanischen Präsidenten Ortega, einen Waffenstillstand mit den „Contras" zu schließen, falls die USA ihre Unterstützung für die Widerstandskämpfer einstellten, als „Propaganda-Initiative" zurückgewiesen.

In dem Vorschlag werde die Möglichkeit eines Dialogs mit der Opposition nicht erwähnt, der für die „nationale Aussöhnung" wesentlich sei, erklärte Kathleen Lang, Sprecherin des Außenministeriums. Außerdem seien die Ausnahmebestimmungen, die unter anderem die Pressezensur festlegten, für weitere sechs Monate verlängert worden. Ortega habe, so ein Sprecher des Weißen Hauses, mit seinem Vorschlag vor allem die heutigen Abstimmungen im Kongreß über die Fortführung der US-Hilfe für die „Contras" beeinflussen wollen.

Unklarheit über PLO-Kommando

AFP, Beirut

Unklarheit herrschte gestern darüber, ob es zwei PLO-Kommandos in der Nacht zum Sonntag gelungen ist, südlich von Tel Aviv an Land zu gehen. Ein angeblicher Sprecher des „Oberkommandos der Palästinensischen Streitkräfte" gab bei einem Anruf bei einer ausländischen Nachrichtenagentur in Beirut an, die Kommandos seien gelandet und hätten den Auftrag, israelische Ziele in Tel Aviv anzugreifen.

Zuvor war in Jerusalem in einem Militär-Kommuniqué bekanntgegeben worden, vor der israelischen Küste sei ein Schiff versenkt worden, auf dem sich 28 „Terroristen" befunden hätten. Acht Personen seien festgenommen worden, die übrigen wahrscheinlich ertrunken. Die Festgenommenen hätten ausgesagt, daß drei sechs- bis siebenköpfige Kommandos an verschiedenen Stellen der Küste an Land gehen sollten.

Genscher für engere Rüstungskooperation

Co. Bonn

Bundesaußenminister Genscher hat gestern zur Eröffnung der WEU-Ministerratstagung in Bonn „energische neue Anstöße" für eine engere Rüstungskooperation zwischen den europäischen Bündnispartnern gefordert. Dies sei Voraussetzung für eine ausgewogene Rüstungskooperation mit den USA. „Nur vereint können die Europäer in der Entwicklung der Waffentechnologie mit den USA in eine fruchtbare Konkurrenz eintreten. Nur wenn wir unsere Kräfte wirksam bündeln, kann die von uns gewünschte Zweibahnstraße im Rüstungsbereich Wirklichkeit werden", sagte Genscher, der die WEU-Beratungen leitet.

Die Außen- und Verteidigungsminister Frankreichs, Großbritanniens, Italiens, Belgiens, Hollands, Luxemburgs und der Bundesrepublik Deutschland, die sich seit 1984 um eine Stärkung der WEU bemühen, wollen Ost-West-Probleme sowie Fragen der Verteidigungs- und Rüstungspolitik erörtern. Dabei wird die geplante amerikanische Weltraumverteidigung (SDI) eine wichtige Rolle spielen.

„DDR" verhindert Einreise nach Prag

dpa, Ost-Berlin

Die „DDR"-Grenzbehörden haben sieben in unabhängigen Friedensgruppen engagierte Ost-Berliner nach Angaben informierter Kreise am Wochenende an der Fahrt nach Prag gehindert.

Vier Männer und drei Mitglieder der Gruppe „Frauen für den Frieden" seien in der Nacht zum Samstag an der Grenze aus dem Zug geholt und zurückgeschickt worden. Zur Begründung sei lediglich erklärt worden, die Betroffenen könnten die „DDR" zur Zeit nicht verlassen.

Dem Vernehmen nach hat es seit einiger Zeit wiederholt Fälle gegeben, in denen jüngere „DDR"-Bewohner, die in die Tschechoslowakei fahren wollten, an der Grenze zurückgewiesen wurden.

NS-Prozeß steht vor Beweisnot

dpa, Bonn

Nur eine Stunde dauerte gestern der erste Verhandlungstag in einem der letzten großen NS-Prozesse vor der Schwurgerichtskammer des Bonner Landgerichts. Nachdem die Anklageschrift verlesen war, vertagte sich das Gericht auf morgen. Von ursprünglich vier Beschuldigten saß nur noch einer auf der Anklagebank: der frühere SS-Hauptsturmführer Modest Graf Korff (76) aus Königswinter bei Bonn, der der Beihilfe zum Mord an 185 französischen Juden beschuldigt wird. In dem Prozeß kündigen sich jetzt schon Schwierigkeiten bei der Beweisaufnahme an. Das Gericht ließ durchblicken, daß einige Zeugen wegen altersbedingter Beschwerden möglicherweise nicht verhandlungsfähig sind.

Israel räumt Südlibanon

„Dritte Phase" des Rückzugs soll Präsenz beenden

hav/AFP, Jerusalem

Israel will den Rückzug aller Truppen aus Südlibanon beschleunigen und möglicherweise noch vor dem 1. Juni das Land verlassen. Aus Sicherheitsgründen wollte sich das Kabinett jedoch nicht auf einen Termin festlegen. Diesen Beschluß hat das israelische Kabinett nach einer stürmischen Debatte in Jerusalem gefaßt. Gegen diesen Kabinettsbeschluß stimmten Ariel Sharon, der Initiator des Einmarsches in Libanon, sein Nachfolger als Verteidigungsminister, Moshe Arens, und Ezer Weizman.

Mit dieser Entscheidung leitete das Kabinett die dritte und letzte Phase des Truppenabzugs ein, in der rund 2000 Quadratkilometer geräumt werden sollen. In zwei Etappen hatten die israelischen Truppen bereits 700 Quadratkilometer freigegeben und den größten Teil der militärischen Installationen abgebaut. Mit dem Abschluß der dritten Etappe Anfang Juni könnte damit die israelische Besetzung Südlibanons wenige Tage vor dem dritten Jahrestag ihres Einmarsches beendet werden.

Verteidigungsminister Yitzhak Rabin erklärte, daß die Israelis so schnell wie möglich „aus diesem Sumpf" heraus möchten. Technische Schwierigkeiten bei der Demontage oder Sprengung der israelischen Befestigungsanlagen unter ständiger Bedrohung durch schiitische Freischärler aus dem Hinterhalt könnten die Räumung jedoch verzögern. Im bergigen Ostsektor, der jetzt geräumt werden soll, erweist sich dieses Vorhaben viel schwieriger als im verhältnismäßig flacheren Westsektor.

Unklar bleibt, wie sich die Lage in Südlibanon nach dem Abzug der israelischen Truppen entwickeln wird. Rabin betonte, daß der im Regierungsbeschluß vorgesehene „Sicherheitsgürtel" auf der libanesischen Seite entlang der Grenze durch die „südlibanesische Armee", die von General Antoine Lachad geführt und von Israel versorgt und ausgerüstet wird, sowie durch örtliche Milizen kontrolliert werden würde. Außerdem sei sein Land bemüht, örtliche Bataillone aus den verschiedenen Bevölkerungsgruppen in Südlibanon aufzustellen. Die Verläßlichkeit dieser Bataillone wird in Jerusalem jedoch nicht sehr hoch eingeschätzt. Sie stellt nach Angaben israelischer Militärs keine einheitliche Truppe dar, die im Bedarfsfall von einem Sektor in den anderen befehligt werden könne. Sie hat vielmehr den Charakter einer „Bürgerwehr". Ihre Soldaten sind jeweils in ihren eigenen Dörfern stationiert, damit sie zur Verteidigung „ihres Heimatbodens" besser motiviert sind.

Rabin warnte in diesem Zusammenhang, daß Israel sich das Recht auf Aktionsfreiheit jenseits der Grenze vorbehält, „wann immer eine Jagd oder Strafaktion gegen Terroristen notwendig sein wird". Zwar wolle sein Land „keine physische militärische Präsenz im Sicherheitsgürtel demonstrieren, doch werde Israel von der Grenze aus sein Land verteidigen". Die israelischen Streitkräfte würden in der Region Patrouillen unternehmen, sofern dies für die Sicherheit Israels notwendig sei. „Wenn in dem Sektor keine Ruhe herrscht und die Terroristen zurückkehren, sind die Bewohner des Sektors zuerst betroffen und werden gezwungen, ihre Häuser und Dörfer zu verlassen", warnte der israelische Verteidigungsminister die Bevölkerung in diesem Gebiet. Außenminister Yitzhak Shamir ging sogar noch weiter und erklärte: „Wir wollen nichts anderes als Ruhe an unserer Nordgrenze. Aber wehe, wenn man uns angreift. Dann werden wir keinen Stein auf dem anderen lassen."

Strauß widerspricht Auslegung Rühes

dpa, München

CSU-Chef Franz Josef Strauß hat die CDU aufgefordert, die vom Bundesverfassungsgericht auf eine Klage Bayerns hin 1973 klargestellten Grundsätze zur Deutschland- und Ostpolitik „nicht immer wieder zur Diskussion zu stellen". Der stellvertretende Vorsitzende der Bonner Unions-Fraktion, Volker Rühe (CDU), habe die Ostverträge in ihrer Bindungswirkung falsch ausgelegt, sagte Strauß gestern nach einer Sitzung des CSU-Vorstandes in München.

So habe die Bundesrepublik Deutschland keine gemeinsame Grenze mit Polen. Käme es einmal zu einer gesamtdeutschen demokratischen Regierung, wäre diese durch die Verträge nicht gebunden, meinte Strauß. Diese Grundsätze müßten nicht jeden Tag bekräftigt werden. Die CDU solle aber auch nicht Unruhe in Bereichen schaffen, die sich zur politischen Mitte bekennen.

Moskau an deutschen Importen interessiert

RMB, Moskau

Auf starkes sowjetisches Interesse ist die Deutsche Bank nach Angaben ihres Vorstandssprechers Christians mit ihrer 1984 ins Leben gerufenen Initiative „Agro-Consult" gestoßen. Dabei handle es sich, so Christians nach dem Abschluß seiner Reise durch die UdSSR, um einen ergänzenden Service, der Partner aus der Landwirtschaft und dem Lebensmittelbereich zusammenführen und Hilfestellung bei Großprojekten anbieten soll. Die Sowjetunion habe hier Nachholbedarf, während die Bundesrepublik Deutschland diese Teilbereiche bisher vernachlässigt habe.

Textiles Tief?

adh. – Es wäre vorschnell, aus der etwas langsameren Entwicklung in der Textilindustrie zu Jahresbeginn auf einen Abbruch der im vergangenen Jahr wieder tragfähiger gewordenen Konjunkturentwicklung in der Textilindustrie zu schließen. Seit Herbst 1983 war es in der Branche nach jahrelanger Talfahrt in der Branche wieder stetig aufwärts gegangen, getragen vor allem von guten Exporterfolgen der pfiffigen und zuverlässigen mittelständischen Produzenten, die sich mit diesen Eigenschaften einen respektablen Platz am textilen Weltmarkt erobert haben.

Kräftig begünstigt hat sich dabei im vergangenen Jahr die Entwicklung des Dollarkurses, der freilich auf der anderen Seite Rohstoffe deutlich verteuerte. Auch im Inland gingen, ungeachtet des anhaltenden Importdrucks, die Geschäfte wieder etwas besser. Per Saldo waren die Kapazitäten der deutschen Produzenten mit rund 87 Prozent im vergangenen Jahr wieder recht gut ausgelastet. Die Abschwächung muß also noch nicht beunruhigen, zumal in jüngster Zeit wieder von recht gut fließenden Aufträgen aus den Unternehmen zu hören ist.

Wesentlich mehr Sorge macht derzeit im Textillager, ob es bei der Weiterverhandlung des Welttextilabkommens, das die textilen Handelsströme beeinflußt, gelingt, zu weiterer Marktöffnung auf Gegenseitigkeit zu kommen. Denn sonst könnte das Exportventil angesichts des nur schwachen Anstiegs des Textilverbrauchs in Westeuropa bald erheblich klemmen, schwächt sich die US-Konjunktur und der damit auch für die Textilindustrie verbundene Importsog ab.

Spaßverderber

Py. – Während der Börsenverein des Deutschen Buchhandels in Düsseldorf seine Wunden leckt, soll eine Gemeinschaftsaktion von Handel und Verlagen auf der Königsallee, eine Bouquinistik-Schau unter freiem Himmel, Leseappetit wekken und womöglich Lesehunger stillen. Hintergrund der ungewöhnlichen Aktion: die wirtschaftliche Talfahrt des Bücherkarrens soll mit Bücher- und Lesespaß gebremst werden. Doch die Spaßverderber sind schon da. Die Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen beklagt die „zusätzlichen (Wochenend- und Abend-)Belastungen" der Angestellten durch den „Bücher-Bummel" und fürchtet um das Ladenschlußgesetz. Sicherlich, die Einkommen von angestellten Buchhändlern sehen im Branchenvergleich mickrig aus. Das ist ein Thema. Ein anderes ist, daß ausgerechnet eine Gewerkschaft eine umsatz- und letztendlich einkommensteigernde Aktion zu verteufeln sucht. Und: Gerade Gewerkschaften sollten versuchen, die von ihnen erstrittene Freizeit mit mehr Geist zu erfüllen.

AGRARPOLITIK / Minister Ignaz Kiechle weist Kritik entschieden zurück

„Marktwirtschaft kann die Probleme der EG-Landwirtschaft nicht lösen"

HANS-JÜRGEN MAHNKE, Bonn

Entschieden hat sich Bundeslandwirtschaftsminister Ignaz Kiechle gegen die Auffassung der „Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft" gewandt, die Krise der Europäischen Gemeinschaft lasse sich nur mit mehr Marktwirtschaft lösen. Die Bundesregierung sei vielmehr der Ansicht, daß angesichts der hohen Arbeitslosigkeit und dadurch fehlender außerlandwirtschaftlicher Erwerbsalternativen eine „Politik des agressiven Preisdrucks" zu nicht zu rechtfertigenden sozialen und wirtschaftlichen Härten führen würde.

Der Vorsitzende der Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft, Wolfgang Frickhöffer, hatte im Januar dem Minister ein Memorandum marktwirtschaftlicher Organisationen aus mehreren EG-Ländern übersandt. Darin wurde dargelegt, daß sich ein völliges Desaster in der EG nur vermeiden ließe, wenn sich die nationalen Regierungen und die EG-Organe am Markt als Maßstab orientieren würden. „Marktwirtschaft in der EG ist unerläßlich, wenn Europa im Wettstreit der politisch-ökonomischen Systeme der Welt und im wirtschaftlichen Wettbewerb mit anderen Kontinenten überleben soll", schrieb damals Frickhöffer.

Die EG-Agrarpolitik sei der Sprengsatz der Gemeinschaft. „Sie macht Europa nicht stark, sondern schwach, sie ist integrationsfeindlich und sabotiert die politische Union."

In seiner Stellungnahme weist Ignaz Kiechle darauf hin, daß die Forderungen vom Standpunkt rein wirtschaftlicher Effizienz sicherlich verständlich seien: „Der Politiker muß jedoch neben marktwirtschaftlichen Prinzipien – gerade im Bereich der Landwirtschaft – auch den vielschichtigen sozialen und gesellschaftspolitischen Gegebenheiten in der Landwirtschaft und in den ländlichen Räumen Rechnung tragen."

In der gemeinsamen Agrarpolitik bestünden zahlreiche Probleme nicht, wenn es eine gemeinsame Wirtschafts- und Währungspolitik gegeben hätte. Es sei deshalb falsch, der Agrarpolitik allein die Schuld für Fehlentwicklungen anzulasten. Das Hauptproblem sieht Kiechle in der mangelnden Bereitschaft der Mitgliedsstaaten, auf Souveränitätsrechte zu verzichten.

Kiechle erinnert daran, daß bei Schaffung des gemeinsamen Agrarmarktes die EG noch eine Einfuhrregion mit erheblichem Zuschußbedarf gewesen sei. Wegen der Dynamik des biologisch-technischen Fortschritts und seiner schnellen Umsetzung habe sich dieses grundsätzlich geändert, so daß der ungebremste Produktionszuwachs die Finanzgrundlage der Gemeinschaft gefährde.

„Das System der gemeinsamen Marktordnung ist nicht rechtzeitig an die veränderten Produktions- und Absatzverhältnisse in der Gemeinschaft angepaßt worden", schreibt Kiechle. Jetzt sei die EG aber auf dem Wege, sich auf die veränderte Situation einzustellen, zum Beispiel durch die Garantiemengenregelung bei Milch.

Die von der Aktionsgemeinschaft vorgeschlagene marktwirtschaftliche Ausrichtung der Agrarpolitik, um die überschüssige Produktion einzudämmen, lehnt der Minister entschieden ab: „Eine solche Politik des erbarmungslosen Preisdrucks wäre sozial unerträglich."

Die Einkommensprobleme vieler Betriebe könnten nicht mehr „mit den äußerst beschränkten Möglichkeiten der Preispolitik allein gelöst werden", sondern es seien gezielte flankierende Maßnahmen erforderlich. Es bestehe auch gegenüber der landwirtschaftlichen Bevölkerung eine Verpflichtung, ihr einen angemessenen Anteil an der allgemeinen Wohlstandsentwicklung zu sichern.

Kiechle wendet sich auch dagegen, den Agrarprotektionismus aufzugeben: „Die EG-Landwirtschaft kann nicht konkurrieren mit der extensiven, großbetrieblichen, zum Teil auch klimatisch begünstigten Landbewirtschaftung in den entwickelten Überseeländern mit ihren Möglichkeiten der Kostensenkung." Überdies werde praktisch in allen westlichen Industrieländern ein starker Agrarprotektionismus betrieben.

AUSLANDSVERSCHULDUNG

Otto Wolff beklagt Folgen der Zinspolitik Amerikas

HEINZ HECK, Bonn

DIHT-Präsident Otto Wolff von Amerongen hat an die USA appelliert, alle Anstrengungen zur Zinssenkung zu unternehmen. In einem Vortrag über „Die internationalen Finanzierungsbeziehungen im Dreieck Europa–Nordamerika–Südamerika" erklärte Wolff aus Anlaß des zwanzigjährigen Jubiläums der Deutsch-Guatemaltekischen Handelskammer, die amerikanische Budgetpolitik, die zum Teil Verursacher dieser hohen Zinsen sei, „belastet mehr als alle Länder in der Welt gerade die hochverschuldeten Länder Lateinamerikas".

Dieser Nachteil sei größer als die für diese Länder durch den sogenannten harten Dollar geschaffenen größeren Exportmöglichkeiten in die USA. Zum Teil sei die Industrie der Schwellenländer trotz besserer Wettbewerbsvoraussetzungen nicht in der Lage, die Gunst der Stunde zu nutzen. „Hingegen als Dauerbelastung wirken die hohen Zinsen auf die in Dollar lautenden Schulden", betonte Wolff.

Im übrigen sei es ein „Unding", wenn die stärkste Wirtschaftsmacht der westlichen Welt ständig Kapital von überall an sich ziehe und damit Mitte des Jahres zum Nettoschuldnerland werde, anstatt selbst – wie traditionell seit dem Ersten Weltkrieg – Kapitalexporteur zu sein. Schon eine geringe Zinssenkung bedeute „eine sehr ins Gewicht fallende Entlastung bei der Schuldenbedienung".

Eine solche Politik der Vereinigten Staaten komme nicht nur den Schuldnerländern in Lateinamerika, sondern auch anderen Regionen, nicht zuletzt Europa, zugute.

An Europa appellierte Wolff, „trotz vielfältiger struktureller Probleme seine Märkte für die Produkte der Schuldnerländer offenzuhalten". Einen solchen Beitrag müsse aber nicht nur Europa, sondern die Gesamtheit der Industrieländer leisten, zumal er „ganz wesentlich die Verschuldungskrise lösen hilft. Offene Märkte sind Chancen, Chancen aber sind die eigentlichen Hilfen für die Schuldnerländer, um ... Vertrauen aus eigenen Kräften zu schaffen."

Wolff brach zugleich eine Lanze für den Internationalen Währungsfonds (IWF). Die beachtlichen Sanierungserfolge Mexikos zeigten, „daß der IWF bei aller Härte durchaus realistische Maßstäbe setzt". Auf dem Weg aus der Verschuldungskrise seien in Lateinamerika insgesamt „erste Erfolge unter großen Anstrengungen erreicht" worden. Doch seien sie nicht mehr „als ein gelungener Anfang", der, wie die immer noch steigende Schuldendienstquote zeige, unter großem Vorbehalt stehe. So gesehen wäre also eine Entwarnung mehr als verfrüht: „Sie wäre irreführend." Immerhin seien die bisherigen Erfolge ein Stück Ermutigung, die internationale Kooperation fortzusetzen. Dabei komme dem Finanzdreieck Nord- und Südamerika sowie Europa „Modellcharakter" zu.

Heißer Kaffeemarkt

Von JAN BRECH

Seit Jahren liefern sich die deutschen Kaffeeröster Preiskämpfe um Marktanteile. Gemessen an den Verschiebungen der Marktpositionen haben sich diese Auseinandersetzungen allerdings mehr als Teil einer wenig phantasievollen „Abwehrstrategie" erwiesen. Das feste Gefüge der Anbieter Anbieter blieb im wesentlichen unverändert.

Ein Sturm ganz anderer Art und mit Langzeitwirkung hat sich über dem Markt erst durch die Einführung der neuen „Rösttechnik" und der gleichzeitigen Umstellung auf kleinere Packungsinhalte zusammengebraut. Den Marktführern Jacobs und Tchibo liefen vor Jahresfrist die Kunden weg, maßgebliche Konkurrenten, wie Aldi und Eduscho, die beim „ehrlichen Pfund" geblieben waren, avancierten, wenn auch nur wochenweise, zu den neuen Spitzenreitern.

Nach der Rückkehr zu den alten Packungsgrößen hat sich der Markt zwar wieder etwas beruhigt, doch mit dem von vor der „Röst-Revolution" ist er nur noch schwer vergleichbar. Das gilt einmal für die Anbieterstruktur. Jacobs und Tchibo haben zwar unter enormen finanziellen Opfern ihre drastischen Marktanteilsverluste zum Teil zurückgeholt und mit jeweils gut 20 Prozent die Marktführerschaft wieder übernommen, doch mit Aldi (inzwischen rund 17 Prozent) und Eduscho (etwa 14 Prozent) sind die Gewinner des Kaffeekriegs in ihre Nähe gerückt. Hag/GF und Melitta, die sich in den Trubel der 400-Gramm-Packungen mit hineinreißen ließen, rutschten dagegen auf unter sechs und unter drei Prozent ab. Ihnen droht Gefahr.

Das gilt umso mehr, als die andere Folge des Krieges um die „aufgeblähte Bohne" eine zerrüttete Ertragslage der Röster ist. Die Veränderungen der Marktgewichte bei gleichzeitig geringerem Mengenabsatz haben nämlich aus der „Abwehrstrategie" früherer Jahre eine „Verzweiflungsstrategie" werden lassen. Massiv über den Preis versuchen die Röster, Terrain zurückzugewinnen oder zu behaupten. Zur Zeit wird mit Kaffee nicht sonderlich viel verdient.

Nach den Einbrüchen des Vorjahres wagt jedoch niemand, das Preiskarussell anzudrehen. Jacobs hat erst zu Anfang dieses Jahres die bittere Erfahrung gemacht, daß der Versuch, den Preis seiner Spitzenmarke nachhaltig über die Schwelle von zehn Mark zu bringen, beim Verbraucher auf wenig Verständnis stößt. Die Konsumenten, an Aktionspreise gewohnt, hielten sich an jene Anbieter, die nach wie vor keine Alternative zu der „Verzweiflungsstrategie" über den Preis sehen.

Die Notwendigkeit, auf der einen Seite Absatzvolumen zu verteidigen, andererseits verbesserte Erlöse zu erzielen, wird dafür sorgen, daß auch künftig die Preispolitik eine entscheidende Rolle am Kaffeemarkt spielt. Um auf diesem zwar stagnierenden, vom Volumen her jedoch stattlichen Markt nachhaltige Erfolge zu erzielen, reicht aber offenbar Preisstrategie allein nicht mehr aus. Der Kaffeemarkt hat sich analog zu anderen großen Genußmittelmärkten nach Qualität und Produktgestaltung sowie nach Vertriebswegen gespalten. Auf der einen Seite der Handel, über dessen Theken 60 Prozent des Kaffeeabsatzes in Form überall verfügbarer Massenware geht, auf der anderen Seite die Spezialisten, die Frischprodukte über eigene Filialen oder Depots anbieten. Bei kaum noch wachsendem Gesamtverbrauch wird die Stärke der einzelnen Röster langfristig davon abhängen, inwieweit es gelingt, Sonderentwicklungen in den einzelnen Segmenten auszulösen oder daran zu partizipieren.

„Konzeptangriffe" dieser Art werden zur Zeit vor allem von den Filialisten konzipiert. Da gibt es erste Versuche, etwa die Tchibo-Filiale in Verbrauchermärkten vor oder hinter der Kasse als Klein-Shop zu etablieren oder das Kaffeeangebot mit Fast-Food-Spezialitäten wie Backwaren zu kombinieren, sei es in Form eines neuen Vertriebstyps oder im Verbrauchermarkt.

Der behutsame Versuch, in den von einem mächtigen Konkurrenten bislang dominierten Lebensmittelhandel einzudringen, könnte die Richtung andeuten, auf welchen Feldern und mit welchen Konzepten die künftigen Auseinandersetzungen am Markt stattfinden. Die erstmals erprobte, direkte Konfrontation von frisch geröstetem Kaffee eines Filialisten mit der Ware der Abpacker unter einem Dach ist vielleicht die größere „Revolution" am Markt als die der Kurzzeitröstung.

AUF EIN WORT



„Es ist durchaus nicht so, daß die Welt dann in Ordnung ist und wir für unsere Zukunft genügend tun, wenn viel investiert wird. Das ist eine grobe Vereinfachung. Wichtig für die Zukunft unseres Industriezweiges und damit auch für die Arbeitsplätze sind unsere Erfolge in Forschung und Entwicklung."

Prof. Dr. Rolf Sammet, Vorstandsvorsitzender der Hoechst AG, Frankfurt
FOTO: JUPP DARCHINGER

Neue Preisrunde der Agrarminister

dpa/VWD, Brüssel

Der dritte Anlauf der EG-Landwirtschaftsminister für eine Einigung auf die Agrarpreise für das Wirtschaftsjahr 1985/86 hatte gestern in Brüssel wenig Chancen auf Erfolg. Ein Kompromißpapier des italienischen Ratspräsidenten, Landwirtschaftsminister Filippo Pandolfi, wurde von den meisten Partnern als nicht akzeptabel bezeichnet. Bundesernährungsminister Ignaz Kiechle machte seinen Kollegen nachdrücklich klar, daß er nicht zu Abstrichen bei den Getreidepreisen bereit sei, für die nach dem Kommissionsvorschlag eine Senkung um 3,6 Prozent vorgesehen ist.

DORNIER

Belegschaft plädiert für Daimler-Benz-Beteiligung

WERNER NEITZEL, Stuttgart

In Betriebsversammlungen in München und Friedrichshafen hat die Belegschaft des Luft- und Raumfahrtkonzerns Dornier gestern in einer einstimmig verabschiedeten Resolution noch einmal ihr Votum für einen Einstieg der Daimler-Benz AG bei Dornier und damit für eine baden-württembergische Lösung unterstrichen. Betriebsratsvorsitzender Oscar Pauli erläuterte dazu, daß man gerade in einer Verbindung zu Daimler-Benz vom Programm her eine Vielzahl wichtiger gegenseitiger Ergänzungen in der Produktpalette sehe.

Währenddessen trafen sich im Stuttgarter Staatsministerium zum zweiten Mal innerhalb von acht Tagen auf Einladung von Ministerpräsident Lothar Späth, der sich in diesem Fall als „Moderator" betätigt, Mitglieder der zerstrittenen Familie Dornier mit Vorstandsmitgliedern der Daimler-Benz AG zu Verhandlungen.

Außerdem waren auch Vorstandsmitglieder der Mannesmann AG angereist, um Gespräche zu führen. Die Verhandlungen, die von den interessierten Parteien natürlich getrennt geführt wurden, dauerten bei Redaktionsschluß noch an.

Daran beteiligt war auch der Stuttgarter Anwalt Hans Thümmel, der als Testamentsvollstrecker der verstorbenen Gründerwitwe Anna Dornier 27,8 Prozent der Dornier-Anteile vertritt. Die in zwei Gruppen gespaltenen Mitglieder der Dornier-Familie halten auf der Seite der Erben Justus, Christoph und Ellen Dornier zusammen 38,4 Prozent Anteile, bei Claudius, Silvius und Peter Dornier liegen insgesamt 33,8 Prozent Anteile.

TEXTILINDUSTRIE

Konjunktur schlägt jetzt eine ruhigere Gangart ein

INGE ADHAM, Frankfurt

Eine ruhigere Gangart für die Textilkonjunktur signalisieren die Zahlen über die Entwicklung in den ersten beiden Monaten dieses Jahres, die jetzt von Gesamttextil bekanntgegeben wurden. Danach verlangsamte sich das Zuwachstempo beim Auftragseingang für die Textilindustrie in den ersten beiden Monaten zusammengenommen auf nominal plus ein Prozent gegenüber den beiden ersten Monaten des Vorjahres. Real ist das ein Rückzug um zwei Prozent, wobei allerdings zu berücksichtigen ist, daß die Monate Januar/Februar im Vorjahr besonders „starke" Monate waren.

Während die Inlandsaufträge auch nominal kein Plus mehr brachten, wuchsen die Bestellungen aus dem Ausland nochmals um fünf Prozent. In beiden Fällen war aber die Entwicklung im Februar schwächer als im Januar.

Auch die Produktion hat sich zu Jahresanfang abgeschwächt, nachdem sie im Januar auf Vorjahreshöhe lag, fiel sie im Februar um sieben Prozent (vorläufig) unter den Vorjahresstand, was sich auch in einem weiteren leichten Rückgang der Arbeitsplätze in der Textilindustrie niederschlug. Deutlich stärker als in der Textilindustrie fielen Auftragseingang (minus 4,2 Prozent) und Produktion (minus 12,4 Prozent) in den ersten beiden Monaten im Bekleidungsgewerbe zurück.

Deutlich nach oben zeigen dagegen weiterhin die Zahlen im Außenhandel. In den ersten beiden Monaten expandierte die Ausfuhr von Textilien und Bekleidung um zehn Prozent, die Einfuhr um acht Prozent, wobei ebenfalls der Februar schwächer ausfiel als der Januar.

WIRTSCHAFTS JOURNAL

Steuerrückstände sind weiter angewachsen

Bonn (rtr) – Die Steuerrückstände bei den Besitz- und Verkehrssteuern sind nach Angaben des Finanzministeriums 1984 zum Stichtag 30. November mit vier Prozent oder 650 Mill. DM auf rund 16,9 Mrd. DM weiter gestiegen. Allerdings blieb diese Zunahme, die vor allem aus einem Anstieg der Rückstände bei der Körperschaftssteuer um 468 Mill. DM und bei der Erbschaftssteuer um 323 Mill. DM resultierte, hinter der Steigerung des Vorjahres von 5,9 Prozent zurück. Nach Statistiken des Ministeriums verminderten sich dagegen die Rückstände bei der Lohn-, Umsatz-, Vermögen- und Kraftfahrzeugsteuer. Von den gesamten Rückständen wurden von der Finanzverwaltung 1,5 Mrd. DM gestundet und 6,5 Mrd. DM wegen Rechtsmitteleinlegung der betroffenen Steuerzahler ausgesetzt. Statt eines Solls an Besitz- und Verbrauchssteuern von rund 295 Mrd. DM flossen 1984 nur 274 Mrd. DM in die Kassen des Fiskus.

Höherer Rückgang

Washington (VWD) – Der Auftragseingang in der amerikanischen Industrie ist nach neuen Berechnungen des Handelsministeriums im Februar um 0,9 Prozent zurückgegangen. Zunächst war ein Rückgang von nur 0,2 Prozent angegeben worden. Die neuen offiziellen Daten weisen für Januar einen Anstieg von 0,8 (ursprünglich 0,2) und für Dezember eine Abnahme von 0,7 (0,3) Prozent aus.

Unzureichendes Wachstum

Stuttgart (rtr) – Das seit gut zwei Jahren andauernde gemäßigte Wirtschaftswachstum in der Bundesrepublik wird nach Einschätzung von Ifo-Chef Karl Heinrich Oppenländer über 1985 hinaus anhalten und sich 1986 sogar leicht beschleunigen. Zum Abbau der Arbeitslosigkeit werde das Wachstum aber in diesem Jahrzehnt nicht ausreichend sein, erklärte der Präsident des Münchner Ifo-Instituts für Wirtschaftsforschung auf einer Veranstaltung der Industrie- und Handelskammer Mittlerer Neckar. Nach einem „wahrscheinlichen Szenario" des Ifo dürfte das reale Sozialprodukt 1986 um fast drei Prozent steigen. 1987 sei mit einem etwas schwächeren Wachstum zu rechnen.

Fernwärme teurer

Hannover (dpa/VWD) – Die Fernwärme in der Bundesrepublik ist innerhalb eines Jahres im Durchschnitt um 3,5 Prozent teurer geworden. Das hat der Bundesverband der Energie-Abnehmer, Hannover, in seinem jüngsten Preisvergleich bei 63 Fernwärmeversorgungsunternehmen festgestellt. Beim vorjährigen Vergleich (1. März) war die Teuerungsrate von 3,5 Prozent auf 1,2 Prozent zurückgegangen, teilte der Verband mit. Die Durchschnittspreise schwanken zwischen 58,98 DM und 99,35 DM je Megawattstunde.

Baupreise gestiegen

Wiesbaden (dpa/VWD) – Die Baupreise für Wohngebäude haben sich von Februar 1984 bis Februar 1985 um 1,1 Prozent erhöht. Wie das Statistische Bundesamt am Montag berichtete, sind auch die Baupreise für Bürogebäude um 1,1 Prozent und für gewerbliche Betriebsgebäude um 0,8 Prozent gestiegen. Im Straßenbau habe die Teuerungsrate im gleichen Zeitraum bei 1,6 Prozent gelegen.

Monopol bleibt

Bonn (dpa/VWD) – Die Bundesregierung beabsichtigt nicht, das Branntweinmonopol aufzuheben. Sie wird nach Angaben des Parlamentarischen Staatssekretärs im Bundesernährungsministerium, Georg Gallus, auch keine Änderung an dem bestehenden Stützungssystem für Agraralkohol vornehmen, die den landwirtschaftlichen Belangen nicht Rechnung trägt.

Saarmesse beendet

Saarbrücken (dpa/VWD) – Bei der Internationalen Saarmesse 85, die am Sonntag in Saarbrücken zu Ende ging, meldeten die Aussteller der Konsum- und Gebrauchsgüterbranchen Umsatzsteigerungen von zehn bis 20 Prozent. Nach Angaben der Messeleitung haben 235 000 Besucher (plus 12 000) das Angebot der 856 Aussteller aus 23 Ländern gesehen.

SANYO

Videorecorder aus Nördlingen

dpa/VWD, Nördlingen

Der japanische Elektrokonzern Sanyo hat gestern in Nördlingen unter dem Namen Fisher Industries sein erstes Fertigungswerk für Videorecorder auf dem europäischen Kontinent in Betrieb genommen. Nach Abschluß der geplanten Investitionen von 24 Mill. DM sollen hier ab 1986 jährlich 180 000 Geräte vom Band gehen. Bis dahin wird sich nach Angaben des bayerischen Wirtschaftsministers *Anton Jaumann der Anteil* der hier gefertigten oder von deutschen Zulieferern bezogenen Teile von gegenwärtig 25 auf 45 Prozent erhöhen. Zusammen mit Sanyo-Präsident Iue (Osaka) nahm Jaumann an der Eröffnung teil.

Fisher Industries hat die alten Werksanlagen der Firma Bremshey, die vor einigen Jahren in Konkurs ging, übernommen. Waren dort früher zu Spitzenzeiten 800 Arbeitnehmer beschäftigt, wollen die jetzigen Inhaber 350 Arbeitsplätze auf Dauer schaffen. Unter Hinweis auf noch ungenutztes Betriebsgelände ermunterte der bayerische Wirtschaftsminister die Japaner, auch in andere Produkte zu investieren.

Die in Nördlingen hergestellten Videorecorder *arbeiten nach* dem VHS-System. In seinem Werk in Großbritannien stellt Sanyo Videorecorder nach dem Beta-System her (Jahreskapazität 120 000 Stück). Sanyo erzielte 1982/83 mit weltweit 70 000 *Mitarbeitern einen Umsatz von* 13 Mrd. DM.

Nach einer Übersicht des Wirtschaftsministeriums liegt das jährliche Umsatzvolumen der Unterhaltungselektronik in der Bundesrepublik *bei 15 Mrd. DM.* Davon entfallen auf Videorecorder 25 Prozent.

Renault-Lkw: Noch höherer Verlust

JOACHIM SCHAUFUSS, Paris

Für Renault de Véhicules Industries (RVI), die Nutzfahrzeugtochter der staatlichen französischen Renaultwerke, war für 1984 ein Verlust in der Größenordnung des Vorjahres erwartet worden. Tatsächlich aber ist der von 1947 auf 2988 Mill. Franc gestiegen. Davon entfallen allerdings 749 Mill. Franc auf die Rückstellungen zur Finanzierung des diesjährigen Sozialplans für den weiteren Belegschaftsabbau.

Der Umsatz von RVI erhöhte sich um 8,2 Prozent auf 13,48 Mrd. Franc. Unter Einschluß der Auslandstöchter, insbesondere *der amerikanischen* Mack Trucks erreichte er nicht konsolidiert 33,4 Mrd. Franc. Mack Trucks selbst hatte *einen* Gewinn von 75 Mill. Dollar erzielt.

Bei über 10 Mrd. Franc Schulden hält RVI-Präsident Philippe Gras in den nächsten drei Jahren eine Verstärkung der Eigenmittel um 4 Mrd. Franc für notwendig. Unter dieser Bedingung stünde der Wiederherstellung *einer* „angemessenen Rentabilität" nichts im Wege. Die Frage, ob sich RVI durch die Verminderung seiner *Mack-Trucks-Beteiligung* frische Mittel beschaffen wollte, ließ Gras offen. Umgekehrt sei aber nicht daran gedacht, daß Renault einen Teil seiner RVI-Beteiligung abgibt.

RVI hat gegenwärtig seine Produktionskapazität (ohne Mack Trucks) zu 65 Prozent ausgelastet. In der Nutzfahrzeugklasse über 15 Tonnen steht die Gesellschaft (einschließlich Mack Trucks) weltweit an zweiter Stelle nach Daimler-Benz. Der französische Marktanteil erreichte letztes Jahr 42 Prozent. Nachdem er in den ersten zwei Monaten dieses Jahres auf 37 Prozent zusammengeschrumpft war, *soll das Vorjahresniveau 1985 wieder* erreicht werden.

FRANKREICH / Pariser Börse für stärkere Beteiligung deutscher Firmen offen

Vorteile bei der Kapitalbeschaffung

JOACHIM SCHAUFUSS, Paris

Für die Einführung von französischen Tochtergesellschaften deutscher Unternehmen am Zweitmarkt (Second Marché) der Pariser Börse hat sich die deutsch-französische Handelskammer in Paris ausgesprochen. *Auf diese Weise ließe sich* Eigenkapital kostengünstig beschaffen, ohne daß die darauf zu zahlenden Dividenden irgendeinem Wechselkursrisiko unterlägen. Bisher wurde von dieser Möglichkeit allerdings noch kein Gebrauch gemacht.

Der Zweitmarkt war im Februar 1983 geschaffen worden mit dem Ziel, wirtschaftlich interessante mittelgroße Unternehmen an die Börse heranzuführen, soweit sie die strengen Bedingungen für eine Notierung am amtlichen Markt (Côte officielle) nicht erfüllen oder nicht erfüllen wollen. Gegenwärtig werden am Zweitmarkt 60 Unternehmen notiert. Ihre Börsenkapitalisierung erreicht etwa fünf Prozent des amtlichen Marktes.

Im Unterschied zu dem Londoner „Zweitmarkt" (also Unlisted Securities Market) steht der Pariser nicht nur jungen Firmen offen, sondern allen Unternehmen mit guten Ertragsaussichten. Bisher haben sich hauptsächlich solche Firmen um die Einführung bemüht, die auch die Voraussetzungen für den amtlichen Markt mitgebracht hätten, die aber die Kontrollmöglichkeiten ihrer Aktionäre besser *schützen wollen: Während* am amtlichen Markt mindestens 25 Prozent des Kapitals eingeführt werden müssen, beträgt dieses Limit am Zweitmarkt nur zehn Prozent.

Außerdem sind die Einführungskosten erheblich niedriger. Sie betragen zwischen 300 000 und einer Mill. Franc. Dazu kommen jährliche Ausgaben von bis zu 500 000 Franc für die Notierungskosten, die Unternehmenspublizität und die Liquiditätssicherung. *Auch muß sich die Firma* nach einer dreijährigen Karenzzeit den jährlichen Prüfungen durch einen Wirtschaftsprüfer unterziehen.

Nach den Feststellungen der Kammer *liegen die Kosten aber unter* denen des vergleichbaren Londoner Marktes. Andererseits würde durch die Börsennotierung der Bekanntheitsgrad des Unternehmens erhöht und so seine Stellung gegenüber Behörden, Banken und dem in- und ausländischen Publikum verbessert. *Dies könnte sich insbesondere* bei der Vergabe von Vorzugskrediten günstig auswirken.

Schließlich aber, so schreibt die Kammer, habe die Beteiligung französischer Aktionäre am Wohlergehen einer deutschen Tochtergesellschaft auch „politische" Vorteile. Gemeint ist damit, daß das Unternehmen als quasi-französisch betrachtet wird und so etwa von protektionistischen Aktionen verschont bleiben könnte.

BUCHHANDEL / PR-Maßnahmen sollen Umsatz steigern

1984 enttäuschendes Geschäft

HARALD POSNY, Düsseldorf

Die Sorge um den sinkenden Bücherabsatz macht den Handel erfinderisch: Um das Bücherlesen „als Freizeitbeschäftigung attraktiv zu machen", hat der Börsenverein des Deutschen Buchhandels ein „Buch-*Journal" geschaffen, das, in Millio*nenauflage, bunt und auf Glanzpapier gedruckt, zweimonatlich erscheint und als „Kundenzeitschrift" kostenlos verteilt wird.

Dem Abbau der immer noch vorhandenen Schwellenangst vieler potentieller Kunden soll eine Aktion dienen, die vier Tage lang die Königsallee in Düsseldorf, wo derzeit die „Buchhändlertage" stattfinden, vom Mittag bis zum Dunkelwerden in eine Bouquinistik-Schau mit Verkauf verwandelt.

Und Umsätze haben die Buchhändler bitter nötig: Peter Czerwonka, Sprecher des Börsenvereins, bezeichnete das Büchergeschäft 1984, der Umsatz stieg nur um 2,6 nach fünf *(preisbereinigt null) Prozent auf 8,84* Mrd. DM, als enttäuschend. Nicht einmal auf das Weihnachtsgeschäft, in früheren Jahren stets eine Stütze, sei noch Verlaß: es habe „regelrechte Umsatzeinbrüche" gegeben.

Den Hauptgrund für die Käuferzurückhaltung sieht der Börsenverein vor allem im wachsenden Trend zur „buchlosen Freizeitgestaltung", der zunehmender Vereinnahmung der Menschen durch elektronische Medien und in Etatstreichungen bei öffentlichen Bibliotheken. Ähnlich enttäuschend sei mit einem Umsatzplus von drei Prozent auch das Buchverlagsgeschäft gewesen.

Marcard Bank verbessert Ergebnis

JAN BRECH, Hamburg

Von der Zusammenarbeit mit dem dichten Filialnetz der Banque-Indosuez-Gruppe vor allem im Nahen, Mittleren und Fernen Osten hat das Hamburger Bankhaus Marcard & Co. auch 1984 profitiert. Zu der traditionellen Privat- und Firmenkundschaft seien weitere international tätige Industrie-Adressen besonders aus dem überregionalen Bereich hinzugekommen, erklärt der persönlich haftende Gesellschafter Dieter Witt, zugleich Sprecher der Geschäftsführung. Die Banque Indosuez ist seit Ende 1982 zu fast 94 Prozent am Eigenkapital der Bank von 50.4 Mill. DM beteiligt.

Das Wachstum schlägt sich in einer Ausweitung der Bilanzsumme um 35.7 Prozent auf 754 Mill. DM und des Geschäftsvolumens um 36,2 Prozent auf 1,1 Mrd. DM nieder. Getragen wurde die Expansion vom Kreditgeschäft, dessen Volumen sich einschließlich Avale und Akkreditive um 142 auf 735 Mill. DM erhöhte. Der Zinsüberschuß stieg trotz von 2,19 auf knapp unter zwei Prozent verminderter Marge um 37,4 Prozent und überdeckte nach Angaben von Witt den Verwaltungsaufwand „nicht unerheblich". Der Ertrag aus dem zinsabhängigen Geschäft entsprach 63 (58) Prozent des ordentlichen Ergebnisses. *Die* Verbesserung des Betriebsergebnisses gibt Witt mit 26 Prozent an. An die Gesellschafter sei eine angemessene Ausschüttung erfolgt.

Veränderungen hat es im Beteiligungskreis der Bank gegeben. Der Rückgang dieser Position in der Bilanz um 7,7 Mill. DM steht in Zusammenhang mit dem Verkauf einer 60-Prozent-Beteiligung an dem Hamburger Bankhaus Fischer & Co. Diese Beteiligung ist an den Constanze Verlag John Jahr GmbH & Co. verkauft worden. Marcard habe sich von dieser „guten" Beteiligung getrennt, um sich auf das rein kommerzielle Bankgeschäft konzentrieren zu können.

DUEWAG / Rettungsanker in den Exporten gesucht

Sorgenreicher Waggonbau

J. GEHLHOFF, Düsseldorf

Vor allem wegen der weiterhin stark eingeschränkten Bundesbahn-Aufträge habe sich die Lage der Krefelder Duewag AG auch *1983/84* (30. 9.) nicht gebessert. Im gleichen Atemzug mit dem konstanten Dividendenvorschlag von 4 DM (Hauptversammlung am 21. Mai) hebt der Vorstand der, mit 80 Prozent von 17,8 Mill. DM Aktienkapital, der Aachener Waggonfabrik Talbot gehörenden Firma diese für deutsche Waggonbauer branchentypische Sorge hervor. Er weiß da auch keine andere Lösung als „*höchste* Aufmerksamkeit" für die Bearbeitung von Auslandsmärkten, um den erwarteten weiteren Rückgang *im Inland* wenigstens halbwegs zu kompensieren.

Im Berichtsjahr erzielte die Duewag mit jahresdurchschnittlich 2351 (2463) Beschäftigten noch 318 (330) Mill. DM Umsatz, der zu 51 (53) Prozent aus Exporten stammte. Der magere und fast komplett ausgeschüttete *Jahresüberschuß von 1,5 (1,4) Mill.* DM wurde praktisch nur aus einem auf 2,4 (1,4) Mill. DM verbesserten Zinsertragsaldo gespeist. Bei weiterhin sehr vorsichtig dosierten Sachinvestitionen von 4,4 (4,9) Mill. DM gegenüber 6,1 (6,3) Mill. DM Abschreibungen blieben die unveränderten Eigenmittel von 36 Mill. DM größer als das gesamte Anlagevermögen von 31,4 (33,1) Mill. DM.

Halbwegs passabel blieb der (umsatzstärkste) Bereich „Kommunale Nahverkehrsfahrzeuge". Zur insgesamt *angespannten Ertragslage stellt* der Vorstand fest, daß der Preiswettbewerb in der Waggonindustrie härter werde.

FRANKREICH / Töchter der verstaatlichten Unternehmen dürfen an die Börse

Indirekte Privatisierung eingeleitet

JOACHIM SCHAUFUSS, Paris

Die französische Regierung will verschiedenen staatlichen Industrie*unternehmen erlauben, das Kapital* ihrer Tochtergesellschaften in begrenztem Umfang an der Börse einzuführen. *Den Auftakt zu dieser indi*rekten Privatisierungsaktion soll der staatliche Flugzeug- und Raketenmotorproduzent SNECMA machen. Wie in Pariser Finanzkreisen verlautet, werden Ende Mai 15 Prozent der Aktien seiner hundertprozentigen Filiale SEP (Société Européenne de Propulseon) dem privaten Publikum angeboten.

Als zweites Unternehmen steht die Gesellschaft Saint Gobain Emballage, die auf die Herstellung von Verpackungsmaterial spezialisierte Tochter des von den Sozialisten verstaatlichten Mischkonzerns Saint Gobain, auf der Liste, berichtet das Wirtschaftsmagazin „Express". Bei der für Juni vorgesehenen Börseneinführung würde es ebenfalls um 15 Prozent des Kapitals gehen. Die Muttergesellschaft könnte sich auf diese Weise 150 Mill. Franc frische Mittel beschaffen.

Die Verwaltungen der beiden Konzerne hatten schon vor längerer Zeit entsprechende Anträge gestellt. Diese waren aber von der Regierung immer wieder auf die lange Bank geschoben worden. *Dagegen genehmig*te sie kürzlich das Thomson-Projekt der Emission einer Wandelanleihe von drei Mrd. Franc ihrer 50,4prozentigen Tochtergesellschaft Thomson-CSF. Da die Mutter, Thomson-SA, in dieser Höhe die Obligationen und damit auch die späteren Aktien zeichnet, ändert sich aber an ihrer CSF-Beteiligung nichts.

Die zwei neuen Projekte widersprechen zwar nicht den französischen Verstaatlichungsgesetzen, denn an der Verstaatlichung der Mütter soll nicht gerüttelt werden. Aber ihre Verwirklichung bedeutet doch deren liberalere Handhabung. Daß die Regierung dazu entschlossen ist, hatte schon Industrie- und Außenhandelsministerin Edith Cresson angedeutet. *Nunmehr erklärte der radi*kalsozialistische Minister für den Handel und das Gewerbe, Michel Crepeau, ausdrücklich, daß er gegen eine „progressive Denationalisierung" nichts einzuwenden hätte.

Hiergegen protestierte allerdings sofort der Generalsekretär der Sozialistischen Partei, Lionel Jospin: Es komme überhaupt nicht in Frage, einigen Privilegierten Kapital der Nation abzutreten. Man könne nicht die Verluste sozialisieren und die Gewinne privatisieren.

WESTLB INTERNATIONAL / Vom Ergebnis „wesentliche Teile" für die Risikovorsorge

Schwerpunkt weiter bei den Krediten

HARALD POSNY, Düsseldorf

Die WestLB International S. A., Luxembourg, hat 1984 bei kaum verändertem Geschäftsvolumen das Betriebsergebnis des Vorjahres nahezu wieder erreicht. Dabei wurden angesichts der unverändert vorhandenen Risiken im internationalen Kreditgeschäft die bilanziellen Vorsorgemaß*nahmen* weiter verstärkt. Dafür wurden „wesentliche Teile des Ergebnisses" eingesetzt, heißt es im Geschäftsbericht der Tochtergesellschaft der Westdeutschen Landesbank.

Insgesamt wurden den Rückstellungen und Wertberichtigungen 124 (117) *Mill. DM* zugeführt, die sich damit auf 405 Mill. DM erhöhten. Der verbleibende Gewinn des Geschäftsjahres von 12,6 (12,7) Mill. DM floß den Rücklagen zu. Die ausgewiesenen haftenden Eigenmittel der Bank stiegen auf 350 (317) Mill. DM.

Das Kreditgeschäft zeigte 1984 ein nur verhaltenes Neugeschäft. Dies wird nicht zuletzt mit der konsequent weiter verfolgten Politik von Bonität und Kontinuität der Engagements begründet. Daher seien auch – wechselkursbedingt – die Kreditinanspruchnahmen rückläufig. Dennoch bildete der Kreditsektor mit einem Anteil von 8,4 Mrd. DM am Geschäftsvolumen von 12,1 (11,6) Mrd. DM unverändert den Schwerpunkt des Aktivgeschäfts. Die zugunsten deutscher WestLB- und Sparkassenkunden herausgelegten Euro-Kredite haben ihre Position verstärkt. Im internationalen Konsortialkreditgeschäft beteiligte sich die Bank vornehmlich an der Finanzierung von deutschen Exporten.

Geldhandel und Refinanzierung haben sich vor dem Hintergrund relativ ruhiger Zinsentwicklungen auf dem Euromarkt im Interbankenmarkt gefestigt. Das Passivgeschäft wurde weitgehend von Bankengeldern (9,2 nach 9,4 Mrd. DM) getragen. Die Einlagen von Firmen- und Privatkunden wuchsen um 14 Prozent auf 723 Mill. DM.

*Das Institut hat 1984 sein Wertpa*pier- und Schuldscheinportefeuille um 230 Mill. auf 1,27 Mrd. DM aufgestockt. Dabei hat es seine Handelsaktivitäten in diesem Bereich ebenso wie im Interbanken-Geldmarkt ausgebaut. Das Portefeuille enthält ausschließlich Titel „erstklassiger Emittenten" mit überwiegend kurz- und mittelfristigen Laufzeiten. Die Schachtelbeteiligung an der Banque Nordeurope *ist im letzten Jahr* verkauft und die Holding Sogepar S. Z. aufgelöst worden. Der auf 7,7 (19,5) Mill. DM geschrumpfte Beteiligungsposten enthält weitgehend nur noch die Kreditbank S. A. Luxembourgeoise.



WELT-Korrespondenten berichten aus Hannover



Die Wellen des Erfolgs, auf denen die Hannover-Messe '85 schwimmt, schlagen weiter hoch. Wer gemeint hatte, nach den Strapazen des Wochenendes würden sich erste Ermüdungserscheinungen bemerkbar machen, sieht sich getäuscht. Auch in der zweiten Messehälfte hält der Besucheransturm an; die Erfolgsmeldungen von der Verkaufsfront mehren sich. Vor allem in den Cebit-Hallen werden die Auftragsbücher kaum noch zugeschlagen. Andere Ausstellergruppen aus dem Investitionsgüterbereich sind nicht minder zufrieden. (dos)

Mehr Erzeugnisse in den Westen

Der ungarische Elektronik-Konzern *Videoton, nach eigenen An*gaben Marktführer im Comecon-Bereich, ist darum bemüht, in stärkerem *Umfang als* bisher Erzeugnisse in die westlichen Länder zu liefern. Sprecher des Unternehmens erklärten auf der Hannover-Messe, auf diesem Gebiet gebe es noch erheblichen Nachholbedarf, wenngleich die Exportströme vom Unternehmen selbst nicht völlig frei bestimmt werden können. Immerhin liefere Videoton aber Computersysteme, elektronische Ausrüstungen und vor allem leistungsfähige Software an alle bedeutenden westlichen Industrieländer.

Neben Frankreich und Österreich gehöre *auch die Bundesrepublik zu* den wichtigen westlichen Handelspartnern. Gemessen an den tatsächli*chen Zahlen allerdings relativiert* sich diese Aussage. Zwar entfallen sieben Prozent der Westexporte auf deutsche Abnehmer. Dies entspricht aber nur einem Wert von rund 2 Mill. DM.

Videoton erzielte nach Wachstumsraten von jeweils über zehn Prozent in den letzten Jahren 1984 einen Umsatz von knapp 1 Mrd. DM. Insgesamt werden fast 20 000 Mitarbeiter beschäftigt, davon über 1000 im Bereich Forschung und Entwicklung. Rund zwei Drittel des Umsatzes gehen in den Export. Mittlerweile entfallen etwa 50 Prozent des Umsatzes auf Computer-Produkte. Die starken Anstrengungen auf diesem Gebiet begünstigten das Heranwachsen eines Potentials an Hardware- und Software-Entwicklungskapazität, *das auch* im Westen mehr und mehr auf Interesse stoße.

In Hannover stellt das ungarische Unternehmen unter anderem einen Mikrocomputer, der zu verschiedenen Betriebssystemen kompatibel programmiert werden kann. Das relativ breite Softwareangebot deckt nach Angaben des Unternehmens ein Spektrum ab, das „im Westen nicht verfügbare Programme" enthält. Ein Beispiel sei das Baustatik-Programm, das sich durch geringen Zeitaufwand und Speicherbedarf auszeichne.

DOMINIK SCHMIDT

Flexibilität als Chance

Im Wettbewerb um Kunden und Aufträge auf dem Gebiet der Fernsprech- und Fernmeldetechnik sind die Felder weitgehend abgesteckt. Die Bundespost auf der einen und die Großindustrie auf der anderen Seite beherrschen den Markt. Für die von der Post für diese Arbeiten autorisierten Betriebe, die in der *Gemeinschaft* Fernmelde-Technik eG (GFT) zusammengeschlossen sind, bleibt so nur wenig Raum. GFT-Vorsitzender Horst Schwabe, der, von insgesamt 90 Betrieben, 56 Firmen mit rund 3000 Beschäftigten und einem Umsatz von etwa 300 Mill. DM repräsentiert, sieht folglich den eigentlichen Vorteil der GFT-Firmen in der Flexibilität, mit der auf Kundenwünsche eingegangen wird.

Nach Schwabes Ansicht sollte die Post auch künftig als Endgeräte-Anbieter auf dem Markt bleiben. Verhindert werden müsse allerdings die monopolartige Stellung, auch andere Anbieter müßten ihre *Chance* über den Bereich der Nebenstellenanlagen hinaus erhalten. Dies gelte in besonderem Maße dann, wenn *das neue* ISDN-Netz eingeführt wird. Die Hauptaufgabe der Post sieht Schwabe darin, die potentiellen Anwender zu motivieren, die neue Technik anzunehmen.

Für die GFT und ihre Mitglieder rechnet Schwabe auch nach Einführung des ISDN-Netzes nicht mit einer wesentlichen Änderung der bisherigen Strukturen. Auch künftig werde der Anteil der Arbeiten „rund ums Telefon" 80 bis 85 Prozent ausmachen. *Der Kundenkreis* werde sich weiter vornehmlich auf die mittelständische Wirtschaft, Freiberufler und *Private konzentrieren. Die* größere Bedeutung dürfte allerdings die Beraterfunktion erlangen. Der klassische Telefon-Verkäufer müsse sich zum „Organisationsberater" wandeln. (dos)

Reges Foto-Geschäft

Die positive Umsatzentwicklung, *die die Polaroid GmbH*, Offenburg, 1984 verzeichnete, habe sich auch in den ersten drei Monaten dieses *Jahres fortgesetzt.* Zuversichtlich für die Geschäftsentwicklung 1985 stimme insbesondere auch die rege Nachfrage auf der *Hannover-Messe*, sagten Sprecher des Unternehmens.

Die 1959 gegründete Polaroid GmbH ist innerhalb Europas die größte und weltweit nach der japanischen Tochter die *zweitgrößte* Auslandstochter der amerikanischen Polaroid Corp., Cambridge/Mass. Im *vergangenen Jahr ist der Umsatz der* deutschen Tochter nach Angaben des Unternehmens insgesamt um 7,3 Prozent gestiegen, während sich die Ertragslage infolge des hohen Dollarkurses weniger günstig entwickelt habe. Über die Höhe des Umsatzes ließ sich ein Unternehmenssprecher nur entlocken, daß sie 1984 zwischen 150 und 200 Mill. Dollar gelegen habe.

Zu dem Umsatzanstieg hat nach Angaben des *Unternehmenssprechers* vor allem das überproportionale Wachstum des Fachbereiches mit den Profiprodukten beigetragen, in *dem der* Umsatz 1984 um rund 12 Prozent angezogen habe. Für das im allgemeinen als Hersteller von Sofortbildkameras und *Filmen für Foto*amateure bekannte Unternehmen gewinne der Fachmarkt immer stärker an Bedeutung. *Die* Polaroid GmbH ist seit den sechziger Jahren in diesem Bereich tätig.

Zur Zeit entfallen, wie in Hannover mitgeteilt wurde, weltweit etwa 40 Prozent des Gesamtumsatzes von 127 Mrd. Dollar (1983: 125 Mrd. Dollar) auf diese Sparte, bei wachsender Tendenz. *Der tatsächliche Umsatzanteil* dürfte sogar noch etwas höher liegen, sagte ein Sprecher, da viele Amateurkameras auch für Profizwecke eingesetzt würden. Als sehr gutes Darstellungsforum für die Polaroid-Fachprodukte habe sich die Hannover-Messe erwiesen. Zentrales Exponat in diesem Jahr ist ein „Professionelles Präsentationssystem", mit dem sofort verfügbare Dias oder Aufsichtsvorlagen von Computer-Graphiken erstellt werden können.

SABINE SCHUCHART

Computerfreaks und Sonnenanbeter

Christian Baum steht an einer CNC-Maschine. Am Stand der Arbeitsgemeinschaft der Großforschungseinrichtungen (AGF) erläutert er technische Einzelheiten der computergesteuerten Werkzeugma*schine und beantwortet Fragen. Eine* Messe-Sensation hat er nicht vorzustellen und doch etwas Besonderes. *Denn Christian Baum ist 19,* Feinmechaniker-Lehrling, und er hat im Unterschied zu den meisten seiner Kollegen an den anderen Ständen zu dem Ausstellungsstück eine spezielle Beziehung: Die Maschine wurde von den Lehrlingen seines Ausbildungsbetriebes, dem Hahn-Meitner-Institut für Kernforschung in Berlin, selbst entwickelt, gebaut und für die Ausbildungswerkstatt eingerichtet.

*In vier Jahren haben mehrere Jahr*gänge daran gearbeitet. Dabei ist eine Maschine entstanden, die zusammen mit einem Personal Computer ein Trainingsgerät bildet, an dem Auszubildende sich auf die Arbeit an einer CNC-Produktionsmaschine vorbereiten können. Ausbildungsleiter Gerd Müller *vom* Hahn-Meitner-Institut sieht im Selbstbau auch für andere Ausbildungsstätten eine Alternative *zum Gerätekauf, schon aufgrund des* günstigeren Preis-Leistungs-Verhältnisses.

Die Berufsausbildung ist das Generalthema der Ausstellung „Jugend und Technik". Wo es Informationen zu Ausbildungsfragen gibt, ob am Stand der Großforschungseinrichtungen, bei den Wirtschaftsjunioren oder beim Verband Deutscher Maschinen- und Anlagenbau (VDMA), überall herrscht drangvolle Enge.

Natürlich gibt es neben der theoretischen Information auch etwas zu *sehen. Ständig umlagert:* der Bundeswehr-Hubschrauber Alouette SE 3130, in der jeder, der mag, sich für *Minuten als Pilot fühlen* darf.

Aber auch außerhalb der Sonderschau „Jugend und Technik" bestimmen junge Leute das Bild. Die Pause nach anstrengendem Geschiebe durch die Hallen nutzen viele *zum* ersten Sonnenbad auf den Rasenflächen. Eine Hannover-Messe mit *Campus-Atmosphäre.*

Daß es immer mehr jugendliche Computer-Experten gibt, ist nicht neu. Eben noch mißtrauisch gemustert, ob sie nicht doch nur der Plaketten und Aufkleber wegen gekommen sind, erweisen sich viele der ganz jungen Besucher schnell als sachkundige Frager. Amateur-Anwender (in Jeans) im Gespräch mit Verkaufs-Profis (im Flanell) sind in den Cebit-Hallen kein seltener Anblick. „Erstaunlich viele junge Leute kommen mit Fachfragen", bestätigt Michael Schwarze, Ausbilder bei Nixdorf in Paderborn. „Technologiefeindlichkeit der Jugend?" In Hannover liefert die Turnschuhgeneration den Gegenbeweis. HEINZ STÜWE

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Herausgeber: Axel Springer, Matthias Walden† Berlin

Chefredakteure: Wilfried Hertz-Eichenrode, Dr. Herbert Kremp

Stellv. Chefredakteure: Peter Gillies, Manfred Schell, Dr. Günter Zehm

Berater der Chefredaktion: Heinz Barth

Hamburg-Ausgabe: Diethart Goos, Klaus Bruns (stellv.)

Chefs vom Dienst: Klaus Jürgen Fritzsche, Friedr. W. Heering, Heinz Klage-Lübke, Jens-Martin Lüddeke, Bonn; Horst Hillesheim, Hamburg

Verantwortlich für Seite 1, politische Nachrichten: Gernot Facius, Klaus-J. Schwehn (stellv.), Klaus Jonas (stellv. für Tagesschau); Deutschland: Norbert Koch, Rüdiger v. Wolkowsky (stellv.); Internationale Politik: Manfred Neuber; Ausland: Jürgen Liminski, Maria Weidenhiller (stellv.); Seite 3: Burkhard Müller, Dr. Manfred Rowold (stellv.); Meinungen: Enno von Loewenstern; Bundeswehr: Rüdiger Moniac; Osteuropa: Dr. Carl Gustaf Ströhm; Zeitgeschichte: Walter Görlitz; Wirtschaft: Gerd Brüggemann, Dr. Leo Fischer (stellv.); Industriepolitik: Hans Baumann; Geld und Kredit: Claus Dertinger; Feuilleton: Dr. Peter Dittmar, Reinhard Beuth (stellv.); Geistige Welt/WELT des Buches: Alfred Starkmann, Peter Böbbis (stellv.); Fernsehen: Dr. Rainer Nolden; Wissenschaft und Technik: Dr. Dieter Thierbach; Sport: Frank Quednau; Aus aller Welt: Knut Teske; Reise-WELT und Auto-WELT: Heinz Horrmann, Birgit Cremers-Schiemann (stellv. für Reise-WELT); WELT-Report: Heinz Klage-Lübke; WELT-Report Inland: Heinz-Rudolf Scheke (stellv.); WELT-Report Ausland: Hans-Herbert Holzamer; Leserbriefe: Henk Ohnesorge; Personalien: Ingo Urban; Dokumentation: Reinhard Berger; Grafik: Werner Schmidt

Weitere leitende Redakteure: Dr. Hanna Gieskes, Werner Kahl, Lothar Schmidt-Mühlisch

Fotoredaktion: Bettina Rathje

Schlußredaktion: Armin Reck

Bonner Korrespondenten-Redaktion: Thomas L. Kielinger (Leiter), Heinz Heck (stellv.), Günther Bading, Stefan G. Heydeck, Peter Jentsch, Evi Keil, Hans-Jürgen Mahnke, Dr. Eberhard Nitschke, Peter Philipps, Gisela Reiners

Diplomatischer Korrespondent: Bernt Conrad

Korrespondent für Technologie: Adalbert Bärwolf

Deutschland-Korrespondenten Berlin: Hans-Rüdiger Karutz, Friedemann Diederichs, Klaus Geitel, Peter Weertz; Düsseldorf: Dr. Wilm Herlyn, Joachim Gehlhoff, Harald Posny; Frankfurt: Dr. Dankwart Guratzsch (zugleich Korrespondent für Städtebau/Architektur), Inge Adham, Joachim Weber; Hamburg: Herbert Schütte, Jan Brech, Klare Warnecke MA; Hannover: Dominik Schmidt; München: Peter Schmalz, Dankward Seitz; Stuttgart: Xing-Hu Kuo, Werner Neitzel

Chefkorrespondent (Inland): Joachim Neander

Chefreporter: Horst Stein (zugleich Korrespondent für Europa), Walter H. Rueb

Auslandsbüros, Brüssel: Wilhelm Hadler; London: Reiner Gatermann, Wilhelm Furler; Johannesburg: Monika Germani; Moskau: Rose-Marie Borngässer; Paris: August Graf Kageneck, Joachim Schaufuß; Rom: Friedrich Meichsner; Washington: Fritz Wirth, Horst-Alexander Siebert

Auslands-Korrespondenten WELT/SAD: Athen: E. A. Antonaros; Beirut: Peter M. Ranke; Brüssel: Cay Graf v. Brockdorff-Ahlefeldt; Jerusalem: Ephraim Lahav; London: Christian Ferber, Claus Geissmar, Siegfried Helm, Peter Michalski, Joachim Zwikirsch; Los Angeles: Helmut Voss, Karl-Heinz Kukowski; Madrid: Rolf Görtz; Mailand: Dr. Günther Depas, Dr. Monika von Zitzewitz-Lonmon; Miami: Prof. Dr. Günter Friedländer; New York: Alfred von Krusenstiern, Ernst Haubrock, Hans-Jürgen Stück, Werner Thomas, Wolfgang Will; Paris: Heinz Weissenberger, Constance Knitter, Joachim Leibel; Tokio: Dr. Fred de La Trobe, Edwin Karmiol; Washington: Dietrich Schulz

Zentralredaktion: 5300 Bonn 2, Godesberger Allee 99, Tel. (02 28) 30 41, Telex 8 85 714, Fernkopierer (02 28) 37 34 65

1000 Berlin 61, Kochstraße 50, Redaktion: Tel. (0 30) 2 59 10, Telex 1 84 565, Anzeigen: Tel. (0 30) 25 91 29 31/32, Telex 1 84 565

2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1, Tel. (0 40) 34 71, Telex Redaktion und Vertrieb 2 170 010, Anzeigen: Tel. (0 40) 3 47 43 80, Telex 2 17 001 777

4300 Essen 18, Im Teelbruch 100, Tel. (0 20 54) 10 11, Anzeigen: Tel. (0 20 54) 10 15 24, Telex 8 579 104, Fernkopierer (0 20 54) 8 27 28 und 8 27 29

3000 Hannover 1, Lange Laube 2, Tel. (05 11) 1 79 11, Telex 9 22 919, Anzeigen: Tel. (05 11) 6 49 00 08, Telex 9 230 106

4000 Düsseldorf, Graf-Adolf-Platz 11, Tel. (02 11) 37 30 43/44, Anzeigen: Tel. (02 11) 37 50 61, Telex 8 587 756

6000 Frankfurt (Main), Westendstraße 8, Tel. (0 69) 71 73 11, Telex 4 12 449, Fernkopierer (0 69) 72 79 17, Anzeigen: Telefon (0 69) 77 90 11 – 13, Telex 4 185 525

7000 Stuttgart, Rotebühlplatz 20a, Tel. (07 11) 22 13 28, Telex 7 23 966, Anzeigen: Tel. (07 11) 7 54 50 71

8000 München 40, Schellingstraße 39-43, Tel. (0 89) 2 38 13 01, Telex 5 23 813, Anzeigen: Telefon (0 89) 8 50 60 38 / 39, Telex 5 23 836

Monatsabonnement bei Zustellung durch die Post oder durch Träger DM 26,50 einschließlich 7 % Mehrwertsteuer. Auslandsabonnement DM 35,– einschließlich Porto. Der Preis des Luftpostabonnements wird auf Anfrage mitgeteilt. Die Abonnementsgebühren sind im voraus zahlbar.

Bei Nichtbelieferung ohne Verschulden des Verlages oder infolge von Störungen des Arbeitsfriedens bestehen keine Ansprüche gegen den Verlag. Abonnementsabbestellungen können nur zum Monatsende ausgesprochen werden und müssen bis zum 10. des laufenden Monats im Verlag schriftlich vorliegen.

Gültige Anzeigenpreisliste für die Deutschland-Ausgabe: Nr. 63 und Kombinationstarif DIE WELT / WELT am SONNTAG Nr. 13 gültig ab 1. 7. 1984, für die Hamburg-Ausgabe: Nr. 49.

Amtliches Publikationsorgan der Berliner Börse, der Bremer Wertpapierbörse, der Rheinisch-Westfälischen Börse zu Düsseldorf, der Frankfurter Wertpapierbörse, der Hanseatischen Wertpapierbörse, Hamburg, der Niedersächsischen Börse zu Hannover, der Bayerischen Börse, München, und der Baden-Württembergischen Wertpapierbörse zu Stuttgart. Der Verlag übernimmt keine Gewähr für sämtliche Kursnotierungen.

Für unverlangt eingesandtes Material keine Gewähr.

Die WELT erscheint mindestens viermal jährlich mit der Verlagsbeilage WELT-REPORT. Anzeigenpreisliste Nr. 4, gültig ab 1. Januar 1984.

Verlag: Axel Springer Verlag AG, 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1.

Nachrichtentechnik: Harry Zander

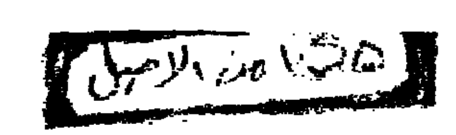
Herstellung: Werner Koziak

Anzeigen: Hans Biehl

Vertrieb: Gerd Dieter Leilich

Verlagsleiter: Dr. Ernst-Dietrich Adler

Druck in 4300 Essen 18, Im Teelbruch 100; 2070 Ahrensburg, Kornkamp



Sprache · Text · Bild · Daten

Bürokommunikation von SEL

Spitzentechnologie von SEL

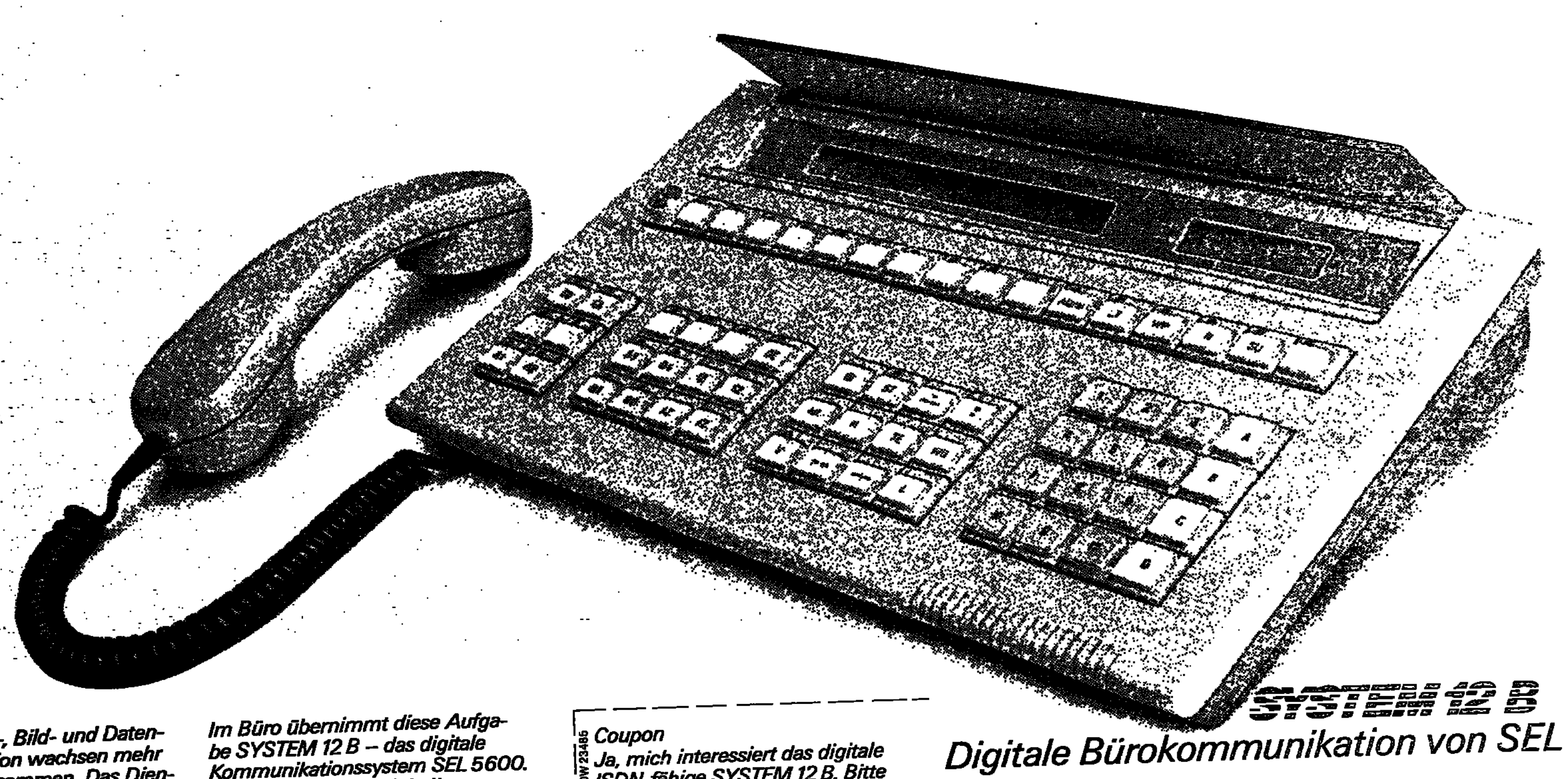
NEU: SYSTEM 12 B

Kommunikationssystem SEL 5600

Technik, auf die auch die Deutsche Bundespost baut

KOMMUNIKATIONSSYSTEME · AUS EINER HAND ·

Hannover Messe
Halle 1, CeBIT,
Stand B-
4701/4801



Sprach-, Text-, Bild- und Datenkommunikation wachsen mehr und mehr zusammen. Das Dienste-integrierende Fernmeldenetz (ISDN) entsteht. Durch die Deutsche Bundespost – mit SYSTEM 12, dem wichtigen Beitrag von SEL für das öffentliche Netz.

Im Büro übernimmt diese Aufgabe SYSTEM 12 B – das digitale Kommunikationssystem SEL 5600. Ein System, das auch in Ihrem Unternehmen die Sprach-, Text-, Bild- und Datenkommunikation integriert.

Sprechen Sie mit dem SEL-Kommunikationsberater über SYSTEM 12 B, wenn Sie heute die Basis für die zukünftige Kommunikation in Ihrem Unternehmen schaffen wollen. Machen Sie den Schritt in die Zukunft – schicken Sie uns den Coupon!

DW 23485

Coupon
Ja, mich interessiert das digitale ISDN-fähige SYSTEM 12 B. Bitte schicken Sie mir Ihre Unterlagen:

Name ______

Firma ______

Straße ______

Ort ______

Telefon ______

Standard Elektrik Lorenz AG
PS/WB
Lorenzstraße 10
7000 Stuttgart 40

SYSTEM 12 B

Digitale Bürokommunikation von SEL



Standard Elektrik Lorenz AG

NAMEN

Armin Neumast wurde Ende März Nachfolger von **Klaus Göbel** im Vorstand der Deutschen Gesellschaft für Mauerwerksbau e.V., Essen.

Dr. **Volker Werb**, Mitglied der Geschäftsleitung des Verlags Ferdinand Schöningh, Paderborn, wurde zum Vorsitzenden des Verbandes der Schulbuchverlage gewählt.

Hans-Joachim Trayser, bisher Deutscher Ring, Hamburg, ist in den Vorstand der KKB Lebensversicherung AG, Düsseldorf, eingetreten.

Ernst A. Kobusch übernimmt am 1. Juli 1985 den Vorsitz der Geschäftsführung der Hannen Brauerei GmbH, Willich, als Nachfolger von **Heiner Jordan**, der Vorsitzender der Geschäftsführung der Fürstlich Fürstenbergische Brauerei KG, Donaueschingen, wird.

Hans Hartwig, Ehrenpräsident der IHK zu Dortmund, wurde zum Vizepräsident des Verwaltungsrates der Deutschen Bundesbahn bestellt.

Paul A. Hof, Mitglied der Konzernspitze der Hutchinson, Paris, hat die Geschäftsführung der Mapa GmbH, Gummi- u. Plastikwerke, Zeven, als Nachfolger von **Lutz Kesselring**, übernommen.

Dr. **Uwe Haasen**, Vorstandsmitglied, wurde vom Aufsichsrat der Allianz Lebensversicherungs-AG, Stuttgart, zum Vorstandsvorsitzenden bestellt. Er ist Nachfolger von **Arno Bäumer**, der am 10. Juni 1985 als Vorstandsvorsitzender ausscheidet. Vorstandsmitglied **Heinz Röder** wechselt zur Jahresmitte in den Vorstand der Frankfurter Versicherungs-AG über. Von der Frankfurter Versicherungs-AG kommt als Arbeitsdirektor und Vorstandsmitglied der Allianz Leben Dr. **Peter von Blomberg**. Dr. **Friedrich Schiefer**, Leiter des Finanzressorts, scheidet zur Jahresmitte aus und übernimmt den gleichen Bereich bei der Allianz Versicherungs-AG.

Paul G. Schaubert (45), ist in der Geschäftsführung der Noris Verbraucherbank GmbH, Nürnberg, Nachfolger von **Alfred Richter**.

UNTERNEHMEN UND BRANCHEN

Kaufhof kürzt Dividende

Köln (AP) – Die Kaufhof AG wird für 1984 eine Dividende von 6,50 DM an ihre Aktioräre ausschütten, eine Mark weniger als im Vorjahr. Der Jahresüberschuß betrug 52,5 Mill. DM gegenüber 49,5 Mill. DM für 1983. Bei der Ausschüttungshöhe sei diesmal der Stärkung der Rücklagen der Vorzug gegeben worden. Den offenen Rücklagen sollen knapp 10 Mill. DM zugeführt werden. Die gesetzliche und freie Rücklage der Kaufhof AG betrage damit 597,8 Mill. DM.

Einbecker mit Bonus

Einbeck (dos) – Die zur DUB-Schultheiss-Gruppe gehörende Einbecker Brauhaus AG wird für 1984 wieder eine Dividende von 20 Prozent und einen Bonus von drei Prozent ausschütten. Dies sieht der Vorschlag der Verwaltung für die am 30. Mai stattfindende Hauptversammlung vor. Aus dem Bilanzgewinn von 1,67 Mill. DM müssen 7,2 Mill. DM Grundkapital bedient werden.

Sparkassen für 4er-Modell

Stuttgart (nl.) – Innerhalb der derzeit für eine Neuordnung der öffentlich-rechtlichen Bankenstruktur in Baden-Württemberg diskutierten Modellpalette wurde das „4er-Modell", also die Zusammenfassung der beiden kommunalen Landesbanken, der staatlichen Landeskreditbank sowie der Landesgirokasse Stuttgart, den Lösungsansatz darstellen, der den Interessen der Wirtschaft, des Landes und der Sparkassenorganisation am besten gerecht werde. Dies erklärte Bruno Rühl, Präsident des Württembergischen Sparkassen- und Giroverbandes auf einer Jubiläumsveranstaltung (100 Jahre) seines Verbandes in Stuttgart.

Milliardeninvestment

Wien (AFP) – Siemens Österreich wird mit einem Aufwand von einer Mrd. Schilling (über 143 Mill. DM) in Wien drei Investitionsprojekte realisieren. Die Projekte sollen der Zentralisierung verschiedener aufgesplitterter Standorte, der Erweiterung des Personals und der Einführung neuer Technologien dienen. Das Unternehmen beschäftigt in Wien derzeit über 10 000 Mitarbeiter. In ganz Österreich sind es 14 700.

Hüls springt nach USA

Düsseldorf (J.G.) – Die Hüls AG, Marl, hat die einst zum Chemiebereich des Tenneco-Konzerns gehörende Nuodex Inc. in Piscataway, New Jersey, gekauft. Die auf Lackadditive und Farbsysteme für Lacke/Kunststoffe spezialisierte Firma machte 1984 mit 700 Beschäftigten reichlich 150 Mill. Dollar Umsatz.



THYSSEN

Bezugsangebot – Kapitalerhöhung April 1985

Der Vorstand der Thyssen AG vorm. August Thyssen-Hütte hat mit Zustimmung des Aufsichtsrats beschlossen, einen Teil des genehmigten Kapitals auszunutzen und das Grundkapital der Gesellschaft um

DM 265 000 000,–

auf DM 1565 000 000,– gegen Bareinlagen unter teilweisem Ausschluß des gesetzlichen Bezugsrechts der Aktionäre zu erhöhen.

Die neuen Aktien mit voller Gewinnanteilberechtigung vom Geschäftsjahr 1984/85 an wurden von einem unter Führung der Dresdner Bank AG und der Deutsche Bank AG stehenden Bankenkonsortium mit der Verpflichtung übernommen,

1. nom. DM 259 811 150,– neue Aktien den Aktionären der Thyssen AG im Verhältnis 5 : 1 und
2. nom. DM 4 887 050,– neue Aktien den außenstehenden Aktionären der nachstehenden Beteiligungsgesellschaften:
   Edelstahlwerk Witten AG, Witten
   Stahlwerke Bochum AG, Bochum
   Thyssen Industrie AG, Essen
   unter Berücksichtigung der Verhältnisse der früheren Umtauschangebote der Thyssen AG

zum Bezug anzubieten und

3. nom. DM 301 800,– als Aufrundungsspitze im Interesse der Thyssen AG zu verwerten mit der Maßgabe, daß der sich hierbei ergebende Mehrerlös als Aufgeld an die Thyssen AG abzuführen ist.

Der Bezugspreis für die neuen Thyssen-Aktien beträgt DM 90,– je Aktie im Nennwert von DM 50,–.

Die Durchführung der Kapitalerhöhung ist am 19. April 1985 in das Handelsregister beim Amtsgericht Duisburg eingetragen worden.

Wir fordern hiermit die Aktionäre der Thyssen AG und der genannten Beteiligungsgesellschaften auf, ihr Bezugsrecht zur Vermeidung des Ausschlusses in der Zeit vom

29. April bis 13. Mai 1985

bei einer der nachstehend aufgeführten Banken während der üblichen Schalterstunden auszuüben.

Zum Bezugspreis von DM 90,– je Aktie im Nennwert von DM 50,– können – ohne Berechnung von Börsenumsatzsteuer – bezogen werden:

Von den Aktionären der	Bezugsverhältnis	auf Nennbetrag von je nom. DM	Bezug neuer Thyssen-Aktien nom. DM	Bezugsrechtsausweis
Thyssen AG – 748500 –	5 : 1	250,–	50,–	Gewinnanteilschein-Nr. 29
Edelstahlwerk Witten AG – 600000 –	5 : 1	500,–	100,–	Gewinnanteilschein-Nr. 33
Stahlwerke Bochum AG – 725000 –	15 : 2	1500,–	200,–	linke Hälfte des Erneuerungsscheins
Thyssen Industrie AG – 703300 –	10 : 1	500,–	50,–	Gewinnanteilschein-Nr. 8

Die verschiedenen Bezugsrechte können auch gemeinsam verwendet werden. Einzelheiten teilt Ihnen Ihr Kreditinstitut mit.

Das Bezugsrecht auf die neuen Aktien der Thyssen AG wird in der Zeit vom 29. April bis 9. Mai 1985 an allen deutschen Wertpapierbörsen gehandelt und amtlich notiert. Die Bezugsstellen sind bereit, den An- *und Verkauf von Bezugsrechten zu vermitteln. Der Bezugspreis ist bei* Ausübung des Bezugsrechts, spätestens am 13. Mai 1985, zu zahlen.

Für den Bezug wird die übliche Bankenprovision berechnet, es sei denn, daß der Bezug unter Einreichung der entsprechenden Bezugsrechtsausweise am Schalter einer Bezugsstelle ausgeübt wird und ein Schriftwechsel damit nicht verbunden ist.

Das Verfahren zur Zulassung der neuen Aktien zum Handel und zur amtlichen Notierung an allen deutschen Wertpapierbörsen ist eingeleitet. Eine Zulassung an den Wertpapierbörsen von London, Paris, Zürich, Genf und Basel ist ebenfalls vorgesehen.

*Die neuen Aktien sind mit Gewinnanteilschein Nr. 30 und Erneue*rungsschein ausgestattet und werden in Globalurkunden verbrieft, die bei der Wertpapiersammelbank Nordrhein-Westfalen AG, Düsseldorf, hinterlegt werden. Die Aktionäre erhalten Gutschrift auf Girosammeldepotkonto. Die neuen Aktien haben die Wertpapier-Kenn-Nr. 748501 bis zum Zeitpunkt der Börseneinführung. Erst danach können Ansprüche auf Auslieferung von Einzelurkunden geltend gemacht werden.

Bezugsstellen für die Ausübung aller vorstehenden Bezugsrechte sind folgende Banken:

Dresdner Bank AG
Bank für Handel und Industrie AG
Deutsche Bank AG
Deutsche Bank Berlin AG
Bank für Gemeinwirtschaft AG
Bayerische Hypotheken- und Wechsel-Bank AG
Bayerische Landesbank Girozentrale
Bayerische Vereinsbank AG
Berliner Bank AG
Berliner Commerzbank AG
Berliner Handels- und Frankfurter Bank
Commerzbank AG
DG BANK Deutsche Genossenschaftsbank
Hessische Landesbank – Girozentrale –
Bankhaus Marcard & Co.
Merck, Finck & Co.
Norddeutsche Landesbank Girozentrale
Sal. Oppenheim jr. & Cie.
Simonbank AG
J. H. Stein
Trinkaus & Burkhardt
M. M. Warburg-Brinckmann, Wirtz & Co.
Westdeutsche Landesbank Girozentrale
Westfalenbank AG
Commerz-Credit-Bank AG Europartner
Deutsche Bank Saar AG

Duisburg, im April 1985

THYSSEN AKTIENGESELLSCHAFT
vorm. August Thyssen-Hütte
Der Vorstand

Aktuelle Geschäftslage

Der Start in das neue Geschäftsjahr 1984/85 verlief für Thyssen günstig. **Thyssen-Welt** kam im ersten Halbjahr auf einen Außenumsatz von durchschnittlich DM 2,7 Mrd im Monat, 6% mehr als in der gleichen Zeit des Vorjahres. Alle Unternehmensbereiche arbeiten mit Gewinn.

Umsatzentwicklung	1983/84 1. Hj.	1984/85 1. Hj.	Veränderung in %
	Mio DM Monatsdurchschnitt		
Unternehmensbereiche			
Stahl	816	908	+ 11
Edelstahl	281	304	+ 8
Investitionsgüter und Verarbeitung	777	829	+ 7
Handel und Dienstleistungen	1355	1436	+ 6
Gesamtumsatz Thyssen-Welt	3229	3477	+ 8
Innenumsätze	638	743	+ 16
Außenumsatz Thyssen-Welt	2591	2734	÷ 6

Bei **Thyssen Stahl** hat sich die Produktion auf dem relativ hohen Stand gehalten. Die Preise konnten allmählich weiter heraufgesetzt werden. Bei Erz und Kohle führt der starke US-Dollar zu Kostensteigerungen. Kostensenkend wirken dagegen die 1983 in Angriff genommenen Strukturmaßnahmen, die im wesentlichen bis Ende 1985 abgeschlossen sein werden. In der ersten Hälfte des laufenden Geschäftsjahres war der Umsatz um 11 % höher als ein Jahr zuvor.

Bei **Thyssen Edelstahl** sind alle Betriebe normal oder besser beschäftigt. Die in den letzten Monaten im Markt durchgesetzten Preiserhöhungen wirken sich günstig im Umsatz aus. Er ist im ersten Halbjahr um 8 % gestiegen. Die in den letzten Jahren durchgeführten Anpassungen haben auch bei Thyssen Edelstahl zu einer verbesserten Wettbewerbsposition geführt.

Im Unternehmensbereich **Investitionsgüter und Verarbeitung** erwartet **Thyssen Industrie** beim Umsatz nur einen leichten Anstieg. Der Auftragseingang ist in praktisch allen Geschäftsbereichen stark expansiv, so daß der Auftragsbestand im ersten Halbjahr deutlich zunahm. Dies und die Programmbereinigungen der letzten Jahre haben die Position des Unternehmens wesentlich gefestigt. Bei **Budd** sind die meisten Werke voll beschäftigt. Die amerikanische Autoindustrie verzeichnet zur Zeit eine anhaltend lebhafte Nachfrage. **Transit America** umfaßt den früher zu Budd gehörenden Eisenbahnbereich und wickelt zur Zeit Aufträge ab, die bereits vor Jahren hereingenommen wurden. Insgesamt nahm der Umsatz des Unternehmensbereichs Investitionsgüter und Verarbeitung im ersten Halbjahr 1984/85 um 7 % zu.

Den Schwerpunkt im Unternehmensbereich **Handel und Dienstleistungen** bildet die **Thyssen Handelsunion.** Dieser vom Umsatz her größte Thyssen-Bereich erhöhte im bisherigen Verlauf von 1984/85 seinen Umsatz um 6 %.

Perspektiven

Die **Unternehmenspolitik der Thyssen AG** ist darauf ausgerichtet, die Ertragslage weiter zu verbessern. Zur Verwirklichung dieses Ziels sollen alle Unternehmensbereiche beitragen.

Umsatzstruktur	1972/73	1983/84
	in %	
Unternehmensbereiche		
Stahl	46	25
Edelstahl	10	8
Investitionsgüter und Verarbeitung	5	24
Handel und Dienstleistungen	39	43
Gesamtumsatz Thyssen-Gruppe	100	100

Zu Beginn der 70er Jahre hatte Thyssen angesichts der Stahlkrise damit begonnen, sich aus einer einseitigen Abhängigkeit vom Stahl zu lösen. Heute ist die Thyssen-Gruppe als Produzent industrieller Güter und als weltweit operierende Handelsfirma ein breit diversifiziertes *Unternehmen mit Produktionsschwerpunkten bei* **Werkstoffen, Werkstücken** und **kompletten Systemlösungen.**

Stahl und Edelstahl gehören unverändert zu den wichtigsten **Werkstoffen** der industriellen Welt. Die überwiegend hochmodernen Werksanlagen von Thyssen Stahl und Thyssen Edelstahl sind transportgünstig an der Rheinschiene gelegen, sie wurden im letzten Jahrzehnt durch hohe Investitionen und Stillegungen konsequent auf die veränderten Erfordernisse des Marktes ausgerichtet. Thyssen verfügt damit heute technisch und kostenmäßig in den Stahlbereichen über eine gute Wettbewerbsposition, auch im Vergleich zur internationalen Konkurrenz.

Der zweite Produktionsschwerpunkt von Thyssen sind **Werkstücke.** Das spezifische Know-how basiert auf den metallurgischen Erfahrungen sowie auf der Beherrschung der Verarbeitungs-, Verfahrens- und Schweißprozesse. *Sowohl Thyssen Industrie wie auch Budd* verfügen auf dem Werkstücksektor über eine ganze Reihe technologischer Spitzenprodukte.

Komplette Systemlösungen sind der dritte Produktionsschwerpunkt von Thyssen. Hier geht es um die Bündelung zahlreicher Ingenieurleistungen. Beispiele sind industrielle Fertigungs- sowie fahrweggebundene Verkehrssysteme, Anlagen der Umwelttechnik oder der maritime Bereich.

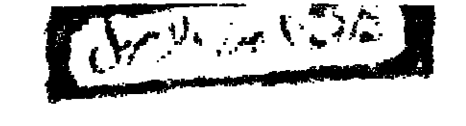
Die Handelsaktivitäten des Unternehmens sind bei der **Thyssen Handelsunion** zusammengefaßt, die unter den europäischen Handelshäusern eine Spitzenstellung einnimmt. Der Schwerpunkt liegt im Bereich von Massengütern, die in der ganzen Welt benötigt werden. Zum Programm gehört weiter ein breit strukturiertes Geschäft mit Ausrüstungen und schlüsselfertigen Anlagen. Hinzu kommen Dienstleistungen im Transport- und Speditionsbereich.

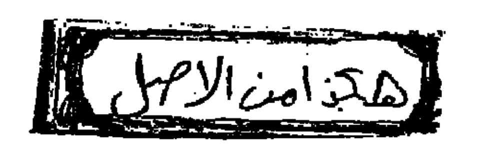
Im letzten Jahrzehnt hat die **Thyssen-Gruppe** ihre Unternehmensstruktur bereits stark verändert. Dies geschah durch hohe Investitionen, durch die Erschließung neuer Märkte sowie durch einschnei*dende Programmbereinigungen. Ziel aller* Maßnahmen ist die Ausrichtung des Unternehmens auf eine Produktpalette, mit der Thyssen auch in gesamtwirtschaftlich schwierigen Zeiten rentabel arbeiten kann.

Ertragslage

Die Ertragslage der Thyssen-Gruppe hat sich in der ersten Hälfte von 1984/85 weiter verbessert, das Konzernergebnis lag nennenswert über dem der ersten sechs Monate des Vorjahres. Auch für die zweite Jahreshälfte sind die Aussichten in allen Unternehmensbereichen gut. Von den *nichtkonsolidierten Beteiligungen* wird 1984/85 wieder ein guter Ergebnisbeitrag erwartet.

In Anbetracht der dargestellten Geschäftslage wird der Vorstand dem Aufsichtsrat für das Geschäftsjahr 1984/85 eine Dividende von voraussichtlich mindestens DM 4,– je Aktie im Nennwert von DM 50,– auf das erhöhte Kapital von DM 1,565 Mrd vorschlagen.





ANGERMANN / Wandel am Markt für Unternehmen

Großer Nachfrageüberhang

JAN BRECH, Hamburg

Die Umsatz- und Auftragsstruktur der Firmengruppe Horst F. G. Angermann GmbH, Hamburg, die sich schwerpunktmäßig mit der Vermittlung und Beratung von Firmen beschäftigt, ist im Berichtsjahr 1984 deutlich von der wirtschaftlichen Erholung beeinflußt worden. Nachhaltig belebt hat sich vor allem der Markt für Unternehmen. Die Kaufinteressenten, so betont der Firmeninhaber Horst F. G. Angermann, gingen wieder davon aus, daß es sich lohne, im unternehmerischen Bereich zu investieren. Zusätzliche Impulse kämen in dieser Richtung auch aus dem Ausland, vor allem aus den USA.

Gestiegenes Interesse registriert Angermann auch an Unternehmensbeteiligungen. Hauptmotive der Käufer seien die gezielte Expansion in neue Märkte oder die Aufnahme neuer Produktgruppen.

Die rege Nachfrage auf dem Markt für Unternehmen habe zu Umstrukturierungen in der Auftragsstruktur der Gruppe geführt, erklärt Angermann. Die Aufgaben, die noch vor wenigen Jahren im Vordergrund gestanden haben, wie der Verkauf von nahezu illiquiden Firmen zum Nulltarif, die Verwertung von Liegenschaften aus Insolvenzen, Versteigerungen von Maschinenparks aus Stillegungen oder die Übernahme von Krisenmanagement hätten sowohl von der Zahl der Fälle als auch vom wirtschaftlichen Ergebnis her gegenüber den Bereichen Unternehmensverkauf und Consulting verloren.

Den gesamten Objektumsatz der Gruppe im Berichtsjahr beziffert Angermann auf rund 300 (275) Mill. DM, worin rund 12 Mill. DM Beratungshonorare der Angermann Consulting GmbH enthalten sind. Für dieses Jahr erwarte die Gruppe eine deutliche Steigerung der Objektumsätze. Allein in der Sparte Unternehmensverkauf bearbeitet Angermann ein Potential von rund 500 Mill. DM, wobei zwei Drittel Suchaufträge nach Firmen mit positiven Entwicklungschancen sind. Die Nachfrage überstiege deutlich das Angebot. Vor allem bei der US-Tochtergesellschaft Angermann Inc., Los Angeles, stiegen die Anfragen ständig.

In der Sparte Immobilien und Betriebsstätten beträgt der bei Angermann auf Verwertung wartende Bestand rund 250 Mill. DM. Bei Liegenschaften sei dabei eine Preistrendwende noch nicht erkennbar. Im Geschäft mit Maschinen und Industrieanlagen verlagerten sich die Aktivitäten von Versteigerungen auf den Verkauf von Großmaschinen und kompletten Fertigungsanlagen.

SCHULMÖBEL / Volumen ist drastisch geschrumpft

Branche auf harter Bank

WERNER NEITZEL, Stuttgart

Dort, wo es eigentlich gilt, Haltungsschäden bei Kindern und Jugendlichen vorzubeugen, wird vergleichsweise wenig getan: Der Stellenwert der Schul- und Klassenmöbel in den Etats ist soweit abgesunken, daß Erneuerungen allenfalls in einem 25-Jahre-Rhythmus vorgenommen werden. Bei Büromöbeln wird bereits im Durchschnitt nach der Hälfte der Zeit neues Mobiliar angeschafft.

Im Hinblick auf die sinkenden Schülerzahlen fürchten die Schulmöbelhersteller eine weitere Verschlechterung ihrer Situation. Dabei hat die Branche ohnehin schwere Zeiten durchgemacht. Lag das Marktvolumen 1975 noch bei etwa 285 Mill. DM, so ist es inzwischen auf nur noch 120 Mill. DM abgesunken. Real präsentiert sich der Schulmöbel-Markt sogar nur mit einem Viertel der damaligen Größe. Die heute 18 Firmen der Branche beschäftigen 1200 Mitarbeiter gegenüber 4000 bis 4500 Beschäftigte vor einem Jahrzehnt. Der Großteil der Branche ist in den Bundesländern Nordrhein-Westfalen und Baden-Württemberg ansässig.

Über die Runden kamen bisher allenfalls solche Firmen, die beizeiten Möglichkeiten der Diversifikation, sei es innerhalb des bestehenden Marktes (z. B. Einrichtung von Computer-Räumen) oder in anderen Märkten, anpackten. Auch sind die Zeiten relativ guter Auslandsgeschäfte vorbei. Vor allem Aufträge aus den ölexportierenden Ländern hatten einstmals dazu beigetragen, daß die Exportquote der Firmen bis an 25 Prozent herankam. Inzwischen ist diese Quote auf die Hälfte abgesackt.

WWK-VERSICHERUNGEN / Kein Spitzenabschluß, aber „rundherum solide"

Das Neugeschäft läuft recht verhalten

DANKWARD SEITZ, München

Zum 100jährigen Jubiläum kann die WWK Lebensversicherung aG, München, zwar gegenüber den Vorjahren keinen Spitzenabschluß vorlegen, präsentiert sich aber in einem „rundherum soliden Zustand". Insgesamt bestätigt, so ihr Vorstandsvorsitzender Franz Josef Schwarz, das Ergebnis 1984 die auf „langfristig positive Weiterentwicklung ausgerichtete Geschäftspolitik". Daß im Neuzugang der Branchendurchschnitt verfehlt wurde, begründete er mit dem geringen Anstieg der verfügbaren Einkommen der Arbeitnehmer im vergangenen Jahr, die immerhin rund 80 Prozent der Kundschaft ausmachen.

Daß der Bestandszuwachs mit plus 5,4 (4) Prozent höher ausfiel als im Vorjahr, ist im wesentlichen auf eine verbesserte Bonität des Neuzugangs zurückzuführen. Die vorzeitigen Bestandsabgänge ermäßigten sich um 27,2 Prozent. Zufriedenstellend entwickelte sich die Kostenrechnung. Obwohl die Aufwendungen für Abschlüsse stiegen und auch für das Jubiläum bereits Mehraufwendungen zu verkraften waren, konnte der Verwaltungskostensatz stabil gehalten werden.

Den weitaus stärksten Anteil an dem auf 266 (240) Mill. DM gewachsenen Bruttoüberschuß – 62 Mill. DM davon wurden für die Direktgutschrift verwandt – hatten jedoch die deutlich gestiegenen Kapitalerträge und der unverändert relativ günstige Risikoverlauf. Aus dem Rohüberschuß von 204 Mill. DM fließen 97,8 (97,7) Prozent der Überschußreserve der Versicherten zu, während 4,5 (5,5) Mill. DM der Stärkung des Eigenkapitals dienen.

Trotz verschiedener Naturkatastrophen kann die WWK-Tochter Allgemeine Versicherung AG mit 1984 insgesamt noch zufrieden sein. Bei einer um 6,9 (8,6) Prozent auf 40,5 Mill. DM gestiegenen Prämieneinnahme erhöhte sich vor allem wegen des Münchner Hagelsturms die Schadenquote auf 80,4 (72,2) Prozent. Nach Teilauflösung der Schwankungsrückstellungen ergibt sich ein gegenüber 1983 deutlich niedrigerer versicherungstechnischer Gewinn von 1,5 (2,3) Mill. DM. In der allgemeinen Rechnung brachten die um 10,8 Prozent auf 39 Mill. DM gestiegenen Kapitalanlagen Erträge in Höhe von 3,07 (2,74) Mill. DM. Aus dem Bilanzgewinn von 0,57 (0,67) Mill. DM wird zur unveränderten Dividende von 12 Prozent ein Bonus von 3 (8) Prozent ausgeschüttet.

WWK-Leben	1984	±%
Versicherungsbestand (Mill. DM)	12 765	+ 5,4
Eingel. Neugeschäft	1118	- 1,5
Beitragseinnahmen	437	+ 2,1
Aufw. f. Vers.-Fälle	150	+ 0,8
Kapitalanlagen [1]	4298	+ 10,7
Kapitalerträge	332	+ 12,0
Durchschn.-Rendite(%)	7,7	(7,7)
Aufw. für Beitrags-Rückerstattung	200	- 15,0
Rückstellung für Beitrags-Rückerst.	485	- 2,3
	1984	1983
Stornoquote [2]	5,4	6,9
Verw.-Kostenquote [3]	5,3	5,3
Abschl.-Kostenquote [4]	48,2	46,5
Überschußquote [5]	46,8	56,2

[1]) ohne Depotforderungen; [2]) Rückkauf, Umwandlung in beitr.-freie Versich. u. sonst. vorzeitiger Abgang in % d. Anfangsbestands; [3]) sonst. Aufw. d. Vers.-Betriebs in % der Beiträge; [4]) in Promille d. eingel. Neugeschäfts; [5]) Bruttoüberschuß in % d. Beiträge.

KERAMAG / Chancen auf dem Renovierungssektor

Rückkehr zur Dividende

J. GEHLHOFF, Düsseldorf

Programmgemäß kehrt der Sanitärkeramik-Produzent Keramag AG, Ratingen, nach drei Ausfalljahren für 1984 mit dem Vorschlag von 2,50 DM je Aktie zur Dividende zurück (Hauptversammlung am 14. Juni). Den Eigentümern von 18 Mill. DM Aktienkapital (87 Prozent bei der Pariser Lafarge-Grupe, Rest Streubesitz) hätte man aus dem trotz Wiederbeginn der Körperschaftsteuerzahlung von 2,8 (-) Mill. DM bei 3,1 (3,3) Mill. DM gehaltenen Jahresüberschuß auch mehr bieten können. Das Bescheidenere begründet der Vorstand mit Vermeidung von Steuernachteilen aus (letztmals) „negativem EK 56" und mit dem Streben, „Dividenden-Kontinuität" zumindest auf jetziger Höhe tunlichst auch auf dem 1985 noch weiter in die Flaute taumelnden Markt zu erzielen.

Der Wind bläst da den Deutschen aus mehreren Richtungen ins Gesicht. Mit schrumpfendem Volumen an Wohnungsneubauten müssen sie auf dem Heimatmarkt bereits mehr als 70 (anno 1972 noch 80) Prozent ihres gesunkenen Absatzes aus Sanierung/Renovierung bestreiten. Billigimporte, sehr oft subventioniert, sind nach Stückzahl schon auf 46 Prozent der deutschen Marktversorgung angeschwollen.

Die Wunderwaffe „innovatives Marketing" aber, die Keramag für die Mobilisierung des im Grunde riesigen Renovierungsmarktes neuerdings beschwört, hat diesem (nach Villeroy & Boch) zweitgrößten deutschen Produzenten schon einiges gebracht: Besser als der Branchendurchschnitt sei man 1984 in der mit noch 612 (686) Beschäftigten erzielten Umsatzsteigerung um 5,5 Prozent auf 99,8 Mill. DM vorangekommen. Besser als die Branche auch bei dem im ersten Quartal 1985 konstant gehaltenen Umsatz. Hinzu kommt 1985 ein attraktives Finanzanlagen-Ergebnis: Auf restlichem Rückzug aus dem vor einem Jahrzehnt begonnenen (und mißglückten) Weg zum Allround-Anbieter fürs Badezimmer wurden jetzt die Beteiligungen Sanbloc GmbH, Weilheim ((33 Prozent), und Schwab GmbH, Reutlingen (26 Prozent), mit etwa dem Doppelten des Buchwertes verkauft.

UHDE / Erste Belebungszeichen im Anlagenbau

Durststrecke geht zu Ende

J. GEHLHOFF, Düsseldorf

Auf dem weltweit umkämpften Markt des Großanlagenbaus sei man mit dem eigenen Auftragseingang „alles in allem noch recht zufrieden", schreibt die Geschäftsführung der Uhde GmbH, Dortmund, in ihrem Jahresbericht 1984. Die als Engineering-Unternehmen auf den „verfahrensgebundenen" Anlagenbau mit Schwergewicht im Chemiebereich konzentrierte Hoechst-Konzerntochter (75 Mill. DM Stammkapital) hat jedoch einiges aus der Weltwirtschaftsflaute auch im eigenen Geschäft gespürt.

Einschließlich ihrer Auslandstöchter fiel bei der Uhde GmbH der Auftragseingang auf 619 (684) Mill. DM zurück. Auch die Mitarbeiterzahl wurde leicht auf 3286 (3373) abgebaut. Bei einem auf 1,09 (0,97) Mrd. DM gesteigerten und fast nur auf Auslandsmärkten erzielten Umsatz sackte der Auftragsbestand weiter auf 1,3 (1,82) Mrd. DM ab.

In der zweiten Hälfte von 1984 jedoch habe man ebenso wie die weltweiten Wettbewerber erste Anzeichen für eine Neubelebung des Anlagengeschäfts gespürt. „Jedenfalls gelang es uns, den Auftragsrückgang abzubremsen." Seither habe sich auch die Nachfrage im Projektbereich spürbar erhöht. Dem Hoffnungsschimmer folgt die Einschränkung:

Häufig lasse sich aufgrund „äußerst komplexer" Finanzierungsmodelle und den damit verbundenen längeren Entscheidungsfristen noch keine konkrete Aussage darüber treffen, „wann und in welchem Umfang diese Investitionsvorhaben tatsächlich verwirklicht werden". Nicht unfroh fügt Uhde dem eine weitere aktuelle Beobachtung hinzu: Inzwischen seien die Kunden „zunehmend" dazu übergegangen, bei ihrer Vergabeentscheidung „dem Preis nicht mehr die alleinige Priorität einzuräumen".

Walter: Höheres Investitionstempo

nl. Stuttgart

Die Walter-Gruppe, Tübingen, die sich in den Sparten Hartmetall, Werkzeuge für die Metallzerspanung und Werkzeugschleifmaschinen betätigt, ist mit einem gegenüber dem Vorjahr deutlich höheren Auftragsbestand in das Geschäftsjahr 1985 hineingegangen. Der Auftragseingang stieg im vergangenen Jahr um 25 Prozent auf 159 Mill. DM, bei Werkzeugschleifmaschinen sogar um 35 Prozent. Hohe Zuwachsraten verbuchte Walter in den USA und Japan.

1984 war der Umsatz um 15 Prozent auf 152 Mill. DM angestiegen. Der Auslandsanteil am Umsatz macht 60 Prozent aus. Auch habe sich das Ergebnis „deutlich verbessert" und wieder Anschluß an den langfristigen Durchschnitt gefunden. Investiert wurden 6,8 (Vorjahr: 3,5) Mill. DM. Für die kommenden fünf Jahre wurde ein Investitionsprogramm im Volumen von insgesamt 50 Mill. DM auf den Weg gebracht. Die Walter-Gruppe beschäftigt rund 1300 Mitarbeiter.

VOGEL-VERLAG / Computer-Magazine als Renner

Organisation geändert

JOACHIM WEBER, Würzburg

Von einem neuen Organisationskonzept verspricht sich die Verlagsgruppe Vogel, Würzburg, mehr Schlagkraft an ihren Märkten. Ihre Unternehmensbereiche Zeitschriften, Bücher (Management und Technik), Druckhaus sowie Service (Beratung, Adreßvertrieb usw.) mit einem Anhang „neue Medien" sollen künftig als selbständige Geschäftseinheiten agieren.

Die Gruppe um die Vogel Verlag KG, nach wie vor hundertprozentig in Familienbesitz, ist 1984 weiter kräftig gewachsen. Ihr Außenumsatz nahm um ein Sechstel auf 131 (112) Mill. DM zu. Davon stammten 69 Prozent aus dem Zeitschriftengeschäft, 23 Prozent aus dem Außenumsatz des Druckhauses und jeweils vier Prozent aus dem Buchverlag und dem jungen Bereich Neue Medien und Service (der mit plus 37 Prozent auch das flotteste Wachstum vorzuweisen hatte).

Im Zeitschriftenbereich waren es zwar immer noch die „traditionellen" Fachzeitschriften, die mit 63 Mill. DM (davon 49 Mill. DM Anzeigen- und 14 Mill. DM Vertriebserlöse) den Löwenanteil zum Umsatz beitrugen. Doch die weitaus stärkeren Zuwachsraten kamen von den relativ jungen Magazinen für die verchiedenen Interessengruppen von Computer-Anwendern, deren Umsätze um fast 52 (Fachzeitschriften: acht) Prozent auf 27 Mill. DM zunahmen.

Über die Erträge der 100-Mitarbeiter-Gruppe wird mittelstandskonform geschwiegen. Rückschlüsse auf eine günstige Entwicklung läßt aber der Hinweis zu, daß das Anlagevermögen 1978 erst zu 113 Prozent, 1984 aber bereits zu 122 Prozent durch Eigenkapital gedeckt war, obwohl in diesem Zeiraum 39 Mill. DM in Sachanlagen investiert wurden. Hinzu kamen im vergangenen Jahr noch knapp 9 Mill. DM an Anlaufkosten für neue Projekte.

Selektive Aktienkäufe

Technologie- und Maschinenbauwerte gesucht

DW. – Trotz des zeitweise schleppenden Geschäfts war die Tendenz am Aktienmarkt generell freundlich. Der von der Hannover-Messe ausgehende Konjunkturoptimismus fand in zahlreichen Kaufempfehlungen seinen Niederschlag. Auch für Papiere der Großchemie lagen einige Kaufaufträge aus dem Ausland vor, so daß auch diese Gruppe kleinere Kursgewinne verzeichnete. Eine Enttäuschung bildete der Entschluß der Hoesch-Verwaltung auf eine Dividendenzahlung zu Gunsten der inneren Stärkung des Unternehmens zu verzichten.

Die Umsatzprognosen von Nixdorf lockten Käufer aus dem In- und Ausland an. Dabei erreichten Nixdorf-Aktien einen neuen Rekordstand. Gut im Markt blieben auch Siemens-Aktien die von einigen Banken als ausgesprochen unterbewertet klassifiziert werden. Hier sollen Kaufaufträge aus der Schweiz vorgelegen haben. Von den Großbanken wurde immer noch die Dresdner Bank bevorzugt, deren Kurs sich nun um rund 40 DM von der Commerzbank-Notiz abgesetzt hat. Erholt lagen Kali und Salz, aber auch Lufthansa-Vorzüge, beides Papiere, die zeitweise unter dem schwächeren Dollarkurs gelitten hatten. Von den Autoaktien kamen lediglich Porsche etwas voran. Vorsichtige Käufe bei den Versorgungswerten, ohne daß sich jedoch deren Kurse nennenswert veränderten.

Frankfurt: Hoesch mußten einen Kursverlust von 4,30 DM hinnehmen. KHD verteuerten sich um 6 DM, sowie GHH-VA und MAN-St um jeweils 2,50 DM. Kali + Salz erhöhten um 5 DM und IWKA um 8 DM. Daimler Benz gaben um 1,50 DM nach.

Düsseldorf: Aseag verminderten um 10 DM und Deutsche Texaco um 4 DM. Verseidag und Zanders gaben um 3 DM nach. Kromschröder stockten um 5 DM und Riedel de Haen um 11 DM auf. Allianz Leben verbesserten sich um 90 DM.

Hamburg: Beiersdorf gaben um 7 DM nach. Reichelt fielen um 3 DM zurück und Hapag Lloyd verminderten um 3,50 DM. Phoenix Gummi verloren 1 DM. Triton wurden mit 112,50 DM gehandelt. Vereins- und Westbank stiegen um 2 DM auf 322 DM.

Berlin: Berliner Elektro erhöhten sich um 6 DM und Dt. Hypobank Berlin um 5 DM. DUB-Schultheiss konnten sich um 2 DM und Orenstein um 1 DM erholen. Berthold gaben um 2,50 DM und Kempinski um 2 DM nach.

München: Nachgegeben haben Audi AG um 28 DM und Süd Chemie um 20 DM. Otto Stumpf AG verloren 1 DM und Agrob St. 4 DM. Aufgestockt haben Bay. hartstein um 13 DM, Electro 2000 um 4 DM und Leonische Draht um 4,50 DM.

Stuttgart: IWKA setzten ihre Aufwärtsbewegung um 8,50 DM fort. Hohner stockten um 3,50 DM auf. Hesser notierten 395 DM (plus 3 DM). Aesculap waren bei 412 DM gefragt. Audi-NSU verminderten um 21 DM.

Nachbörse: freundlich

WELT-Aktienindex: 179,9 (178,8)
WELT-Umsatzindex: 3410 (2880)

Fortlaufende Notierungen und Umsätze

(Düsseldorf – Frankfurt – Hamburg – München; Aktien-Umsätze)

Inland

Ungeregelter Freiverkehr

Freiverkehr

Unnotierte Werte

Inlandszertifikate

Auslandszertifikate (DM)

Fremde Währungen

Ausländische DM-Anleihen

Ausland

New York

Amsterdam

Tokio

Zürich

Madrid

Paris

Mailand

Toronto

London

Wien

Kopenhagen

Hongkong

Brüssel

Singapur

Sydney

Optionshandel

Goldmünzen

In Frankfurt wurden am 22. April folgende Goldmünzenpreise genannt (in DM):

Gesetzliche Zahlungsmittel*)

	Ankauf	Verkauf
20 US-Dollar	1355,00	1727,10
10 US-Dollar (Indian)**)	1200,00	1460,55
5 US-Dollar (Liberty)	490,00	672,60
1 £ Sovereign alt	223,00	277,02
1 £ Sovereign Elizabeth II.	220,00	273,70
20 belgische Franken	172,00	224,58
10 Rubel Tscherwonez	233,00	292,98
2 südafrikanische Rand	217,50	269,61
Krüger Rand, neu	988,00	1166,22
Maple Leaf	988,00	1166,22
Platin Noble Man	879,50	1042,53

Außer Kurs gesetzte Münzen*)

	Ankauf	Verkauf
20 Goldmark	230,00	290,70
20 schweiz. Franken „Vreneli"	175,25	228,29
20 franz. Franken „Napoléon"	177,75	231,14
100 österr. Kronen (Neuprägung)	912,00	1103,52
20 österr. Kronen (Neuprägung)	182,00	230,28
10 österr. Kronen (Neuprägung)	95,00	125,40
4 österr. Dukaten (Neuprägung)	434,00	517,56
1 österr. Dukaten (Neuprägung)	100,00	136,80

*) Verkauf inkl. 14 % Mehrwertsteuer
**) Verkauf inkl. 7 % Mehrwertsteuer

Euro-Geldmarktsätze

Devisen und Sorten

Devisenmärkte

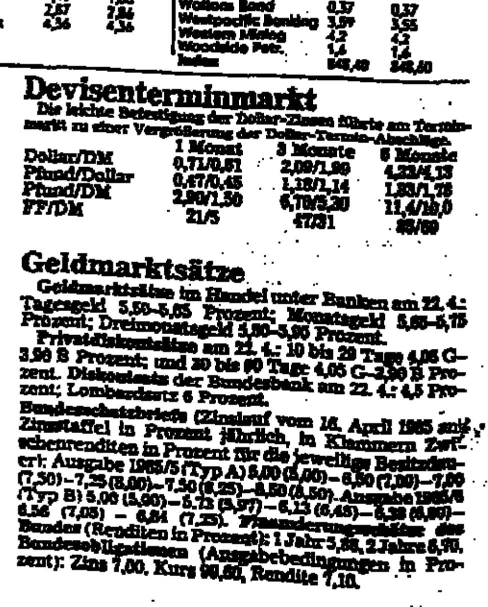
Das Geschehen an den Devisenmärkten war am 22. 4. von Unentschiedenheit gekennzeichnet. Der vielfach erwartete Rückgang des US-Dollar fand nicht statt. Es bildete sich vielmehr eine starke Widerstandslinie bei 2,96 DM und ein Ansteigen von Raten auf 2,99 DM war zu beobachten. Nachdem am frühen Morgen sogar Kurse in der Nähe von 3,00 DM zu hören waren. Der Zinssenkungsprozeß in der USA kam vorerst zum Stillstand. Die Befürchtung, daß sich zum Monatsende eine etwas festere Zinstendenz entwickeln könnte, nahm zu. Die Kursbildung der übrigen Währungen verlief ohne Höhepunkte. Größere Veränderungen verzeichnete lediglich der Escudo, der um 1,69 Prozent auf das neue historische Tief von 1,740 zurückfiel und die dänische Krone, die 13 Pfennig höher bezahlt wurde. US-Dollar in: Amsterdam 3,3780; Brüssel 60,13; Paris 9,1120; Mailand 1908,00; Wien 20,9680; Zürich 2,4617; Pfund/DM 3,136; Pfund/Dollar 1,2870.

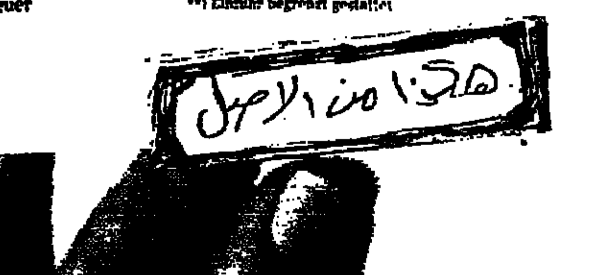
Die Europäische Währungseinheit (ECU) am 19. April in D-Mark 2,23519 (Parität 2,24184); in Dollar 0,750953 (12. März 1979: 1,35444).

Ostmarkkurs am 19. 4. (je 100 Mark Ost) – Berlin: Ankauf 19,50, Verkauf 22,50 DM West; Frankfurt: Ankauf 19,75, Verkauf 22,75 DM West.

Devisenterminmarkt

Geldmarktsätze





Bundesanleihen

			22.4.	19.4.
F	7¾ Bund 79 II	6/85	100,1	100,1G
F	7¾ dgl. 79 I	7/85	100,35	100,35G
F	8 dgl. 76 IV	10/85	100,8	100,8
F	5½ dgl. 78 II	3/86	99,45	99,5
F	5¾ dgl. 78	5/86	99,1G	99,1
F	7¾ dgl. 76 I	12/86	101	101
F	6½ dgl. 79	1/87	101,05G	101,05G
F	7¼ dgl. 76 II	1/87	99,9bG	99,9bG
F	6¾ dgl. 77	4/87	100,35	100,3
F	6½ dgl. 77	7/87	99,75bG	99,75
F	6 dgl. 77	10/87	98,5	98,5bG
F	6 dgl. 78 I	1/88	98,5	98,45
F	6½ dgl. 78 I	9/88	99,45	99,4
F	6½ dgl. 78 II	12/88	99,4bG	99,2
F	6¾ dgl. 79	1/89	100,2	100,1
F	7¼ dgl. 79 I	4/89	101,65	101,65
F	10 dgl. 81 I	4/89	110,3	110,3
F	7½ dgl. 79 I	6/89	102,3G	102,2
F	8 dgl. 79 I	7/89	103,8	103,8
F	8 dgl. 79 II	8/89	103,8	103,8
F	7½ dgl. 79 II	9/89	102,6	102,5
F	7¾ dgl. 79 II	11/89	103,45	103,45
F	7¾ dgl. 80	1/90	103,35	103,4G
F	10 dgl. 80	4/90	112,05	112,05bG
F	5¾ dgl. 78	5/90	95,65G	95,65
F	8¼ dgl. 80 I	7/90	105,15G	105,15bG
F	8¼ dgl. 80 II	11/90	105,4	105,2
F	7¾ dgl. 82 I	11/90	103,25	103,2
F	9 dgl. 81	2/91	108,15G	108,15
F	7½ dgl. 83 III	6/91	102,05	101,95bG
F	10½ dgl. 81	7/91	114,2	114,2
F	10¾ dgl. 81	9/91	116,7	116,7
F	10 dgl. 81 II	12/91	115,4	115,4
F	9¾ dgl. 82 I	1/92	112,2	112,2bG
F	9¾ dgl. 82 II	5/92	112,4G	112,4
F	9½ dgl. 82	4/92	111,2	111,15
F	9 dgl. 82 I	5/92	108,7	108,7
F	8½ dgl. 82	6/92	106,15	106,2
F	9 dgl. 82 II	8/92	108,95G	108,95
F	8¾ dgl. 82	9/92	107,6G	107,6
F	7¾ dgl. 82 II	12/92	103,1	103,05
F	7½ dgl. 83	1/93	101,75	101,8bG
F	6 dgl. 78 II	3/93	93,7	94
F	7½ dgl. 83 II	3/93	101,8	101,8
F	8¼ dgl. 83	6/93	105,6	105,6
F	8 dgl. 83	7/93	104,3	104,3
F	8¼ dgl. 83 II	8/93	105,7	105,7
F	8¼ dgl. 83 III	10/93	105,6	105,65
F	8¼ dgl. 83 IV	11/93	105,6	105,6
F	8¼ dgl. 83 V	12/93	105,8G	105,8
F	8¼ dgl. 84	1/94	105,6	105,6
F	8 dgl. 79 I	7/89	103,5	103,5
F	6 dgl. 78 I	2/90	96,2	96,15
F	8 dgl. 80 II	7/90	103,95	104G
F	9 dgl. 81	3/91	108,2	108,1
F	10½ dgl. 81	9/91	115,55G	115,55
F	10¼ dgl. 81	11/1	114,75G	144,75
F	8 dgl. 80 I	2/92	103,65	103,75
F	10 dgl. 82	2/92	113,75G	113,75
F	9½ dgl. 82	7/92	111,6	111,6
F	8 dgl. 82	11/92	103,7	103,65
F	7¾ dgl. 83	1/93	102,5	102,5
F	8½ dgl. 83	10/93	105,35	105,35
F	8¼ dgl. 84	6/94	105,8	105,7
F	7¾ dgl. 84	10/94	100,2	100,2
F	7½ dgl. 85	1/95	98,9	98,9

Bundespost

F	6¾ Bdpost 68	6/88	99,4G	99,4G
F	8 dgl. 72 I	9/87	102,35	102,35
F	8 dgl. 80	3/90	104,3	104,3
F	7¾ dgl. 80	9/90	102,9	102,85
F	8¾ dgl. 80	12/90	107,1	107,2
F	10 dgl. 81	3/89	110,1	110,1
F	10¼ dgl. 81	6/89	111,35	111,35G
F	10¾ dgl. 81	10/91	115,7G	115,7
F	9¾ dgl. 82	2/92	112,5G	112,5
F	8¾ dgl. 82	6/92	107,5	107,5
F	8½ dgl. 82	10/92	106,25G	106,25
F	7¾ dgl. 83	2/93	102,45	102,45
F	8½ dgl. 83	9/93	107G	107
F	8¼ dgl. 84	2/94	105,5	105,5
F	8 dgl. 84	9/94	104,3	104,4

Länder – Städte

S	6½ Bd.-Württ.78	86	99,5	99,25G
S	8¾ dgl. 87	92	105,25	105
M	6½ Bayern. 67	87	102G	102G
M	6 dgl. 68	85	99,8G	99,8G
M	6 dgl. 78	88	97,55bG	97,7bG
M	8¾ dgl. 80	90	106,25G	106bG
M	8¾ dgl. 82	92	107,4bG	107,4G
M	7½ dgl. 83	93	101,75bG	101,75bG
M	8 dgl. 84	94	103,65bG	103,65bG
B	8½ Berlin 70	85	100,75	100,75
B	8 dgl. 72	85	100,25	100,25
B	6½ dgl. 78	88	99,65	99,75
B	8¾ dgl. 80	88	104,9	104,9
Br	7¾ Bremen 71	87	101,2G	101,2G
Br	8 dgl. 72	87	101,6G	101,6G

Bundesbahn

F	7 dgl. 77	2/87	100,45G	100,45
F	6 dgl. 77	9/87	98,5G	98,5
F	6 dgl. 78 II	7/88	97,7G	97,7
F	6½ dgl. 77	5/89	98,8	98,85

Rentenmarkt verstopft

Auf dem deutschen Rentenmarkt ist die Zinssenkung zum Stillstand gekommen. Auf der jetzt erreichten Kursbasis fließt nur noch wenig Material ab. Die Kurse öffentlicher Anleihen werden überwiegend etwas zurückgenommen. Die Banken setzten weiterhin auf Bestände früherer Emissionen, die sich auf dem jetzigen Kursniveau noch nicht absetzen lassen. Ähnlich ist die Situation bei den DM-Auslandsanleihen, wo der Markt ebenfalls als partiell verstopft gilt. Bei den Pfandbriefen am Wochenbeginn nur wenige Veränderungen.

M	7 dgl. Pf 20	99,75G	99,75G
B	5 Berl.Pfandb. Pf 7	102,5G	102,5G
B	7 dgl. Pf 31	100,25	100,25G
B	6 dgl. Pf 34	98,25G	98,25G
B	6½ dgl. Pf 37	99,5G	99,5G
Hn	5 BrHam. Hypo. Pf 1	118G	118G
Hn	7 dgl. Pf 80	94,75G	94,75G
Hn	7½ dgl. Pf 87	100G	100G
Hn	6 dgl. KS 29	84G	84G
Hn	7 dgl. KS 30	100,5G	100,5G
D	5 Dt.Centbod. Pf 44	120,5G	120,5G
D	5 dgl. Pf 54	116bG	116bG
D	6 dgl. Pf 109	84G	84G

D	6 dgl. Pf 28	97G	97G
D	6½ dgl. Pf 67	84,5G	86,5G
D	5½ dgl. KO 3+E	126G	126G
D	7½ dgl. KO 77	100G	100G
S	5 RhHyp.Mannh.Pf59	110G	110G
S	5½ dgl. Pf 109	75,25G	75,25
S	7 dgl. Pf 125	100,5G	100,25G
S	7 dgl. Pf 128	96G	95G
S	8 dgl. Pf 177	101,6G	101,6G
S	6 dgl. KS 77	84,5G	83,5G
Br	5 St.Kr.Ol-Br Pf17	124,25G	124,25G
Br	5½ dgl. Pf 24	107,75G	107,75G
Br	5 dgl. Pf 56	82,9G	82,9G
Br	5½ dgl. Pf 43	89,4G	89,4G
Br	6 dgl. Pf 56	84,3G	84,5G

F	7½ Karstadt 71	100,5T	100,3G
F	7½ Kaufhof 71	100,65	100,35G
F	7½ dgl. 71	100,55	100,5G
F	7½ dgl. 76	100,35	100,3G
F	7½ Klöckner W. 71	100,15G	100,15G
F	8 dgl. 72	100,5	100,5G
F	6 NWK 61	99,4G	99,4G
F	6 dgl. 62	98,6G	98,6G
F	6 Ob.Don.Krwk. 64	96,6G	96,6G
F	6 Rh.Braw. 63	97,8T	97,8T
F	6 dgl. 65	97T	97T
F	6 RWE 63	98,5G	98,5G
F	6 dgl. 65	97,5G	97,75
F	7½ dgl. 71	100,55G	100,55G
F	7 dgl. 72	100G	100G

M	6½ dgl. Pf 18	87G	87G
M	6 dgl. IS 1	99,9G	99,9G
M	6 Lda. Aufb. IS 15	99,5G	99,5G
M	6 dgl. IS 16	98,25G	98,75G
M	6 dgl. IS 17	98,15G	98,15G
M	8½ dgl. KO 49	100,6G	100,6G
M	8½ dgl. KO 48	100,5G	100,5G
M	7½ Bay.Lbkgz. Pf 105	101,5G	101,5G
M	5 Bayer.Verbk. Pf 11	120,5G	120,5G
M	6 dgl. Pf 4	95,75G	95,75bG
M	6½ dgl. Pf 3	92G	91,5G
M	6½ dgl. Pf 12	91,5G	91,5G

Hn	7½ dgl. Pf 4	91,5G	91,5G
Hn	8 dgl. Pf 10	100,1G	100,1G
Hn	9 dgl. KO 53	100,1G	100,1G
Hn	7½ dgl. IS 6	101,2G	101,2G
Hn	10 dgl. IS 37	100,3G	100,3G
F	5 Pfälz. Hypo. Pf 48	116G	116G
F	6 dgl. Pf 58	89,9G	89,9G
F	6 dgl. Pf 95	81G	81G
F	7 dgl. Pf 114	100G	100G
D	5 RW Bodencr.Pf C	126G	126G
D	5½ dgl. K	107G	107G
D	4 dgl. Pf 18	105G	105G

D	5½ dgl. 78	97	96,9
D	7 dgl. 79	100,2	100,3

Industrieanleihen

F	6 Badenwk. 78	97,25xZhg	–Zhg
F	8 Chem. Hüls 71	–Zhg	–Zhg
F	7¾ Conti Gummi 71	100,3T	100,3T
F	5½ HEW 62	99,7G	99,7G
F	7½ dgl. 71	100G	100G
F	4½ Harpen 59	2570G	2570G
F	7½ Hoesch 71	100,25T	100,25T

F	3¾ dgl. 83 o. O.	87,75
F	4 Dresdn.Bk. 83 m. O.	108,9
F	4 dgl. o. O.	90,4
F	4 dgl. 84 m. O.	128
F	4 dgl. 84 o. O.	103,1
F	3½ Fuji 84 m. O.	104,8
F	5½ dgl. 84 o. O.	87,75
F	3½ Honwa 84 m. O.	95,5T
F	3½ dgl. 84 o. O.	87,25G
F	7½ Jap. Synth. 82 m.O.	280G
F	7½ dgl. 82 o. O.	101G

Bankschuldverschr.

Sonderinstitute

Optionsscheine

Optionsanleihen

Währungsanleihen

Wandelanleihen

Düsseldorf

DM-Auslandsanleihen

Ausländische Aktien in DM

Warenpreise – Termine

Etwas fester schlossen am Freitag die Gold-, Silber- und Kupfernotierungen an der New Yorker Comex. Während Kaffee deutliche Gewinne verbuchen konnte, notierte Kakao in sehr engen Grenzen uneinheitlich.

Getreide und Getreideprodukte

Weizen Chicago (c/bush)	19. 4.	18. 4.
Mai	358,00	352,50
Juli	332,75	330,50
Sept.	332,25	330,25

Weizen Winnipeg (can. $/t) Wheat Board cif.	19. 4.	18. 4.
St. Lawrence 1 CW	242,74	242,99
Amber Durum	239,74	240,84

Roggen Winnipeg (can. $/t)		
Mai	131,90	131,80
Juli	136,10	136,00
Okt.	140,60	140,60

Hafer Winnipeg (can. $/t)		
Mai	129,50	130,80
Juli	125,70	126,80
Okt.	121,90	122,30

Hafer Chicago (c/bush)	19. 4.	18. 4.
Mai	168,25	167,75
Juli	164,00	163,00
Sept.	161,00	160,25

Mais Chicago (c/bush)		
Mai	285,50	282,50
Juli	282,00	280,25
Sept.	270,75	270,00

Gerste Winnipeg (can. $/t)	19. 4.	18. 4.
Mai	140,20	140,70
Juli	133,60	124,60
Okt.	124,20	124,20

Genußmittel

Kaffee New York (c/lb)	19. 4.	18. 4.
Terminkontr. Mai	142,05	140,60
Juli	142,00	140,25
Sept.	141,65	140,01

Kakao New York ($/t)	19. 4.	18. 4.
Terminkontr. Mai	2490	2450
Juli	2250	2246
Sept.	2175	2172
Umsatz	3201	3819

Zucker New York (c/lb)		
Kontrakt Nr. 11 Mai	3,49	3,52
Juli	3,69	3,67
Sept.	3,87	3,87
Okt.	3,99	4,03
Mai	4,31	4,46
Umsatz	8506	–

Ica-Preis fob karibische Häfen (US-c/lb)	19. 4.	18. 4.
	3,32	3,47

Kaffee London (£/t) Robusta-	19. 4.	18. 4.
Kontrakt Mai	1986–1990	1984–1987
Juli	2026–2029	2025–2030
Sept.	2071–2073	2070–2095
Umsatz	2755	4882

Kakao London (£/t)		
Terminkontrakt Mai	1906–1907	1907–1908
Juli	1897–1898	1896–1896
Sept.	1846–1848	1847–1848
Umsatz	2869	3294

Zucker London ($/t), Nr. 6		
Mai	103,80–104,20	107,20
Aug.	110,20–110,60	112,40
Okt.	114,00–114,20	116,00
Umsatz	–	–

Pfeffer Singapur (Straits-Sing.-$/100 kg)	19. 4.	18. 4.
schw. Sarawak spez.	740,00	740,00
weißer Sarawak	885,00	885,00
weißer Muntok	895,00	895,00

Orangensaft New York (c/lb)	19. 4.	18. 4.
Mai	156,00	155,55
Juli	155,75	155,40
Sept.	155,10	155,20
Nov.	153,00	153,50
Jan.	153,00	153,50
Umsatz	350	350

Öle, Fette, Tierprodukte

Erdnußöl New York (c/lb)	19. 4.	18. 4.
Südstaaten fob Werk.	49,00	49,00

Maisöl New York (c/lb)		
US-Mittelweststaaten fob Werk	35,00	35,00

Sojaöl		
Chicago (c/lb) Mai	31,50	31,81
Juli	30,25	30,52
Aug.	29,50	29,70
Sept.	28,70	29,00
Okt.	27,75	28,00
Dez.	27,15	27,30
Jan.	26,82	27,15

Baumwollsaatöl New York (c/lb)		
Mississippi-Tal fob Werk	31,50	31,50

Schmalz Chicago (c/lb)		
loco lose	23,50	23,50
Choise white hog 4% fr. F.	19,75	19,75

Talg New York (c/lb)		
top white	20,00	20,00
fancy	19,75	19,75
bleichfähig	18,25	18,25
yellow max. 10% fr. F.	17,00	17,00

Schweine Chicago (c/lb)		
April	42,50	43,50
Juni	48,10	48,35
Juli	50,25	50,40

Schweinebäuche Chicago (c/lb)		
Mai	65,20	65,25
Juli	66,75	66,50
Aug.	65,10	65,00

Häute Chicago (c/lb)	19. 4.	18. 4.
Ochsen sinh. schwere River Northern	55,00	55,00
Kühe sinh. schwere River Northern	42,00	42,00

Sojabohnen Chicago (c/bush)		
Mai	597,00	595,00
Juli	603,50	603,50
Aug.	605,00	604,75
Sept.	602,00	603,50
Nov.	608,50	608,00
Jan.	617,75	618,75
März	629,00	639,25

Sojaschrot Chicago ($/sht)		
Mai	127,80	128,20
Juli	133,60	134,30
Aug.	136,50	137,40
Sept.	139,00	139,90
Okt.	142,00	143,00
Dez.	147,30	148,00
Jan.	149,50	150,10

Leinsaat Winnip. (can. $/t)	19. 4.	18. 4.
Mai	372,00	369,00
Juli	375,00	372,00
Okt.	375,00	372,40

Kokosöl New York (c/lb)	19. 4.	18. 4.
Westküste fob Werk	–	–

Erdnußöl Rotterdam ($/t)	22. 4.	19. 4.
jegl. Herk. cif	1025,00	1030,00

Leinöl Rotterdam ($/t)		
jegl. Herk. ex Tank	725,00	730,00

Palmöl Rotterdam ($/lgt)		
Sumatra cif	650,00	670,00

Sojaöl Rotterd. (hfl/100 kg)		
roh Niederl. fob Werk	231,50	233,00

Kokosöl Rotterdam ($/lgt)		
Philippinen cif	825,00	820,00

Leinsaat Rotterdam ($/t)		
Kanada Nr. 1 cif Rotterdam	311,00	310,00

Wolle, Fasern, Kautschuk

Baumwolle New York (c/lb) Kontrakt Nr. 2	19. 4.	18. 4.
Mai	67,86	68,15
Juli	66,70	66,90
Okt.	65,05	65,15
Dez.	65,30	65,35
März	66,40	66,30
Mai	67,20	67,10

Kautschuk New York (c/lb), Händlerpreis		
loco RSS-1	42,00	42,00

Wolle Lond. (Neuseel. c/kg) Kreuzz. Nr. 2	19. 4.	18. 4.
Mai	512–513	513–515
Aug.	531–533	532–537
Okt.	533–534	534–538
Umsatz	51	42

Wolle Roubaix (F/kg) Kammzüge	19. 4.	18. 4.
Mai	55,00	55,00
Juli	55,20	55,20
Okt.	55,30	55,30
Dez.	55,30	55,50
Umsatz	0	0
Tendenz: stetig		

Wolle Sydney (austr. c/kg) Merino-Schweißwolle Standardtype	19. 4.	18. 4.
Mai	636,0–638,0	630,0–650,0
Juli	655,0–660,0	649,0–659,0
Okt.	628,0–630,0	622,0–627,0
Umsatz	70	39

Sisal London ($/t) cif eur. Haupthäfen	19. 4.	18. 4.
East African 3 long	680,00	680,00
undergraded	570,00	570,00

Seide Yokoh. (Y/kg) AAA, ab Lager	19. 4.	18. 4.
April	12 100	12 200
Mai	12 140	12 202

Kautschuk London (p/kg)	19. 4.	18. 4.
Nr. 1 RSS loco	65,00–66,00	65,25–66,25
Mai	69,00–71,50	69,50–72,00
Juni	79,00–72,50	70,50–73,00
Juli	71,00–73,50	71,50–74,00
Tendenz: ruhig		

Kautschuk Malaysia (mal. c/kg)	19. 4.	18. 4.
April	191,75–192,50	190,50–191,00
Mai	195,25–196,00	193,50–194,50
Nr. 2 RSS April	190,50–191,50	189,50–190,50
Nr. 3 RSS April	187,00–188,00	186,00–187,00
Nr. 4 RSS April	180,50–181,50	179,50–180,50
Tendenz: ruhig		

Jute London (£/lgt)	18. 4.	18. 4.
BWC	945,00	945,00
BWD	930,00	930,00
BTC	945,00	945,00
BTD	930,00	930,00

Erläuterungen – Rohstoffpreise

Mengen-Angaben: 1 troyounce (Feinunze) = 31,1035 g; 1 lb = 0,4536 kg; 1 Fl. – 76 WD – (–); BTC – (–); BTD – (–).

Westdeutsche Metallnotierungen

(DM je 100 kg)

Aluminium Bas. London	22. 4.	19. 4.
laufend. Monat	334,85–334,99	333,87–334,35
drittfolg. Monat	340,75–341,14	338,21–338,59
Blei: Basis London		
laufend. Monat	115,96–116,15	114,21–114,60
drittfolg. Monat	115,96–116,15	114,80–114,98
Nickel: Basis London		
laufend. Monat	1854,93–1855,70	1855,36–1900,21
drittfolg. Monat	1829,67–1830,70	1823,82–1825,54
Zink: Basis London		
laufend. Monat	286,91–287,68	288,28–288,48
drittfolg. Monat	284,61–284,99	284,83–285,02
Produz.-Preis	286,51	286,42
Reinzinn 99,9%	3913–3950	4021–4061

NE-Metalle

(DM je 100 kg)	22. 4.	19. 4.
Elektrolytkupfer für Leitzwecke (DEL-Notiz)*	482,21–487,48	482,24–485,52
Blei in Kabeln	123,75–124,75	122,00–123,00
Aluminium für Leitzwecke (VAW)		
Rundbarren	455,00–458,50	455,00–458,50
Vorzieldraht	464,00–464,50	464,00–464,50

*Auf der Grundlage der Meldungen über höchsten und niedrigsten Kaufpreis durch 19 Kupferverarbeiter und Kupferhändler.

Messingnotierungen

	19. 4.	18. 4.
MS 58, 1. Verarbeitungsstufe	427–437	427–436
MS 58, 2. Verarbeitungsstufe	470–471	470
MS 63	470–476	468–475

Zinn-Preis Penang

Straits-Zinn ab Werk prompt (Ring./kg)	19. 4.	18. 4.
	29,35	29,40

Deutsche Alu-Gußlegierungen

(DM je 100 kg)	22. 4.	19. 4.
Leg. 225	378–405	378–405
Leg. 226	380–407	380–407
Leg. 231	410–440	410–440
Leg. 233	420–450	420–450

Die Preise verstehen sich für Abnahmemengen von 1 bis 5 t frei Werk.

Edelmetalle

	22. 4.	19. 4.
Platin (DM je g)	30,10	29,756
Gold (DM je kg Feingold)		
Bankverk.-Vkpr.	31 780	31 780
Rücknahmepr.	31 010	31 010
Gold (DM je kg Feingold) (Basis Lond. Fixing)		
Degussa-Vkpr.	32 110	32 020
Rücknahmepr.	31 290	31 210
verarbeitet	33 6808	33 590
Gold (Frankfurter Börsenkurs) (DM je kg)	31 475	31 425
Silber (DM je kg Feinsilber) (Basis Lond. Fixing)		
Degussa-Vkpr.	633,70	629,40
Rücknahmepr.	633,70	610,90
verarbeitet	661,506	657,008

Internationale Edelmetalle

Gold (US-$/Feinunze)	22. 4.	19. 4.
London 10.30	328,10	327,70
15.00	–	327,00
Zürich mittags	326,80–327,30	327,75–328,25
Paris (F/1-kg-Barren) mittags	96 400	95 800
Silber (p/Feinunze)		
London Kasse	499,90	495,35
3 Monate	514,15	509,45
6 Monate	528,90	522,95
12 Monate	554,98	548,45
Platin (£-Feinunze)	19. 4.	18. 4.
London fr. Markt	222,10	219,95
Palladium (£-Feinunze)		
London f. Händlerpr.	86,35	86,25

New Yorker Preise	19. 4.	18. 4.
Gold H & H Ankauf	327,00	329,75
Silber H & H Ankauf	643,50	[illegible]
Platin fr. Händlerpr.	298,00–305,00	[illegible]
Produz.-Preis	475,00	475,00
Palladium fr. Händlerpr.	111,50–112,50	[illegible]
Produz.-Preis	130,00	[illegible]

Silber (c/Feinunze)		
April	645,20	[illegible]
Mai	645,50	[illegible]
Juli	660,80	[illegible]
Sept.	654,80	[illegible]
Dez.	664,80	[illegible]
Jan.	679,70	[illegible]
Feb.	685,10	[illegible]
Umsatz	–	[illegible]

New Yorker Metallbörse

Kupfer (c/lb)	19. 4.	18. 4.
April	62,75	[illegible]
Mai	62,90	[illegible]
Juli	63,40	[illegible]
Sept.	63,70	[illegible]
Dez.	64,20	[illegible]
Jan.	64,65	[illegible]
Febr.	64,95	[illegible]
Umsatz	–	[illegible]

Londoner Metallbörse

	22. 4.	19. 4.
Aluminium (£/t) Kasse	670,00–671,00	672,00–673,00
3 Monate	686,00–687,00	[illegible]
Blei (£/t) Kasse	301,50–302,00	[illegible]
3 Monate	301,50–302,00	[illegible]
Kupfer Highgrade (£/t) mittags Kasse	1185,0–1187,0	[illegible]
3 Monate	1150,0–1152,0	[illegible]
abends Kasse	–	[illegible]
3 Monate	–	[illegible]
(Kupfer-Standard) Kasse	1160,0–1165,0	[illegible]
3 Monate	1152,0–1153,0	[illegible]
Zink (£/t) Kasse	694,00–695,00	[illegible]
3 Monate	688,00–690,00	[illegible]
Zinn (£/t) Kasse	9265–9270	[illegible]
3 Monate	9245–9250	[illegible]
Quecksilber ($/Fl.)	–	[illegible]
Wolfram-Erz ($/T-Einh.)	–	73–76



Hypothekenbank in Hamburg

AKTIENGESELLSCHAFT

Bekanntmachung über die prospektfreie Zulassung zum Handel und zur amtlichen Notierung an der Hanseatischen Wertpapierbörse Hamburg von

1. DM 30 000 000,-
7,75% Kommunalschuldverschreibungen Em. 423
Wertpapier-Kenn-Nr. 270 591
verbrieft in mehreren Globalurkunden;
der kleinste handelbare Wert beträgt DM 100,-
Zinstermin: 3. Oktober ganzjährig, erstmals am 3. Oktober 1985,
Tilgung: 3. Oktober 1994 zum Nennwert;

2. DM 20 000 000,-
7,50% Hypothekenpfandbriefe Em. 424
Wertpapier-Kenn-Nr. 270 143
verbrieft in mehreren Globalurkunden;
der kleinste handelbare Wert beträgt DM 100,-
Zinstermin: 1. Oktober ganzjährig, erstmals am 1. Oktober 1985,
Tilgung: 1. Oktober 1991 zum Nennwert;

3. DM 50 000 000,-
7,25% Kommunalschuldverschreibungen Em. 425
Wertpapier-Kenn-Nr. 270 592
verbrieft in mehreren Globalurkunden;
der kleinste handelbare Wert beträgt DM 100,-
Zinstermin: 1. Oktober ganzjährig, erstmals am 1. Oktober 1985,
Tilgung: 1. Oktober 1990 zum Nennwert;

4. DM 30 000 000,-
7% Kommunalschuldverschreibungen Em. 426
Wertpapier-Kenn-Nr. 270 593
verbrieft in mehreren Globalurkunden;
der kleinste handelbare Wert beträgt DM 100,-
Zinstermin: 2. November ganzj., erstmals am 2. November 1985,
Tilgung: 2. November 1990 zum Nennwert;

5. DM 40 000 000,-
7% Hypothekenpfandbriefe Em. 428
Wertpapier-Kenn-Nr. 270 144
verbrieft in mehreren Globalurkunden;
der kleinste handelbare Wert beträgt DM 100,-
Zinstermin: 2. November ganzj., erstmals am 2. November 1985,
Tilgung: 2. November 1989 zum Nennwert;

6. DM 50 000 000,-
7% Kommunalschuldverschreibungen Em. 429
Wertpapier-Kenn-Nr. 270 595
3000 Stück à DM 1 000,- Nr. 1–3000
3400 Stück à DM 5 000,- Nr. 3001–6400
3000 Stück à DM 10 000,- Nr. 6401–9400
Zinstermin: 2. November ganzj., erstmals am 2. November 1985,
Tilgung: 2. November 1990 zum Nennwert;

7. DM 40 000 000,-
6,75% Kommunalschuldverschreibungen Em. 432
Wertpapier-Kenn-Nr. 270 598
verbrieft in einer Globalurkunde;
der kleinste handelbare Wert beträgt DM 100,-
Zinstermin: 1. Dezember ganzj., erstmals am 1. Dezember 1985,
Tilgung: 1. Dezember 1988 zum Nennwert;

8. DM 40 000 000,-
7% Kommunalschuldverschreibungen Em. 433
Wertpapier-Kenn-Nr. 270 599
verbrieft in einer Globalurkunde;
der kleinste handelbare Wert beträgt DM 100,-
Zinstermin: 1. Dezember ganzjährig, erstmals am 1. Dezember 1985,
Tilgung: 1. Dezember 1989 zum Nennwert;

9. DM 20 000 000,-
7% Hypothekenpfandbriefe Em. 434
Wertpapier-Kenn-Nr. 270 145
verbrieft in einer Globalurkunde;
der kleinste handelbare Wert beträgt DM 100,-
Zinstermin: 1. März ganzjährig, erstmals am 1. März 1985 mit Zinsanspruch ab 1. Dezember 1984,
Tilgung: 1. März 1990 zum Nennwert;

10. DM 20 000 000,-
6,75% Kommunalschuldverschreibungen Em. 436
Wertpapier-Kenn-Nr. 270 601
verbrieft in einer Globalurkunde;
der kleinste handelbare Wert beträgt DM 1000,-
Zinstermin: 3. Februar ganzjährig, erstmals am 3. Februar 1986,
Tilgung: 3. Februar 1992 zum Nennwert;

11. DM 20 000 000,-
7% Kommunalschuldverschreibungen Em. 438
Wertpapier-Kenn-Nr. 270 602
verbrieft in einer Globalurkunde;
der kleinste handelbare Wert beträgt DM 100,-
Zinstermin: 1. Februar ganzjährig, erstmals am 1. Februar 1986,
Tilgung: 1. Februar 1991 zum Nennwert;

12. DM 30 000 000,-
7,25% Kommunalschuldverschreibungen Em. 439
Wertpapier-Kenn-Nr. 270 603
verbrieft in einer Globalurkunde;
der kleinste handelbare Wert beträgt DM 100,-
Zinstermin: 2. Januar ganzjährig, erstmals am 2. Januar 1986,
Tilgung: 2. Januar 1995 zum Nennwert;

13. DM 50 000 000,-
6,75 Kommunalschuldverschreibungen Em. 444
Wertpapier-Kenn-Nr. 270 607
2000 Stück à DM 1 000,- Nr. 1–2000
2600 Stück à DM 5 000,- Nr. 2001–4600
3500 Stück à DM 10 000,- Nr. 4601–8100
Zinstermin: 1. März ganzjährig, erstmals am 1. März 1986,
Tilgung: 1. März 1990 zum Nennwert.

Alle Emissionen dieser Bekanntmachung sind sowohl für die Bank als auch für die Gläubiger während der gesamten Laufzeit **unkündbar**.

Für die Ausgabe der Emissionen wurden durch den Bundesminister der Finanzen, Bonn, unter dem Geschäftszeichen – VII A 2 – W 2531 – Genehmigungsbescheide erteilt.

Die Zulassungsstelle der Hanseatischen Wertpapierbörse Hamburg hat mit Schreiben vom 10. April 1985 genehmigt, daß es für die Zulassung der vorstehend näher bezeichneten Emissionen zum Handel und zur amtlichen Notierung an der Hanseatischen Wertpapierbörse Hamburg der Einreichung eines Prospektes nicht bedarf.

Damit sind die aufgeführten Emissionen gem. § 40 Abs. 1 des Börsengesetzes zum Handel und zur amtlichen Notierung an der Hanseatischen Wertpapierbörse Hamburg zugelassen.

Die Hypothekenpfandbriefe und Kommunalschuldverschreibungen lauten auf den Inhaber. Sämtliche Emissionen sind zur **Girosammelverwahrung** zugelassen. Die Emissionen 423–426 und 428 sind in mehreren Globalurkunden, die Emissionen 432–434, 436, 438 und 439 sind in einer Globalurkunde verbrieft und bei der Norddeutscher Kassenverein Aktiengesellschaft, Hamburg, hinterlegt. Rechte aus diesen Globalurkunden sind nur im Wege des Effektengiroverkehrs übertragbar. Die Bezahlung der fälligen Zinsen und Kapitalbeträge wird durch die Norddeutscher Kassenverein Aktiengesellschaft, Hamburg, vorgenommen.

Die **Einlösung** der Zinsscheine sowie der fälligen Stücke der Emissionen 429 und 444 erfolgt kostenfrei an der Gesellschaftskasse in Hamburg oder bei den sonst bekanntzumachenden Stellen.

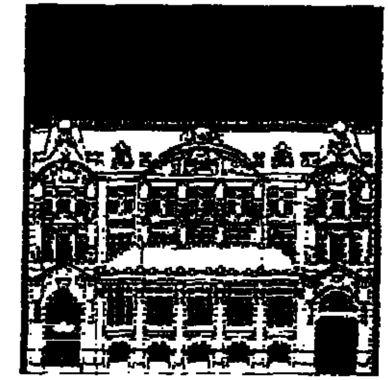
Als **Sicherheit** für die Hypothekenpfandbriefe und Kommunalschuldverschreibungen dienen die in das Deckungsregister eingetragenen Hypotheken- und Kommunaldarlehen einschließlich der diesen entprechend den Bestimmungen des Hypothekenbankgesetzes gleichgestellten Ersatzdeckungswerte. Darüber hinaus haftet die Bank mit ihrem gesamten Vermögen.

Alle unsere Emissionen betreffenden **Bekanntmachungen** werden satzungsgemäß im Bundesanzeiger und außerdem in einem Pflichtblatt der Hanseatischen Wertpapierbörse Hamburg veröffentlicht.

Die Hypothekenpfandbriefe und Kommunalschuldverschreibungen sind **mündelsicher**, können von Versicherungen für den **Deckungsstock** verwendet werden und sind nach ihrer Börseneinführung **lombardfähig**.

Hamburg, im April 1985

Hypothekenbank in Hamburg



Hypothekenbank in Hamburg

Hohe Bleichen 17
2000 Hamburg 36
Telefon (040) 35910-0

Auslosung

BASF Aktiengesellschaft

8½% Optionsanleihe von 1974/86
WKN 352411/14 (mit Optionsscheinen)
WKN 352415/18 (ohne Optionsscheine)

Bei der am 11. April 1985 unter notarieller Aufsicht durchgeführten Auslosung sind die Teilschuldverschreibungen

Serie 4 – WKN 352414 –
– WKN 352418 –

mit den Stücknummern

000004 zu DM 100,–
187529 – 250036 zu je DM 300,–
367532 – 406696 zu je DM 1500,–
429197 – 436696 zu je DM 3000,–

im Gesamtbetrag von DM 100000000,– zur Rückzahlung zum 1. Juni 1985 gezogen worden.

Die verlosten Teilschuldverschreibungen werden vom 3. Juni 1985 an zum Nennbetrag gegen Einreichung der Mäntel und Zinsscheine per 1. Juni 1986 uff. bei den nachstehend genannten deutschen Banken und deren Niederlassungen sowie am Hauptsitz der nachstehenden ausländischen Banken kostenfrei eingelöst:

Deutsche Bank Aktiengesellschaft
Deutsche Bank Berlin Aktiengesellschaft
Algemene Bank Nederland N.V., Amsterdam
Amsterdam-Rotterdam Bank N.V., Amsterdam
Bankhaus H. Aufhäuser
Baden-Württembergische Bank Aktiengesellschaft
Badische Kommunale Landesbank – Girozentrale –
Bank für Handel und Industrie Aktiengesellschaft
Banque de Paris et des Pays-Bas Belgique S.A., Brüssel
Banque Paribas, Paris
Bayerische Hypotheken- und Wechsel-Bank Aktiengesellschaft
Bayerische Landesbank Girozentrale
Bayerische Vereinsbank Aktiengesellschaft
Berliner Commerzbank Aktiengesellschaft
Berliner Handels- und Frankfurter Bank
Bankhaus Gebrüder Bethmann
Commerzbank Aktiengesellschaft
Delbrück & Co.
DG Bank Deutsche Genossenschaftsbank
Deutsche Bank Saar Aktiengesellschaft
Dresdner Bank Aktiengesellschaft
Hamburgische Landesbank – Girozentrale –
Georg Hauck & Sohn Bankiers Kommanditgesellschaft auf Aktien
Hessische Landesbank – Girozentrale –
Kleinwort, Benson Limited, London
Kredietbank N.V., Antwerpen
Landesbank Rheinland-Pfalz Girozentrale
Landesbank Schleswig-Holstein – Girozentrale –
Merck, Finck & Co.
Metallbank GmbH
B. Metzler seel. Sohn & Co.
Norddeutsche Landesbank Girozentrale
Sal. Oppenheim jr. & Cie.
Schweizerische Bankgesellschaft, Zürich
Schweizerische Kreditanstalt, Zürich
Schweizerische Volksbank, Bern
Schweizerischer Bankverein, Basel
Société Générale, Paris
Trinkaus & Burkhardt
Vereins- und Westbank Aktiengesellschaft
M.M. Warburg-Brinckmann, Wirtz & Co.
S.G. Warburg & Co., Ltd., London
Westdeutsche Landesbank Girozentrale
Westfalenbank Aktiengesellschaft
Württembergische Kommunale Landesbank Girozentrale

Die Verzinsung der ausgelosten Stücke endet am 31. Mai 1985.

Die zum 1. Juni 1985 fälligen Zinsscheine werden gesondert in der üblichen Weise eingelöst.

Von den in den Vorjahren ausgelosten Teilschuldverschreibungen der Serien 2+3 sind bisher noch nicht alle Stücke zur Einlösung eingereicht worden.

Die Optionsscheine zu den ausgelosten Teilschuldverschreibungen werden getrennt. Das Optionsrecht aus diesen Scheinen kann unbeschadet der Auslosung gem. den Optionsbedingungen bis zum 31. Mai 1986 ausgeübt werden.

D-6700 Ludwigshafen, im April 1985

BASF Aktiengesellschaft

BASF

STADT OSLO

(Königreich Norwegen)

6¾% Deutsche-Mark-Anleihe von 1973/90
– WKN 462 501/15 –

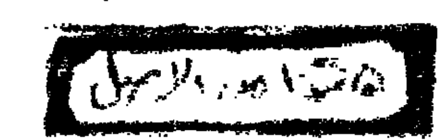
Für die am 1. Juli 1985 fällige Tilgungsrate sind nach § 3 der Anleihebedingungen Teilschuldverschreibungen im Nennbetrag von DM 6 000 000,– für den Tilgungsfonds im Markt zurückgekauft worden, die auf die Tilgungsrate angerechnet werden.

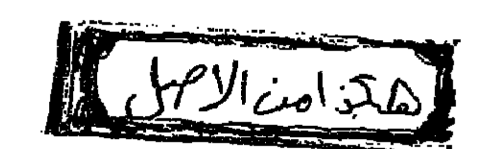
Eine Auslosung findet deshalb in diesem Jahr nicht statt.

Restanten: Von den bereits früher ausgelosten Teilschuldverschreibungen der Serie 14 sind noch nicht alle Stücke zur Einlösung vorgelegt worden.

Oslo, im April 1985

STADT OSLO





Hausrezept à la Molly

R. K.-B. – Verehrte gnädige Frau, der es künstlerisch in Fingern und Hirn kribbelt, ungewiß noch, ob als Malerin, Dichterin oder Schauspielerin, für Sie ist gesorgt. Am besten gehen Sie gleich aufs Ganze. Nehmen Sie ältere, dunkle Texte, Lautréamont oder Novalis oder Büchner, und betonen Sie, daß Sie nicht Texte illustrieren, sondern daß die Texte Ihr Gesamtkunstwerk illustrieren.

Dann filmen Sie ein wenig einsame Landschaft, Wolkenkratzer, Menschengewimmel und auch das still glänzende weite Meer – da kann man schöne Effekte erzielen. Fetzen aus diesen Filmen projizieren Sie auf eine Bühne, auf der sich einige Personen aus Ihrem Freundeskreis (inklusive mindestens eines bekannten Schauspielers) tummeln und sich manchmal mit dem Menschengewimmel des Films genial vermischen.

Die Personen sagen von Zeit zu Zeit einen Satz aus dem dunklen Text, hie und da bitte ein paar Ballettsprünge, und gelegentlich soll eine Dame einige Zwölftöne singen. Wählen Sie eine Spielstätte, an der gewöhnlich Leute zusammenkommen, denen es wie Ihnen in Fingern und Hirn kribbelt. Und wenn Sie im Programmheft sagen, das Ganze richte sich gegen Kunstkommerz und Atombombe, dann kann nichts mehr schiefgehen.

Hinterher, oder schon vorher, werden Sie von den Kritikern umlagert, die selbstverständlich nichts verstanden haben oder es vorher schon geahnt haben. Diesen Leuten stecken Sie ein paar Lichter auf. Greifen Sie einfach in Ihr kribbelndes Gehirnarsenal. Ein wenig autobiografische Motivation lassen Sie geheimnisvoll durchblicken, da tuscheln die Kritiker schon mal.

Man kann Pudding nach alten, schwierigen Rezepten herstellen und riskiert dabei Pampf, man kann aber auch kleine Tütchen in etwas Milch kippen, das geht nie schief. Die Herstellung nach schwierigen alten Rezepten ist schon ohnehin aus der Mode. Sie sind also auf dem richtigen Weg, wenn Sie Pudding aus Tüten machen.

(Molly Davies und der gesamten Kribbelkunst gewidmet.)

Theaterbrief aus New York: Die Krankheit „Aids" erobert den Broadway

Ed Koch wird Musicalheld

Häufig genug verläuft sie tödlich, und nur schwer läßt sich ihre Ausbreitung kontrollieren: die Krankheit „Aids". Ein wahres Schreckgespenst. Knapp vier Jahre ist es her, seitdem erstmals dieses Immundefekt-Syndrom beschrieben wurde, welches seither enorme Forschungsaktivitäten in Gang gesetzt hat.

Aber nicht nur Forscher hat diese Krankheit mobilisiert, auch junge amerikanische Dramatiker. In weniger als einem Jahr sind in New York nicht weniger als fünf Stücke herausgekommen, die sich mit Aids befassen. Und eines, „As Is", off-Broadway gespielt, wurde so enthusiastisch gefeiert, daß es Ende dieses Monats zum Broadway überwechseln wird. Es ist der Renner der Saison.

Angefangen hat die neue Aids-Welle auf der Bühne im vergangenen Jahr im Meridian Gay Theatre. Dort wurde „Nightsweat" von Robert Chesley uraufgeführt. Man könnte es als eine „schwarze Komödie" bezeichnen. Kurz darauf wurde im Theatre of The New City „Fever of Unknown Origin" von Stephen Holt gegeben, ein realistisches Stück mit ungemein drastischen Sterbeszenen, wie man sie bisher nur aus dem Fernsehen kannte. Im vergangenen Monat schließlich kam mit „As Is" von William Hoffman das bisher weitaus erfolgreichste Stück mit diesem Thema heraus.

Aber damit nicht genug. Gleichfalls im März wurde Albert Innaurato's „Coming of Age in SoHo" uraufgeführt, in dem mehrfach auf die Befürchtungen von Homosexuellen angespielt wird, sich mit dem Aids-Virus zu infizieren. Und William Kramer greift in seinem eher politischen Stück „Normal Heart" den New Yorker Bürgermeister Edward Koch und die Stadtverwaltung an, weil sie angeblich zu wenig für die Aids-Opfer getan hätten.

Von allen Stücken ist zweifellos „As Is" das beste, wenn auch das heikelste. Im Mittelpunkt steht Rich, ein homosexueller Schriftsteller, der gerade seine ersten Erfolge verzeichnen kann und sich von seinem langjährigen Freund Saul, einem Fotografen, getrennt hat. Sein neuer Freund, Chet, will nichts mehr von ihm wissen, nachdem er an Aids erkrankt ist. Auch Richs heterosexueller Bruder sagt sich von ihm los, Rich kann nicht mehr arbeiten, und nur Saul erklärt sich bereit, ihn zu pflegen und zu nehmen, „wie er ist" (dies eine ungefähre Übersetzung des Titels). Auch in den anderen Stücken, „Nightsweat" und „Fever of Unknown Origin", ist es übrigens jeweils der im Stich gelassene Freund, der zu dem sterbenden Mann zurückkehrt und ihn selbstlos pflegt.

Hoffman schreibt in seinem Stück weniger über die Krankheit selbst als über die Reaktion anderer Menschen, die sich auf einmal einer ansteckenden Gefahr gegenübersehen und sich durch ein Fallenlassen des dahinsiechenden Patienten in Sicherheit zu bringen glauben. „Ich will keine Moralpauke halten", sagte Hoffman nach der Aufführung. „Ich glaube nicht, daß man den Menschen sagen muß, was sie tun sollen."

Zweifellos hat zur Wirksamkeit des Stückes nicht wenig die ingeniöse Regie Marshall W. Masons, des künstlerischen Leiters der Circle Repertory Company, beigetragen, die bis zu dieser Aufführung seit ihrer Gründung vor mehr als 15 Jahren eine Niete nach der anderen produziert hat. Nun hat sie ihr Renommee wieder aufgebessert, und Mason wird wieder einmal am Broadway inszenieren können, wohin er vor allem die Stücke seines Hausautors Lanford Wilson gebracht hat.

Kramer greift in seinem Stück neben dem Bürgermeister auch die „New York Times", die „National Institutes of Health" in Washington und einige der Homosexuellen-Organisationen in New York an, weil sie in den Anfängen der Aids-Epidemie dieser ziemlich tatenlos zugeschaut hätten. Oberbürgermeister Edward Koch mag sich damit trösten, daß er selbst die Hauptperson eines Musicals ist, das wahrscheinlich Ende dieses Monats oder Anfang Mai seine Uraufführung erleben wird.

Wie die immens erfolgreiche Autobiographie des Stadtoberhaupts wird auch das Musical den Titel „Mayor!" tragen und von ihm wahrscheinlich als wirksame Propaganda für seine am 5. November anstehende Wiederwahl angesehen werden. Schwierigkeiten bereitet die Besetzung der Titelrolle. Zwar hat man schon einige „Doppelgänger" Kochs ausfindig machen können, aber sie werden nicht als sehr talentiert bezeichnet, und wahrscheinlich bedauert es der wegen seiner „Showman"-Qualitäten bekannte Bürgermeister, daß ihn die Arbeit im Rathaus daran hindert, selbst die Bretter, die die Welt bedeuten, zu betreten. Seit den Zeiten Fiorello La Guardias, der zwischen 1933 und 1945 New York leitete, hat an der Spitze der Stadtverwaltung kein Mann mehr gestanden, der im Amt so gerne schauspielert wie der Major Ed Koch.

Die nicht sehr erquickliche Theatersaison 1984/85 – schon durch „As Is" erheblich aufgewertet – ist auch durch Neil Simons jüngstes Stück, „Biloxi Blues", unverhofft bereichert worden. Hier ist Simon ein großer Wurf gelungen. Er erlag nicht, wie so oft in seinen Bühnenwerken, der Versuchung, blutleer konstruierte Pointen aneinanderzureihen, um Lacher zu erzeugen, und darüber Dramaturgie und Charakterisierung seiner handelnden Personen zu vergessen. „Biloxi Blues" ist – wie es gute Komödien sein sollen – ein Stück mit Tiefgang.

Schon in den noch immer am Broadway gegebenen „Brighton Beach Memoirs" hatte Simon die imaginäre Autobiographie von Eugene Morris Jerome begonnen; in dem neuesten Stück wird sie mit dem Leben und Erleben in der US-Armee, anno 1943, fortgesetzt. Jeromes Gegenspieler, der ihn und die übrigen Rekruten zu Soldaten erziehende Sergeant Toomey, muß den schweijkhaften Widerstand überwinden, den ihm Jerome und sein Freund Arnold Epstein entgegensetzen. Das führt bei allem Ernst der Umstände – New Yorker fühlen sich in Biloxi, im Bundesstaat Mississippi, ohnehin verloren und müssen, dafür sorgt schon der unerbittliche Toomey, Kampf und Tod immer vor Augen sehen – zu Szenen von zwerchfellerschütternder Wirkung.

Unter der blendenden Regie von Gene Saks sind die beiden Hauptrollen mit Matthew Broderick, einem der kommenden Stars des amerikanischen Theaters, und mit Bill Sadler ideal besetzt. Simon, zu oft als bloßer Spaßmacher abgetan (der er zweifellos auch ist), kommt in „Biloxi Blues" Shaw näher als jemals zuvor.

HENRY MARX



Wie in einem Tempel vor der Kunst meditieren – Blick in die soeben eröffnete Galerie des Londoner Sammlers und Mäzens Charles Saatchi FOTO: DORIS SAATCHI

In London wurde die Saatchi-Galerie eröffnet

Der Mäzen kauft en gros

Es ist das Kunstgespräch von London: Das jetzt eröffnete Museum eines notorisch publikumsscheuen Sammlers, der ausgerechnet mit Publizität einen Namen und ein Vermögen gemacht hat. Die Firma „Saatchi an Saatchi", die Charles Saatchi zusammen mit seinem Bruder Maurice aufgebaut hat, rangiert unter Europas Werbeagenturen an erster Stelle und an fünfter weltweit. Ihr folgenreichster Werbefeldzug half Margaret Thatcher den Briten als Premierminister zu verkaufen.

Während Charles Saatchi Produkte und Personen mit Verve an den Mann bringt, hat er sich selbst als ebenso passionierter Einkäufer betätigt. Zusammen mit seiner amerikanischen Frau Doris baute der heute 41jährige in den letzten 15 Jahren eine der größten zeitgenössischen Kunstsammlungen auf. In England, wo man Neues in der Kunst mit Zurückhaltung beäugt, stellt Charles Saatchi ein Phänomen dar: Hier erwirbt einer nicht eine oder zwei Arbeiten eines Malers und hängt sie zu Hause über dem Kamin auf. Nein, gleich im Dutzend kauft er Künste ein und das mit raumfüllenden Bildern oder Skulpturen.

Ihre auf jährlich circa zwei Millionen Dollar geschätzte Patronage – sie kam bisher amerikanischen Minimalisten und Pop-Künstlern zugute, sowie den derzeit modischen „Wilden" aus Deutschland und Italien – läßt die Londoner Tate-Gallery, Englands wichtigstes Museum für zeitgenössische Kunst, auf bestimmten Gebieten provinziell erblassen: So besitzt die Tate-Gallery zwei Warhols, die Saatchi-Sammlung mindestens fünfzehn, die Tate einen Julian Schnabel, die Saatchis siebenundzwanzig. Und als die Tate im letzten Jahr den höchstdotierten britischen Kunstpreis an Malcolm Morley vergab, da suchte man an den Museumswänden vergebens nach einem seiner Bilder. Bei den Saatchis kann man vierzehn finden.

Solche Großeinkäufe eher amerikanischen Zuschnitts lösen denn auch Kontroversen im milden Inselklima aus. Während ihm die einen als Mäzen von keinem geringeren Kaliber als dem der Florentiner Medici preisen, klagen ihn andere der kühlen Manipulation an: Lastwagenweise kaufe er Kunst, um die Preise der Erwählten hochzutreiben.

Daß der Werbemann, der von Berufs wegen so geschickt mit Worten jongliert, sich als Kunstsammler von solch beträchtlichem Einfluß jeder direkten Stellungnahme entzieht, daß er Interviews meidet wie die Pest, trägt zur Gerüchtebildung um Personen und Intensionen bei.

Dafür hat er jetzt den Engländern ihre schönste Galerie für zeitgenössische Kunst beschert. Getreu dem Saatchi-Stil umgibt auch sie die Ära des Geheimnisvollen. Weitab vom galeriebestückten West End will sie erst einmal in Londons nördlichen Stadtteil Sankt John's Wood gefunden werden.

Hier, wo die Weltstadt bereits vorörtlichen Charakter annimmt, spannt sich zwischen einem Second Hand-Lädchen und einem Pub ein stahlgraues Tor. Nur die Adresse „98 A Boundary Road" ist über dem Klingelknopf geschrieben. Der Architekt Max Gordon installierte das 10 000 Quadratmeter große Museum gänzlich ohne Firlefanz in einem ehemaligen Farben-Lager.

Während am diskreten Eingangspult der kürzlich erschienene vierbändige Katalog mit circa 500 Arbeiten von 45 Künstlern (zum exklusiven Preis von 80 Pfund) das Gesamtprogramm enthält, sollen in der Galerie selbst in drei, vier Ausstellungen pro Jahr jeweils wenige Künstler gründlich vorgestellt werden.

Den Auftakt machen Donald Judd, Brice Marden, Andy Warhol und Cy Twombly. An der Minimal-art hat sich Saatchis Sammeleifer entzündet. Selten wohl ist sie auch so effektvoll zelebriert worden wie hier. Donald Judds Blöcke halten Zwiesprache, wechseln von Stahl zu Kupfer, schrumpfen an einer Wand zur Miniatur zusammen und haben dann wieder für eine ausladende Holzkonstruktion eine Riesenfläche zur Verfügung. Einige Stufen hoch geht es dann zu Brice Marden mit seiner ebenfalls reduzierten Kunst, zwei- bis dreigeteilten Bildern in Sand- und Steinfarben. Im folgenden Raum hingegen reihen sich Warhols Ikonen mit Jackie und Elvis und Andy selbst.

Ein Resümee über den Sammler Saatchi wird man erst nach weiteren Ausstellungen ziehen können. Eines steht heute schon fest: Besser vor Kunst meditieren kann man an kaum einem Ort wie hier. Schon allein deshalb lohnt sich die Wallfahrt zu Saatchis diskretem Kunsttempel. (Geöffnet freitags und samstags von 12.00 bis 18.00 Uhr. Sonst nach Vereinbarung, Tel. 6248299.)

HEIDI BÜRKLIN

JOURNAL

Deutsche Bücher werden in Jordanien ausgestellt

dpa, Frankfurt

Eine deutsche Buchausstellung wird für Ende dieses Jahres in Jordanien vorbereitet. Die Schau umfaßt etwa 2500 Titel, vor allem aus Naturwissenschaft und Technik, Kunst und Architektur, Rechts- und Wirtschaftswissenschaften. Die Bücher aus der Bundesrepublik sind vom 16. bis 28. November in Amman und vom 8. bis 18. Dezember in Irbit zu sehen.

10. Brahmstage mit geistlicher Musik

DW. Baden-Baden

Die 10. Brahmstage in Baden-Baden, die vom 30. April bis 5. Mai dauern, beginnen am Dienstag, den 30., mit einem Orgelkonzert in der Kirche St. Dionys in Baden-Baden-Oos. Jane Parker-Smith aus London spielt neben Brahms Vierne und Liszt. Am Mittwochabend singt der Württembergische Kammerchor unter der Leitung von Dieter Kurz Motetten und Chöre von Brahms. Am Donnerstag folgt ein Klavierabend mit Roberto Szidon und am Wochenende zwei Orchesterkonzerte, bei denen, außer Brahms, Schumann und Dvořák gespielt werden.

Absetzung eines Films von Zanussi gefordert

J. G. G. Warschau

Scharfe Kritik an Krzysztof Zanussi und seinem mit dem „Goldenen Löwen" von Venedig prämierten Film „Das Jahr der ruhigen Sonne" hat die ideologische polnische Zeitschrift „Za Wolnosc i Lud" geübt. Sie forderte Maßnahmen gegen den Regisseur und die Absetzung des Films, der jetzt in polnischen Kinos anlief. Zanussi habe die „Wiedergewinnung der polnischen Westgebiete" verunglimpft, indem er sie mit polnischen Huren und Banditen besiedelte.

Sofia und Haifa bei den Maifestspielen

Reg. Wiesbaden

Mit einem Gastspiel der Bulgarischen Staatsoper Sofia, „Fürst Igor" von Borodin, „Capricon" von Krassimir Kirktschiiski, „Le Coq d'Or" von Rimski-Korsakow, werden die Internationalen Maifestspiele Wiesbaden diesmal eröffnet. Aus Haifa kommen Gastspiele des Municipal Theatre mit „The Soul of a Jew" und „Ghetto" von Yehoshua Sobol, aus Toronto das National Ballet of Canada und aus Neapel das Teatro di San Carlo mit Verdis „Rigoletto" und Pergolesis „Il Flaminio". Als Uraufführung steuern die Hessischen Staatstheater zu den Maifestspielen die neue Hacks-Oper „Adam und Eva" von Kurt Dietmar Richter bei.

Styriarte Graz '85 mit alter Musik

DW. Graz

Von den sommerlichen Musikfestspielen in Österreich nimmt sich nun auch Graz sein Teil: Vom 23. Juni bis 6. Juli findet dort an verschiedenen Plätzen der Altstadt, im Dom und auf Schloß Eggenberg eine Folge von Konzerten mit Musik der Renaissance und des Barock statt. Mehrere Aufführungen stehen unter der Leitung von Nikolaus Harnoncourt.

Mondrian-Werk in Rio verbrannt

AFP. Rio de Janeiro

Ein Brand in der Villa einer brasilianischen Millionärin hat Millionenschaden in deren Kunstsammlung angerichtet. Völlig zerstört wurde ein Bild von Piet Mondrian, das einzige in Südamerika befindliche Werk des 1944 verstorbenen Malers. Allein dieses Bild hat einen Schätzwert von ein bis zwei Millionen Dollar. Beschädigt wurden Werke von Chagall und Matisse.

Peter Keglevics Film „Der Bulle und das Mädchen"

Über den Teich geschielt

Wenn Regisseur Peter Keglevic etwas nicht mag, dann sind es die Helden hiesiger Krimiserien. Also durfte in seinem neuen Film kein betulicher Schreibtischtäter wie „Der Alte", auch kein sprücheklopfender Kraftprotz wie Schimanski auf die Leinwand. Nein, ganz amerikanisch mußte der Titelpolizist wirken: hart, schnell und von kühler Tragik umweht.

So schleppt Jürgen Prochnow, als „Boot"-Kapitän in männlicher Pflichterfüllung bestens erprobt, in Keglevics neuem Film „Der Bulle und das Mädchen" denn keine gewichtige Botschaft durch die Großstadt, sondern nur seine gut geölte Dienstwaffe. Im ärmellosen Nahkampf-T-Shirt patrouilliert er durch verrauchte Kaschemmen und hilft eines Abends einem verwuschelten Punk-Mädchen, dem einige Grobiane gerade die rabenschwarze Haarpracht verschnippeln. Diese barmherzige Tat aber stellt sein Leben auf den Kopf. Denn als die struppige Streunerin mit seiner Dienstwaffe flieht, beginnt eine Verfolgungsjagd, die als chancenlose Liebesgeschichte endet. Der Held, Ordnungshüter und Außenseiter zugleich, wird vollends zum Verräter an seinen Kollegen.

Keglevic, der einige der besseren „Tatort"-Krimis inszeniert hat und im Kino mit dem vollmundigen Melodram „Bella Donna" debütierte, vertraut hier einer riskant stilisierten Bildsprache. So zeigt er die City in bläulichem Neonlicht als trist-dekorativen Schauplatz eines allnächtlichen Kleinkriegs. Unübersehbar stehen die lakonischen Großstadt-Western von Walter Hill Pate, und Prochnow präsentiert sich als kleiner Bruder von „Dirty Harry". Da müssen die Kiefermuskeln im hohlwangigen Gesicht Schwerstarbeit leisten, um unterdrückte Aggressionen zu verraten. Übernächtigt, blaß und bartstoppelig schlägt sich hier ein einsamer Wolf durchs Unterholz. Und was einst Humphrey Bogart nützte, kann auch Prochnow nicht schaden. Also gibt der Zitatenfreund Keglevic seinem Hauptdarsteller einen üppigen Vorrat an Manierismen mit auf den steinigen Weg.

Wenn der „Bulle" die Kette seiner „Hundemarke" präzise um den Finger wirbelt, wird Lässigkeit allzu eitel zelebriert. An dieser Aufdringlichkeit krankt der ganze Film, der Profirituale zu großen Posen aufbläst und die von Hemingway entlehnte Kunst des Weglassens mit pathetischer Gebärde vorführt. Sein Gespür für harte Schnitte und schnurgerade inszenierte Actionszenen nützt Keglevic wenig, wenn sich sein Kino der knappen Gesten (und der existentialistisch aufgeplusterten Dialoge) selbstgefällig im Spiegel beäugt. Indem dieser Regisseur stets andächtig über den großen Teich schielt, verliert er die Stringenz seiner Geschichten und die Glaubwürdigkeit seiner Figuren aus den Augen.

Während der ramponierte Held gefaßt ins Verderben schreitet, endet Keglevics Flucht vor deutschem Tiefsinn in der Sackgasse der Hochglanzklischees. Das ist Pech für den kraftvollen Jürgen Prochnow, für seine talentierte Partnerin Annette von Klier und für den dämonischen Hans Buchrieser in einer Nebenrolle. Aber Keglevic kann sich noch so anstrengen: Hollywood liegt nun einmal in Amerika.

HARTMUT WILMES



La Belle et la Bête: Jürgen Prochnow und Annette von Klier in dem Film „Der Bulle und das Mädchen" FOTO: ATLAS FILM

Neue Platte: Argerich und Kremer spielen Beethoven

Plädoyer für Stiefkinder

Sie hätten es sich herrlich bequem machen können bei ihrem Start als neue Duo-Platten-Partner, hätten nur die Frühlingssonate und die Kreutzersonate unter den Arm klemmen und damit dann ins Studio ziehen können. Mit diesen beiden „Reißern" der Beethovenschen Violin-Sonaten-Literatur siegt man, ohne viel aufs Spiel zu setzen. Aber wer Gidon Kremer kennt, weiß auch, daß er die Widerstände förmlich sucht, das Sperrig-Verkannte, und auch Martha Argerich ist ja alles andere als ein Opportunist.

So spielten denn diese beiden temperamentvollen Individualisten, die zur Zeit gemeinsam auf umjubelter Deutschlandtournee sind, Beethovens relativ frühes op. 12 ein, die ersten drei Sonaten für Violine und Klavier: gewiß die unterschätztesten unter den Beethovenschen Duo-Werken, die bereits die zeitgenössische Kritik in Harnisch brachten. Keine Natur, kein Gesang, nur gelehrte Masse, hieß es da böse, „der bisarre, mühselige Gang" wurde gegeißelt und „ein Ekelthun gegen gewöhnliche Verbindungen".

Daß diese noch aus der Bonner Zeit stammenden Werke nicht nur die Violine wieder herrlich emanzipierten, sondern zudem voller Kühnheit und Originalität und aufregender klanglicher Dialektik sind, erkannte man erst später. Doch mißbrauchte man sie auch dann noch als schlichte Einspiel-Stückchen, bei denen man auf große Geheimnisse und Schönheit gar nicht gefaßt war. Oder man degradierte sie zu sologeigerischen Eskapaden, die das Klavier zu hilflos-blasser Begleitung verdammten.

Als wollten sie ein für allemal Schluß machen mit allen Vorurteilen und schlechten Usancen, haben Gidon Kremer und die Argerich nun ihre ganze künstlerische Autorität und einen geradezu wilden Elan für diese Beethovenschen Stiefkinder aufgewandt und damit denn auch einen wunderbaren Coup gelandet, der Sensation machen kann wie die großen Einspielungen der Duos Francescatti/Casadesus oder Haskil/Grumiaux. Der alte Carl Flesch hatte ja recht, als er dekretierte, die besten Interpreten seien für das Sonatenspiel gerade gut genug.

Und bei diesen drei Erstlingen um so mehr, als das Notenbild hier äußerst trügerisch ist. Was leicht erscheint, da es weder geigerische noch pianistische Salti mortali verlangt, ist oft genug von widerborstigster Natur, birgt Schwierigkeiten, denen nur mit raffiniertesten interpretatorischen Mitteln, mit höchstem Kunstverstand, ja mit Erfindungsgeist beizukommen ist. Fallstricke en masse liegen bereits in den ersten Sätzen mit ihren Sturm- und Drang-Affekten, ihren Sforzati, die blitzschnell herausgerissen und ebenso schnell wieder in den dynamischen Gesamtduktus zurückgeführt werden müssen. Von den sich überlappenden Crescendi ganz zu schweigen und jenen nur scheinbar nichtssagenden Begleitmotiven, aus denen es klug Funken zu schlagen gilt.

All diese Hürden sind den beiden Künstlern aber nicht Hemmnis, sondern Ansporn zu lebhaftester Auseinandersetzung, Aufforderung zudem, ihrem Spiel bei aller Genauigkeit auch jene kleinen Freizügigkeiten zu gewähren, die den Sonaten erst Relief, Farbe und dramatisches Feuer geben. Leichte, elegante Rubati gehören dazu, winzige Accelerandi und Ritardandi, die nicht notiert, jedoch zur Ausdruckssteigerung unerläßlich sind, und atemberaubend scharfe Tempi vor allem in den ersten Sätzen, die hier zu bravourösen Gefechten werden.

Unüberhörbar, daß Kremer dabei mitunter die geistreicheren Akzente setzt, stoßkräftiger und gewitzter argumentiert. Aber hier kalt abzuwägen, wer den größeren Lorbeerkranz verdiente, wäre töricht angesichts eines so furios geglückten Zusammenspiels (DG 451 138-1).

KLÄRE WARNECKE

KULTURNOTIZEN

Zum Werk von Robert Walser findet vom 23. bis 25. Mai in Rom ein internationales Colloquium statt.

Der Lila-Gruber Preis für Krebsforschung 1985 ist Prof. Harald zur Hausen, dem Vorstandsvorsitzenden des Deutschen Krebsforschungszentrums, zuerkannt worden.

Zweiundzwanzig Bühnen aus elf Ländern erwartet die Stadt Braunschweig zu ihrer 10. Woche des Internationalen Puppenspiels vom 31. Mai bis 9. Juni.

Die Lyrikerin Ulla Hahn wird mit dem Friedrich Hölderlin-Preis 1985 der Stadt Bad Homburg – mit über 15 000 Mark dotiert - ausgezeichnet.

„Nofret – Die Schöne", eine Ausstellung zum Bildnis der Frau im alten Ägypten (WELT vom 22. 12. 84), wird im Ägyptischen Museum in Berlin bis zum 2. Juni gezeigt.

Der Franzose Georges Prêtre wurde zum ersten Gastdirigenten der Wiener Sinfoniker ernannt. Am 9. Mai gibt er sein erstes Wiener Konzert.

Künstlerische Arbeiten von Schweizer Keramikern zeigt das Düsseldorfer Hetjens-Museum vom 28. April bis zum 2. Juni.

Die Lyrikerin Christine Busta wird 70 Jahre alt

Sie sucht die Versöhnung

In dem Dschungel verschlüsselter, ungereimter und subjektivistischer Lyrik der fünfziger Jahre ließ schon die erste Zeile eines Gedichtes aufhorchen: „Schnee im Advent: Leiser wird nichts verkündet, so reden die Liebenden nachts, die fern voneinander schlafen", mit dem die damals noch als Geheimtip gehandelte Dichterin Christine Busta aus einem Wettbewerb des Süddeutschen Rundfunks als Siegerin hervorging, worauf ihr bald auch von Joachim Günthers „Neuen deutschen Heften" der erste Preis eines Lyrikpreisausschreibens verliehen wurde. Keine Frage, daß sie mit ihrer spürbaren Erlebnistiefe einen Ton traf, der begehrt und verstanden wurde.

Inzwischen ist Frau Busta an der Schwelle zum achten Jahrzehnt angelangt, längst als bedeutendste lebende Lyrikerin Österreichs anerkannt, und um so interessanter erscheint, was sie selbst zu ihren Hervorbringungen sagt: Sie suche die Weltverbundenheit, die Versöhnung, und habe als Mittel dafür bei allem Anspruch an das Wort Einfachheit und Verständlichkeit gewählt. Die freilich nicht darüber hinwegtäuschen dürfen, welch tiefe Erkenntnisse sie schlicht auszudrücken weiß.

In einem trostlosen und doch unverlierbaren Vorstadtmilieu in Wien vaterlos aufgewachsen, lernte sie von Kind an die Schattenseiten des Lebens kennen und mußte sich auch später noch mühsam durchschlagen, ehe sie nach dem Krieg ihre ganze Kraft dem Aufbau der städtischen Bibliothek widmen konnte, was ihr wieder das Schreiben, rein zeitlich, überaus erschwerte. Sie wählte, oder besser, „es" wählte in ihr das Gedicht als „überschaubare Form" zum fast ausschließlichen Ausdrucksmittel. Selten nur entfloh sie der Konkretion. Das persönliche Erlebnis und in neueren Gedichten auch dankbare Hingegebenheit an das Unfaßbare durchziehen ihr Werk, das Trauer und Trost enthält, mag es nun von der Armut der Hinterhöfe oder dem Heil des Leides erfüllt sein.

Franz Richard Reiter erzählt in einem Essay anschaulich, wie sie die Sendung des Dichters sieht: Ein Mann kehrt von einem Ausflug freudig mit einem Zweig in der Hand nach Hause zurück, und ohne die Landschaft zu beschreiben, bringt er in diesem Zweig „auf fast geheimnisvolle Weise" ganz Wesentliches aus ihr mit, dank dem der Daheimgebliebene sie nicht nur selber sieht, sondern sich auch in den Gedanken des anderen einbeschlossen fühlt.

Vielleicht, daß diese Einbezogenheit für den Leser ihre Gedichte so tröstlich macht. (Die meisten ihrer Lyrikbücher sind im Otto Müller Verlag, Salzburg, erschienen.)

egw

Er war der Schöpfer des „Oben ohne"

DW. **Los Angeles**

Mode als Akt der Befreiung – das war seine Botschaft an die Frauen. Seine schöpferische Skala reichte von Schuhen, Dessous und Sportkleidung bis zu Ballettkostümen. Rudi Gernreich war stets gut für einen Eklat. Weltweit bekannt wurde er 1964, als er den „Oben-ohne"-Badeanzug vorstellte. Als erste Modelle davon an der amerikanischen Westküste und an der Riviera auftauchten, hagelte es Proteste. Der Vatikan zeigte sich ebenso empört wie der Kreml. Der Modeschöpfer konterte: „Ich würde es wieder tun, weil der ,Topless', indem er die neue Freiheit des Körpers übertreibt, einen gemäßigten, richtigeren Grad von Freiheit annehmbar machen wird."

Schon als Junge hatte sich Rudi Gernreich für Stoffe und Farben interessiert und mit zwölf legte der 1922 geborene Sohn eines Wiener Wirkwarenfabrikanten seine ersten Modezeichnungen vor. 1938 mußte er mit seiner Mutter vor den Nationalsozialisten aus Österreich fliehen. Sie ließen sich in Los Angeles nieder, wo die Familie Freunde hatte. Gernreich besuchte die Los Angeles Art Center School und versuchte sich zunächst



Rudi Gernreich

als Tänzer. Nach dem Krieg schlug er sich als Modezeichner an der Ostküste der USA durch, seine Entwürfe waren den Modehäusern jedoch zu avantgardistisch.

Der Durchbruch gelang ihm, als er sich mit Walter Bass, einem jungen Kleiderfabrikanten zusammentat und seine Modelle über die Boutique „Jax" in Los Angeles verkaufen konnte. Gernreich, der 1960 eine eigene Firma gründete und nebenbei für Strickwaren- und Schuhhersteller zeichnete, trat in den 60er Jahren vor allem durch kühne Farbkombinationen hervor, die er „psychedelic" nannte, ein Begriff, der bald Allgemeingut wurde.

Gernreich wurde vor allem in den Staaten zum Modeschöpfer einer aus den Konventionen ausbrechenden Generation. Er setzte die durchsichtige Bluse in Amerika durch und entwarf den superkurzen Minirock, dessen Saum er 30 Zentimeter über das Knie anhob.

Rudi Gernreich ist am Sonntag im Alter von 62 Jahren in Los Angeles an Lungenkrebs gestorben.

Ist die Polizei noch der „Freund und Helfer"?

JOACHIM NEANDER, Frankfurt

Der deutsche Schutzmann ist ins Gerede gekommen. Stichworte wie „Wegezoll-Affäre" und „Strichlisten" belegen das. Ist der Polizist überhaupt noch der vielzitierte Freund und Helfer? Oder nur noch übereifriger Strafzettelschreiber? Oder ist er – ganz anderer Vorwurf – Weltmeister im Weggucken, sobald es unbequem zu werden droht?

Wie dem auch sei – die teilweise übertriebene Diskussion um die Strichlisten, auf denen angeblich Vorgesetzte die Zahl der erteilten gebührenpflichtigen Verwarnungen zum wichtigsten Kriterium für Beförderungen machen, mündet in die viel allgemeinere Frage, wie überhaupt die Leistung eines Polizisten beurteilt wird. In einem Gespräch mit der WELT hat sich jetzt Frankfurts Polizeipräsident Karlheinz Gemmer, Chef von rund 2500 Beamten, dazu geäußert.

Die Sache mit den sogenannten Strichlisten – eigentlich sind es ja Arbeitsbelastungsbögen, die da vereinzelt aufgetaucht sind – tut uns weh", sagt Gemmer. „Wir könnten es uns ja leicht machen und bei der Beförderung einfach nur die Dienstjahre berücksichtigen."

Wie läuft es aber in Wirklichkeit mit der Beförderung? In einem äußerst komplizierten Punktsystem, das speziell für die Frankfurter Verhältnisse entwickelt wurde, werden für jeden Beamten Dienstzeit und Leistung – „Dienstauffassung, Eigeninitiative, Schreib- und Redegewandtheit, Umgang mit dem Bürger, Fähigkeit, im Rahmen der Verhältnismäßigkeit vernünftig zu entscheiden" – sowie eventuelle Lehrgangsabschlüsse zu einem Gesamtbild vereinigt. Dieses System hat natürlich auch schwache – subjektive – Stellen. Gemmer: „Es ist auch schwer, den Hundeführer mit dem Beamten eines Spezial-Einsatzkommandos zu vergleichen."

Immerhin: Ein Obermeister, der auf seine Beförderung zum Hauptmeister wartet, kann also in Frankfurt jederzeit seinen Punktestand und damit seine Chancen erfahren. Daß nicht alle damit zufrieden sind, leuchtet ein. Und der Präsident räumt ein, daß da noch ein weiteres Problem auftaucht: „Der Hauptakzent ist für mich die Frage, wieweit der einzelne Schutzmann in der Lage ist, Verdacht zu schöpfen, gefahrbringende Situationen im Vorfeld zu erkennen. Wenn er sie dann ausräumt, gibt es nirgendwo einen Strich auf einer Liste."

Oft erfährt sogar der direkte Vorgesetzte nichts davon. Ein Beispiel: Der Streifenbeamte entdeckt nachts ein offenes Auto. Ist es gestohlen, zu einer Straftat benutzt oder nur vom Eigentümer vergessen? Gemmer: „Er kann einfach darüber hinwegsehen. Dann spart er sich Ärger. Er kann auch die Kripo benachrichtigen, den Computer abfragen. Ein alltäglicher Fall, aber viele Möglichkeiten. Es ist erstaunlich, wie oft solche Beobachtungen zu wichtigen Hinweisen in Kriminalfällen führen."

Mehr Sorge als etwa Übereifer bereitet Gemmer die Versuchung des Wegguckens: „Die Erfahrung, die speziell junge Polizeibeamte aus Mittel- und Kleinstädten mit der kalten, ich-bezogenen Art der Großstädter machen, wirkt mitunter demotivierend." Nicht hinschauen, selbst wenn nebenan einer beraubt wird, bloß keinen Ärger, nur das eigene Ziel im Sinn – diese Mentalität verunsichert. Gemmer: „Zum Glück ist das bisher in dem von uns vermuteten Umfang nicht eingetroffen. Ich bin immer wieder erstaunt, wie hoch motiviert junge Schutzleute immer noch sind."

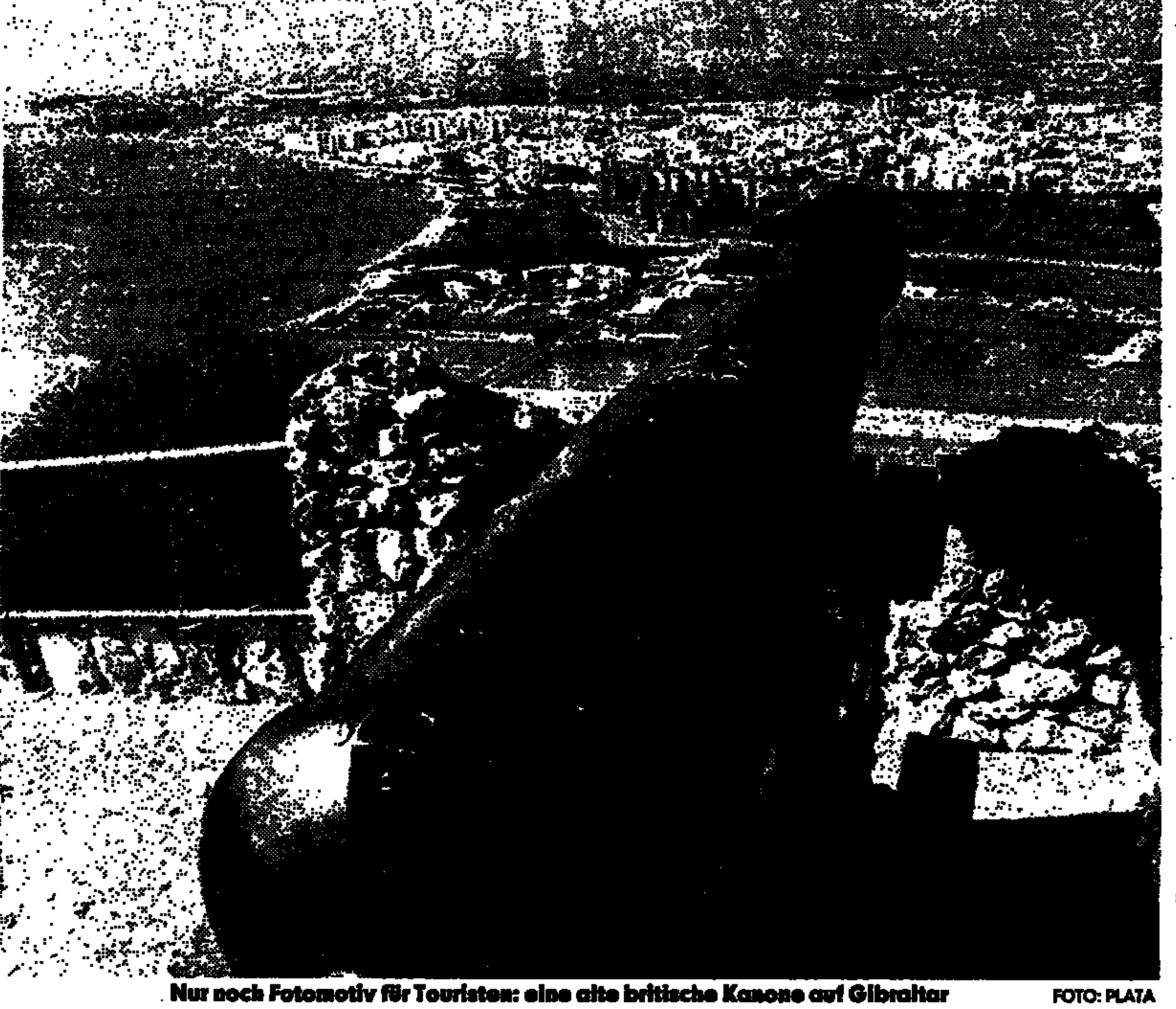
Und noch eine Gefahr droht der Arbeitsmoral des Schutzmanns. Manchmal muß die Polizei bekanntlich selber Lücken lassen, Prioritäten setzen und dafür das weniger Wichtige einfach übersehen. Das verführt den einen oder anderen Beamten, diese Prioritäten zum eigenen Nutzen zu setzen. Man braucht gar nicht nur an die große „Wegezoll"-Affäre auf den Autobahnen zu denken. Der Streifenwagen, der im absoluten Halteverbot vor der Metzgerei parkt, weil der eine Beamte die warme Fleischwurst fürs zweite Frühstück im Regen nicht so weit tragen möchte. Oder – ein Fall, den Polizeipräsident Gemmer selber erzählt – die Streifenwagenbesatzung, die einen Autofahrer mit seinem geparkten Wagen aus der Toreinfahrt seines eigenen Hauses weist, um hinterher sofort den Streifenwagen abzustellen. Gemmer: „Ich wünschte mir, die Beamten würden in strittigen Situationen dem Bürger mehr zu erklären versuchen, warum sie dies oder jenes tun."

Nicht erklärbar, auch für die betroffenen Polizeibeamten, sind andere Fälle. Etwa der: Bei einem der Krawalle an der Startbahn West des Flughafens ist es den Beamten endlich gelungen, einen der Steinewerfer mit einem Stein in der Hand zu fotografieren und identifizieren. Doch die Mühe ist vergeblich. Vor Gericht treten sieben Zeugen auf, die beteuern, der Mann habe den Stein nur hochgehoben und gerufen: „Werft um Gottes willen nicht mit solchen Steinen!" So etwas muß ein deutscher Polizeibeamter halt schlucken ...

LEUTE HEUTE

Festival des Jazz

Der Abend dürfte ohne Konkurrenz dastehen. Erwartet werden etwa 6000 Gäste im Rhein-Ruhr-Zentrum an der B 1 zwischen Essen und Mülheim. Die Musiker und ihr Publikum kennen sich beim „Swing in den Mai". Bei Deutschlands größter Jazz-Nacht musizieren 14 Bands auf elf Bühnen. Bei Bier und Bouletten etcetera wird kräftig eingeheizt. Die alte Garde, allen voran die drei großen britischen B, sind über die Moden hinweg als das zu erkennen, was sie seit „Ice-cream-" oder „Stranger on the shore"-Zeiten waren, nämlich unerschütterliche Säulen des Jazz: **Chris Barber** (mit Jazz & Blues Band), **Mr. Acker Bilk** (mit der Paramount Jazz Band) und **Kenny Ball** (mit seinen Jazzmen). Selbst die Jüngeren in der Jazz-Phalanx halten sich an die immer grünenden Standards: etwa der gerade 30jährige Pianist **Axel Zwingenberger** mit seinen Tastenklassikern aus den 20er und 30er Jahren. Unter diesen Vorzeichen darf auch ein Veteran wie **Bill Ramsey** nicht fehlen, einst als US-Soldat mit Blues-Vergangenheit nach Deutschland gekommen. Ramsey tritt gemeinsam mit der Mülheimer Gruppe Woodhouse Swing & Blues auf. **Jean Shy**, die amerikanische Sängerin, die seit einiger Zeit in der Bundesrepublik Deutschland lebt, kommt mit einer eigenen Show, und Dixieland aus Schweden bringt die Peoria Jazzband auf die Bühne. „Eine tiefe Verbeugung vor der Tradition" wird das Publikum dieser Jazz-Nacht (Vorverkauf, Telefon: 02054/10 15 20) erleben. Hier wird wieder einmal der Beweis erbracht: Auch Kerle fortgeschrittenen Alters ohne jede Synthesizer-Allüren können Musik machen, die in die Waden geht.



Nur noch Fotomotiv für Touristen: eine alte britische Kanone auf Gibraltar FOTO: PLATA

Ansturm auf den Affenfelsen

ROLF GÖRTZ, Madrid

Zum erstenmal seit Spanien vor 21 Jahren damit begann, Gibraltar buchstäblich den Wasserhahn abzudrehen, betrat Sir Joshua Hassan, Chefminister dieses britischen Außenpostens, Ende vergangener Woche spanischen Boden. Mit seinen sieben Amtsgenossen, den Bürgermeistern der umliegenden spanischen Gemeinden, sprach er über den Ansturm der Touristen, die schon in diesem Sommer ihren Grill am steinigen Strand der Sonnenküste Spaniens verlassen werden, um eine Stippvisite auf dem Felsen zu machen.

Spanien hat die Grenzsperren im Januar aufgehoben. Das Wasser fließt wieder, und die Besucher – ob Spanier, Gibraltarer oder deutsche Touristen – können frei die Grenze passieren. Doch was können die 27 000 Bewohner des Affenfelsens am Eingang zum Mittelmeer den 100 000 Neugierigen bieten? Da die schmalen Gassen und zugeschütteten Festungsgräben mit den 5000 Autos ohnehin verstopft sind, baute man dies- und jenseits der Flugpiste gewaltige Parkplätze. Und da die Linienmaschinen, die Gibraltar anfliegen, in Zukunft keine Angstkurve mehr fliegen müssen, um den spanischen Luftraum nicht zu verletzen, hoffen die Bürgermeister jetzt auch, daß Gibraltar dem spanischen Flughafennetz angegliedert wird.

Ansonsten gilt das Wort eines der wenigen einheimischen Shopkeeper, die ihren Laden noch nicht an einen Inder verkauft haben: „Unser Elend von gestern wird unsere Attraktion von morgen." Die militärischen Tunnelanlagen, die kilometerlang den Felsen durchkreuzen und insgesamt 60 000 Mann mit ihren Waffen aufnehmen konnten, werden umgestaltet. Mit Schießscharten, aus denen Kanonen aus drei Jahrhunderten starren.

Das Prunkstück der wahrhaft kriegerischen Geschichte: eine von einem deutschen Pionier-Offizier im 18. Jahrhundert entworfene „Abwärts"-Kanone. Sie kann von oben nach unten schießen. Mit ihren Straßen- und Schienenverbindungen sollen die Tunnelanlagen den Besuchern dort zur Verfügung stehen, wo man heute keine militärische Verwendung mehr sieht. Auch wenn die NATO einige Abstriche macht – der Rest genügt.

Die freischaffenden Affen auf den Felsen genügen dem Interesse von Kameras und Ferngläsern nicht mehr. Man will vielmehr in einer Art Supermuseum die Zusammenhänge der Geschichte zeigen. So soll sich im Hafen die „Hermes", der letzte Flugzeugträger alter Bauart, den Besuchern öffnen, und im Felsen selber soll man in den Kasematten wandeln können.

In der Rosia Bay, dem kleinen idyllischen Felsrund vor dem Hafen, wo einst Admiral Nelson an Land stieg, wird einer der drei neuen Yachthäfen entstehen. Gewiß ein etwas ruhigerer Liegeplatz als in der neuen Marina, über die die Düsenjäger der Royal Air Force donnern.

Die Mainstreet hinauf und hinunter bieten indische Kaufleute altes und neues elektronisches und nautisches Gerät zu zollermäßigten Preisen an: Videos aus Japan, Sextanten aus Freiberg in Sachsen.

In Gibraltars alter Schiffswerft, die in ihren drei Trockendocks zwei Kriege hindurch nur Linienschiffe, Kreuzer, Zerstörer und U-Boote überholte, bemüht sich ein junger Manager aus England, ein modernes Reparaturzentrum einzurichten – für Frachter, die ohnehin auf dem Wege durch die Straße von Gibraltar eine fällige Reparatur vornehmen wollen, und für Tausende von Yachten in den zehn neuen und noch nicht fertigen Yachthäfen zwischen Soto Grande und Motril.

Unauffällig mehren sich die Banken, in deren Büros an der kleinen Mainstreet große Pläne geschmiedet werden: Offshore-Banking – das Geldgeschäft „vor der Küste" wie auf den Bahamas und auf den britischen Kanalinseln. Die Direktoren von Barclays und der Bank of Hongkong warten auf Kollegen aus der Bundesrepublik Deutschland, den USA und Frankreich. Sie stört es überhaupt nicht, daß sie ihre weltweiten Geschäfte noch in den besseren Hinterzimmern der einstigen Ladenstraße abwickeln.

Gibraltar wird seinen eigenen Stil noch lange beibehalten.

WETTER: Heiter bis wolkig

Wetterlage: Zwischen einem Hoch über den Britischen Inseln und einem Tief über Südwesteuropa wird trockene Luft nach Deutschland geführt. Tiefausläufer treten nur mit Wolkenfeldern in Erscheinung.

22. April 1985, 8 Uhr, Deutscher Wetterdienst

Stationen: 12 bedeckt, West Stärke 5, 18°C. ● bedeckt, Nebel, Sprühregen, Regen, Schneefall, Schauer. Gebiete: Regen, Schnee, Nebel, Frostgrenze. H-Hoch-, T-Tiefdruckgebiete. Luftströmung: warm, kalt. Fronten: Warmfront, Kaltfront, Okklusion. Isobaren: Linien gleichen Luftdrucks (1000mb=750mm).

Vorhersage für Dienstag:
Im Süden und im Küstengebiet zeitweise bewölkt mit Auflockerungen. Sonst heiter und durchweg niederschlagsfrei. Höchsttemperaturen an der See um 12, im übrigen Gebiet zwischen 15 und 20 Grad. Nachts Abkühlung auf Werte von 8 bis 3 Grad. Schwacher bis mäßiger Wind aus Nordost bis Ost.

Weitere Aussichten:
Noch keine durchgreifende Wetteränderung.

Temperaturen am Montag, 13 Uhr:

Berlin	13°	Kairo	21°
Bonn	13°	Kopenh.	6°
Dresden	13°	Las Palmas	20°
Essen	13°	London	11°
Frankfurt	16°	Madrid	9°
Hamburg	11°	Mailand	15°
List/Sylt	5°	Mallorca	16°
München	19°	Moskau	15°
Stuttgart	18°	Nizza	17°
Algier	17°	Oslo	4°
Amsterdam	13°	Paris	14°
Athen	19°	Prag	17°
Barcelona	13°	Rom	17°
Brüssel	10°	Stockholm	7°
Budapest	20°	Tel Aviv	17°
Bukarest	15°	Tunis	16°
Helsinki	8°	Wien	19°
Istanbul	10°	Zürich	17°

Sonnenaufgang* am Mittwoch: 6.09 Uhr, Untergang: 20.33 Uhr; **Mondaufgang:** 7.54 Uhr, Untergang: 0.25 Uhr
*in MEZ, zentraler Ort Kassel

Übellaunige Roboter verweigern Arbeit

SAD, Tokio

Bereits fünf Wochen nach der Eröffnung der japanischen „Expo '85" in Tsukuba bei Tokio zeigen viele der fortgeschrittenen Roboter-Entwicklungen erhebliche Krankheitssymptome. Die Roboter, die eigentlich Symbole für die zukunftsweisenden Aspekte der japanischen Elektronik-Industrie sein sollten, leiden an „Überarbeitung" und „Ermüdung", ja weisen „depressive Züge" auf, wie der Roboter-Experte, Professor Masahiro Mori, gestern bestürzt erläuterte. „Viele Roboter gehorchen auf einmal nicht mehr. Einer, der sich nach links drehen sollte, stieß statt dessen nur einen Schrei aus. In einem Pavillon bekamen die Roboter einen steifen Hals und konnten ihren Antennenkopf nicht mehr drehen." Nach Ansicht Moris liegt die Ursache für ihr Kränkeln an mikroskopisch kleinen Staubteilchen, die sich in den hochempfindlichen Sensoren festgesetzt haben. Die Folge: „Die Roboter sind übellaunig und verweigern mehr und mehr die Arbeit."

Sektierer verschanzen sich

AFP, Three Brothers

Starke Einheiten der US-Bundespolizei FBI belagern seit dem Wochenende ein Camp in Three Brothers (US-Bundesstaat Arkansas), in dem sich rund 100 schwerbewaffnete Sektierer verschanzt haben. Der FBI fordert die Übergabe des Sektenführers James Ellison (44), dem illegaler Waffenbesitz vorgeworfen wird. Ihm drohen fünf Jahre Haft und 10 000 Dollar Geldbuße. Die Mitglieder der christlichen „Survival"-Sekte „Bündnis, Schwert und Arm des Herrn" glauben an einen baldigen Atomkrieg und die Überlegenheit der weißen Rasse. Sie erwarten, bis an die Zähne bewaffnet, das Ende der Welt, auf das sie sich durch autonomes Leben außerhalb der Zivilisation vorbereiten.

Absturz in Frankreich

AFP, Perpignan

Beim Absturz einer DC-6 des Zivilschutzes sind gestern in Südwestfrankreich vier Menschen ums Leben gekommen. Ein fünfter Passagier wird vermißt. Die Maschine war aus Marseille in Richtung Perpignan gestartet. Am späten Vormittag hatte die Luftkontrolle jeden Kontakt zu der Maschine verloren.

Riesensatz in die Freiheit

dpa, Chambery

Zum dritten Mal ist der wegen Raubüberfällen verurteilte Peter Kunz aus einem Gefängnis entflohen. Am Sonntag entwischte der aus Heidelberg stammende 28jährige aus einer französischen Haftanstalt in Chambery (Savoyen). Der als wieselflink geltende, kleinwüchsige Kunz überraschte seine Wärter, als er beim Freigang auf das Gefängnisdach kletterte, von dort auf die Außenmauer der Haftanstalt setzte und 8,50 Meter tief in die Freiheit sprang. Kunz, der in Deutschland wegen zwei Raubüberfällen zu 13 Jahren Haft verurteilt wurde, war 1984 in Savoyen festgenommen worden.

Gewaltmarsch

dpa, Bremen

Völlig ermattet schleppte sich ein 41jähriger dänischer Fernfahrer zu Fuß auf der Autobahn 150 Kilometer Richtung Heimat. Polizisten entdeckten den Mann in der Nacht zum Montag bei Bremen. Er konnte sich kaum noch auf den Füßen halten. Der Fernfahrer hatte am Samstag morgen in Höhe der Raststätte Tecklenburger-land mit seinem Lkw eine Panne. Als aus der Heimat kurzfristig keine Hilfe kam und ein Autostopp mißlang, entschloß er sich, zu Fuß nach Hause zu gehen. Für die 150 Kilometer benötigte er 40 Stunden. Die Polizei sorgte für eine schnellere Heimkehr. Sie stoppte einen dänischen Lastwagen, der den Marathon-Fußgänger mit nach Hause nahm.

Wiedersehen der Peenemünder nach 40 Jahren

WOLFGANG WILL, Huntsville

40 Jahre sind vergangen, seitdem Wernher von Brauns „Raketen-Mannschaft" in den USA eintraf und hier – erst in Fort Bliss (Texas), von 1950 an dann in Huntsville (Alabama) – zunächst für die US-Armee, später für die US-Weltraumbehörde Nasa arbeitete, „bastelte" und forschte. Dieser 40. Jahrestag wird jetzt in Huntsville mit einem Wiedersehen der „alten Peenemünder" begangen: Es waren ursprünglich 118 Deutsche, die mit Braun – damals 32 Jahre alt – in die USA kamen.

Andere gingen damals nach Frankreich, später in den Vorderen Orient. Wenige blieben in Deutschland, wo sie dank ihrer wissenschaftlich-technischen Qualifikation Arbeit in der Privatindustrie fanden.

An der für Freitag, 26. April, in Huntsville geplanten Wiedersehensfeier werden schätzungsweise 40 aus der großen Gruppe der ehemaligen deutschen Wissenschaftler und Techniker teilnehmen. Viele von ihnen – inzwischen pensioniert – leben weiterhin in den USA, vorwiegend im Raum Huntsville, wie etwa der einstige „Benjamin" der Gruppe, Walter Wiesmann. Er organisiert das „Peenemünder Treffen", das auch von der Huntsviller Handelskammer, dem dortigen Wernher-von-Braun-Museum und dem Nasa Marshall Space Flight Center – das war einst Brauns „Denkerstube" – unterstützt wird.

Peenemünde war das Raketen-Forschungszentrum des Dritten Reichs. Dort entstanden die Raketen der Typen „V-Eins" und „V-Zwei", die in der letzten Phase des Zweiten Weltkriegs zum Einsatz kamen und vorwiegend in London einige Zerstörungen verursachten.

Immer sahen sich die Peenemünder unter dem Widerspruch zwischen der „Faszination Technik" und dem Dienst an der politischen Macht – Bedingung für die volle Ausnutzung aller Möglichkeiten. Selten in der Geschichte der Technik ist einem Kollektiv so viel Ruhm und ebenso viel Tadel zuteil geworden wie den Erben von Peenemünde.

Die deutschen Raketen-Experten unter von Brauns Führung stellten sich bei Kriegsende den Amerikanern, die ein Interesse daran hatten, daß die Deutschen ihre Arbeiten im Land der unbegrenzten Möglichkeiten fortsetzten. Aus der „V-Zwei" entstand in Amerika die „Redstone" als eine Armee-Rakete, und auf der Basis der in Peenemünde geleisteten „Vorarbeit" entwickelten die Deutschen in Huntsville die Mondrakete „Saturn". Howard Benedict, Amerikas bekanntester Raumfahrt-Journalist, stellte kürzlich fest: „Für eine ganze Generation lang waren diese Männer Herz und Seele der amerikanischen Raketen- und Raumfahrt-Programme – ohne sie hätten die Amerikaner niemals auf dem Mond landen können."

Bei der Wiedersehensfeier am Freitag wird einer fehlen: Wernher von Braun. Er starb 1977 an Krebs. In Huntsville wird seine Frau erwartet. (SAD)

ZU GUTER LETZT

„Ein Volk sorgt sich um den Frieden – besuchen Sie die Sowjetunion! Reise-Annonce in der *„Volkszeitung die tat".*